

21. IV. 1918

1

L 70000

52

1918

21. IV. - 14. V.

Lester Lloyd

24.

Das Dossier Clemenceaus.

Die parlamentarische Untersuchung in der Enthüllung-Affäre.

Paris, 13. April.

(Gaza.) Es wird folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht: Die drei Senatskommissionen für auswärtige Angelegenheiten, Armees und Marine versammelten sich heute unter dem Vorsitze De Sebeos und nahmen die Erklärungen des in Begleitung des Ministers des Neuzerns Pichon erschienenen Ministerpräsidenten Clemenceau über die jüngsten vom Grafen Czernin hervorgerufenen diplomatischen Zwischenfälle entgegen. Nachdem sich die Minister entfernt hatten, gab Ribot eingehendere Aufklärungen über die Fakten, die sich unter seiner Ministerpräsidentschaft ereignet hatten. Bevor Clemenceau den Saal verließ, übergab er der gemeinsamen Kommission die zur Unterstützung seiner Erklärungen dienlichen Aktenstücke.

Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat die Prüfung des ihr von Clemenceau unterbreiteten Aktenmaterials beendet und über Verlangen Franklin-Bouillons einen fünfgliedrigen Unterausschuß ein-

gesetzt, mit dem Auftrage, den Text der Fragebogen im Hinblick auf die demnächst zu erfolgenden Einberufungen festzustellen. Der Unterausschuß wird morgen zusammentreten.

Englische Kritik an Clemenceaus Unflirtigkeiten.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Bern, 20. April.

Die englische Presse hat sich im großen und ganzen sehr zurückhaltend über die Angelegenheit Czernin-Clemenceau geäußert. Nichtsdestoweniger findet man, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung Englands das Vorgehen Clemenceaus aufs schärfste mißbilligt. Kennzeichnend dafür sind folgende Äußerungen des Manchester Guardian:

Solange nicht die Schriftstücke über die angeklagten Urtenhandlungen veröffentlicht werden, werden wir uns kein Urteil über jene Verhandlungen, wohl aber über den Ton der Auseinandersetzungen erlauben. Um aufrichtig zu sein, wir vermögen nicht Clemenceau zu beglückwünschen, der das Wort „Lügner“ viel zu freigebig für altmodische Herrenhandhabt. Man sollte glauben, daß, wenn Millionen für Äußerungen von Ministern sterben, Minister wenigstens lernen sollten, ihre Worte zu wählen und ihr Temperament zu beherrschen.

22. / 4. 1918.

3

Ungarns Rolle in der Monarchie.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

Wien, 21. April.

Der Zeitungssturm gegen Baron Burian ist schnell verlaufen. Die bürgerliche Wiener Presse besitzt eine Disziplin, um die ihre Urheber von den parallelen Berliner Stellen beneidet werden können. Nur die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ kümmert sich nicht um die ausgegebene Parole, und ihre Zeitschrift erinnert daran, daß die Ruhe nur scheinbar ist und bald vom Sturm abgelöst werden wird. Das Abgeordnetenhaus, das am 30. April zusammentritt, und das Herrenhaus, dessen Einberufung, wie schon berichtet, bevorsteht, werden bewegte Tage erleben.

Der gestrige Leitartikel der „Arbeiterzeitung“ ist nicht nur den Sozialdemokraten, sondern den meisten Oesterreichern und Ungarn aus dem Herzen geschrieben. Der Artikel heißt „Ungarn und Oesterreich“ und schildert die Vorherrschaft, die Ungarn während des Krieges bis zum Rücktritt Burians in der Monarchie ausübte und die durch die Rückkehr dieses Ministers und seines Sturmmannes Tisza wieder hergestellt wird. Der Artikel schildert zunächst die wirtschaftliche Abhängigkeit Oesterreichs von Ungarn. Bis zu Beginn des Krieges bildeten Oesterreich und Ungarn ein Wirtschaftsgebiet. Dieses Wirtschaftsgebiet besteht nicht mehr seit der Regierung Tiszas im Herbst 1915, die die Lebensmittelzufuhren aus Ungarn gesperrt und die Ausfuhr österreichischer Industrieprodukte nach Ungarn verhindert hat. In den letzten zehn Jahren vor dem Kriege hat Oesterreich aus Ungarn mehr als ein Fünftel seiner Lebensmittelzufuhren eingeführt, etwa 83 Millionen Doppelzentner Getreide und Mais. Im Jahre 1915 dagegen lieferte Ungarn nur 4 Millionen, im Jahre 1916 nur 800 000 Doppelzentner Getreide. Die Verpflichtung, den Broitbedarf des Heeres allein zu decken, hat Ungarn nur unvollständig erfüllt. Dagegen hat die ungarische Regierung die Getreidepreise bedeutend höher, bei einzelnen Sortungen um die Hälfte höher gesetzt als die österreichische Regierung. Gleichzeitig hat die Industrialisierung Ungarns durch die Verbindung von Fabriken für den Heeresbedarf die größten Fortschritte gemacht. Sie wurde durch die hohen Preise ermöglicht, die die Heeresverwaltung bewilligte. Dieses nach Ungarn geflossene Geld wird, da es sich um Zahlungen des Fiskus handelt, nach dem bekannten Quotenschlüssel zu 60 v. H. von Oesterreich aufgebracht. Außerdem ist Ungarn durch den Schleichhandel reich geworden.

Die „Arbeiterzeitung“ befürchtet nun, daß Ungarns Wirtschaft ungeheuer gestärkt aus dem Kriege hervorgehen und diese Stärke auch auf die politischen Gebiete zu übertragen wissen wird. Es wird seine führende Stellung dazu benutzen, die Friedensschlüsse mit den Balkanstaaten den ungarischen Interessen anzupassen, die Südslawen niederzuhalten und die Reichsgrenzen gegen fremde Landeserzeugnisse zu sperren. Es wird die Verkehrsbeschränkungen gegen Oesterreich aufrecht erhalten, an dem Quotenschlüssel für die Verteilung ausländischer Rohstoffe festhalten — wobei zu bemerken ist, daß das Verhältnis der Rohstoffverteilung 7 zu 5, das der industriellen Erzeugung aber 10 zu 1 ist — und es wird die Handelsverträge und gemeinsamen Zolltarife ungarisch beeinflussen. Es handelt sich dabei gar nicht um das wirkliche Ungarn, sondern um die kleine Feudalkaste, die in Ungarn wie in Oesterreich die demokratische Entwicklung verhindern will. Das Festhalten an diesem Zustand sei durch die Ernennung Burians angekündigt. Das Blatt erwartet vom österreichischen Parlament, daß es die Lebensinteressen des Landes verteidigen wird. „Wenn sich das österreichische Parlament den Baron Burian gefallen läßt, dann ist Oesterreich wirklich nicht mehr zu helfen.“

Soweit die „Arbeiterzeitung“. Es ist nun ganz unterhaltend, daß auch das „Fremdenblatt“, das seine Beziehungen zur österreichischen Regierung aufgegeben, aber die zum Ballplatz bekanntlich aufrecht erhalten hat, jedenfalls heute das Parlament oder doch die Deutschen im Parlament zu großen Taten aufmuntert. Der heutige Leitartikel, der in einer für dieses Blatt früher ganz ungewöhnlichen deutsch-nationalen Tonart gehalten ist, verfolgt recht geschickt den Zweck, den nahenden Sturm von Baron Burian auf das Haupt des Herrn v. Seidler abzulenkten. Belastendes Material gegen den Ministerpräsidenten vorzubringen, ist ja nicht schwer. Seine bekannte Langmut gegen den ungezügelt ansturmenden Slawen, die mangelhafte Organisation der Lebensmittelversorgung, die unter Seidlers persönlicher Leitung noch schlechter geworden sei, und Ähnliches werden angeführt. Schließlich wird erklärt, daß die deutschen Abgeordneten unbedingt eine Grenzlinie zwischen den Interessen des Staates und den der Regierung ziehen müßte. Das „Fremdenblatt“ fordert schon Seidlers Sturz, indem es erklärt: „Die Deutschen Oesterreichs werden einer Regierung der lähmenden Latenzlosigkeit jenen Widerstand entgegensetzen, der sie zwingen wird, sich entweder im letzten Augenblick auf sich selbst zu besinnen oder aus dem unüberbrückbaren Widerspruch zwischen Wort und Tat die Folgen zu ziehen.“

Dr. Alexander Redlich.

Ottobrunn
23. IV. 1918

Massenversammlung auf der Landstraße.

Der politische Fortschrittsverein „Eintracht“ im 3. Bezirke veranstaltete am Montag, den 22. d., abends, im großen Dreherfaal eine Versammlung, die sich eines massenhaften Besuches erfreute. Unter den Anwesenden bemerkte man: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Abg. StM. Dr. Mataja, StM. Haas, Abg. Pfarrer Schnabel, die Bezirksvorsteher Bergauer und Charvat, die Gemeinderäte Fass, Hat Hufschauer, Pichler, Ploner, Pörsch und Stangelberger, die Ratler Widl und Grill, Kooperator Nitschmann, fast sämtliche Bezirksräte der Landstraße, Oberstadthauptmann Obersanitätsrat Dr. Böhm, Marktdirektor Kommerzialrat Bauer, Kassendirektor Grob, Oberinspektor Philipp, die Kommerzialräte Schlimp und Sedl, Herrn Krüger, zahlreiche Obmänner politischer Vereine des Bezirkes, Drüschul- und Armenräte usw.

Bezirksvorsteher Spitaler eröffnete die Versammlung mit einer herrlichen Begrüßungsansprache, in der er zur Unterstützung der christlichen Presse aufforderte. (Beifall)

Abg. StM. Dr. Mataja, mit lebhaftem Beifall begrüßt, führte u. a. aus: Noch niemals ist ein Moment gewesen, in dem die Partei ihr Schicksal so in der Hand gehalten hätte, wie am heutigen Tage. Wir stehen am Ende des vierten Jahres eines Krieges, dessen Opfer und Leiden ausschließlich die christliche Bevölkerung trägt, im vierten Jahre eines Krieges, der fast keine christliche Familie in Wien freigelassen hat von Trauer, von Sorgen und von den bittersten materiellen Nöten. (Zustimmung.) Freilich sehen wir die christliche Bevölkerung durchsetzt und umgeben von anderen Elementen, die die Sorgen, Leiden, Schmerzen und Bedrückungen des Krieges nicht mitgemacht, die nicht das Kriegsübel zu beklagen haben, sondern denen das Kriegsübel gelächelt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Das dient dazu, den Kontrast um so schärfer herauszuheben, und es werden noch Tage kommen, wo die christliche Bevölkerung auf diese verteilte und unerhörte Provokation die Antwort geben wird. (Lauter Beifall.) Diese Antwort zu erteilen, ist Ihre Sache, für diese Antwort die Formel zu finden, die man hört und versteht, ist Sache der christlichen Bevölkerung und das Sprachrohr dieser Antwort zu sein, ist Aufgabe der christlichsozialen Partei. (Beifall.) Wir stehen gegenwärtig in einer schweren und entscheidenden Zeit. Man kann auch im Rahmen der äußeren Politik sagen, daß gerade der gegenwärtige Augenblick ein solcher ist, der uns bedrückt, der uns Sorge macht, aber hier warne ich vor dem alten österreichischen Uebelstand, im eigenen

Manne das Schlechte und im Gegner das Gute herauszufinden; ich warne, daß, was von anderer Seite gesagt wird, für wahr zu halten und das, was der eigene Mann sagt, für unwahr zu halten. Aus verschiedenen Gründen kann nicht jeder — ich spreche da nicht von mir — offen sprechen und alles sagen. Das ist im Kriege einmal so, aber es muß der, der spricht, auf ein gewisses Vertrauen rechnen können und er darf auf ein gewisses Vertrauen rechnen. Wer mit Aufmerksamkeit die *Clemenceau'sche Publikation* jenes Briefes liest, muß erkennen, daß es kein echter Brief ist und man darf nicht die Konsequenz ziehen, die aus der Straßenbahn, in den Kaffeehäusern und überall gezogen wird. Begreifen Sie, daß wir auf diese Weise dem einen Vorteile zuschanden, die wir haben könnten? Denken Sie zurück, wie wir gebracht haben vor dem Kriege und zu Beginn des Krieges. Hätte damals jemand gesagt, daß Österreich noch im vierten Kriegsjahre eine derartige Widerstandskraft aufzuweisen haben wird, wie wir sie gegenwärtig haben, so hätten wir ihn für einen Schwärmer, Utopisten, wenn nicht für einen Narren gehalten. Es wäre böse, wenn wir wieder zur österreichischen Kleingläubigkeit zurücklehren würden. (Zustimmung.) Ich darf darauf verweisen, wie groß die Verdienste und Erfolge Österreichs in diesem Kriege gewesen sind, daß der Kriegsplän unserer Feinde in Gallien, am Ball der Karpaten zum Scheitern gebracht wurde, daß die österreichische Armee den Stos des härtesten Gegners aufgefangen und gebrochen hat. (Großer Beifall.) Die Lage, in die die Bevölkerung gekommen ist, ist gewiß eine schlechte und bedauerliche. Der Grund dieser Lage sieht sich aus zwei Dingen zusammen. Ganz gewiß sind die Schwierigkeiten im Ernährungswesen, in der Beschaffung der Gegenstände des täglichen Bedarfs ein Uebelstand, den jeder Krieg mit sich bringen wird. Es ist der Verbrauch ein erhöhter, die Produktion geht zurück mit der fortschreitenden Dauer des Krieges und damit ist gewiß eine Preissteigerung verbunden. Aber ich frage es, daß diese Uebelstände ein solches Maß bekommen müssen, wie wir es heute bei uns sehen. Man hat Maßregeln ergriffen und in dem Punkte hat man nicht davor zurückgeschreckt, Maßregeln zu kopieren. Die Maßregel der zentralen Bewirtschaftung der Güter war keine erfolgreiche, es ist keine der den Zentralen gestellten Aufgaben erfüllt worden. (Zustimmung.) Der Redner kritisiert nun in treffendster Weise die Tätigkeit der Zentralen, oft von stürmischem Beifall unterbrochen und besprach eingehend die Judenfrage, um zu schließen: Man scheint zu glauben, daß wir Politiker die antisemitische Stimmung machen. Das ist ein weitgehender, schwerwiegender und gründlicher Irrtum. Wir werden von der Strömung der Massen getrieben; wenn ich hier aufstehe und sagen würde, wir sollen keine Antisemiten sein, würde ich nicht lange das Verhängnis haben, hier zu sprechen. (Heftiger Beifall.) Ich gebe der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die christlichsoziale Partei und der christlichsoziale Gedanke so stark sind wie nie jemals und daß die christlichsoziale Partei ihre Stärke dazu gebrauchen muß, um den Hauptpunkt ihres Programmes, den Antisemitismus, voll und ganz zur Durchführung zu bringen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Sodann ergriff Hgn. Dr. Weiskirchner, mit stürmischem Hochrufen begrüßt, das Wort. Seine mit begeistertem Beifall aufgenommenen Ausführungen werden wir an anderer Stelle berücksichtigen.

Kommerzialrat Schlimp beantragte hierauf folgende Entschließung:

„Die heute im großen Dreherfaal im 3. Bezirke versammelten ständen den Ausführungen Seiner Erzellenz des Herrn Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner und des Herrn Reichsratsabgeordneten und Stadtrats Dr. Heinrich Mataja an. Wohl selbst der größte Teil der Wiener Bevölkerung unter gleichzeitiger Beteiligung der Presse, die hierauf nicht so sehr der Mangel an Nahrungsmitteln, als vielmehr der Mangel an Einsicht, Umlicht und Voraussicht der Regierung seit Kriegsbeginn, der Mangel an richtiger Organisation. Durch die schlecht organisierten, dafür aber mit umfassenden Vollmachten ausgestatteten Zentralen wird jeder freie Verkehr unterbrochen, die Gemeinde Wien von einem direkten Einfluß ausgeschlossen und von der Zentralenwirtschaft abhängig gemacht. Die Versammlung anerkennt, daß die Gemeinde Wien innerhalb ihres Wirkungskreises alles getan hat, um die Kriegsnöte zu lindern: Sie hat eine um-

fassende Organisation für die Auspeisung und Unterstützung der Unbemittelten geschaffen, hat die Entlohnung der Arbeiter und die Bezüge der übrigen Angestellten — so weit es innerhalb des Rahmens des städtischen Budgets überhaupt nur möglich war — den Lebensverhältnissen angepaßt und auch den Gewerbe- und Handeltreibenden weitgehende Unterstützung gewährt. Die Versammlung drückt daher Seiner Erzellenz dem Herrn Bürgermeister, dem gesamten Gemeinderatspräsidium, den christlichsozialen Gemeinde- und Stadträten und allen übrigen freigewählten christlichsozialen Mitarbeitern Dank und Vertrauen aus und gibt sich der Hoffnung hin, daß diese freigewählten Vertreter auch künftig in der Fürsorge für die Bevölkerung und im Kampfe gegen die Zentralen nicht erlahmen werden.“

Nach der einhelligen Annahme dieser Entschließung schloß Vorsitzender Bezirksvorsteher Spitaler mit Dankworten die glänzende, eindrucksvolle Versammlung.

Abschluß der Wintertagung des Reichsrats.

Mit der heutigen Sitzung des Herrenhauses haben die vorüberlichen Beratungen des österreichischen Reichsrates ihr Ende gefunden. In der heutigen Herrenhaus-sitzung wurde rasche Arbeit geleistet und eine ganze Anzahl von Vorlagen erledigt bezw. den bezüglichen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses die Zustimmung erteilt, darunter auch den Kongruenavorlagen, die Graf Walters-tirch en kurz und wirksam begründete. Der Wiener Fürstbischof Kardinal Dr. Piff l ergriff namens des österreichischen Episkopats das Wort, nicht nur, um sich der berechtigten Forderungen des Klerus in nachdrücklichster Weise anzunehmen und dem Staat dafür zu danken, daß er endlich an die Erfüllung einer längst fälligen Pflicht schreite, sondern auch um gewisse, in den Reden und Veröffentlichungen der Kulturkämpfer immer wiederkehrende phantastische Schilderungen des angeblichen Einflusses des Episkopats auf Staat und Regierung an einem drastischen Beispiele zu beleuchten. Die Verhandlung des Gesetzes über die Zuwendungen an die Mannschafspersonen und deren Angehörige bot dem Berichterstatter Dr. Egn er Gelegenheit zu einem scharfen Ausfall auf das Abgeordnetenhau s, dem Landesverteidigungsminister F.M. v. Cz a p p zur Beantwortung einer Reihe von An-fragen. In der Verhandlung des Initiativantrages Eiselsberg-Wassilko auf Verschärfung der Bestimmungen des Waffenpatents machte der Minister des Innern Graf Togg enburg vom Erscheinen einer Regierungsverfügung Mitteilung, welche den Waffen- und Munitionsverkauf an Unbefugte verhüten soll.

23/4. 1918.

23
8

Tagung der Christlichsozialen.

Der Ostgau der Christlichsozialen Partei hielt gestern im Evangelischen Vereinshaus in der Oranienstraße eine Tagung ab, in der Reichstagsabg. Hg. D. Mumm eine programmatische Ansprache hielt. Er führte darin u. a. aus: Wie die Kriegszeit die christlich-nationale Arbeiterbewegung vor die Frage gestellt hatte, ob sie noch ein Recht auf ihr Sonderbestehen habe, so mußte sich auch die Christlichsoziale Partei dieselbe Frage stellen. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat mit einem Ja geantwortet, und ein Ja muß für sich auch die Christlichsoziale Partei sprechen. Denn auch sie hat ein Sondergut zu vertreten — genau so, wie die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Gewiß, in der Bereinzelnung werden ihre Gedanken und Ziele auch von anderen vertreten, namentlich von der deutschkonservativen Partei. Der Gedanke der sozialen Reform wird in den verschiedensten Kreisen gepflegt, der Gedanke der nationalen Wirtschaftspolitik wieder von anderen. Aber wo ist die einheitliche Vertretung des Ganzen? In den Kreisen der Sozialreformer hatte man die nationale Wirtschaftspolitik doch oft wenig freundlich angesehen, und aus den Kreisen der nationalen Wirtschaftspolitik hat es oft an Freudigkeit für die Sozialreform gefehlt, wie man es bei den Arbeitstammern wieder erlebte. Aber beide Gedanken sind uns unentbehrlich. Sozialreform und nationale Wirtschaftspolitik haben uns — wie mit Recht am Sarge Adolf Wagners der Rektor der Berliner Universität Bend sagte — diesen Krieg gewinnen lassen. Beide müssen darum mit gleicher Freudigkeit und Stärke zusammen vertreten werden. Und wie das bisher die besondere Aufgabe der Christlichsozialen Partei war, so wird sie das auch noch weiterhin bleiben müssen. Treibende Kräfte der Parteien sind Weltanschauungen. Auch da muß die Christlichsoziale Partei weiter an ihrer alten Aufgabe arbeiten. Sozialreform und nationale Wirtschaftspolitik auf der festen Grundlage der christlichen Weltanschauung. Das ist das Programm, das der Christlichsozialen Partei ihr Daseinsrecht gibt. (Zustimmung.) — D. Mumm begann dann, vom christlichsozialen Standpunkte aus einige Tagesfragen zu beleuchten, u. a. die neuen Steuervorlagen. Er tadelte scharf, daß Vorlagen, an denen die Fachmänner monatelang gefessen haben, vom Reichstage in ein paar Tagen mit der fertigen Meinung abgestempelt werden müssen. Grundsätzlich verlangte er, daß die neuen Steuern (im Sinne Adolf Wagners) vor allem darauf geprüft werden, ob sie die Struktur des Volkes gesund oder ungesund verändern. Was unsere äußere Politik betrifft, so solle man den Spalt, den die Friedensresolution des Reichstages gerissen hat, nicht vertiefen, sondern sehr eile es, wie Hindenburg will, zusammenzuhalten. Selbstverständlich sei also sehr, daß an Stelle des Verständigungsfriedens ein Sicherungsfrieden treten muß. (Zustimmung.) D. Mumm schlug eine entsprechende Erklärung vor. — Es sprachen dann Generalsekretär Küffer über Bismarck und die Gegenwart, und Verhandlungsvorsitzender Thraner über unsere Ernährung.

Die Versammlung nahm die Erklärung einstimmig an. Es heißt darin: „Der Ostgau der Christlichsozialen Partei begrüßt das wiedergewonnene Baltienland, das bis an den Peipussee durch unzerstörbare Bande dem Deutschen Reiche angegliedert werden muß, und fordert eine großzügige Siedelung in diesen Landen sowie in Litauen durch Kriegerheimstätten und Rückgewinnung deutscher Bauern Rußlands.“ Weiter wird gefordert: „Sicherung der Landesgrenzen, die unentbehrlichen Gebietserweiterungen, Schutzgebiete mit Rohstoffen für unsere Industrie, freie Meere und eine Kriegsentschädigung.“

Parlamentarisches.

Aus dem Herrenhause.

Heute vormittag erschienen die Obmänner der drei Gruppen des Herrenhauses beim Präsidenten Fürsten Windischgrätz, um mit ihm über die Frage der Einberufung einer Plenarsitzung zu beraten, deren Tagesordnung die gestern von der Verfassungs- und der Mittelpartei beschlossene Kundgebung zu bilden hätte.

Der Präsident des Herrenhauses Fürst Windischgrätz lehnte das Ersuchen der beiden Gruppen nach Einberufung einer Plenarsitzung ab und der Obmann der Rechten Prinz Lobkowitz schloß sich namens seiner Gruppe dem Standpunkt des Präsidenten mit der Begründung an, es sei nach Anschauung seiner Parteifreunde derzeit nicht opportun, eine Debatte über diesen Gegenstand anzuführen.

Mittags traten die Mitglieder der Verfassungs- und der Mittelpartei zu einer Sitzung zusammen, um die gestern beschlossene Resolution endgültig zu redigieren und sie dann unmittelbar der Öffentlichkeit zu übergeben.

Nachmittags versammelte sich das Exekutiv-Komitee der Rechten zu einer Sitzung, in der eine Loyalitätskundgebung für den Kaiser beschlossen werden dürfte.

Die Kundgebung der Verfassungs- und der Mittelpartei wird heute nachmittag durch die Obmänner dieser beiden Gruppen, verstärkt durch Mitglieder dieser Parteien, gemeinsam dem Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler überreicht und sodann veröffentlicht werden.

Demission des Präsidenten des Herrenhauses.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der Präsident des Herrenhauses Fürst Windischgrätz mit Rücksicht auf die zwiespältige Auffassung der Parteien bezüglich der Abhaltung einer Plenarsitzung seine Demission als Präsident überreicht. Man nimmt jedoch als sicher an, daß die Demission nicht angenommen und Fürst Windischgrätz das Präsidium weiterbehalten werde.

Um 1 Uhr mittags wird im Parlament offiziell hieru noch Folgendes verlautbart:

Der Präsident des Herrenhauses Fürst Windischgrätz hat gestern abend an den Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler das Ersuchen gerichtet, seine Enthebung von diesem Amte an Allerhöchster Stelle zu erreichen.

Die Deutschen und die Regierung.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat heute die Besprechungen mit den deutschen Parteiführern fortgesetzt und vormittags die Abgeordneten Doktor Waldner, Dr. Urban, Teufel und Finz neuerdings empfangen. Die genannten Parlamentarier werden nun in den für nachmittags einberufenen Sitzungen ihrer Gruppenverbände über die Stellungnahme der Regierung zu den vorgebrachten Forderungen und Beschwerden der deutschen Parteien Bericht erstatten. Erheblichen Schwierigkeiten sollen dem Vernehmen nach die Wünsche der alpenländischen

Deutschen begegnen, die darauf verweisen, daß die Südslawen über eine Vertretung im Kabinett verfügen, während die Interessen ihrer Gruppe im Rate der Krone keine unmittelbare Unterstützung finden. Ferner soll auch Unmut darüber herrschen, daß, entgegen den Zusicherungen der Regierung, noch keine Anstalten zur Errichtung der deutschen Schiffschule in Triest getroffen werden.

Die gestrigen Beratungen des Ministerpräsidenten mit den vier deutschen Parteiführern währten bis in die Nachtstunden. In dieser Aussprache kamen auch die aktuellen Ernährungsfragen zur Diskussion, und es wurde hauptsächlich darüber beraten, wie der jüngste Erlass betreffend die Getreideanleihe bei den Selbstversorgern durchgeführt, beziehungsweise wie er für die betroffenen Landwirte erträglicher gemacht werden könnte. Wie verlautet, ist die Regierung bereit, den agrarischen Wünschen entgegenzukommen und die von diesen Kreisen angestrebten Erleichterungen zu gewähren.

Die Nachwirkung des Rücktrittes des Grafen Czernin

Erregte Stimmung der Deutschen.

Die Begleitumstände, unter denen Graf Czernin aus dem Amte schied, haben nicht nur auf weite Kreise der Bevölkerung tiefen Eindruck hervorgerufen; auch die deutschen Parlamentarier stehen noch immer unter der Nachwirkung dieses Ereignisses. Die deutschen Herrenhausmitglieder und Abgeordneten zweifeln nicht daran, daß das Bündnis mit dem Deutschen Reich nach wie vor fest und unerschütterlich bestehe, daß die Lebensinteressen Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches beide Mächte für alle Zukunft auf einander verweisen. Daß diese Anschauung auch die maßgebenden Kreise im Staate durchdringe, wird als selbstverständlich angenommen. Dennoch hält man es namentlich unter den deutschen Herrenhausmitgliedern für nötig, die Vorkommnisse, die zum Scheiden des Grafen Czernin aus dem Amte führten, zu erörtern, in feierlicher Kundgebung die Bündnistreue zum Deutschen Reich zu betonen und vor allem dafür einzutreten, daß die durch die Verfassung gebotene Verantwortlichkeit von Ministern für Staatsakte unter allen Umständen gewahrt bleibe.

Diesem Zwecke waren wiederholte Beratungen der Vollzugsausschüsse der Verfassungs- und der Mittelpartei des Herrenhauses gewidmet. Gestern fanden Vollsitzungen dieser beiden Gruppen des Herrenhauses statt, um über weitere Schritte schlüssig zu werden. Was an Glanz und Namen unter den deutschen Mitgliedern des Herrenhauses zu finden ist, war in diesen Sitzungen anwesend. In der Verfassungskommission waren neben dem Obmann Freiherrn v. Plener Dr. Sieghart und Dr. Exner, die Professoren Freiherr v. Eißelsberg, beide Hocheneggs, Grünhut, der gewesene Botschafter Doktor Dumba und der ehemalige Statthalter Graf Kielmansegg anwesend. In der Mittelpartei fanden sich unter anderen ein: der gewesene Ministerpräsident Freiherr v. Bed, Dr. Klein, der Kabinettsdirektor des Kaisers Franz Josef Freiherr v. Schießl, Generaloberst v. Dankl, Landmarschall Prinz Liechtenstein und Bürgermeister Doktor Weiskirchner.

Die Verfassungskommission beschloß einstimmig, die Mittelpartei mit allen gegen zwei Stimmen, an den Präsidenten des Herrenhauses Fürsten Windisch-Graetz mit dem Ersuchen heranzutreten, am Freitag und Samstag Sitzungen des Herrenhauses abzuhalten. Sollte der Präsident diesem Wunsche nicht willfahren, so würden beide Gruppen der Öffentlichkeit Resolutionen übergeben, die zu der durch den Rücktritt des Grafen Czernin geschaffenen Lage Stellung nehmen sollen.

Die Resolutionen gehen auf einen ähnlichen Vorfall zurück, der sich seinerzeit im Deutschen Reich abspielte. Anlässlich eines Briefes, den der deutsche Kaiser an den englischen Lord Tweedmouth richtete, wurde vom deutschen Reichstage der Beschluß gefaßt, daß alle Staatsakte, von wem immer sie ausgehen mögen, künftighin unter der vollen Verantwortlichkeit des Ministers sich vollziehen sollen und das Bismarcksche Prinzip wieder zur vollen Geltung erhoben werden möge, wonach das Staatsoberhaupt stets für alle seine Handlungen durch die Verantwortlichkeit eines Ministers gedeckt sein soll. Diese konstitutionelle Verantwortlichkeit der Minister für alle Staatsakte soll nun in den Resolutionen bei den Parteien des Herrenhauses zum Ausdruck gebracht werden.

Gleichzeitig wird auch von den deutsch-böhmischen Abgeordneten verlangt, daß die Früchte der deutschen Politik durch eine Tat sichtbar werden mögen. Die deutsch-böhmischen Abgeordneten stellen insbesondere die Forderung auf, daß die Regierung der Schaffung einer

Provinz Deutschböhmen näbertreten möge und wollen in der heutigen Sitzung des Leitungsausschusses der deutschnationalen Parteien den Antrag stellen, die Deutschen mögen ihr weiteres Verhalten zum Ministerium Seidler von der Erfüllung dieses Wunsches abhängig machen.

Daneben fehlt es unter den deutschen Abgeordneten auch nicht an gewichtigen Stimmen, die verlangen, daß die Regierung vor allem in der Ernährungsfrage, die für die Bevölkerung von Tag zu Tag an Wichtigkeit zunehme, sofort entsprechende Maßnahmen ergreifen müsse. Die städtischen deutschen Abgeordneten verlangen, daß gerade in den jetzigen Wochen vor der neuen Ernte, da die Nationen besonders knapp geworden sind, von der Regierung in jeder Weise Vorsorgen für das zum Leben unumgängliche Maß von Nahrungsmitteln getroffen werden. Die deutschen Agrarier weisen wieder auf die aus ihren Bezirken eintreffenden Telegramme über die vorgekommenen Requisitionen hin; sie wünschen, daß die Beschlagnahme von Lebensmitteln vor allem in jenen Gegenden vor sich gehe, wo solche noch vorhanden seien, wie in den fruchtbaren tschechischen Gebieten Böhmens und Mährens; weiter, daß die Regierung mit Ungarn neuerlich in Verhandlungen trete. Von den deutschen Abgeordneten sprachen deswegen gestern die Abgeordneten Dr. Waldner und Teufel, von den Christlichsozialen Abgeordneter Fink beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler vor.

Im Parlament herrscht krisenhafte Stimmung, und da auch das Präsidium des Polenklubs erst darüber schlüssig werden will, ob es mit der gegenwärtigen Regierung überhaupt in Unterhandlungen eintreten soll, wird die Mehrheitsbildung für die kommende Tagung des Abgeordnetenhauses für die Regierung keineswegs leicht vonstatten gehen. Gestern wurde sogar davon gesprochen, daß angesichts der ungeklärten Situation eine Verschiebung des Termins für den Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses nicht ausgeschlossen sei.

24./IV. 1918

**Rücktrittsgesuch des Herrenhauspräsidenten
Fürsten Windisch-Grätz.****Im Zusammenhange mit dem Antrage auf
Einberufung einer Sitzung.**

Wien, 24. April.

Der Präsident des Herrenhauses Fürst Alfred Windisch-Grätz hat an den Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler das Ersuchen gerichtet, seine Enthebung vom Amte an Allerhöchster Stelle zu erwirken.

Der Präsident und die Vizepräsidenten des Herrenhauses werden vom Kaiser ernannt und müssen daher, wenn sie ihr Amt niederlegen wollen, die Zustimmung der Krone haben. Ob der Kaiser geneigt sein werde, die Demission des Fürsten Windisch-Grätz anzunehmen, ist gegenwärtig nicht mit Bestimmtheit zu sagen, wird jedoch in parlamentarischen Kreisen bezweifelt.

Parlamentarisches.

Protestkundgebungen der deutschen Parteien gegen die Tschechen und Südslawen.

Die „Korr. Austria“ meldet: In einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler richtete gestern eine slowakische Abordnung gegen die deutschbürgerlichen Parteien die Denunziation, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Throne und dem Staate die Treue kündigen.

In einer für heute 10 Uhr vormittags einzuberufenden Sitzung der in Wien anwesenden Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung, die unter dem Vorsitz des Obmannes Bundeshauptmann Hausner stattfand, wurde dieser Vorwurf mit schärfster Entrüstung zurückgewiesen und einmütig festgestellt, daß die Christlichsoziale Partei nach wie vor auf dem Standpunkt unentwegter und unkündbarer Treue zu Kaiser und Reich steht.

Der Verband der deutschnationalen Parteien hat heute folgenden Beschluß gefaßt:

In den Tagesblättern wird berichtet, daß eine Anzahl von Abgeordneten des Tschechischen und Südslawischen Verbandes beim Ministerpräsidenten gegen die Forderungen der deutschbürgerlichen Parteien Einspruch erhoben und dabei die Aeußerung getan hätte, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nur die deutschbürgerlichen Parteien, sondern auch die Herrenhausparteien dem Throne und dem Staate die Treue kündigten. Der Vorstand des Verbandes der deutschnationalen Parteien weist diesen frechen Vernachlässigungsversuch mit der gebührenden Verachtung zurück, zumal da er von Parteien ausgeht, die in Reden und Beschlüssen unablässig offen Hochverrat betreiben und predigen."

Der südslawische Parteizwist.

Aus Triest wird berichtet: In der Ballversammlung des politischen Vereines „Edinost" wurde auf Antrag des Abg. Dr. Rybar nach einer heftigen Debatte eine Resolution angenommen, die die Versuche aufs entschiedenste verdammt, in die Reihen der Südslawen Zwietracht hineinzutragen und sie hiedurch in ihrem Kampfe um Selbstbestimmung zu schwächen. Mit besonderer Erbitterung wird gegen die erbärmlichen Denunziationen von Seiten dieser Politiker protestiert, deren Zweck lediglich darin besteht, das Volk und dessen Führer zu diskreditieren.

**Die Abordnung der Verfassungs- und Mittel-
partei beim Ministerpräsidenten.**

Wien, 25. April.

Eine Abordnung des Herrenhauses hat heute vor-
mittag dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler den
Beschluss der Verfassungspartei und der Mittelpartei über-
reicht. Die Abordnung bestand aus den Vertretern der
Verfassungspartei Fürsten Max Egon zu Fürstenberg,
Dr. Freiherrin v. Plener und Dr. Baerereither
und aus den Vertretern der Mittelpartei Freiherrin
v. Czeditz, Freiherrn v. Beck und Grafen Erwein
Nostitz.

Die Konferenz der Mitglieder der Abordnung mit
dem Ministerpräsidenten begann um 11 Uhr vormittags
und währte mehr als zwei Stunden.

Der Beschluss der Verfassungspartei und der Mittel-
partei wird im Laufe des heutigen Abends veröffentlicht
werden.

Protestkundgebungen der deutschbürgerlichen Parteien.

Gegen die Antwürfe der Slawen.

* Wien, 25. April. Der Verbands-
ausschuß der deutschnationalen Parteien
hat heute folgenden Beschluß gefaßt: „In den
Tagesblättern wird berichtet, daß eine Anzahl
von Abgeordneten des Tschechischen Verbandes
und des Südslawischen Klubs beim Minister-
präsidenten gegen die Forderungen der deutsch-
bürgerlichen Parteien Einspruch erhoben un-
dabei die Äußerung getan hätten, daß im
gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nur die deutsch-
bürgerlichen Parteien, sondern auch die Herren-
hausparteien dem Throne und dem Staate die
Treue kündigen. Der Vorstand des Verbandes
der deutschnationalen Parteien weist diesen
frechen Vernachlässigungsversuch mit der
gebührenden Verachtung zurück, zumal er von
Parteien ausgeht, die in Reden und Beschlüssen
unablässig offenen Hochverrat betreiben un-
predigen.“

In einer Konferenz mit dem Minister-
präsidenten schleuderte gestern eine slawische
Abordnung gegen die deutschbürgerlichen
Parteien die Denunziation, daß sie im gegen-
wärtigen Zeitpunkt dem Throne und dem
Staate die Treue kündigen. Demgegenüber
wurde für heute, 10 Uhr vormittags, eine
Sitzung der in Wien anwesenden Mitglieder
der Christlichsozialen Vereinigung einberufen
und unter Vorsitz des Obmannes Landeshaupt-
mann Hausler dieser Vorwurf mit schärfster
Entrüstung zurückgewiesen und einmütig fest-
gestellt, daß die Christlichsoziale
Partei nach wie vor auf dem Standpunkt
unentwegter und unkündbarer
Treue zu Kaiser und Reich steht.

Die Mission Dr. Szterenyis gescheitert.

D. Budapest, 25. April (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
Die Aktion Dr. Szterenyis, die unter so günstigen Auspizien begonnen hatte und noch gestern alle Zeichen des Gelingens aufwies, ist unerwarteterweise gescheitert. Gestern hatte Dr. Szterenyi zu seinem neuen Plan, die Wahlrechtsreform bis zum Herbst zu verschieben, die Zustimmung fast aller Parteien erhalten. Selbst die Sozialdemokraten schienen bereits für die Idee gewonnen; da aber die Karolhi-Partei an ihren Forderungen auf baldigste Durchführung der Wahlrechtsreform festhielt, gerieten die Sozialdemokraten in eine Zwangslage: sie konnten sich in ihren Forderungen von einer bürgerlichen Parteigruppe nicht übertrumpfen lassen. So erfuhr Dr. Szterenyi auch hier eine Absage. Dazu trat entscheidend die Absage der Nationalen Arbeitspartei, so daß die um Szterenyi sich scharenden Gruppen wieder schwankend wurden und Dr. Szterenyi im Laufe des Tages auch von einigen Ministerkandidaten, wie von den Grafen Johann und Adar Zichy, Graf Teleky und v. Lóth, Absagen erhielt. Unter diesen Umständen mußte Dr. Szterenyi an der Möglichkeit eines Erfolges seiner Bemühungen zweifeln; er dürfte jedenfalls noch morgen seine Versuche fortsetzen, vielleicht auf einer anderen Basis, doch scheint nach der Auffassung politischer Kreise nur mehr wenig Aussicht vorhanden zu sein, daß seine Mission gelingen könnte.

Nach den Vorgängen in der heutigen Abgeordnetenhausitzung geht die allgemeine Ansicht dahin, daß die Lösung der Krise lediglich auf dem Wege des Kompromisses erfolgen könne. Abermals tritt die Gestalt Doktor Weterles stark in den Vordergrund, dem ja heute anlässlich seiner Erklärung über die Notwendigkeit des Kompromisses das Haus, mit Ausnahme der Karolhi-Gruppe, lebhaften Beifall zollte.

Ob der Monarch auf die Person Dr. Weterles zurückgreifen wird, kann selbstverständlich nicht vorausgesagt werden. In politischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß der Monarch zur Klarstellung der Situation eine andere Persönlichkeit — man spricht von dem Ackerbauminister Grafen Bela Serenyi und dem Grafen Johann Zichy — heranziehen wird. Aber auch diese andere Persönlichkeit dürfte kaum auf einer anderen Basis als eben auf der des Kompromisses die Lösung der Krise mit Aussicht auf Erfolg suchen können.

Allerdings wird möglicherweise hinsichtlich der Zusammenfassung des Kabinetts eine Frontveränderung vorgenommen werden müssen. Die Kompromißverhandlungen dürften in der Richtung auf einen näheren Anschluß an die Nationale Arbeitspartei geführt werden, wodurch der Gedanke der Konzentration der 48er Verfassungskartei, respektive ihres kompromißfreundlichen Teiles mit der Nationalen Arbeitspartei wieder in den Vordergrund treten würde, so daß möglicherweise das nächste Kabinett nicht mehr, wie dies von Szterenyi geplant war, lediglich eine Regierung der 48er Verfassungskartei darstellen würde, sondern daß man nun bei der Konzentrationsidee landen würde, welche im Laufe der Krise wiederholt aufgetreten war und welcher auch der Monarch günstig gegenüber steht.

Audienz des Grafen Serenyi.

Wie die „Ungarische Post“ meldet, trifft der ungarische Ackerbauminister Graf Bela Serenyi Freitag früh in Wien ein und wird im Laufe des Tages vor dem Monarchen in Audienz erscheinen.

Die Anfrage der Verfassungs- und Mittelpartei und die Erklärungen des Ministerpräsidenten.

Die amtliche Verantbarung.

Wien, 25. April.

Heute erschienen beim Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler die Herren Alois Freiherr v. Czedit, Max Egon Fürst zu Fürstenberg, Dr. Josef Maria Baernreither, Dr. Max Vladimir Freiherr v. Beda, Erwein Graf Noitz und Dr. Ernst Freiherr v. Plener, um auf Grund eines Beschlusses der Mittelpartei und der Verfassungspartei des Herrenhauses an den Stabmitschef folgende Anfrage zu richten:

Die Erörterung, welche sich in der jüngsten Zeit an die durch die französische Regierung erfolgte Veröffentlichung eines Privatbriefes des Kaisers geknüpft hat, ist durch die Rundgebung des Kaisers in den an den Kaiser Wilhelm gerichteten Depeschen vom 12. und 14. April beendet und die Angelegenheit selbst außer Zweifel gestellt und abgeschlossen worden. Erwägungen gegen das Bündnis mit dem Deutschen Reich muß dadurch jeder Boden entzogen sein.

Dieses Bündnis, als Friedensbürgschaft begründet und während 40 Jahren als solche rühmlich bestehend, hat sich durch die Weihe gemeinsam vergossenen Blutes neu bekräftigt und als unerschütterlich erwiesen. Dieser als je im Bedürfnis der schwebenden Zeiten verankert, bietet es wie die Gewähr des endgültigen Sieges, so jene des ersehnten Friedens und einer die Wunden des Krieges heilenden Zukunft. In unentwegter, durch nichts zu beirrender Treue steht die Monarchie zum Deutschen Reich und wird immerdar zu diesem stehen.

Ist dieses Bündnis nicht nur im langjährigen Frieden, sondern insbesondere auch in der Zeit seiner Bewährung im Kriege wiederholt durch feierliche Erklärungen immer wieder aufs neue befestigt und vertieft worden, so hat doch die in dem Depeschenwechsel der beiden Kaiser enthaltene Rundgebung der Solidarität der Interessen, der treuen Waffenbrüderschaft und der unauflösbaren Gemeinsamkeit der Kriegsziele neuerlich das Siegel auf diesen Bund gedrückt.

Wir bauen auf das unantastbare kaiserliche Wort, daß für das kaiserliche Haus und die Monarchie die bisherige, in einer der bewegtesten Epochen der Weltgeschichte aller Zeiten geführte auswärtige Politik richtunggebend bleibt. Wir können aber den Zusammenhang zwischen

der auswärtigen und inneren Politik nicht mit Stillschweigen übergehen. Die Aufrechterhaltung des bisherigen Kurzes der ersteren erfordert eine sie in jeder Hinsicht unterstützende, alle Schwankungen vermeidende, mit fester Hand geleitete innere Politik, die das Herrenhaus vernimmt und als eine dringende Notwendigkeit bezeichnen muß.

Wir bedauern den Rücktritt des Grafen Czernin, der ein starker, verlässlicher Pfeiler der Bundespolitik gewesen ist und sich das hervorragende Verdienst erworben hat, im Rahmen dieser Politik die Interessen der Bundesgenossen im vollen Maße zu berücksichtigen, gleichzeitig aber auch jene der Monarchie in zielbewußter, standhafter Weise zu vertreten. Wir haben aber seine Politik auch deswegen gebilligt, weil er allen reichs- und kaisertreuen Elementen in Oesterreich ein Rückhalt gewesen ist, dessen wir bedürfen mitten in dem schweren Kampf mit unseren Feinden, aber auch mitten in den verderblichen staatsfeindlichen Treibereien, die sich im Innern hervortragen.

Das Herrenhaus hat die Treue zum Kaiser und zur Dynastie stets zu seinem Leitstern gemacht. Wir stehen zum Kaiser in Freud und Leid, ganz besonders heute in der Stunde der Gefahr, die aber klare Ziele verlangt und keine Mißverständnisse duldet.

Mit patriotischer Besorgnis verfolgen wir deswegen Ereignisse, die geeignet sind, den verfassungsmäßigen Schutz der geheiligten, unverletzlichen und unverantwortlichen Person des Kaisers in Frage zu stellen, weil sie jene Deckung und Mitwirkung vermissen lassen, die jede politische

Äußerung und jeder politische Akt des Kaisers, mag er welche Form immer haben, in der Person seines verantwortlichen Ministers finden muß. An Einflüsse, die sich neben der verantwortlichen Regierung Geltung zu verschaffen suchen und an die die Bevölkerung mit steigender Besorgnis glaubt, könnte gar nicht gedacht werden, wenn diese verantwortliche Deckung und Mitwirkung tatsächlich vorhanden wäre.

Der Ernst der Stunde verlangt eine ruhige, aber freimüthige Beurteilung der Lage.

Wir haben uns deswegen entschlossen, zu warnen und unsere Stimme für die Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen Schutzes der Krone zu erheben. Wir müssen als eine erste Voraussetzung des Vertrauens von der Regierung eine Erklärung darüber verlangen, ob sie geneigt ist, anzuerkennen, und auch gewillt, danach zu handeln, daß die Verantwortlichkeit des Ministers sich nicht nur auf jene Regierungsakte beschränkt, die der Gegenzeichnung bedürfen, sondern auch die allgemeine politische Verantwortlichkeit für alle politischen Äußerungen und Handlungen der Krone umfaßt.

Der Ministerpräsident gab zunächst einige Aufklärungen in der Richtung, daß von Einflüssen unverantwortlicher Faktoren auf die Krone nicht die Rede sein könne, und fügte bei, daß er als Ministerpräsident und als treuer Diener seines Herrn die volle Verantwortung für alle politischen Handlungen Sr. Majestät übernehme, mögen die betreffenden Akte von ihm kontrahiert sein oder nicht, mögen sie unmittelbar oder nur mittelbar in den Rahmen seines Wirkungskreises fallen. Wenn es sich um die geheiligte Person Sr. Majestät handle, so habe der Minister die Verantwortung zu übernehmen. Er sei mit Freude bereit, dies zu tun und erforderlichenfalls für seine Person hieraus die politischen Konsequenzen abzuleiten.

Die erschienenen Herren bemerkten hiezu aufklärend, daß sich hinter der Anfrage nicht etwa die Absicht verberge, eine Regierungskrise hervorzurufen oder die ohnehin schwer genug belastete politische Situation noch weiter zu erschweren. Die Anfrage sei vielmehr nur eine Folge der durch die Ereignisse der letzten Zeit hervorgerufenen Beunruhigung und bezwecke lediglich dem aus loyalen und patriotischem Empfinden staats-treuer und staatserkaltender Parteien fließenden Wunsche

nach Zerstreitung der entstandenen Besorgnisse durch eine autoritative Erklärung der Regierung über den Umfang der konstitutionellen Verantwortlichkeit Ausdruck zu geben.

Der Ministerpräsident nahm diese Erklärung zur Kenntnis und bemerkte, daß nach seiner Meinung auch der Träger der Krone in einem konstitutionell regierten Staate das Recht der persönlichen Freiheit, also auch jenes der freien Meinungsäußerung, in Anspruch nehmen könne. Selbstverständlich fallen jedoch nicht nur jene Regierungsakte, die sich formell als solche befunden und daher verfassungsmäßig der Gegenzeichnung bedürfen, sondern auch alle jene Handlungen des Trägers der Krone, die rein politischen Charakter an sich tragen, somit dem Gebiete der Regierungstätigkeit angehören, in den Bereich der konstitutionellen Verantwortlichkeit und bedürfen demnach der erforderlichen verfassungsmäßigen Deckung durch die hiezu berufenen Faktoren.

Der Ministerpräsident fügte noch hinzu, daß er nach seiner Ueberzeugung durch die von ihm vertretene Auffassung auch den Intentionen Sr. Majestät entspreche.

Die Entspannung im Parlament.

Wien, 25. April.

Die kritische Situation im Parlament gilt als überwunden. Als der kritische Punkt war die heutige Vortragsrede der Abordnung der Verfassungs- und Mittelpartei des Herrenhauses beim Ministerpräsidenten anzusehen. Die Abordnung hat dem Ministerpräsidenten die Kundgebung überreicht, die von diesen beiden Gruppen des Herrenhauses beschlossen worden ist. In dieser Kundgebung waren Stellen enthalten, die so aufgefaßt werden konnten, als ob sie eine Spitze gegen die Regierung enthielten. Die Unterredung der Abordnung der beiden Herrenhausgruppen mit dem Ministerpräsidenten dauerte nahezu drei Stunden.

Die Aktion der Verfassungs- und Mittelpartei hatte in parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen erregt, zu verschiedenen Mißverständnissen Anlaß gegeben und speziell auf tschechischer Seite verschiedene Hoffnungen geweckt. Es war in parlamentarischen Kreisen bekannt geworden, daß Ministerpräsident Dr. v. Seidler, falls die Resolution tatsächlich jene Interpretation erfahren hätte, wie es die im Abgeordnetenhaus verbreiteten Gerüchte behaupteten, noch heute seine Demission gegeben hätte. Die Verfassungs- und Mittelpartei repräsentieren heute ziffermäßig die Mehrheit im Herrenhause, und das Vorgehen des Ministerpräsidenten wäre streng konstitutionell gewesen. Nach den Erklärungen, welche die Abordnung der beiden Gruppen des Herrenhauses dem Ministerpräsidenten gegeben hat, besitzt das Kabinett Seidler nach wie vor die Unterstützung der Mehrheit des Herrenhauses. Meinungsdivergenzen, die durch Mißverständnisse hervorgerufen worden waren, sind in der Unterredung beseitigt worden. Für eine Demission des Kabinetts Seidler wegen der Vorgänge im Herrenhause besteht kein Anlaß.

Das Ergebnis der Unterredung der Herrenhausabordnung mit dem Ministerpräsidenten übte auch seine Wirkung auf das Abgeordnetenhaus. Die Aktion der Verfassungs- und Mittelpartei des Herrenhauses hatte die oppositionelle Strömung unter den deutschen Parteien sehr beeinflusst. Seit gestern war der Leitungsausschuß der deutschnationalen Parteien versammelt. Ebenso die in Wien anwesenden Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung, die mit dem Leitungsausschuße einen steten Kontakt aufrecht erhielten. Es handelte sich darum, ob gewisse Zusicherungen, die der Ministerpräsident den deutschen Parteien im Verlaufe der bisherigen Verhandlungen gegeben hatte, als genügend anzusehen seien oder nicht, und ob im letzteren Falle die deutschen Parteien eine oppositionelle Stellung beziehen sollen. Noch in den Vormittagsstunden hatte es den Anschein, daß die radikalere Elemente in der Mehrheit seien. Unter dem Eindruck des Ergebnisses der Unterredung der Herrenhausabordnung mit dem Ministerpräsidenten trat in den ersten Nachmittagsstunden eine Wendung ein. Es hat den Anschein, daß die Mehrheit der deutschen Abgeordneten nunmehr der Ansicht ist, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine größere politische Aktion nicht geeignet sei und daß die Auseinandersetzung der deutschen Parteien mit der Regierung über ihre nationalen Forderungen auf einen späteren Termin verschoben werden solle. Bis dahin würden sich die deutschen Parteien gegenüber dem Kabinett Seidler freie Hand vorbehalten. Freie Hand bedeutet in diesem Falle, daß die deutschen Parteien keine Gewähr dafür übernehmen, daß sie bei den Abstimmungen im Hause der Regierung unbedingte Gefolgschaft leisten. Von dieser Anschauung der deutschen Parteien wurde Ministerpräsident Dr. v. Seidler von den Abgeordneten Dr. Waldner und Hausner in Kenntnis gesetzt. Die einzelnen Gruppen des Verbandes der deutschnationalen Parteien werden sich am Montag mit der Angelegenheit befassen. Es kann heute schon gesagt werden, daß die meisten Gruppen voraussichtlich dieser Anschauung beitreten werden. Einzelne oppositionelle Gruppen bestehen jedoch weiter.

Mit dieser Haltung der deutschen Parteien war auch der zweite kritische Punkt überwunden, der eine Regierungskrise hätte hervorrufen können. Sowohl der deutschnationaler Verband als auch die Christlichsoziale Vereinigung haben sich bereits heute vormittag gegen den Vorwurf, in ihrer Staatsstreue wankend geworden zu sein, der von den Tschechen erhoben wurde, verteidigt. Die Tschechen haben die Entwicklung der kritischen Situation mit einer gewissen Schadenfreude verfolgt. Sie sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die Mißverständnisse, die zwischen den beiden deutschen Gruppen des Herrenhauses und dem Kabinett Seidler bestanden haben, sind beseitigt. Die deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses haben weder dem Tschechischen Verband, noch dem Jugoslawischen Klub den Gefallen getan, das Ministerium Seidler zu stürzen. Ein sehr kritischer Zustand ist

überwunden. Gewiß bestehen auch weiterhin große parlamentarische Schwierigkeiten. Die Unsicherheit in den Majoritätsverhältnissen besteht fort. Das Verhältnis der Regierung zu den deutschen Parteien erscheint doch etwas gelockert, die Polen sind aus ihrer reservierten Haltung nicht herauszubringen, bei den Ukrainern bestehen Verstimmungen. Das ergibt im besten Falle nordürftige Ansätze von Fall zu Fall für eine Mehrheit bei Staatsnotwendigkeiten. Ein Schutz gegen die im österreichischen Abgeordnetenhaus üblichen Zufallsabstimmungen ist vorläufig nicht sichtbar. Aber der Zustand, der heute zu einer ausgesprochenen Krise zu führen drohte, hat seine Schärfe verloren. Die Situation im Parlament ist schwierig und stachelig, aber das Terrain für Verhandlungen ist frei geworden. Das Kabinett Seidler hat abermals eine sehr kritische Situation überwunden und das Parlament auch.

Vertagung der Abstimmung im Verbandsauschusse der deutschnationalen Parteien.

Der Verbandsauschuß der deutschnationalen Parteien hat in seiner gestrigen und heutigen Sitzung die gesamte politische Lage und seine Stellung zur Regierung erörtert. Die Beschlusfassung hierüber und über die im Laufe der Debatte gestellten Anträge wurden bis zum Zusammenritte des Hauses vertagt.

Unter den in der Debatte gestellten Anträgen befindet sich auch ein Antrag des Abgeordneten Teufel, welcher lautet: Der Verband der deutschnationalen Parteien beschließt, daß seine Stellung zur Regierung Seidler keine Aenderung erfahren hat."

Keine Aenderung in der Haltung der Christlichsozialen.

Die Christlichsoziale Vereinigung hielt heute abend unter Vorsitz ihres Obmannes Landeshauptmann Hausner eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende über die Besprechung berichtete, die er nachmittags in Gemeinschaft mit dem Obmann des deutschnationalen Leitungsausschusses Professor Doktor Waldner mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler gepflogen hatte. Hierauf wurden die letzten politischen Vorgänge und die parlamentarische Situation erörtert. Die anwesenden Klubmitglieder gaben einmütig der Meinung Ausdruck, daß die christlichsoziale Partei an ihrer bisherigen Haltung auch der gegenwärtigen Situation gegenüber nichts zu ändern hat; die Vereinigung wird ihre Bemühungen zur Schaffung eines parlamentarischen Burgfriedens fortsetzen, der es ermöglicht, daß die dringenden Ernährungs- und Finanzfragen, die in der nächsten Zeit ausschließlich im Vordergrund der parlamentarischen Beratungen stehen müssen, der tüchtigsten raschen Lösung zugeführt werden.

Die Rechte des Herrenhauses und die Kundgebung der beiden anderen Gruppen.

Heute wurde folgende Mitteilung veröffentlicht:

In der gestrigen Sitzung der in Wien anwesenden Mitglieder des Exekutivkomitees der Rechten des Herrenhauses wurde bei Erörterung der von den beiden anderen Parteien des Herrenhauses vorgeschlagenen Kundgebung auch einstimmig das Befremden ausgesprochen, daß eine Kundgebung derartigen Inhalts überhaupt im Herrenhause angeregt werden konnte.

Die Abordnung der Verfassungspartei und Mittelpartei beim Ministerpräsidenten.

Aus dem Verlaufe der Besprechung.

Wien, 25. April.

Ueber die heutige Besprechung der von der Verfassungspartei und der Mittelpartei zum Ministerpräsidenten Doktor v. Seidler entsendeten Abordnung werden uns in Ergänzung der amtlichen Verlautbarung aus parlamentarischen Kreisen noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Bei Besprechung der Stelle in der Anfrage über den Rücktritt des Grafen Czernin vertraten die Mitglieder der Abordnung die Ansicht, daß der Ministerpräsident den früheren Minister des Aeußern nicht genügend unterstützt und nicht den nötigen Kontakt mit ihm aufrechterhalten habe. Dr. v. Seidler erwiderte, daß dies nicht richtig sei. Zwischen ihm und dem Grafen Czernin habe volle sachliche Uebereinstimmung geherrscht; nur in taktischen Fragen seien ihre Anschauungen nicht immer dieselben gewesen. Graf Czernin habe ihm beim Abschied gedankt und hiebei hervorgehoben, daß sie immer in vollem Einvernehmen gehandelt hätten und daß es zwischen ihnen keine Differenzen gegeben habe.

Als die Abordnung den Wunsch aussprach, daß es keine Nebenregierung geben solle, erklärte der Ministerpräsident, er habe nie etwas von einer Nebenregierung bemerkt; wäre dies der Fall gewesen, säße er nicht mehr auf seinem Platze.

Die Versicherung, daß die beiden Parteien des Herrenhauses keine Regierungskrise hervorrufen und daß sie die politische Situation nicht erschweren wollen, gaben alle Mitglieder der Abordnung ab.

Rundgebung der Deutschen Wiens zur südslawischen Frage.

In einer vom Reichsberein der deutschen Arbeiterpartei für vorgestern im Saal „zum Grünen Tor“ einberufenen zahlreich besuchten Versammlung wurde einstimmig eine Rundgebung gegen die Wünsche nach Schaffung eines südslawischen Staates beschlossen.

Als erster Redner erklärte Abg. Marchl, daß die Bestrebungen nach Errichtung eines südslawischen Staates sich nicht nur gegen das Deutschtum, sondern auch gegen den Bestand des Staates Oesterreich richten, auf dessen Trümmern der neue Staat aufgeföhrt werden soll. Niemals dürfe das deutsche Volk in Oesterreich dulden, daß ein derartiges, auf Massenhaß aufgebautes Staatengebilde errichtet werde, das den Weg zur Adria versperren würde.

Herrenhausmitglied Dr. Pattai sprach über die Grundgedanken des Bündnisses zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche und führte unter anderem aus: „Die Rundgebungen für das Trennbündnis mit dem Deutschen Reiche sind erfreulich und auch jene von offizieller Seite von unabweislicher Deutlichkeit. Die heutige Stellung Oesterreichs durch das untrennbare Bündnis der beiden Kaiserreiche zu erhalten ist Lebensnerv für beide, seine Auflösung Untergang. Von schweren Zerwürfeln aber zeigt es, wenn wir wieder anfangen wollten, den Verhältnissen im Orient mit verschränkten Armen gegenüberzustehen, und verfehlt wäre es, wenn wir in unserm Innern einen südslawischen Staat gründen wollten. Es ist aber notwendig, auch unsere Beziehungen zu Ungarn nicht außer acht zu lassen. Wichtig ist es, sich auf die Hilfe zu stellen, wenn Ungarn zu viel verlangt, allein wir dürfen nicht vergessen, daß für die Deutschen Oesterreichs die Ungarn in gewissem Sinne natürliche Verbündete sind. Schon der weitsehende Ueberblick der europäischen Verhältnisse, Bismarck, hat immer auf ein gutes Verhältnis mit den Ungarn gehalten, das zugleich eine der Richtlinien in der Bündnispolitik bildete. Bismarck schuf dem großdeutschen Gedanken eine neue Richtung im Bündnis der beiden Kaiserreiche. Mit diesem Gedanken, bei dem einem deutlicher, bei dem andern unbewußt, sind wir in den Weltkrieg eingetreten, dessen Früchte nun schon wirbeln. Um so größer ist unsere Erbitterung über jene, die das Werk von so viel Blut und Opfer in den Wind schlagen wollen. Die Zeit der Erzberger und Haase ist vorbei. Es gibt keinen Betrug mehr, der uns um die Früchte des Sieges bringen würde. Das Bündnis ist neuerdings vor Europa geschworen. Noch etwas Geduld, Hindenburg hat das Wort, und wenn unsere Sieger im Sichenlaub zurückkehren, dann wollen wir aufbauen in Frieden vom Rhein bis zur Donau, von Berlin bis Bagdad und aus Werk gehen mit dem Bewußtsein aufrechter Männer, die wir bleiben in Not und Bedrängnis und bleiben in Glück und Sieg, immer: Kopf hoch!“ (Zubehnder, langanhaltender Beifall.)

Auf Antrag des Vorsitzenden Dr. Kiehl wurde hierauf einstimmig die folgende Entschliesung angenommen: „Die Versammelten erkennen alle Zugeständnisse an die Slowenen in der Richtung einer eigenen Staatlichkeit oder auch nur der Zertrümmerung der deutschen Kronländer Steiermark und Kärnten nicht nur als Schlag gegen das südoesterreichische Deutschtum, sondern gegen den Bestand Oesterreichs. Sie lehnen einen südslawischen Staat mit einer übrigens gezwungenen Verbindung dieses Staates mit den auf dem Wege nach Triest liegenden österreichischen Kronländern sowie eine autonomistische Vereinigung der slowenischen Gebiete Oesterreichs als absolut unannehmbar und für die Stadt Wien als unerträgliches Ansperrung vom Meere entschiedenst ab. Eine Negierung die solchen Plänen ihre Hilfe leiht, ist als Lohneind der Deutschen und Wiens entschiedenst zu bekämpfen.“

Eine Klage des Tschechischen Verbandes durch die Regierung.

Eine erfundene Äußerung Erzherzog Friedrichs.

Zur Wehransicht des Abgeordnetenhauses antwortete heute Minister des Innern Graf v. Loggenburg auf die polnische Anfrage über einen Artikel der Wiener „Mittags-Zeitung“ mit der Überschrift „Rache für Chelm“, in welchem eine angebliche Äußerung des Erzherzogs Friedrich widergegeben wird, welche gelautet hat: „Bei Cz'ediz beginnt das Feindesland“. Der Minister stellt fest, daß der Feldmarschall diesen Ausspruch niemals getan hat. Die Zulassung dieser Veröffentlichung in der Presse sei ein Verstoß der Zensur, da es nach den bestehenden Zensurweisungen vollkommen ausgeschlossen sein sollte, die fragliche Zeitungsnotiz unbeanstandet zu lassen. Wenn es trotzdem geschehen ist, so könne der Minister hiermit nur sein Bedauern über dieses Versehen zum Ausdruck bringen.

Sodann wird die Debatte über die kaiserliche Verordnung, betreffend die Verlängerung der Landsturmpflicht, fortgesetzt. Der Minister für Landesverteidigung FML. v. Czapp wendet sich gegen den Antrag der Tschechen auf Verweigerung der Genehmigung für die Verordnung, da die etwaige Annahme dieses Antrages ein Vakuum hervorrufen würde; der Antrag sei für die Regierung und für die Militärverwaltung absolut unannehmbar. Bezüglich der Erklärung des Tschechischen Verbandes hierzu sei er vom Ministerpräsidenten beauftragt, namens der Regierung diese Ausführungen, da sie sich im Widerspruche mit dem österreichischen Staatsgedanken befinden und sich daher als gänzlich indiskutabel darstellen — er verweise namentlich auf den letzten Absatz — auf das schärfste zurückzuweisen. Es sprachen sodann u. a. die Abg. v. Guggenberg und Jedel.

26. IV. 1918

29

Das Kabinett Seidler bleibt.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

fr Wien, 26. April.

Die parlamentarische Krisis hat mit einer Ueberraschung geendet. Das Ministerium Seidler bleibt! Der springende Punkt war der von der schlagledigen Abordnung der Verfassungs- und der Mittelpartei des Herrenhauses überreichte Beschluß, der eine ziemlich scharfe Kritik gegen das Kabinett Seidler enthielt, und es war seit gestern bekannt, daß der Ministerpräsident die Absicht habe, falls die beiden Herrenhausgruppen, die ziffermäßig die Mehrheit im Herrenhause darstellen, auf dem in dieser Form zum Ausdruck gebrachten Mißtrauen beharren, zurückzutreten. Die Unterredung der Abordnungen der Herrenhauspartei mit Dr. von Seidler dauerte mehr als drei Stunden. Der für 14 Uhr nachmittags angesetzte Ministerrat wurde insolge dessen auf den Abend verschoben. Das Ergebnis der Unterredung besteht darin, daß die führenden Mitglieder der beiden Gruppen des Herrenhauses Dr. v. Seidler offiziell die Versicherung gegeben haben, daß die Entschlieung in keiner Weise als Mißtrauen gegen das gegenwärtige Kabinett aufzufassen sei und daß die Verfassungs- und die Mittelpartei so wenig wie bisher in der Zukunft die Absicht haben, der Regierung ihre Unterstützung zu versagen.

Ueber die Unterredung soll noch in den späten Nachtstunden eine amtliche Mitteilung veröffentlicht werden, in der auch das Recht der freien Meinungsäußerung der Krone im politischen Leben, jedoch unter völliger Deckung der Regierung, ausgesprochen und vertreten wird. Zugleich wird darin bekannt gegeben werden, daß diese Erklärung vollkommen den Anschauungen des Kaisers entspricht. Aus der Besprechung des Ministerpräsidenten mit den Herrenhausmitgliedern wird bekannt, daß Dr. v. Seidler erklärt habe, er sei bereit, für alle politischen Handlungen der Krone, mögen sie eine Gegenzeichnung tragen oder nicht, die Verantwortung zu übernehmen und zu tragen.

Der Ministerpräsident war auch in der Lage, dem allgemein verbreiteten Vorwurf entgegenzutreten, er habe dem Grafen Czernin als Minister des Aeußern nicht genügend unterstützt. Er besahe Beweise dafür, daß niemals zwischen ihm und dem Grafen Czernin sachliche Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Durch die am Schlusse der Unterredung abgegebene Erklärung der Abordnung der beiden Herrenhausgruppen war der unmittelbare Anlaß, der zum Rücktritt Dr. v. Seidlers hätte führen können, beseitigt. Die Nachwirkung dieser Entspannung machte sich im Abgeordnetenhaus auch sofort bemerkbar. Die deutsche Partei, die noch vormittags — offenbar stark unter dem Einfluß des Vorstoßes aus dem Herrenhaus — eine oppositionelle Stellung gegenüber der Regierung eingenommen hatte, ließ abends dem Ministerpräsidenten die Mitteilungen zugehen, daß sie auf der Durchsetzung ihrer nationalen Forderungen im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr bestehen, und daß sie sich gegenüber dem Kabinett freie Hand vorbehalte. Damit ist auch im Abgeordnetenhaus der letzte Anstoß, der jetzt zu einer Regierungskrise hätte

Die deutschen Parteien erwarten ihr Heil im Kampf gegen die Slawen wieder einmal von der Regierung und wollen, daß man ihnen von oben her jene nationalen Errungenschaften fertig in den Schoß legt, die sie bisher weder erkämpfen noch durch Verhandlungen mit dem Gegner erwerben konnten. Eine absolute Einigkeit herrscht allerdings in dieser Beziehung unter den Deutschen Oesterreichs nicht. Eine Anzahl gemäßigter Elemente, besonders alpenländische Vertreter, sind über den Bruch mit der Regierung keineswegs begeistert. Aber das Bezeichnendste an der Lage ist, daß die deutsch-slawischen, nur nicht die Vertreter Deutsch-Böhmens, wieder einmal die Initiative in die Hand bekommen haben und nun den ohnehin nicht sehr fest zusammengefügten nationalen Verband vor die Wahl stellen, entweder ihrer Führung zu folgen oder aufs Neue gesprengt zu werden. Ebenso bezeichnend ist es, daß die Einflüsse dieser Gruppe und wohl auch anderer Kreise, die an dem Sturz des Herrn v. Seidler irgendwie interessiert sind, ihren Eingang in die anderen deutschen Fraktionen gefunden haben, so daß jede einzelne dieser Gruppen und Gruppchen von einer Spaltung bedroht wird. Es würde zu weit führen, diese verschiedenen Unterströmungen hier im einzelnen zu verfolgen, die das ohnehin nicht ganz einfache Bild der deutschen Parteien noch weiter komplizieren. Es sei beispielsweise auf die auch schon hier erwähnten auffällig deutsch-national gefärbten und direkt gegen Dr. v. Seidler gerichteten Artikel des „Fremdenblattes“ hingewiesen.

Man sieht also, daß der Sturm gegen Dr. v. Seidler teilweise nur sehr lose mit der Frage des Konstitutionalismus zusammenhängt. Auf slawischer Seite taucht der nicht ganz unbedeutende Vorwurf auf, daß sich hier ungefähr die gleiche Konstellation wieder zusammenfindet, die vor Jahresfrist für die Regelung der Nationalitätenfrage auf dem Verordnungswege, des sogenannten Oktroi, eingetreten ist, also für eine durchaus unkonstitutionelle Methode. Das ist eine nicht nur äußerliche Erscheinung, sie wird vielmehr durch die Tatsache vertieft, daß, wie schon erwähnt, die Deutschen oder ein großer Teil von ihnen ihre Forderungen gegenüber den Tschechen durch die Kraft der Regierung erfüllt sehen wollen. Das würde in der Praxis vermutlich wieder auf einen Oktroi hinauslaufen, aber auch die Tschechen, so demokratisch ihre überwiegende Mehrheit fühlt, schwärmen für die parlamentarische Regierungsform nur dann, wenn sie sich Vorteile davon versprechen. So findet augenblicklich der Kaiserbrief nirgends wärmere Beurteilung als bei den Tschechen, und zwar auf Grund einer sonderbaren Interpretation, auf die hier nicht eingegangen zu werden braucht, die aber für das Gefühl der Tschechen für Berlin durchaus kennzeichnend ist. Trotzdem haben die Tschechen natürlich keinen Anlaß, das Kabinett Seidler jetzt zu unterstützen. Sie haben es allerdings niemals ernstlich gefährdet, sondern ihm nur eine Art wohlwollender Opposition gemacht. Ihrer Politik der unbedingten Negation kann es nur erwünscht sein, wenn der Staat von Krisen geschüttelt und seine Existenzfähigkeit in der bisherigen Form noch mehr als bisher in Frage gestellt wird. Auf die Slawen braucht nicht mehr eingegangen zu werden, weil sie gegenwärtig mit den Tschechen eine taktische Einheit bilden.

Ich kann nicht finden, daß sich das Verhalten der Polen von diesen beiden geschmähten Gruppen wesentlich unterscheidet. Auch sie haben der zunehmenden Verwirrung mit einem ganz unverkennbaren Behagen zu. Seit dem Frieden mit der Ukraine sind die Polen ein für allemal in die Opposition gekommen, und es scheint, daß sie die Absicht haben, sich dieses parlamentarische Vorrecht besonders teuer abkaufen zu lassen. Der eigentliche Preis ist die autropolnische Lösung, mit anderen Worten: die Mobilmachung aller politischen Kräfte Oesterreich-Ungarns für die Erfüllung der polnischen Wünsche. Der erste davon ist die Zurückgabe des Cholmer Kreises. Was die Zukunft weiter noch bringen wird, weiß man nicht. Leider hält auch ein Teil der Deutschen die autropolnische Lösung noch immer für ein Heilmittel. Der tiefere Grund dafür scheint in der politischen Bequemlichkeit zu liegen. Das polnische Fahrwasser würde es ermöglichen, vorläufig in Oesterreich mit der bisherigen deutsch-polnischen Mehrheit zu regieren, nachher aber das Land Galizien einfach loszuwerden, um das es geradezu eine Schande ist, und dann mit einer deutschen Mehrheit im österreichischen Reichsrat auf dem Parlamentswege jene Nationalitätenpolitik zu erzwingen, die man jetzt unparlamentarisch oktroyieren will.

Der Parlamentarismus und der Sinn für verfassungsmäßige Garantie sind also in Oesterreich nicht gerade entwickelt. In dieser Richtung wollen sie nicht zugestehen, daß die erste Lat des parlamentarischen Empfindens in Oesterreich die Regelung der Nationalitätenfrage nach dem gemeinsamen Willen der beteiligten Völker sein muß. Solange man sich um diese Lat herumdrückt und das konstitutionelle Schlagwort nur als einen handlichen politischen Prügel gegen den augenblicklichen Gegner verwendet, solange wird man keine Sicherheit gegen unverantwortliche Einflüsse und Willkürlichkeiten erlangen können. Kommt eine Gelegenheit wie die jetzige, die ein energisches Handeln mit besonderer Dringlichkeit fordert, so benutzt man den nächsten besten Ministerpräsidenten als Prügelfinaben und meint, etwas getan zu haben.

Dr. Alexander Redlich.

Das Kabinett Seidler bleibt! Der springende Punkt war der von der schlagledigen Abordnung der Verfassungs- und der Mittelpartei des Herrenhauses überreichte Beschluß, der eine ziemlich scharfe Kritik gegen das Kabinett Seidler enthielt, und es war seit gestern bekannt, daß der Ministerpräsident die Absicht habe, falls die beiden Herrenhausgruppen, die ziffermäßig die Mehrheit im Herrenhause darstellen, auf dem in dieser Form zum Ausdruck gebrachten Mißtrauen beharren, zurückzutreten. Die Unterredung der Abordnungen der Herrenhauspartei mit Dr. von Seidler dauerte mehr als drei Stunden. Der für 14 Uhr nachmittags angesetzte Ministerrat wurde insolge dessen auf den Abend verschoben. Das Ergebnis der Unterredung besteht darin, daß die führenden Mitglieder der beiden Gruppen des Herrenhauses Dr. v. Seidler offiziell die Versicherung gegeben haben, daß die Entschlieung in keiner Weise als Mißtrauen gegen das gegenwärtige Kabinett aufzufassen sei und daß die Verfassungs- und die Mittelpartei so wenig wie bisher in der Zukunft die Absicht haben, der Regierung ihre Unterstützung zu versagen.

Ueber die Unterredung soll noch in den späten Nachtstunden eine amtliche Mitteilung veröffentlicht werden, in der auch das Recht der freien Meinungsäußerung der Krone im politischen Leben, jedoch unter völliger Deckung der Regierung, ausgesprochen und vertreten wird. Zugleich wird darin bekannt gegeben werden, daß diese Erklärung vollkommen den Anschauungen des Kaisers entspricht. Aus der Besprechung des Ministerpräsidenten mit den Herrenhausmitgliedern wird bekannt, daß Dr. v. Seidler erklärt habe, er sei bereit, für alle politischen Handlungen der Krone, mögen sie eine Gegenzeichnung tragen oder nicht, die Verantwortung zu übernehmen und zu tragen.

Der Ministerpräsident war auch in der Lage, dem allgemein verbreiteten Vorwurf entgegenzutreten, er habe dem Grafen Czernin als Minister des Aeußern nicht genügend unterstützt. Er besahe Beweise dafür, daß niemals zwischen ihm und dem Grafen Czernin sachliche Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Durch die am Schlusse der Unterredung abgegebene Erklärung der Abordnung der beiden Herrenhausgruppen war der unmittelbare Anlaß, der zum Rücktritt Dr. v. Seidlers hätte führen können, beseitigt. Die Nachwirkung dieser Entspannung machte sich im Abgeordnetenhaus auch sofort bemerkbar. Die deutsche Partei, die noch vormittags — offenbar stark unter dem Einfluß des Vorstoßes aus dem Herrenhaus — eine oppositionelle Stellung gegenüber der Regierung eingenommen hatte, ließ abends dem Ministerpräsidenten die Mitteilungen zugehen, daß sie auf der Durchsetzung ihrer nationalen Forderungen im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr bestehen, und daß sie sich gegenüber dem Kabinett freie Hand vorbehalte. Damit ist auch im Abgeordnetenhaus der letzte Anstoß, der jetzt zu einer Regierungskrise hätte

**Die Verhandlungen im Abgeordneten-
hause.**

Die kommende Woche, die durch die Verschiebung des Tagungsbeginnes des Abgeordnetenhauses noch zu der Vorbereitungsfrist der parlamentarischen Tätigkeit hinzugeschlagen wurde, wird den Verhandlungen in den Parteien und zwischen diesen und der Regierung über die parlamentarischen Aufgaben gewidmet sein. Allerdings wird sich, wie in politischen Kreisen erklärt wird, auch in diesen acht Tagen kaum die volle Klärung der parlamentarischen Wirrsale erzielen lassen, allein die Vorarbeiten sollen vorerst den Weg ebnen und allmählich überleiten zur Realpolitik; ihre Bedeutung wäre deshalb nicht gering zu schätzen, weil ihre Wirkung wohl erst später sich zeigen wird, zu einer Zeit, da das Parlament zu den wichtigen Entscheidungen der Frühlingstagung gelangen wird. Die nächste Arbeit wird die Ordnung der durch die letzten Ereignisse mitgenommenen Parteiverbände sein. Die **Deutschnationalen** haben die Entscheidung über den ihnen vorgeschlagenen Frontwechsel vertagt und werden sich die Sache hoffentlich überschlafen, zumal die Vorfälle der abgelaufenen Woche die Stellung der Regierung sichtlich gestärkt haben und eben erst die Gefahr vor Augen gerückt worden ist, daß eine solche Kampfansage nicht den Sturz der Regierung, sondern eine bedenkliche Wendung des politischen Systems bewirken könnte. Ebenso werden die **Polen** die Neuordnung ihres Klubs unter den neuen Verhältnissen vorzunehmen haben und demgemäß ihre Stellung zur Regierung beziehen. Die Gelegenheit dieser Umgruppierungen werden sich jene nicht entgehen lassen, die eine Vereinigung aller positiven Parteien zur Errettung des Parlamentes aus seiner Not und zur Schaffung einer Arbeitsplattform anstreben. Die **Christlichsozialen** haben bereits bei Behandlung des letzten Budgetprovisoriums im Ausschusse wie im Plenum diesen Sammelruf erhoben und der Ministerpräsident hat ihn in seinen letzten Äußerungen im Abgeordnetenhause wie gegenüber politischen Abordnungen unterstützt — was auch den Superklugen bekannt sein könnte, die im sozialdemokratischen Organ in Erwiderung auf die letzte christlichsoziale Verlautbarung die Frage stellen, wo solche Bemühungen zum Burgfrieden schon geschehen seien — und diese Mahnungen haben im tschechischen wie im polnischen Lager vielfach einen nicht ungünstigen Widerhall gefunden. Auch diese parlamentarische Notstandsaktion bedarf Zeit zur Ausreifung, ehe sie in ihren Wirkungen sichtbar werden kann. Aus den Parteien selbst muß die Genesung des Parlamentes kommen und es entspricht weder dem Selbstbewußtsein der Parteien noch den gegebenen Verhältnissen, das Heil stets nur von dem Eingreifen der Regierung zu erwarten. Auch das Parlament selbst steht nun im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes.

Baron Burian und die Polen.

Ueber die Beratung der polnischen Abgeordneten am 22. d. berichtet der „Gaz“, der Polenklub stehe dem neuen Minister des Außern **Baron Burian** vorerst

abwartend gegenüber. Der Klub bestche entschieden auf seinen Forderungen nach Unteilbarkeit des Königreiches, Unteilbarkeit Galiziens und Wiederherstellung der Grenzen des Cholmlandes; dies seien die Voraussetzungen zu einer austro-polnischen Lösung. Solange die Polen nicht im Besitze einer feierlichen und ehrlichen Versicherung sein werden, daß das Ministerium des Außern aufrichtig eine solche Lösung der polnischen Frage anstrebe, die die Polen befriedigen könnte, solange müsse der Polenklub seine bisherige Haltung beobachten.

**Das Präsidium des Polenklubs beim Minister-
präsidenten.**

Heute nachmittag empfing Ministerpräsident Doktor Ritter v. Seidler in Anwesenheit des Ministers Dr. v. Twardowski das Präsidium des Polenklubs, bestehend aus den Abgeordneten Hofrat **Kendzior**, Hofrat **German**, Graf **Baworowski** und **Stapinski**. Den Gegenstand der längeren Beratung bildete die voraussichtliche Gestaltung der parlamentarischen Lage in der nächsten Zeit, worauf mehrere laufende Angelegenheiten wirtschaftlicher Natur zur Erörterung gelangten.

Der gescheiterte Vorstoß gegen Seidler.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

* Wien, 27. April.

Die österreichische Krise ist mit erstaunlicher Schnelligkeit abgelaufen. Die Ursache dieses merkwürdigen Vorganges ist wohl hauptsächlich darin zu suchen, daß der ganze Angriff gegen die Regierung von einer innerlich durchaus unharmonischen Gruppe und überdies ohne genügende Vorbereitung unternommen wurde, und daß es den Teilnehmern im springenden Augenblick an Mut und Zielbewußtsein gefehlt hat. Die Aktion des Herrenhauses hat im Wesen mit der der Deutschen im Abgeordnetenhaus nur sehr vereinzelte Berührungspunkte. Ein erheblicher Teil der opponierenden Herrenhausmitglieder gedachte, Herrn v. Seidler durch einen ihnen genehmeren Kandidaten zu ersetzen. Dafür würden entweder der früherer Ministerpräsident Freiherr v. Beck oder der böhmische Hocharistokrat Graf Sílva-Larouca in Betracht kommen. Man erzählt sich, daß insbesondere derselbe für Beck auch der einstige Sektionschef Geheimrat Dr. Sieghardt still, aber heftig gearbeitet habe. Sieghardt war bekanntlich einmal einer der mächtigsten Männer Oesterreichs. Er blieb es auch nach seinem Scheiden aus dem Staatsdienst in seiner Eigenschaft als Gouverneur der Bodentreditanstalt. Sein plötzlicher und unmittelbarer Abgang von dieser Stellung war ein tödlicher Stoß für ihn, aber er ist auch zweifellos heute noch eifrig am Werke, um seinen Einfluß wieder herzustellen.

Die von Sieghardt unterstützte Kandidatur des Freiherrn v. Beck würde den Deutschen ebensowenig Freude gemacht haben wie die des Grafen Sílva-Larouca. Dennoch scheint es, daß die deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses die Herrenhausaktion unterstützen wollten. Mit ganzem Herzen waren allerdings nur die Deutsch-Radikalen bei der Sache; die anderen deutschen Gruppen hatten eigentlich zu dem Abenteuer wenig Lust, und sie wurden, wie ich schon gestern andeutete, hauptsächlich durch die Angst vor der Sprengung des Nationalverbandes und durch eine auf untrübsamem Wege in den eigenen Reihen betriebene Propaganda vorwärts getrieben.

Das Ende dieses Unternehmens kam schnell und unter bezeichnenden Umständen. Zunächst holten sich die Vertreter der beiden opponierenden Herrenhausparteien beim Ministerpräsidenten oder vielmehr beim Kaiser eine empfindliche Abfuhr. Diese Deputation hatte den Wunsch, nicht nur vom Ministerpräsidenten, sondern auch vom Kaiser empfangen zu werden, um ihre Beschwerde vorzubringen. Diesen Wunsch hat der Kaiser durch Herrn v. Seidler höflich, aber entschieden abgelehnt lassen. Er ließ die Herren bitten, ihre Beschwerden dem Ministerpräsidenten vorzutragen. Daraufhin trat die Herrenhausdeputation den Rückzug an und führte die „Verständigung“ mit Herrn v. Seidler herbei, über die schon berichtet worden ist.

Der Feldzug der deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses war mit dieser Niederlage den Herrenhausmehrheit eigentlich erledigt. Inzwischen aber waren auch hier die südmittel-europäischen Temperamente der ruhigen Erwägung gewichen. Man sah ein, daß der Sturz des Herrn v. Seidler gang und gäbe sei, wenn sein Nachfolger doch nicht imstande sein würde, mehr zu leisten als der Vorgänger. Ein Personenwechsel könnte und kann hier nur einen Zweck haben, wenn er einen Systemwechsel bedeutet. Der richtige Mann dafür ist aber bisher nicht gefunden worden. So haben die Deutschen es vorgezogen, Herrn v. Seidler bis auf Widerruf leben zu lassen, und es scheint sogar, daß sie mit einer gewissen Ungestimmtheit um dieses Ministers Leben besorgt sind. Es würde unter allen Umständen vielleicht doch nur von kurzer Dauer gewesen sein, wenn das Abgeordnetenhaus, wie beabsichtigt, schon am Dienstag zusammengetreten würde. Man könnte nicht recht wissen, was da passieren möchte. Deshalb ist, wie schon berichtet, in weiser Vorsicht der Beginn der Sitzungen um eine Woche, nämlich bis zum 7. Mai, verschoben worden. Die Schlacht ist also vorläufig beendet, der Kanonendonner ist verstummt, und Verluste sind, Gott sei Lob, nicht zu verzeichnen. Das nichtdeutsche Oesterreich aber lacht, wie schon lange nicht.

Dr. Alexander Rodlich,

Das neue Kabinett Weferle

Budapest, 26. April. (Privat.) Weferle ist neuerdings designierter Ministerpräsident mit der Aufgabe, ein Konzentrationsministerium zu bilden. Handelsminister Szterenyi reist heute nach Wien ab, um dem Monarchen über das negative Ergebnis seiner Mission zu berichten. Wenn es auch Szterenyi nicht gelungen ist, die Entwirrung herbeizuführen, so hat dennoch seine eine ganze Woche andauernde intensive Tätigkeit sehr viel zur Klärung der Lage beigetragen. Seinem Eingreifen und Verhandeln ist es zuzuschreiben, wenn es nunmehr heute zweifellos feststeht, daß die überwiegende Mehrheit des ungarischen Abgeordnetenhauses bis auf die Karolypartei und die Anhänger des Grafen Andrássy, deren Zahl nicht mehr als dreißig bis vierzig beträgt, eines Sinnes bei der Lösung der Krise geworden ist und eine Verständigung in der Wahlrechtsfrage anstrebt. Nur ein Verständigungskabinett wird die Lösung der Krise ermöglichen können, und heute scheinen alle Voraussetzungen dafür gegeben zu sein, so daß abermals Dr. Weferle an die Spitze einer solchen Regierung berufen wird. Szterenyi selbst wird in seiner Audienz empfohlen, der Monarch möge Dr. Weferle mit der Lösung der Krise betrauen,

wie dies Graf Bela Serenyi bereits in seiner heutigen Audienz getan hat.

Die neuerliche Betraung Dr. Weferles dürfte trotz der Gegnerschaft der Grafen Andrássy und Apponyi sowie des Justizministers Doktor Bazsonyi zu einer Verständigung in der Wahlrechtsfrage führen, denn auch Tisza und seine Partei werden zweifellos geneigt sein, neuerliche Zugeständnisse zu machen, um das Kompromiß zustande zu bringen. Die Wiederernennung Weferles ermöglicht aber auch die Durchführung der Steuerreformen, was bei der gegenwärtigen Lage der Dinge von höchster Wichtigkeit ist. Auch Graf Tisza und 60 bis 70 Mann der Verfassungspartei, mithin die überwiegende Mehrheit, fördern die Wiederbetraung Weferles.

Im neuen Kabinett Weferle sollen alle jene führenden Persönlichkeiten Platz nehmen, die Anhänger der Entwirrung sind, also Graf Zichy, Graf Serenyi, Szterenyi, Popovics, Prinz Windisch-Graetz, Baron Szurmay, Unkelhäuser und vielleicht auch Földes. Die Tatsache, daß Prinz Windisch-Graetz und Szterenyi an der Spitze des Handels- und Ernährungsressorts verbleiben, verbürgen die ungestörte Durchführung des großangelegten Requirierungsplanes und der Lebensmittelversorgung Oesterreichs. Neben Szterenyi wird Prinz Windisch-Graetz morgen ebenfalls beim Monarchen in Audienz erscheinen. Nach allgemeiner Auffassung wird die ungarische Regierungskrise im Sinne der Verständigung in der Wahlrechtsfrage spätestens in der nächsten Woche zur endgültigen Lösung gelangen.

Heute abends veröffentlichte Graf Johann Zichy folgende Erklärung: Ich werde Weferle für alle Fälle unterstützen, denn wenn er kommt, dann kann er bloß die Verständigung in der Wahlrechtsfrage bringen.

Graf Serenyi wird für morgen hier erwartet, um mit Dr. Weferle neue Entwirrungsverhandlungen einzuleiten. Graf Serenyi äußerte sich nach seiner heutigen Audienz: Ich hatte Gelegenheit, vor dem Monarchen meine Ansichten über die gegenwärtige Situation in Ungarn und die Möglichkeit der Entwirrung der Krise darzulegen. Meine Ansichten bestehen, kurz gesagt, darin, daß jedermann unter allen Umständen die Wege der friedlichen Verständigung suchen muß, damit die Wahlrechtsfrage so rasch als möglich abgeschlossen werden kann und wir endlich an die positive Arbeit schreiten können.

**Eine Wiener Versammlung gegen die
südslawische Propaganda.**

In einer „zum grünen Tor“ in Wien abgehaltenen Versammlung gab Abg. Marchl eine Darstellung der Ereignisse vom 28. Juni 1914, der Schreckenstat von Sarajevo, bis zum Rücktritt des Grafen Czernin, und der eigenartigen Formen, die die südslawische Propaganda angenommen hat. Mit stürmischem Beifalle begrüßt, sprach hierauf Herrenhausmitglied Dr. Pattai über die Grundgedanken des Bündnisses zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich. Auf Antrag des Vorsitzenden Doktor Riehl wurde hierauf einstimmig die folgende Entschliebung angenommen: „Die Versammlung erkennt alle Zugeständnisse an die Slowenen in der Richtung einer eigenen Staatlichkeit oder auch nur der Zertrümmerung der deutschen Kronländer Steiermark und Kärnten nicht nur als Schlag gegen das südösterreichische Deutschtum, sondern gegen den Bestand Oesterreichs. Wir lehnen einen südslawischen Staat mit einer übrigens gezwungenen Verbindung dieses Staates mit den am Wege nach Triest liegenden österreichischen Kronländern sowie eine autonomistische Vereinigung der slowenischen Gebiete Oesterreichs als absolut unannehmbar und für die Stadt Wien als unerträgliche Absperrung vom Meere entschieden ab. Eine Regierung, die solchen Plänen ihre Hilfe leiht, ist der Todfeind der Deutschen und Wiens und entschiedenst zu bekämpfen.“

Beruhigung und Klärung.

Von Reichsratsabgeordneten Dr. Hans Schürff.

Die für den 30. d. in Aussicht genommene Sitzung des Abgeordnetenhauses findet erst am 7. Mai statt. Der Grund für diese Verschiebung des Wiederbeginnes der parlamentarischen Tätigkeit ist sicher darin zu suchen, daß den durch die letzten Ereignisse stark beunruhigten Parteivorständen des Abgeordnetenhauses Gelegenheit zur Klärung der ganzen Sachlage gegeben werden soll. Die durch zahlreiche mißglückte politische und wirtschaftliche Akte der Regierung verschuldete Mißstimmung der Bevölkerung hat auch auf die Stimmung einzelner Parteigruppen gewirkt und dort jene Bewegung

herborgerufen, die zuletzt in der kritischen inneren Lage ihren unmittelbaren Ausdruck fand. Die Verstimmung in der Wählerschaft und in den Abgeordnetenkreisen kann nicht bestritten werden; denn sie haben zweifellos Grund genug, um mit dem Gang der politischen Ereignisse unzufrieden zu sein. Ob aber der jetzige Zeitpunkt, wo die Kriegseignisse zu hoffentlich baldiger Entscheidung drängen, glücklich gewählt war, sei dahingestellt. Die angezeigte Ministerstürzerei wurde dadurch nicht sympathischer, daß sie von einzelnen übernerbösen und nicht zielbewußten Politikern ausging, die noch vor wenigen Monaten das ganze Heil und Glück der Deutschen Oesterreichs in einem parlamentarischen Kabinett Seidler erblickten. Zu ihnen gesellten sich einzelne ehrgeizige Politiker, die oftmals mehr Del ins Feuer schütteten, als es in der jetzigen Zeit angebracht ist.

Vorläufig ist nun wieder einige Beruhigung eingetreten, weil die nüchterne Beurteilung der politischen und parlamentarischen Sachlage Oberhand gewann. Man fragt wieder mehr nach dem, was sein wird und sein kann, als nach dem, was war, und sucht von diesem richtigen Gesichtspunkte aus eine dem Parlament und Volke förderliche Vereinigung der Situation. Zu dieser mehr nüchternen politischen Haltung zwingt vor allem der jetzt so furchtbar schwer in Erscheinung tretende Ernährungsnotstand in Oesterreich, dessen Beseitigung oder Erleichterung nur durch die Zusammenfassung aller ruhigen und wirklich objektiv denkenden arbeitswilligen parlamentarischen und ministeriellen Kräfte möglich ist. Die Frage der Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse schwebt auf den Lippen von Millionen Menschen, die mit banger Sorge dem kommenden Tag entgegenblicken, und diese selbe Frage wird die kommende parlamentarische Tagung als die erste und wichtigste beherrschen. Vor ihr treten alle anderen Fragen vollständig zurück, denn mit ihr hängt nicht zuletzt unser Durchhalten bis zu einem glücklichen Kriegsende zusammen. Ministerkrisen sind im Vergleich dazu Fragen von untergeordneter Bedeutung, für die noch immer Zeit genug übrig bleibt.

27. IV. 1918

**Ein neuer Auftrag an Dr. Wekerle.
Überbracht vom Ackerbauminister Grafen
Serenyi.**

(Zitierung des „Neuen Freien Presse“.)

Budapest 27. April.

Graf Bela Serenyi, der gestern vom Monarchen in Audienz empfangen wurde, hat heute Dr. Wekerle den Auftrag des Monarchen überbracht, sich über die Möglichkeit einer Kabinettsbildung auf Grundlage der sofortigen Herbeiführung eines Wahlrechtskompromisses zu orientieren. Dr. Wekerle empfing in Ausführung dieses Auftrages heute mittag in seinem Arbeitszimmer im Abgeordnetenhaus den Grafen Stephan Tisza, mit dem er zur Stunde noch verhandelt. Diesen Verhandlungen wird entscheidende Bedeutung beigemessen sein. Es handelt sich um die Regelung der strittigen Frage, ob in Punkt 1 des § 2 der Bazsanischen Vorlage der Rechtstitel der Absolvierung von vier Volksschulklassen durch den Rechtstitel der Absolvierung von sechs Volksschulklassen ersetzt werden soll. Dem Vornehmen nach hält Graf Tisza an der Forderung von sechs Volksschulklassen fest. Er erblickt in dem Rechtstitel von vier Volksschulklassen eine Rechtsausdehnung, die im Laufe von einigen Jahren ein vollkommen allgemeines Wahlrecht bedeuten würde. Im Verlaufe von zehn Jahren würde jeder des Lesens und Schreibens Kundige den Nachweis der Absolvierung von vier Volksschulklassen erbringen können. Damit würde das Prinzip der Allgemeinheit ohne jede Einschränkung zur Geltung kommen.

Die Verhandlungen, die zur Stunde im Arbeitszimmer Dr. Wekerles gepflogen werden, gelten dem Bestreben, einen Weg zur Überbrückung dieser Gegensätze zu finden. Ein Vorschlag geht dahin, vorläufig den Rechtstitel der vier absolvierten Volksschulklassen zu belassen und erst nach zehn Jahren auf den Rechtstitel der sechs absolvierten Volksschulklassen überzugehen. Ein zweiter Vorschlag geht dahin, den Rechtstitel von sechs absolvierten Volksschulklassen sofort einzuführen und in einem späteren Zeitpunkte die Ausdehnung des Wahlrechtes dadurch zu erweitern, daß man den Rechtstitel der vier absolvierten Volksschulklassen einführt. Man glaubt, daß sich Doktor Wekerle an den Rechtstitel der vier absolvierten Volksschulklassen für gebunden halte und nur auf dieser Grundlage die Betrauung übernehmen würde. Wenn Graf Tisza an seiner Forderung der Absolvierung von sechs Volksschulklassen festhält, dürfte Dr. Wekerle eine Wiederbetrauung kaum annehmen.

Vorläufig liegt nur eine Orientierungsmission Doktor Wekerles vor, da Handelsminister Josef Sztorenyi dem Monarchen über das Ergebnis seiner Betrauung noch nicht Bericht erstattet hat. Für die Entwirklungsaktion auf Grund eines Kompromisses, das die sechs Volksschulklassen akzeptiert, räumen Graf Johann Bichy, Graf Bela Serenyi und Josef Sztorenyi oder ein Mitglied der Arbeitspartei in Betracht. Augenblicklich liegt der Schwerpunkt in den Verhandlungen, die zwischen Doktor Wekerle und dem Grafen Tisza geführt werden.

Gärungen im tschechischen Lager.

Der Kramar-Gruppe ist nicht mehr ganz geheuer zu Mute. Sie hatte die umfassendsten Vorbereitungen getroffen, die Führung der tschechischen Politik zu übernehmen, es gelang ihr dies auch in der Hochsaison der Trokistimmung mit Nachhilfe des Terrors ihres agitatorischen und publizistischen Apparats, über den sie zweifellos verfügt, aber nun da der Spiritus zu verfliegen und der chauvinistische Superlativ, wie schließlich jeder Superlativ, der sich überschrien hat, fade zu werden beginnt, kommt die Schwäche der jugtschechischen Stellung immer mehr ans Licht. Das Prager Jungtschechenorgan, das erst kürzlich durch die Jungbunzlauer Äußerungen des nationalsozialen Führers Abg. Klossac jäh aus allen Sinnen seiner Allmachtsträume gerissen wurde, kann aus den Aufregungen gar nicht mehr herauskommen. Mit großem Aerger verzeichnen die „Narodni Listy“ eine Äußerung des Brünner „Glas“, des Parteiorgans der katholisch-nationalen Tschechen Mährens, daß diese Partei sich auf den Boden der geschichtlichen Entwicklung und des Programms der alten Staatsrechtler stelle, welches auf die Zusammenfassung der Länder der Wenzelskrone zu einem Staate mit dem österreichischen Kaiser als König abziele, und brandmarken diese Äußerung als „meineidigen“ Abfall von den tschechischen Deklarationen, welche, sowohl die vom 30. Mai 1917 als auch die am 13. d. in Prag neuerlich beschworene vom 6. Jänner 1918, sich nicht mehr mit den „böhmischen Ländern“ begnügen, sondern die Schaffung eines unabhängigen tschechisch-slovakischen Großstaates verlangen. Die Kramar-Gruppe sieht mit Ingrimm die Felle und die Gefolgschaft fortzuschwimmen. Die Zeichen mehren sich, daß die Hypnose keine allgemeine mehr ist und daß der Selbsterhaltungstrieb dem Gedanken einer aktivistischen Realpolitik immer mehr Anhänger zuführt. Es ist wahrscheinlich, daß die auf deutscher Seite als Antwort auf die großstaatlich-annexionistischen Deklarationsprogramme entstandene mächtige Bewegung für ein Kronland Deutschböhmen, welche die Deklaranten an die Grenzen ihrer Macht und an das Utopische der verkündeten Pläne erinnerte, ihren großen Anteil hat an der Ernüchterung, die unlegbar um sich greift. Wie groß bereits das Bestreben ist, aus der Sackgasse der unfruchtbaren Verneinung herauszukommen, erblickte besonders deutlich aus dem leidenschaftlichen Eifer, mit welchem ein großer Teil der tschechischen Öffentlichkeit einige undiplomatisch abgefaßte Äußerungen aufgriffen und ausbauschten, die im deutsch-nationalen Lager gelegentlich der erregten Erörterungen über den Wechsel im Auswärtigen Amt gefallen sind, um sie sich zunutze zu machen. So unerntet sich der Vorwurf von tschechischer Seite, daß die Deutschen dem Staat die Treue zu kündigen sich anschickten, auch anhören möchte, er war doch offenbar nur das Mittel, um der tschechischen Öffentlichkeit die Rückkehr zu einer Politik der Staatsstreue schmackhafter zu machen. „Näher zum Throne!“ rief kürzlich eine alttschechisch-staatsrechtliche Stimme, die „Moravska Drlice“ den Tschechen zu und riet ihnen, die augenblickliche Erregung im deutsch-nationalen Lager zu einer solchen taktischen Schwänkung zu bemühen:

Warum verhindert Graf Czernin nicht das gottbergeffene Treiben seiner Freunde, welche einem wirklichen Hochverrate unverhältnismäßig näherstehen, als alle Postulate der tschechischen Nation zusammen, in welchen es keinen Schatten von Hochverrat gibt (!). Mit Rücksicht auf dieses Treiben ist es nur natürlich, daß die tschechische Nation ohne Rücksicht auf ihre oppositionelle Stellung und auf den ganzen schweren Druck, unter dem sie zu leiden hat, zum Throne näher hingravitiert, daß sie sich mit Abscheu von den verhüllten Angriffen abwendet und entschieden gegen die offenen ausländischen alldeutschen Angriffe protestiert!

Ueber die ernste Lehre, welche solche Stimmen aus dem tschechischen Lager für die Deutschen Oesterreichs enthalten, brauchen wir kein Wort zu verlieren. Aber sie zeigen uns doch auch, daß die Zeit der allgemeinen tschechischen Begeisterung für die starre Negation und den Wahnsinn der Kramar-Richtung um ist. Die Gärung ist da; hoffentlich führt sie zu jener Klärung, welche eine nationale Verständigung, die ja doch das Ziel aller Besonnenen bleiben muß, erleichtert.

28. IV. 1918

**Annahme des ungarischen Budget-
provisoriums.**

Budapest, 27. April. Das Abgeordnetenhaus hat heute die Vorlage betreffend das Budgetprovisorium in dritter Lesung angenommen. Das Haus ermächtigt den Präsidenten, die nächste Sitzung nach Rücksprache mit dem neu zu ernennenden Ministerpräsidenten einzuberufen.

28. IV. 1918

**Die Handschreiben über das abgelehnte Ent-
hebungsgesuch des Fürsten Windisch-Grätz.**

Wien, 27. April.

Die morgige „Wiener Zeitung“ wird nachfolgende
Handschreiben des Kaisers veröffentlichen:

„Lieber Dr. Ritter v. Seidler!

Ihrem Antrage entsprechend, habe Ich dem Ansuchen
des Präsidenten des Herrenhauses Alfred Fürsten zu
Windisch-Grätz um Enthebung von seiner Funk-
tion keine Folge gegeben. Mein an den Fürsten zu
Windisch-Grätz gerichtetes Handschreiben folgt mit.

Baden, am 26. April 1918.

Karl m. p.

Seidler m. p.“

„Lieber Fürst zu Windisch-Grätz!

Ich finde Mich nicht bestimmt, Ihrem Ansuchen um
Enthebung von der Funktion des Präsidenten des Herren-
hauses des Reichsrates zu willfahren, da Ich in Würdi-
gung Ihrer vorbildlichen Treue und Er-
gebenheit in dieser schweren Zeit das größte
Gewicht darauf lege, daß Sie auch ferner-
hin Ihre bewährte Kraft in den Dienst
der hohen Aufgaben Ihres Amtes stellen.

Gleichzeitig übersende Ich Ihnen als erneuertes
Zeichen meiner besonderen Gewogenheit Meine mit Meiner
Unterschrift versehene Photographie.

Baden, am 26. April 1918.

Karl m. p.

Seidler m. p.“

Englischer Rückzug an der Ipernfront.

Berlin, 27. April. (Amtlich.)

27. April, abends.

Der Engländer hat uns weitere Teile
flandrischen Bodens überlassen. Wir
stehen in der Linie südwestlich von Lange-
marck—Berlorenhoeft—Hoogezelebeete.

Eine Anzeige gegen den Fürst- bischof von Laibach.

Wegen der hochverräterischen südslawischen
Bestrebungen.

Laibach, 27. April. (Privat.) Der Kanonikus des Domkapitels in Laibach Dr. Eugen Lampe hat gegen den Fürstbischof Dr. Jeglic bei der päpstlichen Nuntiatur in Wien die Anzeige erstattet, Fürstbischof Dr. Jeglic entwickle eine Tätigkeit, die den Interessen des Glaubens und der Kirche zuwiderlaufe. Der Fürstbischof wird beschuldigt, sich an die Spitze der südslawischen Deklarationsbewegung gestellt zu haben, einer Bewegung, die hochverräterische Ziele verfolgte.

Die Wiener Nuntiatur hat die Anzeige zur Kenntnis genommen und den Fürstbischof von Böz Dr. Sedej mit der Durchführung der informativen Vorerhebung beauftragt. Als unmittelbarer Anlaß der Anzeige des Kanonikus Dr. Lampe wird eine Szene bezeichnet, die vor kurzem zwischen dem Fürstbischof und seinem Kanonikus sich abspielte und in der Fürstbischof Jeglic den Dr. Lampe in absälliger Weise kritisiert haben soll.

Eine Rede des Bischofs von Königgrätz.

Für ein selbständiges Böhmen.

Prag, 27. April. (Privat.) In der Generalversammlung einer Meritalen Brudereigenossenschaft in Königgrätz hielt der Bischof von Königgrätz Dr. Josef Doubrava eine politische Rede, in der er erklärte, daß er das pflichtgemäße Interesse für die patriotisch-nationalen Ziele und Wünsche kundgeben wolle, das er aus Liebe zum Vaterlande hegt und das jeder aufrichtige Patriot, Tscheche und auch Geistlicher, als treuer Sohn seiner Heimat hegen müsse. Er erklärte weiter, daß er sich eins fühle mit dem Bestreben der tschechischen Nation nach Erlangung der Selbständigkeit und dies vor allem in dem ungeteilten Vaterlande unter der St. Wenzelskrone im Rahmen der österreichischen Monarchie unter dem Zepter der habsburgischen Dynastie, und daß in einer solchen Organisation der Länder der St. Wenzelskrone, in denen beiden Nationen das gleiche Recht verbürgt würde, die tschechische wie die deutsche Nation Raum sowie die Möglichkeit haben, gleichberechtigt zu leben und sich in Ruhe zu entfalten zum Wohle des gemeinsamen und unteilbaren Vaterlandes sowie zur Macht des Reiches. Dr. Doubrava sagte ferner, daß die Entwicklung der tschechischen Nation auch eine wohlthätige Stütze für die brüderlichen Zweige in ihrem nationalen und kulturellen Streben bilden werde sowie daß er bereit sei, sich immer entschieden der Verdächtigung der tschechischen Nation auf Grund einzelner Fälle zu widersetzen, daß er weiter bereit sei, in der Reihe der vaterlandstreuen Anwälte zu stehen als Bischof wie als treuer Sohn der tschechischen Nation und daß er schließlich die in den Deklarationen gefeierte und betonte Solidarität der Nation als eine Bürgschaft für die Erfolge der Bestrebungen nach Selbständigkeit halte und daher wünsche, daß auch den vereinigten tschechischen Katholiken Gelegenheit gegeben werde, in der nationalen Gemeinschaft für das Glück des Vaterlandes zu arbeiten, das zu erreichen, wozu uns die Geschichte wie die natürliche Bedeutung der Nation berechtigen.

29. IV. 1918

43

Die Kabinettskrise.

Budapest, 29. April.

Der designierte Ministerpräsident Handelsminister Josef Szterényi hat gestern nachmittag dem König über den Verlauf seiner der Entwirrung gewidmeten Verhandlungen Bericht erstattet. Se. Majestät hat hierauf den Handelsminister unter Bekundung des vollsten Vertrauens der Mission eines designierten Ministerpräsidenten entlassen. Damit tritt auch im Sinne des diesfalls von Szterényi erstatteten Vorschlages die Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten Dr. Alexander Weyerle, die Entwirrung selbst wieder anzustreben, als alleinige entscheidende Aktion in den Vordergrund der Ereignisse. Ueber die Situation und über die Vorgänge vom Samstag und Sonntag kann folgendes festgestellt werden:

Bevor sich Handelsminister Josef Szterényi zur Berichterstattung an den Aufenthaltsort des Königs begab, pflog er Samstag abend in Budapest mit den Grafen Johann Bichy, Stefan Bethlen und Paul Teleki sowie mit den Herren Karl Grecsák, Franz Volgár und Alexander Gál Unterredungen. Dann hatte der Handelsminister noch eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Dr. Alexander Weyerle. In diesen Besprechungen hat Handelsminister Josef Szterényi die Gewissheit gewinnen können, daß die Persönlichkeit, die heute unter den günstigsten Aussichten die Entwirrung in Angriff nehmen könnte, nur der zurücktretende Ministerpräsident Dr. Alexander Weyerle sei.

Samstag und Sonntag wurden die Verhandlungen betreffend ein Kompromiß in der Wahlrechtsfrage von dem Ministerpräsidenten Dr. Alexander Weyerle mit den führenden Persönlichkeiten der Partei der nationalen Arbeit fortgeführt. Es fanden aber auch Beratungen statt zwischen den einzelnen Mitgliedern der Kompromißgruppe der Achtundvierziger Unabhängigkeitspartei und Herren der Partei der nationalen Arbeit. In diesen Besprechungen kam zum Ausdruck, daß Ministerpräsident Dr. Alexander Weyerle und die kompromißfreundliche Gruppe der Achtundvierziger Verfassungspartei von dem Wunsche erfüllt sind, die Grundlagen der Vorlage über die Wahlrechtsreform erhalten zu sehen. Die Beratungen sehen bis heute ein konkretes Ergebnis nicht gezeitigt, doch aus dem Verlaufe der Verhandlungen kann mit Sicherheit darauf geschlossen werden, daß die von den verhandelnden Parteien ehrlich und aufrichtig gewünschte Verständigung ohne eine Schädigung der Gesichtspunkte, die Ministerpräsident Dr. Alexander Weyerle in seiner letzten Rede im Abgeordnetenhaus Donnerstag betonte, zustande kommen wird. Die Beratungen werden heute fortgesetzt. Wie wir erfahren, wird Ministerpräsident Dr. Alexander Weyerle im Laufe des heutigen oder morgigen Tages auch mit den Führern der kompromißbereiten Gruppe der Achtundvierziger Verfassungspartei eine Besprechung haben.

Was nun die Haltung der Apponypartei betrifft, so werden auch in dieser Hinsicht günstige Erwartungen gehegt. Wenn auch heute noch Schwierigkeiten zu bereinigen sind, so macht sich doch immer mehr in den Kreisen der Apponypartei die Auffassung geltend, es liege im Interesse des Landes, daß ein Kompromiß in der Wahlrechtsfrage alle großen Kräfte des ungarischen Parlaments vereinige und in den Dienst der nationalen Sache stelle.

Aus Wien wird gemeldet: Der designierte Ministerpräsident Josef Szterényi ist Sonntag früh hier eingetroffen und im Ungarischen Hause abgestiegen. Vormittags empfing er den Besuch des Generals v. Landwehr, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Nachmittags begab sich Handelsminister Szterényi nach dem Aufenthaltsort des Königs, wo ihn der König in einer mehr als einstündigen Audienz empfing. Der König nahm den ershöpften Bericht sowie die auf die Lösung der Krise bezüglichen Unterbreitungen des designierten Ministerpräsidenten huldvoll entgegen und enthob ihn unter dem Ausdruck des vollsten Vertrauens dieser Vertrauensfrage.

Handelsminister Josef Szterényi tritt heute nachmittag die Rückreise nach Budapest an.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Vor der Abreise hatte Handelsminister Szterényi die Liebenswürdigkeit, Ihren Korrespondenten im Ungarischen Hause zu empfangen und ihm über die politische Lage folgende Äußerungen zu machen:

— Die Krise geht ihrer Lösung entgegen. Der Kompromißgedanke, das einzig mögliche Entwirrungsmittel, wird aus dem Kampfe siegreich hervorgehen. Ich hatte in meiner Audienz Gelegenheit, über meine Besprechungen mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten Bericht zu erstatten und sachlich und formell Vorschläge zu unterbreiten, die vom Monarchen gebilligt wurden. Der Monarch enthob mich huldvollst meiner Mission und versicherte mich seines weiteren königlichen Vertrauens.

Auf die Frage, welche Persönlichkeit nunmehr mit der Kabinettsbildung betraut werden würde, verweigerte der Minister Auskunft, fügte aber hinzu, daß die Ueberlicht über die gesamte Situation ohnehin auf den Namen der allein in Betracht kommenden Persönlichkeit gebieterisch hinweise. Es unterliege keinem Zweifel, daß es gelingen werde, die Schwierigkeiten, die es noch kosten werde, um die notwendige Lösung durchzuführen, zu überwinden.

In parlamentarischen Kreisen war heute das Gerücht verbreitet, Graf Julius Andrássy und einige seiner Anhänger hätten beschlossen, aus der Achtundvierziger Verfassungspartei auszutreten.

Die katholischen Tschechen für Reich und Kaiser.

Eine Kundgebung des Bischofs von Königgrätz.

Vor einer glänzend besuchten Versammlung in Königgrätz am 23. April nahm Excellenz Dr. J. Dobrawa, Bischof von Königgrätz, einer der hervorragendsten Führer des tschechischen katholischen Volkes in Böhmen, in einer großen Rede Stellung zu den jüngsten politischen Ereignissen. Den Inhalt dieser Rede faßte er in einigen programmatischen Sätzen zusammen, die er in einem offiziellen Schreiben an das Präsidium der tschechischen katholischen Volkspartei in Böhmen auch der weiteren Öffentlichkeit bekanntgibt und die durch die Zustimmung der Entgegennahme seitens dieser Partei zu einer bedeutungsvollen Kundgebung des gesamten tschechischen katholischen Volkes in Böhmen sich darstellen. Wir lassen hier den Wortlaut des wichtigen Dokumentes folgen:

„Mit der Teilnahme, welche aus der Liebe zum Vaterlande und zur Nation hervorgeht, folge ich mit meinen Diözesanleuten den Bestrebungen um die Realisierung der Sehnsucht, welche jeder tschechische Patriot und jeder tschechische Priester hegt und hegen muß. Daher lese ich mit lebhaftem Interesse und Dank Ihre Berichte aus denen ich verlässliche Informationen über die verschiedenen Phasen der Entwicklung der Volksbewegung erhalte. Mit Bezugnahme auf den Inhalt Ihres letzten Briefes jögere ich nicht zu wiederholen, was ich schon ausgesprochen habe, und was ich teilweise auch bei der letzten Versammlung aller Diözesanvikare, also auch der deutschen, gesagt habe:

Ich fühle mich eins mit allen ehrlichen Führern des Volkes in dem Verlangen und Streben nach dem Ziele, welches sie erblicken in der Selbständigkeit unseres Volkes im unteilbaren Vaterlande unter der St. Wenzels-Krone im Rahmen der österreichischen Monarchie mit der Habsburgischen Dynastie, gemäß dem historischen Rechte von Jahrhunderten. Ich bin überzeugt, daß in diese Verfassung der Länder der St. Wenzels-

Krone, welche beiden Nationen das gleiche Recht zuerkennen und garantieren wird, das tschechische und das deutsche Volk die ihm zukommende Stelle hat und die Möglichkeit besitzt, als Gleichberechtigte zu leben und in Frieden sich zu entwickeln zum Besten des gemeinsamen und unteilbaren Vaterlandes und der Macht des Reiches. Das Aufblühen unseres Volkes wird in seinem Einfluß auch die verbrüdernten Zweige desselben in ihren Kulturbestrebungen stützen.

Ich bin durchdrungen von der Ueberzeugung, daß unser Volk in der schweren Kriegszeit, wie immer, die Treue bewahrt und für dieselbe schwere Opfer gebracht hat, um derenwillen es Achtung verdient. Ich bin bereit, wie ich es immer getan habe, wo sich die Gelegenheit bot, mit aller Entschiedenheit es zurückzuweisen, daß vereinzelte Fälle zur Verdächtigung des ganzen Volkes wegen Hochverrats mißbraucht werden. Von diesem Standpunkt aus betrachte ich die Infolge der Rede des Ministers des Inneren Grafen Czernin aufgewegte Diffamierung. Soweit er bestimmt auf den notorischen Verräter Majařek hinweist, halt ich dessen scharfe Beurteilung für vollkommen gerechtfertigt. Sofern der Minister dem tschechischen Volke in seinem Ganzen das Zeugnis der Treue gibt, anerkenne ich dieses pflichtgemäße Zeugnis mit Dank. Aber zu bedauern ist, daß der Minister in seinen weiteren Darlegungen eine Kundgebung veranstaltete, die schmerzlich in die Seele des tschechischen Volkes einschneidet, teils deshalb, weil diejenigen, welche das Stigma des Hochverrates verdienen, sofern sie bekannt sein sollten, nicht genannt werden, teils deshalb, weil die Rede, wenn sie auch vielleicht mit ihrer Schwärze nicht mit Absicht gegen das tschechische Volk gerichtet war, unter den obwaltenden Umständen leider Veranlassung zu einer schlimmen Beurteilung des ganzen Volkes bildet, so lange einer solchen Auslegung der Rede nicht durch eine authentische Interpretation des Ministers selbst ein Ende gemacht wird.

Ich bin bereit, in den Reihen der eifrigen und treuen Verteidiger des Vaterlandes und des Volkes zu stehen und zugleich als Bischof und Tscheche unentwegt in der Treue zur hl. Kirche zu verharren, welche mit gleicher Liebe und Sorgfalt auch das tschechische Volk umfängt in seinen Bemühungen um sein geistiges und kulturelles Wohl. Indem ich die Solidarität des gesamten Volkes, welche in wiederholten Deklarationen mit Recht betont wurde, für das wünschenswerte Unterpfand des Erfolges der Bestrebungen für das Wohl des Volkes halte, wünsche ich sehr, daß uns Katholiken, die sich zu einer Partei mit edlen Zielen vereinigt haben, es vermag sein möge, auf gemeinsamen Boden zum wahren Glück des Volkes und des Vaterlandes zu arbeiten. Mit dieser Erklärung teile ich Euer Hochwürden gewiß nichts Neues mit. Sie kennen ja mein politisch-patriotisches credo, welches sich vor niemandem verheimlichte, und das, wie erwähnt, auch der tschechische und deutsche Diözesanklerus kennt. Ich wiederholte es nur, damit Sie einen Beweis ad oculos zur Hand haben, wenn vielleicht wieder einmal jemand mich und den Diözesanklerus einer unpatriotischen Gesinnung verdächtigen wollte. Uebrigens kennen Sie und die vereinigte katholische Partei unsere aufrichtig-treuen Gesinnungen im Dienste der Kirche und des Vaterlandes und dieselbe Kenntnis können aus den Tatsachen der Vergangenheit auch andere haben, die eines guten Willens sind. Ich zeichne mich als Euer Hochwürden freundschaftlich ergeben.

Dr. Josef Dobrawa, Bischof.

Die ungarische Krise.

Die gestrige Audienz Szterenyis.

Die „Ung. Post“ meldet: Handelsminister Josef Szterenyi ist Sonntag früh in Wien eingetroffen und im Palais des ungarischen Ministeriums in der Bankgasse abgestiegen. Vormittags empfing er den Besuch des Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses G.M. v. Landwehr. Nachmittags um 5 Uhr wurde Minister Szterenyi vom Kaiser in längerer Privataudienz empfangen. Nach der Audienz kehrte Minister Szterenyi in die Bankgasse zurück und machte von dem Ergebnisse seiner Audienz auf telephonischem Wege Mitteilung nach Budapest an den Ministerpräsidenten Wekerle. Den Pressevertretern gegenüber machte Minister Szterenyi über seinen Empfang folgende Mitteilung:

„Seine Majestät geruhte mich in einer einstündigen Privataudienz zu empfangen und meine Unterbreitungen gnädigst zur Kenntnis zu nehmen. Meiner unterbreiteten Bitte gnädigst Folge leistend, hat dann Seine Majestät mich unter Versicherung vollsten Vertrauens von meiner Betrauung als designierter Ministerpräsident enthoben und meine sämtlichen Vorschläge zur Lösung der Krise in sachlicher und persönlicher Hinsicht gnädigst angenommen.“

Wie man uns von besonderer Seite versichert, ist der Gang der gegenwärtigen Entwirrungssaktion in Ungarn durch die Bemühungen der leitenden Politiker gekennzeichnet, die sich in erster Linie auf die Zustandebingung eines Wahlrechtskompromisses richten, welches als der einzige gangbare Weg zu einer ersprießlichen Lösung betrachtet wird. Die Gerüchte über angeblich eingetretene Schwierigkeiten, die sich aus der Ausschauung des Grafen Tisza ergeben hätten, werden als gegenstandslos und überholt bezeichnet. Wie die Verhandlungen gegenwärtig stehen, ist es sehr wahrscheinlich, daß Ministerpräsident Dr. Wekerle bereits morgendem Monarchen konkrete Vorschläge unterbreiten wird.

Parlamentarisches.

Der Obmann des Wehrausschusses Vizepräsident Pogacnik hat die für Freitag in Aussicht genommene Sitzung dieses Ausschusses für einen Tag der nächsten Woche, jedenfalls bis nach Zusammentritt des Plenums, vertagt. Hierzu gab zunächst die Maisfeier Anlaß, wie auch der Umstand, daß eine Beratung zu Ende der Woche von den Agrariern wegen der Anbauarbeiten nicht gewünscht wird. Präsident Doktor Groß äußerte sich, daß der Sessionsabschnitt, der am 7. Mai beginnt, als vollkommen normaler geplant ist und größere Pausen in den Verhandlungen des Hauses nicht beabsichtigt sind. Nach dieser Mitteilung dürfte auch die Pfingstpause auf das notwendigste Maß beschränkt werden.

Heute vormittags erschienen beim Präsidenten Doktor Groß der Finanzminister Freiherr v. Wimmer, sowie die Abgeordneten Dr. Waldner und Haujer und konferierten längere Zeit über den nächsten Tagungsabschnitt. Die Regierung wird dem Hause demnächst ein sechsmonatliches Budgetprovisorium vorlegen. In der Erledigung der Steuervorlage und des Budgetprovisoriums soll intensiv gearbeitet werden. Das Subkomitee des Wehrausschusses wird gleich in seiner nächsten Sitzung die Vorlage über die Arbeitspflicht im Kriege in Angriff nehmen und einer gründlichen Umarbeitung unterziehen. Im Plenum des Hauses werden, wie heute schon feststeht, zuerst dringliche Anfragen über Ernährungsangelegenheiten behandelt werden, insbesondere werden die Deutschesöhnen und die Tiroler Abgeordneten die Situation in ihren Landesgebieten erörtern. Auch die Beurlaubung für die Landwirte und die neuen Getreiderequisitionen werden das Haus bei dieser Debatte beschäftigen.

Der Verbandsauschuß der deutschnationalen Parteien hielt heute vormittags eine Sitzung ab, in der über die Situation und über die Stellung der Parteien zur Regierung beraten wurde. Die Sitzung war nur schwach besucht. Sie wird abends fortgesetzt werden, um über die vorliegenden Anträge die Abstimmung vorzunehmen. Es wird angenommen, daß bei Ueberviegen der oppositionellen Stimmung diesmal eine Politik der freien Hand gegenüber der Regierung beschlossen werden wird, die aber nicht wie bisher in einer wohlwollenden Neutralität gegenüber dem Kabinett bestehen dürfte, sondern die Handlungen und Unterlassungen der Regierung streng überwachet und nach ihnen das Verhalten der Parteien einrichtet. Ueber die Neuwahl des Verbandsobmannes dürfte erst in 8 bis 14 Tagen entschieden werden, da die einzelnen Parteien bis jetzt noch nicht einmal ihre neuen Delegierten für den Verbandsauschuß gewählt haben.

Die neuerliche Betrauung Dr. Wekerles.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 30. April.

Handelsminister Josef Szieregyi suchte gestern nacht gleich nach seiner Ankunft Dr. Wekerle im Ministerpräsidium auf und überbrachte ihm im Auftrage des Monarchen die neuerliche Betrauung mit der Kabinettsbildung. Dr. Wekerle setzt von heute an seine Besprechungen bereits als designierter Ministerpräsident fort. Da sich das neue Kabinett auf die Achtundvierziger Verfassungspartei stützen will, muß eine Lösung gesucht werden, die auch die Genehmigung dieser Partei findet. Der designierte Ministerpräsident muß die Vermittlung zwischen dem Grafen Tisza und den führenden Politikern der Achtundvierziger Verfassungspartei übernehmen.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß ein Vorschlag ausgetaucht sei, nach welchem in § 2 die Wahlberechtigung an den Hauptrechtstitel der Absolvierung von vier Klassen geknüpft werden soll, jedoch nur diejenigen wahlberechtigt sein sollen, die außer diesem Hauptwahlrechtstitel noch einen der in diesem Paragraph aufgezählten Nebenrechtstitel, wie 10 Kronen direkte Steuerleistung, Inhaberschaft des Karl-Truppen-Kreuzes, Arbeitsnachweis, Militärdienstleistung, zu entsprechen vermögen. Auch diejenigen, die vier Volksschulklassen absolviert haben und des Lesens und des Schreibens in ungarischer Sprache kundig sind, sollen das Wahlrecht erhalten. Wer des Lesens und Schreibens in ungarischer Sprache nicht kundig ist, soll nur wahlberechtigt sein, wenn er sechs Volksschulklassen absolviert hat. Für die industriellen Arbeiter sollen diese Einschränkungen nicht gelten. In der Frage der Wahlberechtigung der Inhaber des Karl-Truppen-Kreuzes liegt der Kompromißvorschlag vor, daß die Inhaber dieser Auszeichnung unter 24 Jahren nur dann wahlberechtigt sein sollen, wenn sie auch einem der in § 2 angeführten Nebenrechtstitel entsprechen.

Die Annahme dieser Vorschläge würde 600.000 Männer, die nach der Vazsonyischen Vorlage wahlberechtigt sind, vom Wahlrecht ausschließen. Die Verhandlungen bewegen sich in der Richtung, inwiefern durch die Schaffung neuer Rechtstitel ein Teil dieser 600.000 Wähler zum Wahlrecht gelangen könnte. Es sollen Analphabeten, die über einen gewissen Grundbesitz verfügen oder eine gewisse Steuer zahlen, gleichfalls wahlberechtigt werden. Die Vazsonyische Vorlage schließt die Analphabeten von der Wahlberechtigung aus und beläßt nur denjenigen von ihnen, die schon bisher wahlberechtigt sind, das Stimmrecht. Durch diese neuen Wahlrechtstitel dürften etwa 200.000 bis 250.000 neue Wähler in die Wählerliste gelangen, so daß die zahlenmäßige Differenz zwischen der Vazsonyischen Vorlage und der gegenwärtig in Beratung stehenden Kompromißgrundlage 350.000 bis 400.000 Stimmen betragen dürfte.

Sobald die Verhandlungen zum Abschlusse gelangt sein werden, wird Dr. Wekerle dem Monarchen Bericht erstatten.

Die Verhandlungen in Bukarest.**Abreise der türkischen Delegation nach Bukarest.**

Wien, 30. April.

Wie wir erfahren, ist der türkische Minister des Aeußern *N e f f i m i* Bey in Gesellschaft *S z z e t* Paschas nach Bukarest abgereist, um an dem Abschluß des Friedensvertrages teilzunehmen.

**Großrussischer Protest gegen die Annexion
Bessarabiens.**

Wien, 30. April.

Wie „Rijewskaja Myel“ meldet, hat die Sowjetregierung gegen die Annexion Bessarabiens durch Rumänien Protest erhoben. Die Sowjetregierung beruft sich auf die Entschlüsse des bessarabischen Bauernkongresses vom vergangenen Januar, der gegen die rumänischen Aspirationen an Bessarabien Einspruch erhob und die Zurücknahme der rumänischen Truppen forderte.

Vor allem die Ernährungsfrage.

Die Sommeression des Parlaments.

Beim Präsidenten Dr. Groß fanden sich gestern Ministerpräsident Dr. v. Seidler sowie Finanzminister Freiherr v. Wimmer ein, um mit dem Präsidenten und den Führern der Deutschen, den Abgeordneten Professor Doktor Waldner und Hausler, den Arbeitsplan für die kommende Tagung des Parlaments zu besprechen. Es bleibt dabei, daß das Abgeordnetenhaus am 7. d. seine nächste Sitzung hält. Allen anderen Gegenständen wird die Verhandlung über die Ernährungsfrage vorangehen. Die Regierung ist sich bewußt, wie schwer die Sorge um das tägliche Brot auf der Bevölkerung lastet; sie will einer Aussprache auch keineswegs aus dem

Wege gehen. Die Abgeordneten gedenken insbesondere darüber Aufschluß zu verlangen, wie es um die Verhandlungen mit Ungarn wegen der Ernährung in der kritischen Zeit vor der Ernte bestellt ist und weiter, welche Vorkehrungen zur Behebung der Transportschwierigkeiten bei den Zuschüben aus der Ukraine getroffen wurden.

In einer der ersten Sitzungen des Abgeordnetenhauses wird Finanzminister Freiherr von Wimmer ein sechsmonatiges Budgetprovisorium einbringen. Da dieses voraussichtlich eine neue Anleiheermächtigung zur Deckung der fortlaufenden Kriegsbedürfnisse enthalten wird, so legt die Regierung großen Wert darauf, daß behufs Herbeibringung des Zinsenerfordernisses die vom Finanzausschuß bereits erledigten Steuern bald votiert werden mögen. Zugleich mit der ersten Lesung des Budgetprovisoriums wird das Abgeordnetenhaus eine große politische Debatte abführen.

Die Regierung wird inzwischen die Rücksprache mit den Parteien fortsetzen. Der Leitungsausschuß der deutschnationalen Parteien, sowie die deutschnationale Partei selbst hielten gestern Beratungen über ihre Haltung zur Regierung ab. Beschlüsse wurden vorläufig nicht gefaßt; es soll vielmehr zunächst abgewartet werden, wie weit die Regierung den durch wirtschaftliche Not hart bedrängten deutschen Gegenden zu Hilfe und den nationalen Forderungen der Deutschen entgegenkommt.

Innerpolitisches.

Eine Beratung der Parteiführer einberufen.

Ueber Ersuchen des Ministerpräsidenten hat der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß die Obmänner sämtlicher Parteien des Hauses telegraphisch zu einer Beratung für morgen, 11 Uhr vormittags, eingeladen, in der Ministerpräsident Dr. R. von Seidler wichtige Mitteilung über die Absichten der Regierung in der künftigen Tagung machen wird. — Die plötzliche Einberufung der Parteiführer ist um so auffälliger, als die normale Obmännerkonferenz für den Tag vor der ersten Hausitzung angesetzt war. Der Obmann des tschechischen Verbandes Abgeordneter Stanek hatte gestern eine längere Besprechung mit dem Ministerpräsidenten, über die er heute nachmittags im Vorstände berichten wird.

Eine neue tschechischradikale Drohung.

Ein Wiener tschechisches Blatt hatte mit Genehmigung der Zensur mitgeteilt, daß der letzte Minister sich fast ausschließlich mit Fragen der Verwaltungsreform in Böhmen beschäftigt habe, wobei dem Standpunkte der Deutschen Rechnung getragen werden solle. Vorläufig sollen Kreishauptmannschaften in Böhmen gebildet werden, wodurch die Grundlagen für die geplanten Kreisregierungen in Böhmen geschaffen würden. Die den größeren Bezirkshauptmannschaften in Böhmen zugeteilten Hofräte, wie zum Beispiel in Pilsen, Smichow usw. sollen zu Kreishauptleuten ernannt werden und mit der Amtsführung der betreffenden Kreise betraut werden. Die Regierung sei der Ansicht, daß dadurch den Tschechen kein Unrecht zugefügt wird, weil es sich nicht um eine Aenderung der tatsächlich bestehenden Verhältnisse handelt und die Tschechen zu Verständigungskonferenzen mit den Deutschen veranlassen würden.

Da es sich aber auch um die nationale Abgrenzung der einzelnen Bezirke Böhmens handeln soll, ist im radikaltschechischen Lager darüber große Erregung entstanden. Das Präsidium des tschechischen Verbandes hat sich sofort mit dem Südslavischen Klub ins Einvernehmen gesetzt und beide haben telegraphisch ihre Vorstandsmitglieder für heute nachmittags nach Wien einberufen. Die tschechischen Blätter erklären bereits, daß die Durchführung des erwähnten Planes die sofortige Dahmlegung des Abgeordnetenhauses zur Folge haben würde. — Wie erinnerlich, haben die führenden tschechischen Parteien bereits in der letzten Verlautbarung angekündigt, daß sie die Erfüllung der deutschen Forderungen durch die Regierung ohne Rücksicht auf den Bestand des Parlamentes be-

kämpfen würden. Die nationale Abgrenzung wäre aber ein vollständig neutraler Vorbereitungsakt, der ebensowohl zur Verwirklichung des tschechischen Programmes wie zu der des deutschen führen kann. Es wäre unglaublich, daß die radikalen tschechischen Führer deshalb das Parlament gefährden wollten, das sie für ihre wirtschaftlichen Interessen, Enthebungsangelegenheiten und nationale Kleinarbeit sehr gut zu benutzen verstehen.

Nach einer anderen Darstellung soll der Ministerrat, der sich auch mit der Frage der nautischen Schiffe in Triest befaßt, nicht eine sofortige Durchführung der Maßregeln in Böhmen beabsichtigen, sondern vorerst nur diese Vorkehrungen den Deutschen in Aussicht stellen; die Durchführung soll für die Zeit gestügter politischer Verhältnisse vorbehalten bleiben.

Ein angebliches „neues Oktroi“.

Die jungtschechischen Prager „Nar. I.“ wollen hiezu wissen, es sei nach ihren genauen Informationen abermals ein Oktroi in Vorbereitung. Doch betreffe dieses nicht die deutsche Vermittlungssprache, sondern die administrative Teilung Böhmens, die durch kein Gesetz, sondern durch einen Erlaß angebahnt werden soll für welchen Preis die Deutschradikalen das provisorische Budget bewilligen würden. Das Blatt bemerkt ferner:

Die sogenannten Kreishauptmannschaften als Vorstufe für die künftige Kreisorganisation auf Grundlage der nationalen Teilung des Königreiches Böhmen sollen die erste Station werden auf dem Wege der Erfüllung der bekannnten deutschnationalen Forderungen und zugleich das äußere Anzeichen dafür, daß die Wiener Regierung sich entschlossen hat, ein Präsidium als erste Abzahlung auf nicht parlamentarischem Wege zu bezwecken, durch die fundgegeben wird, daß das Kabinett Seidler bereit ist, den bürokratischen Apparat zugunsten der Deutschnationalen in Bewegung zu setzen. Die Tschechen sollen aus dieser Aktion ersehen, daß ihr Widerstand eine solche Verfügung nicht zu hemmen vermag und daß ihnen bloß erübrige sich mit den Deutschen auseinanderzusetzen und sich am grünen Tische einer Ausgleichskonferenz mit ihnen niederzulassen, wenn sie nicht wollen, daß durch ihre Widergesetzlichkeit und Opposition dem tschechischen Volke ein noch größerer Schaden erwachse. Der Kabinettschef mag sich jedoch bewußt sein, daß er durch die Erfüllung einseitig deutscher Postulate, die Linie verleihe, die er selbst unläugend und vor ihm ein noch höherer Faktor dahin festgelegt hat, es sei ein jedes Oktroi und eine jede einseitige, wenn auch nur administrative Maßnahme rationaler Natur ausgeschlossen und daß er durch sein Vorgehen die Tschechen zur Vergeltung veranlasse, welche das Parlament selbst treffen kann.

Parlamentarisches.**Die deutschböhmisches Notstandsbezirke
und das deutsche Verpflegungsgebiet.**

Der Abgeordnete der deutschen Arbeiterpartei Fahrner hat an den Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler ein Schreiben gerichtet, in welchem es unter anderem heißt: „Es ist in der letzten Zeit von mir die Forderung auf wirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich gestellt worden, und die Regierung wird gezwungen sein, hiezu Stellung zu nehmen. Da die Verhältnisse in Deutschböhmen von Tag zu Tag trostloser werden, fordere ich die Regierung auf, sich umgehend mit der deutschen Regierung bezüglich der Einverleibung der deutschböhmisches Notstandsbezirke in das deutsche Verpflegungsgebiet ins Einvernehmen zu sehen. Ich bitte Euer Exzellenz, mein Schreiben nicht als leere Drohung aufzufassen, sondern es dem Ernst der Lage entsprechend ernst entgegenzunehmen und ernst zu behandeln. Mit dem Ausdrucke u. A. Fahrner.“

Letzte Nachrichten.

Eine neuerliche Verschiebung des Sessionsbeginnes?

Es verlautet, der Ministerpräsident werde in der morgigen Konferenz den Obmännern mitteilen, die Regierung sei zurzeit durch die Ernährungsschwierigkeiten so sehr in Anspruch genommen, daß sie diesbezüglich neue Verhandlungen eingeleitet habe und für diesen Zweck ihre ganze Zeit aufwenden müsse. Deshalb wäre der Regierung eine neuerliche Verschiebung des Zusammentrittes des Hauses erwünscht. Sie hoffe, daß in der Zwischenzeit durch neuerliche Verhandlungen sich eine tragfähige Mehrheit des Hauses schaffen lassen werde.

Die Deutschen in Oesterreich.

Wien, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Zu den besorgnis-
erregenden Symptomen aus der deutschen
Provinz, wo von den Wählerschaften immer stärker und
schroffer die Abkehr vom österreichischen Staat und die Zu-
wendung zu rein nationaler Politik gefördert wird, gesellt
sich seit einiger Zeit ein immer lauter werdendes Schlagwort,
es gäbe nur eine Rettung für Oesterreich und seine Deutschen,
das sei die Rückkehr der ehemaligen Bundesländer in
den deutschen Bund. Ganz abgesehen davon, wie sich
das Deutsche Reich zu der ihm darin zugemuteten Veränderung
seiner Struktur und zu der Belastung mit zum Teil nicht-
deutschen Elementen stellen würde, hielten wir es für ange-
zeigt, uns an unterrichteter Stelle zu vergewissern, ob es sich
da nur um eine Schaumblase oder um eine ernst zu nehmende
politische Bewegung handelt. Wir wandten uns mit der
Frage an einen leitenden deutschen Abgeordneten. Unser
Gewährsmann äußerte sich etwa folgendermaßen:

Wir Abgeordnete haben tatsächlich jetzt einen schweren
Stand, denn unsere Wählerschaften, namentlich in den
Provinzen, sind in einer Weise radikalisiert, teilweise
infolge der Ernährungsschwierigkeiten, teilweise infolge der
Vorwürfe der Slawen, daß uns bei jeder Mahnung zur Be-
sonnenheit sofort der Vorwurf des Volksverrats in der schroff-
sten Weise entgegengeschleudert wird. Aber schließlich glauben
wir doch, daß durch die Arbeit der politischen Organe der Be-
völkerung und an unserer reiferen Einsicht alle unverantwort-
lichen Agitationen scheitern werden. Wir stehen trotz unserer
trüben Erfahrungen ausnahmslos auf dem Boden des öster-
reichischen Staates. Am meisten hüten sich die Deutsch-
Radikalen, die fast eine Regierungspartei geworden sind, vor
irredentistischen Schlagworten. Abg. Wolff ist ein gut konser-
vativer Oesterreicher geworden, Abg. Teufel beinahe ein
Offizier. Wir anderen wissen, daß wir mit den extremen
Parolen nur den Slawen Wasser auf die Mühle treiben
würden, wenn auch die Parole: Rückkehr zum Bund, keines-
wegs irgend etwas Landesverräterisches enthält, wie wir das
bei den Tschechen und Südslawen konstatieren können. Aber
für uns ist das Entscheidende einmal, daß das Deutsche Reich von
uns nichts wissen will, und dann, daß die Versuche, über das
engere Bündnis hinaus das eigentliche Oesterreich wieder zu
einem Teile des Deutschen Reiches zu machen, alle Macht-
faktoren gegen uns vereinigen würden und obenrein gegen
den slawischen Widerstand nur mit Waffengewalt durchzuführen
wären. Wir hoffen auch, wenn nicht neue Fehler gemacht
werden, in absehbarer Zeit die Bevölkerung wieder in die Hand
zu bekommen und dann mit konservativen Mitteln die Existenz
der deutschen Bevölkerung in Oesterreich sicherstellen zu
können. In dieser Auffassung gibt es keinen Unterschied
zwischen den deutschen Parteien. Es ist ja charakteristisch, daß
die Radikalen aus den Alpenländern, wo die Aufregung am
größten ist und am tiefsten geht, sich am radikalsten gebärden.
Aber gerade bei ihnen wird man wohl unterzeichnen müssen,
was ein augenblicklich unvermeidliches Entgegenkommen an
die aufgeregte Wählerschaft und was politische Ueberzeugung
ist, die vor keiner Konsequenz zurückschreit. Ich glaube also,
kein falscher Prophet zu sein, wenn ich sage, die Parole: Rück-
kehr in den deutschen Bund, ist totgeboren, allerdings voraus-
gesetzt, daß nicht neue Fehler gemacht werden.

Wien, 1. Mai. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zufolge
nahm gestern die in Bobositz abgehaltene Vollversammlung
des deutschen Volksrates für Böhmen eine Ent-
scheidung an, wonach der sofortige Rücktritt des Mi-
nisterpräsidenten Seidler und die vollständige
Abkehr von seinem System verlangt wird. Den deutschen Ab-
geordneten wird bis zur Erfüllung dieser Forderung die rük-
sichtsloseste Opposition empfohlen. In einer weiteren Ent-
scheidung werden die von Doktor Litta zur Gründung
einer deutschen Gemeinschaft unternommenen Schritte gebil-
ligt, da nur hierdurch eine Befundung der deutschen Politik
zu erwarten sei.

**Unbestimmbarkeit eines Tages für die nächste
Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

**Wegen der von den Tschechen angedrohten
Opposition.**

Wien, 2. Mai.

Die Krise im Parlament hat so scharfe Formen angenommen, daß die Abhaltung der Sitzung am nächsten Dienstag höchst unwahrscheinlich geworden ist.

Wenn nicht im letzten Augenblick die Lage sich verändert, wird es überhaupt kaum möglich sein, in der nächsten Zeit eine Sitzung abzuhalten. Wie lange diese Unterbrechung dauern wird, läßt sich heute noch nicht bestimmen, doch muß mit der Möglichkeit einer Pause von mehreren Wochen gerechnet werden.

3./V. 1918

3
58**Die neue österreichische Krise.**

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

fr Wien, 3. Mai.

Die parlamentarische Lage wird andauernd als sehr ernst bezeichnet. Die Schwierigkeiten, die jetzt austreten, sind zu groß und zu verwickelt, als daß sie bis nächsten Dienstag, an welchem Tage das Abgeordnetenhaus zusammentreten soll, bewältigt werden könnten. Die Vorgänge, die sich in den letzten Wochen abgespielt haben, haben den bisherigen krisenhaften Zustand akut gestaltet. Der Präsident Dr. Groß hat, wie schon berichtet, das Abgeordnetenhaus für den 7. Mai einberufen. Die Tagung ist sehr wichtig, weil die neuen Steuervorlagen erledigt, der Staatshaushalt gesichert und die Ernährungspolitik geregelt werden muß. Dazu braucht man eine Arbeitsmehrheit. Eine solche ist gegenwärtig nicht vorhanden.

Die Vorgänge der letzten Wochen haben nun auch die deutschen Parteien wankend gemacht. Diese Parteien tragen durch ihre reservierte Haltung der Bestimmung ihrer Wählerkreise Rechnung. Ein Abbrechen der deutschen Parteien von der Regierung würde unter den gegebenen Verhältnissen eine Mehrheitsbildung im Abgeordnetenhaus ausschließen. Die deutschen Parteien haben bereits vor einiger Zeit eine Anzahl von Forderungen an die Regierung gestellt, in deren Erfüllung sie augenblicklich eine hinreichende Sicherung dafür erblicken würden, daß die Regierung geneigt ist, in Zukunft den nationalen Ansprüchen der Deutschen entgegenzukommen. Diese Forderungen beziehen sich in Böhmen auf die Verwirklichung einer nationalen Zweiteilung durch die Errichtung von Kreishauptmannschaften, in den Alpenländern auf die Eindämmung der südslawischen Agitation und auf die Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest. Der Ministerpräsident scheint den deutschen Parteien im Laufe der Verhandlungen gewisse Zusicherungen gegeben zu haben. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Tschechen haben von der Absicht der Regierung erfahren, und sie sowie die Südslawen versichern, daß sie bei dem geringsten Entgegenkommen der Regierung gegenüber den deutschen Parteien das Parlament zersplittern würden. Die Tschechen und Südslawen lehnen es ab, die heutige Obmänner-Konferenz zu beschicken, und protestieren im vorhinein gegen jede weitere Hinausschiebung des Wiederzusammentretens des Abgeordnetenhauses. Zweifellos werden sich auch die Vertreter der Sozialdemokraten einer weiteren Verschiebung entgegenstellen. Präsident Dr. Groß ist jedoch nur dann bereit, den Beginn der neuen Tagung zu verschieben, wenn alle Parteien damit einverstanden sind.

3. IV. 1918

Die politische Lage in der Auffassung der deutschnationalen Parteien.

Die „Politischen Tagebücher“ schreiben: Die politische Lage hat in den letzten Tagen eine Aenderung nicht erfahren. Bei den deutschen Parteien wurden zwar formelle Beschlüsse nicht gefaßt, aber es ist sozusagen *via facti* jener Zustand im Verhältnisse zur Regierung eingetreten, der unter dem Namen „Politik der freien Hand“ verstanden wird. Die Haltung der deutschen Abgeordneten wird sich also nach dem Tun und Lassen der Regierung richten. Das bedeutet an sich noch keine Absage an die Regierung; denn diese hat es ja in der Hand, durch ihr Verhalten das erwünschte Verhältniß zu den Parteien herzustellen. Ganz verfehlt wäre es jedenfalls, ein Abweichen vom Kabinette als Ablehr der Deutschen vom Staate hinzustellen. Die Deutschen haben jenes Oesterreich vor Augen, das von seinen äußeren Feinden überfallen und von inneren Feinden an seinem Lebensnerv bedroht wurde. Sie sind gewiß bereit, am Staate festzuhalten, für den sie geblietet und den sie in Not und Gefahr beschirmt haben. Sie wollen dieses Interesse am Staate nicht aufgeben und müssen daher verlangen, daß ihn auch die Regierung selbst, mag es diese oder eine andere sein, nicht aufgibt und den inneren Feinden überläßt. Was die Deutschen wollen, ist die Ordnung und die Beherzigung der Lehren des Krieges, also die deutliche Absage an ein System, das die Gegner des Staates zu seinen Herren und Zuchtmeistern macht und das vaterlandstreu deutsche Volk in die Gegnerschaft zum Staate zu drängen versucht.

In der Richtung dieser Auffassung liegt es, wenn die deutschen Parteien für die Kriegsnotwendigkeiten auch fernerhin eintreten. Damit ist nicht gesagt, daß die Bewilligungen gerade der im Amte befindlichen Regierung gegeben werden müßten. Das hängt vielmehr lediglich von den Entschlüssen des Kabinetts ab, die der Beurteilung durch die deutschen Parteien unterliegen. Von einer Bindung der deutschen Abgeordneten, wie sie verlangt oder vorgeschlagen wurde, kann unter den obwaltenden Umständen keine Rede sein, um so weniger, als auf den meisten Gebieten keine Klarheit über die Absichten der Regierung besteht, weil sie sich die längste Zeit auf den Verkehr in Privatkreisen beschränkt hat. Damit hat sich der Kabinettschef vielleicht persönliche Freunde erworben, aber er hat nicht feste politische Grundlagen geschaffen. Auf diesem Gebiete ist vieles nachzuholen und ob das bis zum Dienstag der nächsten Woche geschehen kann, ist mehr als fraglich.

Wie immer sich aber die Dinge gestalten mögen, werden die deutschen Abgeordneten im Einklange mit ihrer Wählerschaft bleiben, die auf der Wahrung der berechtigten nationalpolitischen Interessen des deutschen Volkes besteht und die sofortige Lösung des Ernährungsproblems in einer Weise verlangt, die eine weitere Benachteiligung der Deutschen bei der Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel ausschließt.

3. IV. 1918

Deutscher Volkstag in Wien.

Dienstag den 30. v. M. fand im Parlament eine Besprechung der Vertreter der deutschen Parteien statt, die sich mit der Frage der Abhaltung des vom Deutschnationalen Vereine für Oesterreich angeregten Volkstages befaßte. Erschienen waren: namens der Christlichsozialen Partei Excellenz Hausler, namens der Deutschnationalen Partei Abgeordneter Pittinger, namens des Deutschen Zentrums Abgeordneter Kemeter; Abgeordneter Knirsch und Excellenz Urban waren entschuldigt. Sämtliche Vertreter sprachen sich grundsätzlich für die Abhaltung eines Volkstages aus und sagten ihre Unterstützung bei den Vorarbeiten zu. Auch der Bürgermeister der Stadt Wien äußerte sich im gleichen Sinne. Mit Rücksicht auf die noch immer ungeläute politische Lage wurde eine Verschiebung des Volkstages angeregt. Die endgültige Festsetzung des Tages wird, wenn möglich, im Laufe der nächsten Woche erfolgen.

Die Krisis in Oesterreich.

Seidlers Reformplan.

Der österreichische Ministerpräsident Dr. von Seidler hat nun, wie aus der Meldung unseres heutigen Morgenblattes zu entnehmen ist, zum ersten Male während seiner Regierungszeit einen Schritt getan, der sich nicht auf dem Felde sanfter Ermahnungen, leerer Versprechungen oder beschwichtigender Augenblickszugeständnisse bemengt, sondern staatspolitisches Aussehen hat. Ein Versuch — eigentlich nur die Einleitung eines Versuches — die nationalen Schwierigkeiten in Oesterreich zu bewältigen oder doch wenigstens auf ein mit den Lebensinteressen des Staates noch vereinbares Maß herabzudrücken, ist unternommen worden. In der nächsten Zeit werden Kreishauptleute in Böhmen ernannt und ihnen die Bezirke nach der nationalen Zugehörigkeit zugeteilt werden. Damit ist der erste schüchterne Anstoß zu einer Entwicklung gegeben, die in diesem Lande des unversöhnlichen nationalen Kampfes einzig und allein zu einem Zustand leidlichen Nebeneinanderlebens und gedeihlicher Beruhigung führen kann: nämlich die Entwicklung zur möglichst weitgehenden nationalen Sonderung aller Verwaltungsgebiete.

Der Gedanke dieser Sonderung und der Wunsch danach ist Jahrzehnte alt; der Versuch, sie auf die eine oder die andere Weise herbeizuführen, ist immer wieder bei den Verhandlungen, die einen Ausgleich zwischen den beiden Volksstämmen in Böhmen schaffen sollten, unternommen worden. Er mußte immer wieder scheitern, weil die Tschechen, deren Traum von einem selbständigen tschechischen Staat ja nicht von geistern oder borgeistern ist, in einer solchen Ordnung der Dinge Beeinträchtigung ihrer Vorherrschaft im Lande sahen. Die Möglichkeit, die Deutschen durch zahlenmäßige Mehrheit zu überwältigen und durch ihre nationale Beamtenschaft zu vergewaltigen, deutsches Gebiet zu tschechisieren, wird natürlich durch eine solche Zerlegung der Verwaltungsgebiete in national geschlossene Einheiten sehr beschränkt. Deshalb haben sich die Tschechen dieser gesunden und vernünftigen Maßregel immer widersetzt und sie mit der sinnlosen Redensart von der „Landeszerreißung“ bekämpft. Diese Redensart wird gewiß auch jetzt in den wilden Enttäuschungsstürmen wiederkehren, die nach den Ankündigungen des Ministerpräsidenten von Seidler von tschechischer Seite zu erwarten sind. Um so mehr als den Tschechen ebenso wie der Regierung und den anderen Parteien klar sein muß, daß die Errichtung der national gesonderten Kreishauptmannschaften nur der Anfang der notwendigen Entwicklung sein kann. Was auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung begonnen wurde, muß auf dem Gebiete der Selbstverwaltung fortgesetzt werden. Den Kreishauptmannschaften werden die autonomen Kreisbehörden entsprechen, in denen der Gedanke der nationalen Abgrenzung erst seine Verwirklichung von unten her, in Organen des Volkes selbst, erhält. Dieser zweite, wichtigere Teil der Selbstverwaltung ist freilich nach dem ordentlichen Lauf der Dinge nur durch einen gesetzkräftigen Beschluß des Landtags — der seit 1913 nicht besteht und in absehbarer Zeit nicht bestehen wird — zu schaffen.

Mit der Errichtung der Kreishauptmannschaften wird also eine Maßregel durchgeführt, die nicht etwa in einseitig deutschem Interesse liegt, sondern einer geordneten staatlichen Verwaltung zugute kommt. Die Deutschen, die in ihren Forderungen nach nationaler Selbstständigkeit in Böhmen viel weiter gehen müssen, haben vielmehr allen Grund, mit dieser allzu geringen Abschlagszahlung wenig zufrieden zu sein. Ihr Sprecher Abgeordneter R. G. Wolf hat dem auch Abdruck gegeben. Immerhin wird die Beruhigung, die dieser erste Versuch Herrn v. Seidlers, in den nationalpolitischen Verhältnissen Oesterreichs erträgliche Zustände zu schaffen, bei den Deutschen herbeizuführen kann, nicht ohne innerpolitische Wirkung bleiben. Die Polen haben bloß gegen die Vertagung des Reichsrates Einspruch erhoben, erklären sich also an der angekindigten Neuordnung in Böhmen sozusagen desinteressiert. Die Bildung einer nicht übermäßig starken, aber vielleicht tragfähigen Mehrheit erscheint wieder möglich. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Südslawen zu den Andeutungen der Regierung über die Verwirklichung eines südslawischen

Staates im Rahmen der Monarchie verhalten. Zeigen sie sich dem Gedanken nicht ganz unzugänglich, so könnte es geschehen, daß sich die Tschechen in absehbarer Zeit in einer Isolierung finden, die sie zwingt, über die Möglichkeit ihrer staatsfeindlichen Politik ein wenig ernster nachzudenken als sie es allem Anschein nach bisher getan haben. Es ist also ein Schimmer von Aussicht auf Beruhigung der innerösterreichischen Verhältnisse da; ob sie nun wirklich eintreten oder ob es den Kräften des Umsturzes doch wieder gelingen wird, sie im Keime zu vernichten, daß läßt sich bei diesem Staat der Unsicherheiten und Ueberraschungen derzeit noch nicht einmal in Vermutungen arbeiten.

W. H.

Die Vertagung des Reichsrates.

Die Mitteilung an die Mitglieder der beiden Häuser des Reichsrates.

Vom Präsidium des Abgeordnetenhauses wurde heute an die Reichsratsabgeordneten folgendes Schreiben gerichtet:

Vom Herrn Ministerpräsidenten ist mir unterm 3. h. Zahl 4690/M. P., nachstehendes Schreiben zugekommen: Seine k. u. k. Apostolische Majestät hat mich allergnädigst zu ermächtigen geruht, den Reichsrat zu vertagen und behufs Ermöglichung der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit sofort die erforderlichen Verhandlungen einzuleiten. Auf Grund dieser a. h. Ermächtigung beehre ich mich Eurer Exzellenz zur gefälligen Veranlassung mitzuteilen, daß der Reichsrat mit 4. Mai vertagt ist. Seidler."

Hievon beehre ich mich, die Herren Reichsratsabgeordneten in Kenntnis zu setzen.

Wien, 4. Mai 1918.

G r o ß.

Eine gleichlautende Zuschrift ist vom Präsidenten des Herrenhauses an dessen Mitglieder ergangen.

Eine Kundgebung der deutschnationalen Parteien an das deutsche Volk.

Der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien hielt heute eine Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, mit Rücksicht auf die Vertagung des Reichsrates eine Kundgebung an das deutsche Volk in Oesterreich hinauszugeben. Diese Kundgebung wird im Laufe der nächsten Woche veröffentlicht werden. Ueber die heutige Sitzung wird parteiamtlich verlautbart:

Die gestern von der Obmännerkonferenz vom Ministerpräsidenten verzeichnete staatspolitische Richtung wurde eingehend erörtert und zustimmend begrüßt. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese politische Richtung nunmehr auch mit Kraft und Ansehen ins Werk gesetzt werden wird. Auch die heute amtlich verfügte kurze Vertagung des Abgeordnetenhauses wurde neuerlich als unvermeidlicher Ausweg aus der kritischen parlamentarischen Lage anerkannt.

Ein Beschluß der Wiener deutschfreihheitlichen Abgeordneten.

Die Wiener deutschfreihheitlichen Abgeordneten hielten heute eine Beratung ab, über welche folgende Mitteilung verlautbart wird:

Die Deutschfreihheitliche Vereinigung der Wiener Abgeordneten hat sich gegen die Vertagung des Abgeordnetenhauses sofort nachdrücklich verwahrt. Die Fortdauer der Ausschaltung des Abgeordnetenhauses muß als Einleitung zur Erneuerung der Stürgkischen Periode angesehen werden. Die Vereinigung

hält die Errichtung von national abgegrenzten Kreishauptmannschaften für in der Idee der nationalen Selbstbestimmung gelegen und nicht geeignet, ein Volk zu verletzen. Aber keine Maßregel der Regierung darf das Parlament ausschalten, das in der heiligen Zeit der außer Kraft gesetzten Volksrechte die einzige Stelle ist, an der die Stimme des Volkes sich erheben kann. Die Regierung Seidler hat sich durch die Lahmlegung des Parlaments als zu schwach erklärt, in den jetzigen schwierigen Zeiten die Geschicke des Staates zu lenken. Die Vereinigung verlangt daher den Rücktritt der Regierung.

W i e n, 4. Mai 1918.

Die Deutschfreihheitliche Vereinigung der Wiener Abgeordneten."

Die Kundgebung der tschechischen Herrenhausmitglieder.

Heute nachmittag wird die Kundgebung der tschechischen Herrenhausmitglieder veröffentlicht werden. Ueber den Inhalt verlautet, daß sie mit einer Loyalitätskundgebung für die Krone beginnt und dann in längerer Ausführung die Erklärung zurückweist, die Graf Czernin in seiner Ansprache an die Vertreter des Wiener Gemeinderates über die Haltung der Tschechen abgegeben hat. Die Kundgebung tritt dann dafür ein, daß eine Versöhnung der Völker Oesterreichs angebahnt werde, und schließt mit einem Protest gegen die geplante Verfügung der Regierung bezüglich der Kreishauptmannschaften in Böhmen, die als eine einseitige Maßnahme bezeichnet wird.

Gegen die Ausschaltung des Reichsrates.

Ein bemerkenswerter Beschluß der Wiener deutschfreiheitlichen Abgeordneten.

Die Wiener freiheitlichen Abgeordneten haben folgenden Beschluß gefaßt: Die deutschfreiheitliche Vereinigung der Wiener Abgeordneten hat sich gegen die Vertagung des Abgeordnetenhauses sofort nachdrücklich verwahrt. Die fortbauende Ausschaltung des Abgeordnetenhauses muß als Einleitung zur Erneuerung der Stürgkischen Periode angesehen werden. Die Vereinigung hält die Errichtung von national abgegrenzten Kreisen für in der Idee der nationalen Selbstbestimmung gelegen und nicht geeignet, ein Volk zu verletzen. Aber keine Maßregel der Regierung darf das Parlament ausschalten, das in der heutigen Zeit der Außerkraftsetzung der Volksrechte die einzige Stelle ist, an der die Stimme der Völker sich erheben kann. Die Regierung Seidler hat sich durch die Zerschlagung des Parlamentes als zu schwach erklart, in den jetzigen schweren Zeiten die Geschicke des Staates zu lenken. Die Vereinigung verlangt daher den Rücktritt dieser Regierung.

Unterzeichnet: Die deutschfreiheitliche Vereinigung
der Wiener Abgeordneten.

4. / V 1918.

4
65

Warum der österreichische Reichsrat vertagt werden mußte.

Wie wir im Morgenblatt meldeten, ist der österreichische Reichsrat, der vor seinem Zusammentritt stand, bis zum 18. Juni vertagt worden. In einer amtlichen Wiener Begründung dieses Schrittes heißt es:

Wir stehen in der letzten, entscheidenden Phase des Krieges. Im Osten bedroht uns kein Feind mehr, aber es gilt, in festem, treuem Zusammenschlusse mit dem Deutschen Reiche und unseren anderen Verbündeten auch die übrigen Gegner zum Verzicht auf ihre feindseligen Absichten zu zwingen. In militärischer Beziehung dürfen wir stolz auf die bereits erzielten Erfolge zurückblicken. In wirtschaftlicher Hinsicht aber haben sich mit der langen Dauer des Kriegeszustandes naturgemäß die Schwierigkeiten immerfort gesteigert. Wir gehen jetzt durch die Zeit der ernstesten Prüfung. In der gegenwärtigen, hoffnungsreichen, aber schweren Zeit muß auch Oesterreich seine volle Kraft in den Dienst der großen Sache stellen. Alles muß unterbleiben, was die freie Betätigung dieser Kraft hindert. Immer wieder hemmt die Nachwirkung alter Streitfragen und das Hervortreten unerfüllbarer Zukunftswünsche die volle Verwertung der reichen staatlichen Energien. Die parlamentarischen Zwistigkeiten banden die Wirksamkeit der Regierung und behinderten sie in der Obforgen für die brennendsten Fragen der Wirtschaft. Die Regierung ließ es diesen Erscheinungen gegenüber nicht an Versuchen fehlen in inniger Gemeinschaft mit dem Reichsrate Wandel zu schaffen. Leider blieb der Erfolg bisher aus. Trotz einzelner aussichtsvoll scheinender Ansätze vermochte die Volksvertretung vorläufig noch nicht eine gefestigte Orientierung zu finden. Wie die Dinge liegen, würde momentan die Wiederaufnahme der Verhandlungen des Reichsrates keineswegs eine Erleichterung der Lage mit sich bringen, sondern aller Voraussicht nach nur zu einer Verschärfung der politischen Gegensätze führen. Zugleich würden die Schwierigkeiten des parlamentarischen Betriebes die Erfüllung jener wirtschaftlichen Aufgaben gefährden, von deren erfolgreicher Lösung gegenwärtig alles abhängt. Unter diesen Umständen ist auf Grund kaiserlicher Ermächtigung die Vertagung des Reichsrates erfolgt. Sie knüpft an die Verhandlungspause an, die beide Häuser bereits autonom haben eintreten lassen. Bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments, der nach ihrer festen Absicht sobald als nur irgend möglich, erfolgen soll, wird die Regierung ihre ganze Kraft den wirtschaftlichen Problemen der Zeit, vor allem den Aufgaben der Volksernährung, zuwenden. Sie wird es sich angelegen sein lassen, der Bevölkerung jede Erleichterung zu bieten, auf welche diese dank ihrer aufopfernden Haltung vollen Anspruch hat. Ihr Ziel ist und bleibt, das glorreiche alte Oesterreich aus den Stürmen des Krieges glücklich herauszuführen und ihm innerhalb der versöhnten Welt einen Platz zu sichern, auf dem es sich ruhmreich behaupten und kraftvoll entwickeln soll, als friedlicher, starker, treuer Hort für seine Völker und alle ihre Schichten.

Die Vertagung des österreichischen Reichsrates ist, wie aus dieser amtlichen Darstellung im einzelnen hervorgeht, ein Zeichen für die verworrene Lage, in der sich Oesterreich in innerpolitischer Richtung befindet. Die Vertagung war gegeben durch die Opposition, die die Tschechen und Südslawen gegenüber dem Ministerium Seidler seit einiger Zeit im verschärften Maße betrieben haben. Die Rede, die der Graf Czernin kurz vor seinem Rücktritt gegenüber den tschechischen Hochverräteren gehalten hatte, war schon ein Anzeichen dafür, daß man in Wien gegenüber den Vorgängen nicht mehr länger die Augen verschließen konnte und wollte und die Politik des Ministeriums Seidler zeigte in den letzten Wochen Ansätze, die Ansprüche der deutschen Partei zu befriedigen. Man wollte damit zugleich erreichen, daß sich im österreichischen Parlament eine Mehrheit ergäbe, auf die sich die Regierung gegenüber der Opposition der

Tschechen und Südslawen stützen konnte. Die Forderungen der Deutschen bezogen sich in Böhmen auf die Verwirklichung einer nationalen Zweiteilung durch die Errichtung von Kreishauptmannschaften, auf die Eindämmung der südslawischen Forderungen und auf die Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest. Schon bei Bekanntwerden dieser Pläne hatten die Tschechen zwecks Einschüchterung der Regierung gedroht, daß sie jede parlamentarische Arbeit unmöglich machen würden, falls die Regierung den deutschen Parteien entgegenkommen sollte. Aus der heute früh mitgeteilten Rede des österreichischen Ministerpräsidenten geht hervor, daß die Wiener Regierung geneigt ist, auf einen Teil dieser Forderungen einzugehen. Die Regierung plant die Ernennung von Kreishauptleuten in national abgegrenzten Bezirken Böhmens, was als Vorbote der nationalen Abgrenzung in diesem österreichischen Kronlande anzusehen ist. Die Tschechen erhoben gegen diese Pläne der Regierung Protest und beteiligten sich bereits nicht mehr an der von der Regierung einberufenen Obmännerkonferenz. Unter diesen Umständen war an eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament nicht zu denken, zumal bei der oppositionellen Haltung der Tschechen und Südslawen gegenüber der den Tschechen zurzeit abgeneigten Regierung mit neuen Skandalen zu rechnen war. Welchen Umfang sie angenommen hätten, mag man an einer tschechischen Äußerung gegenüber Czernins Rede erkennen; das Blatt „Libove Noviny“ schrieb:

Man kann die große Zukunft des tschecho-slawischen Staates nicht vernichten, höchstens durch Ausrottung dieses Volkes bis zum letzten Mann und zum letzten Weib... Es gibt im tschechischen Volk keine Hochverräter... Wenn die staatsrechtliche tschechische Politik Hochverrat ist, dann ist das ganze tschechische Volk und die große Mehrheit dieses Reiches hochverräterisch. Das ganze Volk ist bereit, den Schimpfnamen Hochverräter mit dem Stolz der vlamischen Geusen als Ehrennamen anzunehmen. Zehn Millionen Hochverräter bilden dem Grafen Czernin fest in die Augen und allen Czernina, so viele es ihrer in diesem und außerhalb dieses Reiches gibt. Es ist auf alles vorbereitet und zu allem entschlossen. Alles ist möglich, auf alles ist man gefaßt. Nur das ein ist nicht möglich: Daß wir uns selbst verraten!

Ein anderes Tschechenblatt, „Venkov“, sagte zur Rede Czernins:

Wegen der Warnung für die Zukunft müssen wir jedermann sagen, daß wir ähnliche Ausfälle, die das ganze Volk beleidigen, niemals und von niemandem dulden werden. Ein so reifes Volk, wie das unsere, muß seine Selbständigkeit erreichen, und wer sich in welcher Art immer zum Widerstande gegen seine gerechten Bestrebungen stellt, ist sein Feind. Und dem Feinde geben wir kein Pardon.

Angesichts dieser Entwicklung, die das innerpolitische Leben in Oesterreich genommen hat und weiter zu nehmen drohte, wäre es Selbstmord der Wiener Regierung gewesen, im jetzigen Augenblick wirtschaftlicher Schwierigkeiten das Parlament zusammentreten zu lassen. Dem feindseligen Auslande durfte dieses Schauspiel nicht geboten werden, durch das der Kriegswille der Gegner nur neu gestärkt und wodurch die auf den Frieden gerichtete Außenpolitik Oesterreich-Ungarns durchkreuzt worden wäre.

4. IV. 1918

67

Die Vertagung des Reichsrates.**Die kaiserliche Ermächtigung.**

Wien, 3. Mai.

Wie wir erfahren, hat der Kaiser den Ministerpräsidenten ermächtigt, den Reichsrat zu vertagen und behufs Ermöglichung der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit sofort die erforderlichen Verhandlungen einzuleiten.

Auf Grund dieser kaiserlichen Ermächtigung hat der Ministerpräsident an die Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrates eine vom heutigen Tage datierte Zuschrift gerichtet, mittels welcher die Vertagung des Reichsrates mit 4. Mai l. J. ausgesprochen wurde.

Aus den Anfängen der Christlichsozialen Bewegung.

Eine Vortragsreihe.

Der jüngeren Generation der christlichsozialen Partei ist vielfach, infolge des Mangels einer ausreichenden Literatur, die Kenntnis der Anfänge der christlichsozialen Bewegung und deren Zusammenhänge verloren gegangen. In einer Vortragsreihe soll den Parteifreunden Gelegenheit gegeben werden, von hervorragenden Parteimännern Erinnerungen aus der Gründungsgeschichte der christlichsozialen Partei zu hören; weiterhin soll die **programmatische Schulung** gepflegt werden. Diese Vorträge, die auch zur Heranbildung junger Leute zur selbstlosen Parteiarbeit gedacht sind, sollen entsprechend fortgebildet und im Rahmen erweitert eine bleibende Einrichtung im Parteilieben bilden.

Die einzelnen Vorträge werden auf Grund von Rededispositionen von Teilnehmern immer vor Beginn des nächstfolgenden Vortrages in Referaten behandelt. Der Zweck, der erzielt wird, ist ein doppelter: Rednerische Schulung und Eindringen in den Inhalt des Vortrages, mithin Vertiefung des Gehörten und Erweiterung des Wissens.

Die Vortragsreihe unter dem Namen „Margareiner Parteischnle“ wird in der ersten Abteilung vom 15. Mai bis 12. Juni 1918 den geschichtlichen Werdegang der christlichsozialen Partei von noch im öffentlichen Leben tätigen Männern, die an der Wiege der Partei gestanden sind, behandeln.

Die Vorträge finden zwischen 15. Mai und 12. Juni, jedesmal um 7 Uhr abends, im kleinen Saale des katholischen Arbeitervereines, V., Kohlgaſſe 39, 1. Stock, statt. Die zweite Abteilung der Parteischnle (Vorträge über das Parteiprogramm) wird im Herbst abgehalten.

Für die Teilnahme an diesen Vorträgen ist ein Betrag von 2 Kr. als Porto- und Druckkostenersatz zu entrichten. Anmeldungen sind an den Leiter der Vorträge, Obmannstellvertreter des Margareiner Volkswahlvereines „Dr. Karl Lueger“, Landesbeamter Franz Meißl, V., Gartengasse 6 (Telephon 21616) zu richten.

Das Programm der ersten Abteilung ist folgendes:

15. Mai: Landmarschall Alois Prinz von und zu Liechtenstein: „Die Vorgeschichte der christlichsozialen Partei.“ (Erinnerungen an die 70er und 80er Jahre.)

22. Mai: Landesauschuß Leopold Kunſchal: „Die Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung in Oesterreich.“

29. Mai: Chefredakteur Dr. Friedrich Funder: „Die Geschichte der christlichen Presse in Oesterreich.“

5. Juni: P. Heinrich Abel S. J.: „Meine Erinnerungen an Dr. Lueger.“ (Persönliches und Erlebtes.)

12. Juni: Hofrat Prälat Dr. Fr. M. Schindler: „Neun Jahre Entenabende.“

Die Volksstimmung in den Alpenländern.

Der Nachhall der „Meraner Resolution“. — Der Rat eines tschechischen Politikers. — Eine Mahnung des Abg. Dr. Schoepfer. — Eine konservative Stimme über die Kundgebung des Bischofs von Königgrätz.

In zahlreichen „Mittelstandsversammlungen“, an denen Angehörige aller bürgerlichen Parteien, ja häufig auch mit dem Verhalten ihrer Führung unzufriedene Sozialdemokraten teilnahmen, in Äußerungen der Blätter aller Richtungen kommt die große Unzufriedenheit der Tiroler Bevölkerung mit den derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen zum Ausdruck. In der „Meraner Resolution“, die den Anstoß zu einer die ganzen Alpenländer ergreifenden Bewegung gab, aber noch mehr in den leidenschaftlichen Klagen von Rednern aller Parteien, darunter des Landeshauptmannes Schraffl in der letzten großen Stadthausversammlung in Innsbruck, hauptsächlich über die Behandlung Tirols auf dem Gebiete des Ernährungswesens, machte sich diese Mißstimmung Luft. In einem im „Allg. Tirol Anz.“ veröffentlichten Aufsatz „Wir und das Deutsche Reich“ sucht Abg. Dr. Schoepfer dieser elementaren Volksbewe-

gung klare Ziele zu geben. Ausgehend von der Notwendigkeit, der da und dort versuchten Brunnenvergiftung gegen unser Bündnis mit dem Deutschen Reich entschiedenst entgegenzutreten, zugleich aber ihr auch den Vorwand, nämlich die angeblich zu befürchtende Gefahr einer Bevormundung Oesterreich-Ungarns durch den Bundesgenossen vorweg zu nehmen, erblickt Dr. Schoepfer die richtige Politik darin, daß wir das, was wir am Deutschen Reich bewundern und worin wir es uns überlegen glauben, nachahmen und uns dadurch möglichst ebenbürtig machen. Sogar der tschechische Landesauschuß von Mähren Dr. Pluhar habe kürzlich gelegentlich einer Aussprache des Fünferkomitees der Landesauschüsse mit dem Subkomitee des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Abgeordnetenhauses und mit Vertretern der Regierung über den Elektrizitätsgesetzentwurf ein Referat erstattet, das in dem bringenden Rate gipfelte: „Meine Herren, gehen Sie nach Deutschland, studieren Sie die dortigen Verhältnisse und lernen Sie von Deutschland und machen Sie es Deutschland nach!“ Abg. Doktor Schoepfer unterstreicht diesen Rat des tschechischen Politikers — der, nebenbei bemerkt, an das berühmte gewordene „Germania docet“ des Mailänder Erzbischofs Ferrari auf dem Kölner Katholikentage erinnert, womit der italienische Kirchenfürst hauptsächlich die organisatorischen und publizistischen Leistungen der deutschen Katholiken als vorbildlich hinstellen wollte — und führt aus, daß Dr. Pluhars Rat ganz besonders auch auf dem Gebiete unseres Ernährungswesens beachtet zu werden verdient, wo der völlige Schiffbruch der Zentralgewalt tagtäglich sichtbar werde. Dagegen warnt Dr. Schoepfer seine Landsleute und die Deutschen Oesterreichs überhaupt vor einer Desperadopolitik:

Aber eines darf man nicht tun; es werden in Versammlungen schon Töne angeschlagen, welche aus unserer Not und unserer Schlamperie nicht die Folsaerung ziehen, daß wir uns von dem abwenden, was bei uns schlecht oder minder gut ist und daß wir es besser machen, sondern daß wir uns von Oesterreich selbst abwenden, den Mangel an Staatsgefühl, der an dem Uebel schuld ist, noch erweitern und mit den Augen der ehemaligen Schönnerianer nach Deutschland blicken, ähnlich wie so manche Italiener, Serben, Rumänen usw. auch über die Grenze blicken. Ein solches Vorgehen wird gewiß nicht mehr Nahrungsmittel bringen, es wird das Bundesverhältnis mit Deutschland nicht festigen, sondern höchstens die beiderseitigen Beziehungen vergiften: es ist nur Wasser auf die Mühle jener Parteien, die, weil die größten Feinde Oesterreichs, auch die größten Feinde der Deutschen in Oesterreich sind. Darum schreie ich: Wir müssen auch in der gegenwärtigen Not gute Oesterreicher bleiben und alles daran setzen, daß die Uebelstände, die bei uns herrschen, durch steigendes Staatsgefühl und Staatsbewußtsein bekämpft werden und daß hierbei alle, die berufen sind, bei Deutschland in die Schule gehen. Wenn wir von Deutschland Aushilfe bekommen, ist sie gewiß nicht an Bedingungen geknüpft, die Oesterreich preisgeben und damit das Bündnis untergraben werden. Ich glaube, der erhofften deutschen Aushilfe, wenn sie gegeben wird, wird der Auftrag beigegeben sein: Bleibt gute Bundesgenossen und darum vor allem gute Oesterreicher!

Wie unzertrennlich selbstbewusstes Oesterreichertum und Bündnispolitik zusammengehören, wird vielleicht am hellsten durch die Erinnerung an die Tatsache beleuchtet, daß seinerzeit die Partei Schönnerers, deren Programm nicht gerade auf die Stärkung Oesterreichs abzielte, sich als ausgesprochene Gegnerin der Bündnispolitik bekante.

Einen großen Anteil an der durch die deutsche Bevölkerung der Alpenländer gehenden Erregung haben die bitteren Kriegserfahrungen mit dem tschechischen Radikalismus. Die Luft, die das Treiben der Masarykleute, aber auch der Zickackkurs der Zentralregierung ihnen gegenüber, zwischen den Völkern aufgerissen hat, wird nicht so bald wieder auszufüllen sein. Auch die Innsbrucker „N. Z. Stimmen“, das Hauptorgan der Tiroler Konservativen, die vermöge ihrer politischen Vergangenheit vielleicht noch am ehesten gegen den Vorwurf nationaler Voreingenommenheit aus dem nichtdeutschen Lager gefeit sind, führen in dieser Hinsicht eine scharfe Sprache, die allen, welche es angeht, die einhellige Grundstimmung Deutschösterreichs verdolmetschen mag; das genannte Blatt schreibt zu dem in der „Reichspost“ wiedergegebenen Schreiben des Bischofs Dr. Doubrava von Königgrätz:

Wir wollen geru zugeben, daß es der Bischof gut meint und überzeugt ist, daß in dem böhmischen Staat Platz sein kann für das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben beider Nationen. Aber die Schwierigkeit ist in doppelter Richtung ersichtlich. Außer dem Bischof Doubrava und den Wohlgesinnten seiner Partei, die für die programmalische Säge des Bischofs sich ausgesprochen haben und die die gleiche Stellung beider Nationen wünschen, gibt es unter den Tschechen noch andere, u. zw. höchst zahlreiche und im Lande maßgebende Faktoren, die den deutschen nicht die gleich günstige Stellung einräumen würden wie sich selbst. Die Masaryks im Inlande, die Herren um Kramar und die übrigen paronisierten Herrschaften und ihr Anhang, die fanatischen Massen, die mit dem begnadigten Kramar ihre Demonstrationssombdien ausgeführt haben, diese denken nicht so über das Verhältnis zu den Deutschen wie der Bischof von Königgrätz. Es ist zu fürchten, daß in dem tschechischen Staat trotz Verband mit Oesterreich und Habsburg die deutsche Minorität alsbald von der tschechischen Majorität an die Wand gedrückt und entrechtet würde. Und aus diesem Gesichtspunkte ergibt sich die zweite Schwierigkeit gegen die zweifelsohne gut gemeinten Anregungen des Bischofs. Die Deutschen in Böhmen haben lange und bittere Erfahrungen, sie trauen den Tschechen nicht und sie wollen nicht den böhmischen Staat.

Diese Stimmungen erscheinen dem Blatte als ein schweres Hindernis gegen eine optimistische Beurteilung der Aussichten der von Bischof Doubrava stilisierten Vorschläge. Es ist nach der ganzen Sachlage klar, daß die Aufgabe, diese Stimmungen zu ändern, den Tschechen selbst zufällt.

Das neue Kabinett Wekerle.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 6. Mai.

Die ungarische Regierungskrise ist durch die Wiederbetraung Dr. Wekerles mit der Kabinettsbildung gelöst worden. Die morgige Nummer des Amtsblattes wird die Wiederernennung Dr. Wekerles zum Ministerpräsidenten publizieren. Mittwoch wird das Handschreiben über die Ernennung des neuen Ministeriums im Amtsblatt erscheinen und Samstag wird sich das Kabinett im Abgeordnetenhaus vorstellen. In der für morgen, 6 Uhr abends, einberufenen Konferenz der Achtundvierziger-Verfassungspartei wird die Entscheidung darüber fallen, ob die Partei in ihrer Gänze das neue Kabinett unterstützt. Ein Teil der Mitglieder wird aus der Partei ausscheiden.

Nach Ansicht der politischen Kreise bedeutet die Wiederbetraung Dr. Wekerles keinerlei politischen Kurswechsel. Die durch das Handschreiben des Monarchen vom 28. April 1917 festgesetzte politische Richtung bleibt auch weiterhin aufrecht. Das Handschreiben, das die Ernennung des Ministerpräsidenten einbegleitet, enthält das ganze Regierungsprogramm. In politischen Kreisen wird auf die nachdrückliche Betonung der Lösung der finanziellen und wirtschaftlichen Probleme sowie des Aufbaues des ungarischen Nationalstaates im Handschreiben hingewiesen. Der Abzug, welcher der Regierung den gesetzlichen Einfluß auf die Führung der gemeinsamen Angelegenheiten sichert, wird darauf zurückgeführt, daß die ungarische Regierung seinerzeit erklären ließ, einer der Gründe ihrer Demission sei darin zu suchen, daß die Regierung von der Ernennung Baron Burians keine vorherige Kenntnis besessen habe. Während den bisherigen Regierungen das Versprechen der Hausauflösung bloß für den Fall gegeben war, als das gegenwärtige Abgeordnetenhaus die Wahlreform ablehnen sollte, hat der Monarch dem neuen Kabinett Wekerle die Vollmacht erteilt, von der Hausauflösung im Kriege Gebrauch zu machen, nicht nur zur Durchführung der Wahlreform, sondern auch zur Verwirklichung der übrigen Programmpunkte.

Im Klub der Achtundvierziger-Verfassungspartei, wo der Text des Handschreibens gegen 1/29 Uhr bekannt wurde, erörterte man eingehend die Aussichten der Wiederbetraung Dr. Wekerles. Der Eindruck auf alle Schattierungen der Partei war sehr günstig. Nicht nur die kompromißfreundlichen Gruppen anerkannten die Reichhaltigkeit des in dem Handschreiben niedergelegten Programms, sondern auch jene Parteimitglieder, auf deren Unterstützung man bisher nicht rechnen durfte, gaben der Ansicht Ausdruck, daß die in dem Handschreiben aufgezählten Programmpunkte sehr bedeutsam seien. Man glaubt, daß jene Mitglieder der Partei, die aus der Partei austreten werden, eine kleine Minorität bilden dürften. Vielsach wurde die Ansicht laut, daß es nicht von Vorteil wäre, die Partei zu sprengen. Graf Andrássy und Graf Apponyi werden den Mitgliedern ihrer Gruppen freie Hand in der Frage der Unterstützung der neuen Regierung lassen.

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts.

Ueber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts wird bekannt, daß Graf Johann Zichy als Kultusminister und Graf Stephan Bethlen als Minister ohne Portefeuille in dasselbe eintreten werden. Justizminister wird ein Universitätsprofessor werden. Das Uebergangsministerium wird in das Handelsministerium aufgehen. Finanzminister Dr. Popovics, Honvedminister Baron Szurmay, Ackerbauminister Graf Serenyi, Handelsminister Dr. Szterenyi, Minister am Allerhöchsten Hoflager Graf Adar Zichy, Volksernährungsminister Prinz Windisch-Grätz und Minister für Kroatien Dr. Ukelhäusser werden ihre Portefeuilles behalten, hingegen werden Justizminister Bazsonyi, Kultusminister Graf Apponyi, Minister des Innern LOTH und die beiden Minister ohne Portefeuille Graf Moriz Esterhazy und Bela Földes ausscheiden.

Dr. Wekerle neuerlich mit der Kabinettsbildung betraut.

Ermächtigung zu Neuwahlen.

B. Budapest, 6. Mai. Die morgige Nummer des Amtsblattes wird folgendes Allerhöchste Handschreiben veröffentlichten:

Lieber Dr. Wekerle!

Neben der Lösung wichtiger sozialer und einen Aufschwung nicht duldbender finanzieller und wirtschaftlicher Fragen obliegt uns unter den heutigen schwierigen Verhältnissen die große Aufgabe des Ausbaues des ungarischen nationalen Staates und der Wahrung seiner Interessen. Die Erreichung dieser großen Ziele erfordert die Entfaltung der ganzen Kraft der Nation und aus diesem Grunde halte ich es im Interesse der produktiven Tätigkeit für wünschenswert, daß die Ausdehnung des Wahlrechtes, welche die politischen und gesellschaftlichen Kreise in fortwährender Aufregung hält, in gegenseitigen Einvernehmen je eher in einem solchen Sinne verwirklicht werde, wie ich dies in Meinem Handschreiben vom 28. April 1917 bezeichnet habe. Ich wünsche unversehrt den gesetzlichen Einfluß Meiner ungarischen Regierung auf die Führung der gemeinsamen Angelegenheiten zu sichern, und es ist Mein lebhaftes Verlangen, daß das durch Meine bisherige Regierung aufgestellte und von Mir genehmigte Programm vollkommen verwirklicht werde.

Wenn dies zu Meinem Bedauern und gegen Meine Erwartung in gegenseitigem Einvernehmen nicht erreichbar wäre, so ermächtige ich Sie und Meine Regierung, wie sehr ich auch Neuwahlen während der Dauer des Krieges zu vermeiden wünsche, daß Sie im Interesse der Sicherung der Wahlrechtsfrage und des Programms der Regierung zu Neuwahlen schreiten können. Auf dieser Grundlage ernenne ich Sie neuerdings zu Meinem ungarischen Ministerpräsidenten, beziehungsweise bestätige ich Sie in Ihrer bisher innegehabten Stellung, und erwarte Ihre Vorschläge betreffend die Neubildung der Regierung.

Gegeben zu Baden, 5. Mai 1918.

Karl m. p.

Dr. Alexander Wekerle m. p.

Wiederernennung Dr. Wekerles zum Ministerpräsidenten.

Budapest, 6. Mai.

Die morgige Nummer des Amtsblattes wird folgendes
a. h. Handschreiben veröffentlichen:

„Lieber Dr. Wekerle!

Neben der Lösung wichtiger sozialer und einen
Aufschub nicht duldbender finanzieller und wirt-
schaftlicher Fragen obliegt Uns unter den heutigen
schwierigen Verhältnissen die große Aufgabe des Aus-
baues des ungarischen nationalen
Staates und der Wahrung seiner Interessen.

Die Erreichung dieser großen Ziele erfordert die Ent-
faltung der ganzen Kraft der Nation, und aus diesem
Grunde halte Ich es im Interesse der produktiven Tätig-
keit für wünschenswert, daß die Ausdehnung des
Wahlrechtes, welche die politischen und gesellschaft-
lichen Kreise in fortwährender Aufregung hält, in gegen-
seitigem Einvernehmen je eher in einem
solchen Sinne verwirklicht werde, wie Ich dies in Meinem
Handschreiben vom 28. April 1917 bezeichnet habe.

Ich wünsche unverfehrt den gesetzlichen
Einfluß Meiner ungarischen Regierung
auf die Führung der gemeinsamen An-
gelegenheiten zu sichern, und es ist Mein leb-
haftes Verlangen, daß das durch Meine bisherige Regierung
aufgestellte und von Mir genehmigte Pro-
gramm vollkommen verwirklicht werde.

Wenn dies zu Meinem Bedauern und gegen Meine
Erwartung in gegenseitigem Einvernehmen nicht erreich-
bar wäre, so ermächtige Ich Sie und Meine Regierung,
wie sehr Ich auch Neuwahlen während der
Dauer des Krieges zu vermeiden wünsche,
daß Sie im Interesse der Sicherung der Wahlrechts-
frage und des Programms der Regierung zu Neu-
wahlen schreiten können.

Auf dieser Grundlage ernenne Ich Sie neuerdings zu
Meinem ungarischen Ministerpräsidenten, be-
ziehungsweise bestätige Ich Sie in Ihrer bisher inne-
gehabten Stellung und erwarte Ihre Vorschläge, be-
treffend die Neubildung der Regierung.

Gegeben zu Baden, 5. Mai 1918.

Karl m. p.

Dr. Alexander Wekerle m. p.

Südslawische Vereinigung?

Bosnien und Herzegowina zu Ungarn.

* Wien, 6. Mai. |

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

„Az Est“ meldet, daß heute die Ernennung Dr. Bekkerles zum Ministerpräsidenten publiziert werden wird. In dem königlichen Handschreiben wird die nationale Ausgestaltung der ungarischen Armee angekündigt werden. Auch werden gewisse Richtlinien für die innere Politik im magyarischen Sinne in dem Handschreiben gegeben. Die wesentlichste Ankündigung besagt aber, daß entweder durch das Handschreiben oder in anderer offizieller Form die Angliederung von Bosnien und der Herzegowina an die Länder des ungarischen Krone ausgesprochen werden soll.

Wie ich erfahre, ist die letzte Nachricht, die einen weitaus wesentlichen Teil der obigen Mitteilung bildet, formell nicht zutreffend. Es wird sich also um eine offizielle Ankündigung der Angliederung Bosniens und der Herzegowina vermutlich nicht handeln, wohl aber ist anzunehmen, daß Bekkerle vielleicht schon morgen abend in dem Klub der Achtundvierziger und der Verfassungskommission in nicht offizieller Weise diesen Staatsakt ankündigen wird. Denn daß er in der allernächsten Zeit bevorzieht, darüber besteht kein Zweifel. Ja noch mehr, man sagt mit ziemlicher Sicherheit, daß endlich auch die Losrennung des Königreichs Dalmatien von Oesterreich und seine Angliederung an Ungarn, wozu es an sich rechtlich gehört, zum mindesten in ernsteste Erwägung gezogen werde.

Diese schwerwiegenden Aenderungen auf staatspolitischem und militärischem Gebiete sind selbstverständlich nicht ohne tiefere Gründe. Sie können, wenn ich recht unterrichtet bin, nur als Kompensation aufgefaßt werden, die der König den Ungarn gibt, um von ihnen die Zustimmung zu einer Politik zu erhalten, die sie bisher zum größten Teil nicht gebilligt haben. Diese Politik kann sich nur auf Polen beziehen, und es wird nunmehr verständlich, daß Baron Burián, wie ich schon vor einiger Zeit mitteilen konnte, sich jetzt im Gegensatz zu seiner früheren Haltung auf den Boden der austropolnischen Lösung gestellt hat. Ich nehme an, daß er sehr bald Gelegenheit haben wird, diese Politik in die Praxis umzusetzen.

Dr. Alexander Redlich.

8.7.1918

Eine Schlägerei im Rathauskeller.**Zwischen Deutschnationalen und Tschechen.**

Gestern abend kam es im Rathauskeller zu einem argen Skandal. Der tschechische Abgeordnete Stanek befand sich mit mehreren anderen tschechischen Abgeordneten und Journalisten im Rosenkeller des Rathauskellers. Möglicherweise erhob sich ein Gast und hielt an die übrigen Gäste eine Ansprache, worin er sie aufforderte, sich die Provokationen der anwesenden Tschechen nicht gefallen zu lassen. Im Nu war der ganze Saal auf. Um einen Tumult hintanzuhalten, ersuchten die Geschäftsführer des Rathauskellers den Abgeordneten Stanek und seine Begleiter, den Saal zu verlassen. Abg. Stanek versicherte, daß er nicht provoziert habe, sondern daß vielmehr er provoziert worden sei. Er weigerte sich, den Saal zu verlassen.

Da die übrigen Gäste auf der Entfernung der Tschechen bestanden, kam es zu stürmischen Szenen, die schließlich in eine Schlägerei ausarteten. Schließlich verließen Abg. Stanek und seine Begleiter den Saal, worauf die anwesenden Deutsch-

nationalen die „Haupt am Rhein“ anstimmten.

* Der deutsch-tschechische Streit im Rathauskeller. Im Rosenaal des Rathauskellers kam es heute abend zu einem argen Skandal. Der tschechische Abg. Stanek befand sich mit mehreren anderen tschechischen Abgeordneten im Saale, als sich plötzlich ein Gast erhob und eine Ansprache hielt, in der er die Anwesenden aufforderte, sich die Herausforderungen der anwesenden tschechischen Abgeordneten nicht gefallen zu lassen. Im Nu waren alle Gäste auf den Füßen. Die Geschäftsführer des Rathauskellers ersuchten die Abgeordneten, den Saal zu verlassen. Stanek erklärte, daß nicht er herausgefordert habe, sondern daß er herausgefordert worden sei. Es entstand nun eine

Schlägerei. Schließlich verließen die Abgeordneten den Saal.

Deutschnationale Partei.

Die Deutschnationale Partei hielt gestern nachmittags unter dem Vorsitz des Obmannes Dr. Schloßer eine Sitzung ab. Die unerquicklichen Verhältnisse im Parlamente wurden eingehend besprochen und festgestellt, daß nicht allein diese, sondern die Vorgänge auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zur Vertagung des Reichsrates geführt haben. Der Regierung und den Parteien muß nunmehr dringend daran gelegen sein, wieder zu geordneten Verhältnissen zu gelangen. Bezüglich der Ernährungsfraße, die jetzt im Vordergrunde steht, ist es notwendig, daß alle Faktoren zusammenwirken, um dieser wichtigen Frage Herr zu werden und die großen Aufgaben derselben in entsprechender Weise zu lösen. Bezüglich der Zentralenwirtschaft wurde eine große Reihe von Einzelbeschwerden zur Sprache gebracht, welche die in der Bevölkerung herrschende steigende Erbitterung über die Zentralenwirtschaft begreiflich erscheinen lassen. Es sei daher notwendig, daß an einen Abbau der Zentralen ehebaldigst gegangen werde. Auch die Repatriierung der Flüchtlinge erweise als dringende Notwendigkeit und müssen alle Hindernisse, welche der Durchführung der bezüglichen Maßregeln im Wege stehen, beseitigt werden. Um den dringenden Bedürfnissen von Industrie und Gewerbe nachzukommen, muß eine zielbewußte Rohstoffpolitik in die Wege geleitet werden.

Rundgebung der Tschechen und Südslawen.

Gegen die Veriagung des Reichsrates.

Gestern fand unter dem Vorsitze der Abgeordneten Stanek und Dr. Korošec eine gemeinsame Sitzung des Tschechischen Verbandes und des Südslawischen Klubs statt, in welcher die Kreiseinteilung und andere Konzessionen an die Deutschen in Böhmen, ferner die Absichten der Regierung über die Lösung der südslawischen Frage und die Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest besprochen und die volle Uebereinstimmung in der Auffassung bezüglich der Seidlerschen Oltropolitik konstatiert wurde. Es wurden die stärksten Abwehrmaßnahmen in Aussicht genommen und zu diesem Zwecke eine mehrgliedrige, aus den Vertretern des Tschechischen Verbandes und des Südslawischen Klubs bestehende Kommission gewählt. Es herrschte eine sehr erregte Stimmung und man ist zu einem energischen Kampfe gegen die Maßnahmen der Regierung gerüstet; an das tschechische und das südslawische Volk wird der folgende gemeinsame Aufruf erlassen:

„In dem Augenblicke, in welchem durch die absolutistische Entscheidung der Regierung Dr. v. Seidlers das Abgeordnetenhaus gegen seine Majorität veriagt wurde, und in dem weittragende Verfassungsmaßnahmen über die Köpfe und gegen den Willen der beteiligten Völker vorbereitet werden, finden sich der Tschechische Verband und der Südslawische Klub in einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um im Namen des gesamten tschechischen und südslawischen Volkes ohne Unterschied der Partei den nachfolgenden öffentlichen Protest solidarisch zu erheben:

Die Abgeordneten des tschechischen und südslawischen Volkes protestieren mit der größten Empörung gegen alle Versuche der Regierung, eine Neuregelung längst überlebter und von den Völkern nicht anerkannter Verfassungsverhältnisse auf dem Verordnungswege und ohne Teilnahme unserer Völker und gegen sie durchzuführen. Sie protestieren um so entschiedener, weil diese Absicht durch eine einseitige Aktion geschieht, sie protestieren um so entschiedener, weil das nur geschieht durch die von den deutschen Chauvinisten erzwungene Errichtung von Kreishauptmannschaften in Böhmen. Sie protestieren gegen die gleichzeitig angekündigte staatsrechtliche Abtrennung der slowenischen Länder von dem gesamten unteilbaren südslawischen Volke der Slowenen, Kroaten und Serben, sowie gegen die deutsche Invasion im Adriatischen Meere. Sie sprechen ihre Empörung darüber aus, daß die Regierung alles das wagt in dem schicksalsschwersten Moment des Weltkrieges, daß sie auf unsere Forderungen betreffend die Selbstbestimmung, auf die politische Selbständigkeit unserer Völker, welche eine Forderung der gesamten zivilisierten und demokratischen Welt sind, durch absolutistische Oltropis antwortet, die nicht nur den von uns ersehnten Frieden und nicht die Möglichkeit eines freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker bedeuten, sondern den Anfang von Kämpfen, wie es solche noch nicht gegeben hat, und die weiter gehen könnten, als die Autoren des Oltropis ahnen.

Unter einem erheben wir unsere Stimme gegen das empörende Vorgehen der Regierung, welche in einer Zeit, in der die Grundsätze der Demokratie, der bürgerlichen Gleichheit und der Völkerautonomie die ganze Welt durchdringen, gegen uns mit Experimenten aufgetreten wird, die in Wirklichkeit nichts anderes bedeuten, als eine neuerliche Befestigung des Absolutismus und eine neuerliche Vermehrung der Macht des staatsbureaucratischen Apparates; auf der anderen Seite werden bewußt übergangen und absichtlich ignoriert alle Forderungen unseres Volkes nach voller bürgerlicher demokratischer Autonomie in allen Verwaltungskörpern.

Mit gleicher Entschiedenheit protestieren wir dagegen, daß in einer Zeit, in der die Parlamente aller wahrhaft demokratischen Staaten verantwortlich und in entscheidender Weise an dem Schicksale ihrer Völker teilnehmen, das österreichische Parlament ohne jeden Grund und ohne Nötigung zum Schaden der öffentlichen Approvisionierungsverhältnisse wieder veriagt wurde, und daß die Abgeordneten unserer Völker neuerdings der parlamentarischen Tribüne beraubt werden, die unter dem Drucke der militärischen Diktatur während drei Jahren des Krieges entbehrt wurde. Die Verantwortung für die Folgen dessen fallen in erster Reihe auf die Regierung, die durch diesen unentschuldbaren Schritt abermals der ganzen Welt neuerdings demonstriert hat, daß Oesterreich nicht ein verfassungsmäßiger Rechtsstaat genannt werden kann und daß eine ziffernmäßige geringe und niemandem verantwortliche Oligarchie unter dem Drucke und unter der Zustimmung eines Teiles der deutschnationalen Abgeordneten sich nicht scheute, auch die Mitglieder des Parlamentes des allgemeinen Wahlrechtes mundtot zu machen, sobald sie zu fürchten begannen, daß das Parlament den Mut aufbringen könnte, auszusprechen und festzuhalten, was der wirkliche Wille und die feste Ueberzeugung der gewählten Vertreter ist.

Die Abgeordneten der tschechischen und des südslawischen Volkes verlangen daher, daß unsere Abgeordneten weder irgend ein Oltroi, noch eine administrative Verfügung, wenn eine solche gegen uns angewendet werden sollte, niemals und in keinem Falle anerkennen werden und daß sie diese Maßnahmen mit der äußersten Empörung zurückweisen, daß sie für die fernere Entwicklung der Verhältnisse keine Verantwortung übernehmen und daß sie sich im Kampfe gegen den Absolutismus gegen die Vorherrschaft und für die Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht und ihre politische Selbständigkeit durch keine Gewalt einschüchtern lassen und solidarisch ausharren.“

Das neue Ministerium Weterle.

Die Kabinettsbildung vollzogen.

Budapest, 7. Mai. (Privat.) Das Kabinet Weterle ist nunmehr endgültig gebildet. Das Ministerium setzt sich in der bereits mitgetheilten Weise zusammen; die letzte Schwierigkeit bildete die Besetzung des Justizportefeuilles, die heute behoben wurde, indem an die Spitze dieses Ressorts der langjährige Staatssekretär Geheimer Rat Gustav v. Törh, einer der bedeutendsten Juristen Ungarns, gestellt wird. Morgen reisen sämtliche Mitglieder der Regierung zur Beeidigung nach Wien und am 11. d. erfolgt die Vorstellung des Kabinetts im Parlament.

Dr. Weterle stützt sich ausschließlich auf die Anhänger der Kompromißpolitik und er konnte die verschiedenen Strömungen in der Acht- undvierziger-Verfassungspartei, als deren eigentlicher Schöpfer er gelten muß, nicht berücksichtigen. Nach der Ernennung Weterles ist zweifellos, daß das größte Hindernis in der ungarischen Politik, die Wahlrechtsreform, binnen absehbarer Zeit verabschiedet werden wird. Mehrere Staatssekretäre und Obergepänne, die sich zum engeren Anhang Apponhis und Andraßys bekennen, treten zurück, um gleichfalls durch Kompromißpolitiker ersetzt zu werden. Dr. Weterle, der das Ministerium des Innern leiten wird, beabsichtigt, die Wahlreform sowohl im Ausschuß als auch im Plenum selbst zu vertreten und sollte es zu Neuwahlen kommen, so wird er sie selbst leiten. Allein kein Politiker Ungarns glaubt mehr daran, daß das Haus aufgelöst werden wird, da man das Kompromiß ungeachtet der Vorgänge in der Verfassungspartei für gesichert hält.

Das neue Kabinett Wekerle und die Achtundvierziger Verfassungspartei.

Die Parteispaltung ist eingetreten.

47 Stimmen für, 43 gegen die Regierung.

Budapest, 7. Mai.

Ministerpräsident Wekerle hat heute der Achtundvierziger Verfassungspartei sein Programm unterbreitet. Die Konferenz nahm einen sehr bewegten Verlauf. In sachlich ruhiger Rede skizzierte Dr. Wekerle den Verständigungsfrieden in der Wahlrechtsfrage. Die gegenseitigen Zugeständnisse halten einander im Kompromiß die Wage. Graf Stefan Tiba hat das Wahlrecht der industriellen Arbeiter in dem vollen Ausmaß des Wájszondischen Entwurfes anerkannt, dagegen wurden ihm hinsichtlich der Inhaber des Karl-Truppenkreuzes KonzeSSIONen gemacht. In bezug auf den Bildungszenus aber wurde ein Ausgleich in der Weise erzielt, daß neben den Absolventen der sechsten Volksschulklasse auch diejenigen das Wahlrecht bekommen, die nur vier Volksschulklassen absolviert haben, aber der ungarischen Sprache mächtig sind.

Im Verlaufe der Debatte nahm Graf Julius Andrássy in gereizten Ausführungen ganz offen gegen die Regierung Stellung, und er ging sogar so weit, die Beruflichkeit Dr. Wekerles zur Leitung der Geschäfte in Frage zu stellen. Scharf und würdevoll trat Ministerpräsident Dr. Wekerle diesem Angriff entgegen. Mit einem ironischen Hinweis deutete er an, daß Graf Andrássy und dessen Anhang schon anlässlich seiner ersten Bekräftigung in intimen Kreise diese Saite berührt haben; nun aber ergriff Wekerle den Anlaß, dem Grafen Andrássy zu sagen, woraus er seine Berechtigung zur Leitung der Regierungsgeschäfte schöpfe. Er schöpfe sie aus der Erkenntnis, daß die Nation des Parteihabers überdrüssig sei, daß sie sich nach fruchtbringender Arbeit sehne, da sie das Gefühl habe, daß es eine Sünde an Ungarns Zukunft sei, in dieser fürchtbar ernsten Epoche die Zeit mit unfruchtbaren Reden zu vertrödeln. Auch den Versuch Andrássys, die Person des Königs in die Debatte zu ziehen, wies der Ministerpräsident mit unverhohlenen Unwillen und starkem Nachdruck zurück.

Wenn Graf Andrássy schon in den einleitenden Worten seiner Rede angedeutet hatte, daß die Partei heute sich spalten würde, so ist dies durch das Abstimmungsergebnis in der Tat eingetreten. Die Parteispaltung hat sich vollzogen. Von 90 anwesenden Abgeordneten stimmten 47 für, 43 gegen die Regierung.

9. IV. 1918

**Tschechische Aufreizung im Rathaus-
teller.**

Gestern abends kam es im Rathaus Keller zu einem lärmenden Streitfall. Der tschechische Abgeordnete Stanek befand sich mit mehreren anderen tschechischen Abgeordneten und Tageschriftstellern im Rosen-
saale des Rathauskellers. Die Gesellschaft unterhielt sich in überaus lauter, aufdringlicher Weise in tschechischer Sprache. Plötzlich erhob sich ein Gast und hielt an die übrigen Gäste eine Ansprache, worin er sie aufforderte, sich die Provokationen der anwesenden Tschechen nicht gefallen zu lassen. Im Nu war der ganze Saal auf. Um einen Tumult hintanzuhalten, ersuchten die Geschäftsführer des Rathauskellers den Abgeordneten Stanek und seine Begleiter, den Saal zu verlassen. Abgeordneter Stanek versicherte, daß er nicht provoziert habe, sondern daß vielmehr er provoziert worden sei. Er weigerte sich, den Saal zu verlassen.

Da die Gäste auf der Entfernung der Tschechen bestanden, kam es zu stürmischen Szenen, die schließlich zu einer Schlägerei führten. Daraufhin verließen Abgeordneter Stanek und seine Begleiter den Saal, worauf die Anwesenden die „Wacht am Rhein“ anstimmten.

Sämtliche Gäste des Rathauskellers hatten für die deutschen Männer, die gegen das herausfordernde Verhalten des Abgeordneten Stanek und seiner Tischgenossen Stellung genommen hatten, Partei ergriffen und es ist für die Stimmung der Zeit wohl bezeichnend, daß von den gesamten Gästen das laute Tschechischreden als eine nationale Beleidigung aufgefaßt und durch Absingung der „Wacht am Rhein“ die Einmütigkeit in der Abwehr der unzeitgemäßen tschechischen Vordringlichkeit und Frechheit kundgetan wurde.

Das neue Kabinett Wekerle.**Die Handschreiben über die Ernennung der Minister.**

Budapest, 8. Mai.

Die morgige Nummer des Amtsblattes wird folgendes, an den Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle gerichtetes Handschreiben veröffentlichen:

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministerpräsidenten ernenne Ich neuerdings Grafen Aladar Zichy zu meinem Minister a latere, Dr. Alexander Popovics zu Meinem Finanzminister, Josef Szterenyi zu Meinem Handelsminister, Grafen Bela Serenyi zu Meinem Ackerbauminister, den General der Infanterie Baron Alexander Szurman zu Meinem Honvedminister, Dr. Karl Unterkäufner zu Meinem Minister ohne Portefeuille für Kroatien, Slavonien und Dalmatien und Prinzen Ludwig Windisch-Gracy zu Meinem Minister ohne Portefeuille, beziehungsweise bestätige Ich sie in diesen von ihnen bisher bekleideten Aemtern.

Weiter ernenne Ich zu Meinem Minister für Kultus und Unterricht den Reichstagsabgeordneten Geheimen Rat Grafen Johann Zichy und zu Meinem Justizminister den Staatssekretär Geheimen Rat Dr. Gustav Löry und vertraue mit der Leitung des Ministeriums des Innern Meinen Ministerpräsidenten.

Meine, an die Betreffenden gerichteten Handschreiben schließe Ich zur weiteren Verfügung bei.

Gegeben zu Baden, den 8. Mai 1918.

Karl m. p.

Wekerle m. p.

Sodann folgen die gleichlautenden Handschreiben an die Minister, die Mitglieder des früheren Kabinetts waren, hierauf die Handschreiben, durch die die neuen Minister Graf Johann Zichy für Kultus und Unterricht und Dr. Gustav Löry für Justiz ernannt werden, sowie das Handschreiben, durch das Ministerpräsident Dr. Wekerle mit der Leitung des Ministeriums des Innern betraut wird.

Die Handschreiben an die scheidenden Minister.

In den Handschreiben an die zurückgetretenen Minister werden Johann Lóth und Graf Moriz Esterházy in Anerkennung ihrer treuen und eifrigen Dienste in Gnaden entbunden. In dem Handschreiben an Grafen Albert Apponyi drückt der Kaiser seine volle Anerkennung und seinen Dank für dessen treue und eifrige Dienste aus.

In den Handschreiben an den demissionierten Justizminister Bazzonyi und an den Minister ohne Portefeuille Bela Földes wird den beiden zurückgetretenen Ministern in Anerkennung ihrer treuen und eifrigen Dienste die Würde eines Geheimen Rates tagzwei verliehen.

Die Beeidigung der neuen Minister.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle ist heute nachmittag nach Wien abgereist. Mit dem Ministerpräsidenten begaben sich auch der neue Kultus- und Unterrichtsminister Graf Johann Zichy und der neue Justizminister Dr. Gustav Löry nach Wien. Die ernannten

Minister werden morgen vormittag den Eid in die Hände Sr. Majestät ablegen.

Die aus dem Kabinett ausscheidenden Minister Graf Apponyi, Bazzonyi, Graf Esterházy und Földes sind gleichfalls nachmittag nach Wien abgereist und werden morgen von Sr. Majestät in Abschiedsaudienz empfangen werden. Der scheidende Minister des Innern Lóth ist wegen Unpäßlichkeit nicht nach Wien gereist.

Kärnten gegen die südslawische Propaganda.

Die Kundgebungen der Gemeinden.

Der Obmann des Deutschen Volksrates für Kärnten, Handelskammerpräsident Max R. v. Burger, teilt mit, daß bisher 233 von insgesamt 263 Kärntner politischen Gemeinden Verwahrungskundgebungen gegen die südslawischen Landeszerreichungspläne beschlossen haben. Von den fehlenden Gemeinden ist eine, Heiligenblut, reindeutsch. Die 29 gemischtsprachigen Gemeinden, welche fehlen, zählen 5147 deutsche und 36.338 slowenische Einwohner. Unter den 233 Gemeinden, welche gegen die südslawische Propaganda Stellung genommen haben, befinden sich 65 gemischtsprachige Gemeinden mit 62.068 deutschen und 41.182 slowenischen Einwohnern. Die Kundgebungen werden dem Ministerpräsidenten übermittelt. Bezeichnend ist, daß eine große Anzahl von gemischtsprachigen, vorwiegend slowenischen Gemeinden in sehr scharfen Kundgebungen gegen die landfremden Agitatoren und deren Landeszerreichungspläne Stellung nimmt.

Verband der deutschnationalen Parteien.

Gehalten an den angekündigten Verordnungen. — Für eine Mehrheitsbildung mit den Polen.

Parteiämlich wird verlaublich: In der gestrigen Sitzung des Verbandsausschusses der deutschnationalen Parteien wurde von allen Rednern die Meinung ausgesprochen, daß nichts die Notwendigkeit der im Staatsinteresse angekündigten Maßnahmen der Regierung klarer zu beweisen vermöchte als die gestrigen Beschlüsse und Kundgebungen der tschechischen und südslawischen Parteien. Diese Kundgebungen zeigen auch, bis zu welchem Grade der von unseren Kriegsgegnern angeführte und genährte staatsfeindliche Paroxysmus bereits gesteigert ist und welche Zukunft diesem Staate und den „eingewanderten Deutschen“ unter ihrer Herrschaft beschieden wäre. Nicht deutscher Druck, sondern die einfachste Pflicht der Staatserhaltung hat die Regierung aus der wiederholten bloß wörtlichen Zurückweisung dieser staatsumstürzenden Kundgebungen und Agitationen zum endlichen positiven Handeln gezwungen.

Darum darf erwartet werden, daß die Regierung sich durch Drohungen, Proteste und verblümt angedrohte stärkere Mittel nicht einschüchtern und von ihrer positiven Richtlinie und Abwehraktion nicht abbringen lassen wird.

Da die Tschechen und Südslawen ihrerseits und nur sie die Versuche, durch Verständigung zu Ergebnissen zu gelangen, vereitelt haben, so fällt der Vorwurf des einseitigen Vorgehens der Regierung auf sie zurück. Auch die Schuld an der Vertagung des Hauses anderen zuzuschreiben als jenen, welche der beabsichtigten Tagung mit offener Obstruktionsdrohung und Abstinenz von der Obmännerkonferenz entgegenwirkten, ist die offenbarste Entstellung. Weiters wurde festgestellt, daß die unbedingte Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Arbeiten des Hauses die Sicherstellung einer tragfähigen Mehrheit sei. In diesem Sinne wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Polenklub zur Bildung einer solchen Mehrheit die Hand bieten werde. Umfomehr mußte der heute im Polenklub eingebrachte Antrag Löwenstein, welcher diese Mehrheitsbildung ganz unmöglich machen würde, Verwunderung erregen.

Polenklub.

In der gestrigen Sitzung des Polenklubs wurde die Debatte über den Antrag Dr. Löwenstein fortgesetzt und derselbe auf Antrag Zieleniewski vor endgiltiger meritorischer Erledigung dem Präsidium zur Berichterstattung zugewiesen.

Zur Annahme gelangte ferner der Antrag Dr. Groß: Der Polenklub verurteilt die Krakauer Erzeffe und drückt sein Bedauern darüber aus, daß die Polizeidirektion in Krakau der polnischen öffentlichen Meinung, die sofort die Erzeffe verurteilt hat, unmöglich gemacht hat, sich in dieser Richtung auszusprechen. Der Polenklub stellt mit Bedauern fest, daß die Krakauer Polizei durch ihre Passivität und Unfähigkeit es dazu gebracht hat, daß die antisemitischen Unruhen, welche zu Beginn von einer kleinen Schar halbwüchsigen Jungen veranfaßt wurden, in der Folge bedrohlichere Formen annahmen, so daß das Militär einschreiten mußte. Der Polenklub verurteilt die Versuche, die Bevölkerung gegeneinander aufzuheizen.

Im Laufe der Wendebatte wurde vom Abgeordneten Dr. Steinhäus der Antrag gestellt: Ohne der endgiltigen Entscheidung des Antrages Dr. v. Löwenstein vorzugreifen, fordert der Polenklub sein Präsidium auf, mit jenen Parteien des Abgeordnetenhauses sich ins Einvernehmen zu setzen, die den Polen die Verwirklichung ihrer Forderungen verbürgen. Das Präsidium wird beauftragt, über das Ergebnis dieser Verhandlungen Bericht zu erstatten. Nachdem von den Abgeordneten Stapiński und Tertil die Einwendung erhoben worden war, daß vorerst die Antwort des Ministers des Außern abgewartet werden solle, erklärte der Abg. Dr. Steinhäus, seinen Antrag vorerhand nicht aufrecht erhalten zu wollen.

Kundgebung der Deutschen Fortschrittspartei in Böhmen.

Zur Errichtung der Kreishauptmannschaften.

Die Deutsche Fortschrittspartei für Böhmen hat in einer am 7. d. abgehaltenen Präsidialsitzung folgende Kundgebung beschlossen und an den Ministerpräsidenten, an den Minister des Innern sowie an den Abg. Dr. Urban geleitet:

„Unter dem Druck der unhaltbaren politischen Verhältnisse hat sich die Regierung zur Ernennung von Kreishauptleuten entschlossen. Eine Besserung der nationalen Verhältnisse kann aber dadurch nicht allein herbeigeführt werden. Vielmehr ist es unbedingt notwendig, die längst geforderte und vorbereitete

nationale Abgrenzung der Gerichts- und politischen Bezirke unter vollem Schutze der hohenständigen deutschen Minderheiten endlich durchzuführen, den Kreishauptmannschaften nationale Kreisvertretungen zur Seite zu stellen und die Landesbehörden zu teilen. Nur eine derartige durchgreifende Umgestaltung der gegenwärtigen Organisation kann das deutsche Volk in Böhmen befriedigen.

Die Landeshauptstadt Prag kann, sofern die Regierung (wie angekündigt) auf dem Boden des Gesetzes vom 18. Mai verbleiben will, in die Kreiseinteilung überhaupt nicht einbezogen werden, denn eine Entlastung der Statthalterei im Sinne dieses Gesetzes darf nur durch Beamte, die, außerhalb Prags bleibend, bestellt sind, bewirkt werden. Wir verwahren uns im vorhinein gegen jede Gesetzesverletzung, durch welche die Deutschen Prags in ihrer ohnehin schwierigen Lage vollends entrechtet würden.“

9. IV. 1918

92

Der Kabinettswechsel.

Budapest, 8. Mai.

Die königlichen Entschlüsse betreffend die Bildung des neuen ungarischen Ministeriums werden in der morgigen Nummer des amtlichen Blattes erscheinen.

Das an den Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle gerichtete allerhöchste Handschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministerpräsidenten ernenne Ich wieder zu Meinem Minister an Meinem Hoflager den Grafen Madár Bichy, zu Meinem Finanzminister Dr. Alexander Popovics, zu Meinem Handelsminister Josef Sztevenyi, zu Meinem Ackerbauminister den Grafen Béla Serényi, zu Meinem Sonderminister der General der Infanterie Baron Alexander Szurmay, zu Meinem kroatisch-slavonisch-dalmatinischen Minister ohne Portefeuille Dr. Karl Unterkühnauer und zu Meinem Minister ohne Portefeuille den Prinzen Ludwig Windisch-Graetz, beziehungsweise bestätige Ich die Genannten in ihren bisher bekleideten Stellungen; ferner ernenne Ich zu Meinem Kultus- und Unterrichtsminister den Geheimen Rat und Reichstagsabgeordneten Grafen Johann Bichy, zu Meinem Justizminister den Geheimen Rat und Staatssekretär im Justizministerium Dr. Gustav v. Tórh und beauftrage Ich mit der Leitung des Ministeriums des Innern Meinen Ministerpräsidenten.

Meine an die Genannten gerichteten Handschreiben folgen zwecks weiterer Verfügung anbei.

Baden, 8. Mai 1918.

Karl m. p.

Dr. Alexander Wekerle m. p.

An die abtretenden Minister sind fünf Handschreiben gerichtet. Sie lauten wie folgt:

Lieber v. Tóth! Infolge des Rücktritts Meines ungarischen Ministeriums und auf Ihr eigenes Ansuchen enthebe Ich Sie hiemit in Gnaden unter Anerkennung Ihrer treuen und eifrigen Dienste von Ihrer Stellung als ungarischer Minister des Innern.

Baden, 8. Mai 1918.

Karl m. p.

Dr. Alexander Wekerle m. p.

Lieber Graf Apponyi! Infolge des Rücktritts Meines ungarischen Ministeriums und auf Ihr eigenes Ansuchen enthebe Ich Sie hiemit in Gnaden von Ihrer Stelle als ungarischer Kultus- und Unterrichtsminister und spreche Ihnen aus diesem Anlasse Meine volle Anerkennung und Meinen Dank für Ihre vorzüglichen, treuen und eifrigen Dienste aus.

Baden, 8. Mai 1918.

Karl m. p.

Dr. Alexander Wekerle m. p.

Lieber Bácsányi! Infolge des Rücktritts Meines ungarischen Ministeriums und auf Ihr eigenes Ansuchen enthebe Ich Sie hiemit in Gnaden von Ihrer Stelle als ungarischer Justizminister und verleihe Ihnen aus diesem Anlasse in Anerkennung Ihrer treuen und eifrigen Dienste tagfrei die Würde eines Geheimen Rates.

Baden, 8. Mai 1918.

Karl m. p.

Dr. Alexander Wekerle m. p.

Lieber Graf Esterházy! Infolge des Rücktritts Meines ungarischen Ministeriums und auf Ihr eigenes Ansuchen enthebe Ich Sie hiemit in Gnaden unter Anerkennung Ihrer treuen und eifrigen Dienste von Ihrer Stelle als ungarischer Minister ohne Portefeuille.

Baden, 8. Mai 1918.

Karl m. p.

Dr. Alexander Wekerle m. p.

Lieber Doktor Földes! Infolge des Rücktritts Meines ungarischen Ministeriums und auf Ihr eigenes Ansuchen enthebe Ich Sie hiemit in Gnaden von Ihrer Stelle als ungarischer Minister ohne Portefeuille und verleihe Ihnen aus diesem Anlasse in Anerkennung Ihrer treuen und eifrigen Dienste tagfrei die Würde eines Geheimen Rates.

Baden, 8. Mai 1918.

Karl m. p.

Dr. Alexander Wekerle m. p.

Der Ministerpräsident über die Kreishauptmannschaften.

Die Ukrainer beim Ministerpräsidenten.

* Wien, 9. Mai. Auf Einladung des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler erschien die parlamentarische Kommission der ukrainischen Vertretung beim Kabinettschef, der mit ihr die parlamentarische Situation besprach und über die Absichten der Regierung Aufschluß erteilte.

Der Ministerpräsident legte die sachliche Staatsnotwendigkeit dar, in Böhmen Kreishauptmannschaften zu errichten, und erbrachte den Nachweis, daß die Aufstellung dieses neuen Instanzenzuges in keiner Weise die politischen und nationalen Interessen des tschechischen Volkes verletze, sondern vielmehr sowohl für die Deutschen als auch für die Tschechen nur Vorteile einschleife und die staatliche Verwaltung erleichtere. Der Ministerpräsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald Beruhigung ins Parlament einziehen und eine Konsolidierung der Parteiverhältnisse dort eintreten werde. Damit werde es gelingen, eine feste Mehrheit zu bilden und das Haus arbeitsfähig zu erhalten. Sobald Aussicht auf die Herstellung dieses wünschenswerten Zustandes bestehe, werde die Regierung nicht säumen, das Parlament zusammenzuberufen. Es sei des Ministerpräsidenten persönlicher Wunsch und sein aufrichtiges Streben, daß die Einberufung sobald als irgend möglich erfolgen könne.

Die Vertreter der ukrainischen Abgeordneten nahmen die Erklärungen Dr. v. Seiders zur Kenntnis, bemerkten jedoch, daß sie ihre Haltung zu dem vom Ministerpräsidenten eben entwickelten Programm noch nicht bestimmen können. Sie verwiesen auf die triste wirtschaftliche und politische Lage der Bevölkerung Ostgaliziens, die dringend einer grundlegenden Forderung und durchgreifenden Besserung bedürfe. Erst bis zur Klärung der Dinge werde sie ukrainische parlamentarische Vertretung ebenfalls ihre Stellung präzisieren. Ministerpräsident Dr. v. Seidler gab in seiner Erwiderung bekannt, daß er die ukrainischen Vertreter in nächster Zeit neuerdings einladen und die von ihnen gewünschten Aufklärungen erteilen werde.

Die Kreisbehörden in Böhmen.

* Wien, 10. Mai. Wie die Politischen Tagebücher von gut informierter Seite erfahren, beruhen die in letzter Zeit aufgetauchten Mitteilungen über den Inhalt der vom Kabinettschef angekündigten Verordnung betreffend die Errichtung von Kreisbehörden in Böhmen auf meist ziemlich vagen Vermutungen oder auf Erinnerungen an die seinerzeit vom Ministerpräsidenten Bienerth eingebrachten Vorlagen betreffend eine Kreiseinteilung in Böhmen. In den verschiedenen Darstellungen wurde ein besonderes Gewicht auf die Ernennung der Kreishauptleute gelegt, was zur Folge hatte, daß irrtümliche Auffassungen über die beabsichtigten Maßnahmen in der Bevölkerung, namentlich in Deutschböhmen, entstanden sind. In der Tat gehen die ins Auge gefaßten Maßnahmen über die bloße Ernennung einiger Beamter sachlich weit hinaus. Die Verordnung, die in den nächsten Tagen erscheinen dürfte, wird höchstwahrscheinlich die Kreise hinsichtlich ihrer territorialen Grenzen aufstellen, wobei die Auseinanderlegung der Streitteile in Böhmen möglich werden wird, da sich geschlossene Siedlungsgebiete der Deutschen und Tschechen gegenüberstehen. Nur in Budweis, wo bekanntlich ein Ausgleich zwischen den beiden Nationalitäten getroffen wurde, liegen die Dinge so, daß eine territoriale Abgrenzung nicht möglich ist, und es wird daher wohl für die Stadt Budweis und ihre Umgebung eine eigene Kreisbehörde zu schaffen sein, in der jedoch die ihrer Natur nach einer Teilung nicht widerstrebenden Angelegenheiten in zwei sprachlich verschiedenen Sektionen behandelt werden können. Budweis würde also ebenso als Ausnahme von der Regel zu betrachten sein, wie der Stadtkreis Prag, wo bekanntlich bei strenger Einhaltung des Wortlautes vorhandener gesetzlicher Bestimmungen die Agenden der Statthalterei nicht auf eine Unterbehörde übertragen werden können. Hier also wird die Statthalterei im vollen Umfang ihrer Befugnisse bleiben müssen. Das dürfte im wesentlichen den Wünschen sowohl der deutschen als auch der tschechischen Bevölkerung Prags entsprechen.

Außer der Feststellung der Kreise hinsichtlich ihrer territorialen Ausdehnung wird die Verordnung aber wohl auch bereits die Kompetenz der Kreisbehörden feststellen, und man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß alle Aufgaben und Befugnisse der Statthalterei auf die Kreishauptmannschaften übergehen wer-

den, mit Ausnahme jener Angelegenheiten, die eine Teilung entweder nicht zulassen, wie die für ganz Böhmen errichteten Stiftungen und Adelsprivilegien, oder die sich auf Dinge beziehen, die über den Grenzen eines Kreises hinausgreifen, wie zum Beispiel das Regulierungswesen der Wasserkünste und dergleichen. Auch die Administration der Hochschulen und der damit zusammenhängenden Anstalten werden der Statthalterekompetenz kaum entzogen werden; nicht minder jene Agenden, die sich auf Einrichtungen beziehen, die für alle Bewohner des Landes errichtet sind oder ihnen zugänglich sein müssen, wie beispielsweise die Irrenanstalten und dergleichen. Demnach dürfte nur eine sehr geringe Anzahl von Agenden im unmittelbaren Wirkungsbereich der Statthalterei verbleiben.

Von wesentlicher Bedeutung dürfte es ferner sein, daß im Rekursverfahren die Kreisbehörden die zweite und letzte Instanz sein werden, so daß der Rechtszug lediglich an das Ministerium des Innern und dem Verwaltungsgerichtshof offen bleibt.

Nach der gegenwärtigen Lage der Dinge und in Berücksichtigung des infolge der Kriegsverhältnisse verringerten Beamtenkörpers, kann wohl nicht mit einer unmittelbaren auf die Erlassung der Verordnung folgenden Eröffnung der Wirksamkeit aller Kreisbehörden gerechnet werden. Doch ist es immerhin sehr wahrscheinlich, daß wenigstens einige Kreishauptmannschaften sofort aufgestellt werden, vielleicht je eine im deutschen und im tschechischen Siedlungsgebiet. Das hätte auch den Vorteil, sozusagen in der Praxis ein Musterbeispiel für die künftige Einrichtung und das Amtieren der Kreisbehörden zu schaffen.

Deutsch-Oesterreich und die Adria.

Drahtmeldung.

Wien, 11. Mai.

Die Blätter melden aus Graz: In Booben fand ein deutscher Volkstag statt, der eine Resolution annahm, der gegen die Gründung eines südslawischen Reiches Stellung nimmt, und einen freien Weg der Deutschen zum Meere fordert, der sowohl im größten volkswirtschaftlichen Interesse der Gesamtmonarchie, wie des verbündeten Deutschen Reiches liege. Die Eröffnung der deutschen Schiffschule in Triest sei notwendig, damit die Hafenstadt Triest nicht zum Mittelpunkt einer den deutschen Handel lähmenden slawischen Handelspolitik werde. Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche müsse den Grundpfeiler der auswärtigen Politik bilden und müsse daher politisch und wirtschaftlich weiter ausgebildet werden.

Den Blättern zufolge nahm der in Sterzing abgehaltene deutsche Volkstag für Tirol einhellig eine Entschliefung an, worin ein vernünftiger Frieden, welcher den großen Waffenerfolgen der Mittelmächte entspricht und in dem gegenüber Italien Grenzberichtigungen und Kriegsschädigungen gefordert werden. Weiter fordern sie die Ausgestaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche zu wirtschaftlicher und militärischer Gemeinschaft, die Einführung des deutschen Staatsrechts und deutscher Staatseinrichtungen in Oesterreich, die Zurückweisung der nord- und südslawischen Sonderstaterei, die Einheit und Unteilbarkeit Tirols von Kuffstein bis zur Berner Klaus. Schärfste Ablehnung jeder Autonomie der südlichen Landesteile des sogenannten Welschtirols. Die Bekämpfung der tirolischen Irredenta, keine Amnestie oder Wiedereinsetzung welscher Hochverräter, die Besetzung des Bischoflichen Stuhles Trient mit Deutschen und eine bessere Verwaltung Tirols, besonders im Ernährungswesen.

Eine neue Partei im Herrenhause.

Unter dem Namen Reichspartei haben sich die in den letzten Wochen aus der Gruppe der Rechten ausgetretenen Mitglieder zu einer neuen Gruppe vereinigt, die den früheren Obmannstellvertreter der Rechten Geheimen Rat Graf Franz Walterskirchen zu ihrem vorläufigen Vertreter nach außen bestellt hat. Derselbe dürfte auch bei der demnächst stattfindenden Konstituierung der Gruppe endgiltig zum Obmann gewählt werden. Die Gruppe besteht aus 13 Mitgliedern, die bis vor kurzem der Rechten angehörten, und aus drei Parteilosern. Von weiteren Herrenhausmitgliedern, deren Beitritt zur neuen Reichspartei zu erwarten steht, werden unter anderen genannt: Kardinal Fürsterzbischof Bissl, Hofrat Wadernell, Bischof Dr. Groß, Prälat Czernh. Im ganzen soll die Gruppe eine Stärke von etwa 25 Mitgliedern erreichen. Ihre politische Richtung wird zwischen der Mittelpartei und der Rechten des Herrenhauses liegen, katholisch und im besten Sinne des Wortes konservativ sein. Auch die beiden Ukrainer, Erzbischof Graf Szeptycky und Hofrat Barwinskyj, gehören ihr an. Die übrigen Mitglieder sind Deutsche. Das Programm der neuen Gruppe wird in den nächsten Tagen verlaublich werden.

16/7. 1918

16
102**Larnowski als Nachfolger Burians in Aussicht
genommen?**

Als Burian bei seiner Ernennung zum Minister des Auswärtigen das gemeinsame Finanzministerium erhielt, vermutete man sogleich, daß es sich bei ihm nur um ein Provisorium handele. Die Deutung wird durch mancherlei Anzeichen gestützt. In Wiener politischen Kreisen wird in letzter Zeit mehrfach als Nachfolger Burians der Graf Adam Larnowski genannt, der ehemalige Gesandte in Sofia, später zum Botschafter in Washington bestimmt, ein glühender polnischer Nationalist, von Wien vor längerer Zeit aus zum Präsidenten des Warschauer Regenschaftsrates ausersehen. Sollten in der Tat solche Absichten in Wien bestehen, wie sie jene Wiener Gerüchte behaupten, so würden sie wohl kaum in Berlin als Ausbau und Befestigung der eben jetzt getroffenen Vereinbarungen betrachtet werden können. Immerhin ist es für die innere Unsicherheit der politischen Stimmungen in Wien kennzeichnend, daß gerade jetzt solche Gerüchte entstehen können.

17. 10. 1918

Parlamentarisches.

Landeshauptmann Hausler beim Ministerpräsidenten.

Der Landeshauptmann von Oberösterreich, Geheimer Rat Hausler, ist heute in Wien eingetroffen und hatte vormittags mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler eine längere Unterredung in oberösterreichischen Landesangelegenheiten. Auch die politische Lage wurde besprochen.

Zu einer von sämtlichen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten der Christlichsozialen Partei von Oberösterreich besuchten Vertrauensmännerversammlung in Linz führte Abgeordneter Hausler aus: In der Christlichsozialen Partei gibt es niemand, der nicht durchhalten will. Wir müssen für das Durchhalten Doyer bringen, denn unsere Feinde geben keinen Bardon. Aber die Doyer müssen durch vernünftiges Ent-

gegenkommen erleichtert werden. Die parlamentslose Zeit war für Abgeordnete und Bevölkerung gleich schlimm und für das Volk ist das schlechteste Parlament noch besser als gar keines. Das katholische Volk darf und wird sich durch falsche Ausstreuungen in seiner Kaisertrübe nicht irren lassen, es hat alle Ursache, zu seinem Monarchen zu stehen, der überall das allerbeste Beispiel gibt. Der Rücktritt des Grafen Czernin hat Wirrungen und Irrungen hervorgerufen, das über den Kaiserbrief umlaufende Gerüchte ist jedoch müßig. An dem mütterlichen Warten unserer herzensguten Kaiserin kann sich jede Frau ein Beispiel nehmen. Wenn Oesterreich fortbestehen soll, dann müssen wir eben einen solchen Kaiser und eine solche Kaiserin haben. Was durch die Friedensdebatten im österreichischen Parlament dem Friedensgedanken geschadet worden ist, läßt sich gar nicht sagen. Die Christlichsozialen sind auch nicht für Annexionen, aber daß gewisse Grenzregulierungen vorgenommen werden sollen, ist selbstverständlich. Und warum sollen die, die uns den Krieg gebracht haben, nicht zu einer Entschädigung oder Geldbuße verhalten werden? Die Christlichsozialen waren die ersten, die gegen die Wirtschaf der Zentralen aufgetreten sind. Sie werden auch weiterhin ihre Pflicht tun.

Der Rede folgte die Annahme einer Reihe einstimmig angenommener Entschlüsse, in welchen die Christlichsoziale Partei ihre unwandelbare Treue zum Vaterlande ausdrückt, sie stehe fest und unerschütterlich zur angestammten Dynastie der Habsburger. Das Vaterland müsse als einheitliches, mächtiges und starkes Oesterreich befestigt werden. Die Partei betrachte es als ihre Pflicht, die Schäden des Krieges wieder gut zu machen, sie begrüßt die Erneuerung, Ausgestaltung und Vertiefung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche und verlangt, daß alle deutschen Parteien einmütig für die Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich eintreten. Mit der Absendung eines Guldigungs-telegramms an den Kaiser wurde die Versammlung geschlossen.

Die Errichtung der Kreishauptmannschaften.

Dr. Titta über den Schutz der deutschen Minderheiten.

Aus Prag wird berichtet: Der Obmann des Deutschen Volksrates Dr. Titta äußerte sich über die Rückwirkung der bevorstehenden Kreisverordnung auf die deutschen Minderheiten folgendermaßen: „Die Situation ist sehr ernst und kritisch. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein der deutschen Minoritäten, um die wir seit 40 Jahren kämpfen. Wird mit der Kreiseinteilung gleichzeitig auch die nationale Abgrenzung durchgeführt, was wir hoffen — dann ist mit der Errichtung der Kreisbehörden auch die Entscheidung über das Schicksal der Sprachgrenzbewohner gefallen. Wird die Abgrenzung unter Berücksichtigung unserer Forderungen gemacht, dann können wir sagen, unsere langjährige Schutzarbeit war nicht umsonst, wir haben unseren Besitz erhalten; werden unsere Forderungen aber nicht berücksichtigt, dann war alle unsere Arbeit umsonst und die Tschechen dürften jubeln. Wehe dann aber den Orten, die nun Sprachgrenzorte werden! Was die Tschechen in ihren Krallen haben, das ist für immer verloren, denn in dem dann amtlich als rein tschechisch anerkannten Gebiete wird es keine deutsche Schutzarbeit mehr geben, dafür aber werden die Tschechen mit ihren reichlichen Geldmitteln dann in erster Reihe ins deutsche Gebiet herüberkommen, um hier deutsche Besitzungen zu erwerben, ins deutsche Gebiet, in dem die Abgrenzungsfanatiker jetzt glauben, nach der Abgrenzung in nationaler Beziehung ruhig schlafen und sich mit Wohlust dem Parteihader hingeben zu können. Der in jüngster Zeit ergangene allgemeine und laute Ruf nach der Provinz Deutschböhmen hat nun jetzt große Enttäuschung gebracht, und zwar deshalb, weil die Bevölkerung in der Ueberzeugung mitging, daß die deutschen Minoritäten selbstverständlich in dieser Provinz mitgehalten sein werden. Das war uns auch als selbstverständlich erklärt worden, während die Abgrenzungsfanatiker, wie man nun liest, gar nicht daran dachten. Die Abgrenzung durch Verzicht zu erringen, ist etwas Leichtes. Dazu hätten wir aber weder die Regierung noch die Abgeordneten gebraucht, denn mit solchen Vorschlägen sind die Tschechen selbstverständlich einverstanden. Zu einer Jubelfeier ist also gar kein Anlaß, und jene haben Recht, die in den nächsten Tagen nur mit Sorge der Entwicklung der Dinge entgegensehen. Wir Volksratsvertreter, die wir bei Seidler und Loggenburg waren, haben ihnen unsere Anschauung in der klarsten und entschiedensten Weise zum Ausdruck gebracht, auch den deutschen Abgeordneten gegenüber.“

Kroaten gegen den südslawischen Staat.

Für ein Groß-Kroatien.

Die Führer der Kroaten Bosnien-Herzegowinas Erzbischof Dr. Stadler und Dr. Pilar haben an den Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler ein Telegramm gerichtet, in dem sie seine am 3. d. über die südslawische Frage abgegebene Erklärung betreffend die Möglichkeit der Schaffung eines Südslawenstaates im Rahmen der habsburgischen Monarchie begrüßen und die Hoffnung aussprechen, daß das Staatsgebilde nur ein kroatischer Staat sein könne, der alle kroatischen Länder und auch Bosnien-Herzegowina umfassen würde. Das Organ dieser Partei, die „Hrvatska“, erklärt bei Besprechung dervon den kistenländischen Deutschen herausgegebenen Flugschrift, für die Schaffung eines kroatischen Staates mit Ausschluß der Slowenen: Wer eine solche (von den Deutschen vorgeschlagene) Lösung der kroatischen Frage ablehnt und da noch für ein Südslawien eintritt, ist ein Feind des kroatischen Volkes. Mit Befriedigung registrieren wir diese deutsche Stimme, die die kroatische Frage richtig auffaßt.

17./V. 1918

Die Beschwerden der Deutschen Schlesiens.

In einer am 4. d. M. in Troppau abgehaltenen Versammlung aller deutschen Abgeordneten Schlesiens wurde nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen:

Die versammelten deutschen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Schlesiens, der wiederholten fruchtlosen Beschwerden an die Regierung müde, verlangen:

In Erwägung, daß es zwar Pflicht der Deutschen Oesterreichs ist, in dieser höchsternsten Zeit und in der drangvollen Lage des Staates den Staat zu stützen und daher der jeweiligen Regierung, sofern dieselbe auf dem Standpunkt der Gesamtstaatsidee steht und den Zusammenhalt des Staates zu fördern gewillt ist, ihre Unterstützung zu leisten; in Erwägung, daß jedoch diese Verpflichtung zur Unterstützung der Regierung dort ihre Grenze finden muß, wo die Regierung selbst in auffallender Weise gegen die Interessen des Gesamtstaates handelt und diese sowie die Interessen des allein staatsverhaltenden Deutschthums schwer gefährdet; in Erwägung, daß die derzeitige Regierung überhaupt und besonders in Ostschlesien eine ausgesprochene antiösterreichische Hege ungestraft duldet, die Wünsche illoyaler nationaler Parteien auf Kosten des Deutschthums und der Rücksicht auf den Gesamtstaat und geordneter Verwaltungszustände erfüllt, dagegen die Lebensinteressen der deutschen Bevölkerung vernachlässigt und gefährdet.

Von den deutschen Parteien im Reichsrat, daß sie gegenüber der Regierung die äußersten Forderungen ziehen und gegebenenfalls derselben jede weitere Unterstützung verweigern, falls sie sich nicht entschließt, den ihr wiederholt bekanntgegebenen, nicht nur vom Standpunkt der deutschen Interessen, sondern auch vom Standpunkt des Staatsinteresses sachlich begründeten Forderungen zu entsprechen, insbesondere aber nachstehende Maßnahmen unverweilt durchzuführen:

1. Die Ernennung der Bezirksschulinspektoren in den ostschlesischen Bezirken im Sinne des diesbezüglichen Beschlusses des schlesischen Landes-Schulrates. Diese Maßnahme ist zum Schutze gegen die fortschreitende Zerstückelung und nationale Verflechtung des ostschlesischen Schulwesens unbedingt nötig und verträgt keinen Aufschub.
2. Die Rückgängigmachung der Ernennung großpolnischer, daher Oesterreich feindlicher Männer zu Funktionären in staatlichen Korporationen, zumindestens aber die Erklärung einer bindenden Verpflichtung, daß derartige Ernennungen in Zukunft gänzlich unterbleiben werden.
3. Die kraftvolle Unterdrückung der gegenwärtigen, mit allem Hochdruck betriebenen großpolnischen Agitationen in Ostschlesien, welche bezwecken, die bisher tren österrösterreichischen und schlesisch-germanische Landbevölkerung Ostschlesiens für den Anschluß nicht nur an Galizien, sondern auch an das zu schaffende Polenreich zu gewinnen; daher: Erlassung gemessener Aufträge an die schlesische Landesregierung im Sinne energischer Unterdrückung dieser ausliegend gegen das Staatsinteresse und nebenbei gegen das Deutschthum gerichteten Hege.
4. Angliederung von Biala und dessen überwiegend deutschen Nachbargemeinden an Schlesien. Diese Angliederung bildet ein nur geringfügiges Kom-

pensationsobjekt zugunsten der Deutschen gegenüber den großen polnischen Erfolgen in bezug auf Gewährung einer weitgehenden Autonomie für Galizien und die mit deutschem Gut und Blut erkämpfte Neuschaffung eines polnischen Staates.

5. Die Verweigerung der Verstaatlichung der polnischen Truganstalten, nämlich des polnischen Gymnasiums und der polnischen Lehrerbildungsanstalt in Biala, welche Anstalten keinerlei Kultur- und Bildungsbedürfnis entsprechen und deren Verstaatlichung lediglich zum Zwecke der Polonisierung der deutschen Stadt Biala und deren Umgebung und der Vereitelung der Eingliederung dieser Gemeinden nach Schlesien polnischerseits betrieben wird.

Die versammelten Reichsrats- und Landtagsabgeordneten geben sich der sicheren Erwartung hin, daß alle deutschen Parteien in voller Einmütigkeit diese Forderungen zu ihrer eigenen Sache machen und der vorstehend an sie gerichteten Bitte entsprechen werden.

18. V. 1918

Wien, 17. Mai. (Der deutsche Volkstag in Wien.) Eine große deutsche Kundgebung wird Sonntag den 2. Juni, vormittags, im Wiener Rathaus stattfinden. Den bisherigen Anmeldungen nach ist eine überaus starke Beteiligung zu erwarten. Alle deutschen Gruppen haben ihre Teilnahme zugesagt, ebenso eine große Zahl politischer Organisationen Wiens sowie der Alpen- und Sudetenländer. Die großen deutschen Schutzvereine, die Volksräte von Niederösterreich, Kärnten, Böhmen, Triest und dem Küstenland, Nordmähren und Krain, wichtige wirtschaftliche Verbände, viele Städte und Bezirke werden Vertreter entsenden.

19. 5. 1918

Die Vorgänge in Prag. Czechische Tagung.

Eine charakteristische Kundgebung.

Prag, 17. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Heute fand im czechischen Repräsentantenhaus eine politische Beratung statt, an der außer den czechischen Abgeordneten auch einige Polen, Slowenen, Kroaten, Serben und Italiener teilnahmen. Ueber die Beratung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: Die Repräsentanten der Na-

tionen, welche seit Jahrhunderten unter dem Drucke fremder Oberherrschaft leiden (1), trafen am 17. d. M. zu einer Beratung zusammen und vereinigten sich in dem einmütigen Willen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit ihre Nationen in diesem schrecklichen Kriege ihre Befreiung erreichen und auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes zu einem neuen freien Leben. Die Teilnehmer der Versammlung sind einig in der Ueberzeugung, daß eine bessere Zukunft ihrer Völker nur auf den festen Grundlagen der Weltdemokratie, auf einer wahren und souveränen Volksherrschaft innerhalb der Nationen und durch einen mit autoritativer Gewalt ausgestatteten Zwischenstaatenbund begründet und dauernd gesichert werden kann. Sie lehnen auf das entschiedenste alle staatlichen Verträge ab, die nicht durch den Willen der Nation bestätigt sind. Sie sind überzeugt, daß der Friede, nach welchem sie sich mit allen anderen demokratischen Parteien und Nationen der Welt sehnen, nur dann ein gerechter und dauernder sein kann, wenn er die Welt in der gegenwärtigen unerträglichen Zeit, von der Oberherrschaft einer Nation über die anderen befreit, und es ermöglicht wird, daß die Nationen zum Schutze vor der Ueberchwemmung durch den Imperialismus ihr Zusammenleben auf Grundlage der gleichen Rechte, der freien Einigung von Nation zu Nation regeln. Sie sind entschlossen, ihre ganze Tätigkeit kollektiv in der Ueberzeugung zu leisten, daß in dieser schicksalsschweren Zeit ihrer Nationen eine für die andere einstehen müsse, da der Sieg des einen auch den Sieg der übrigen bedeute und daß alle diese Arbeit nicht nur im Interesse unserer Nation liege, sondern auch im menschlichen Interesse geschehe, das Bestreben der ganzen Zivilisation unterstütze, damit die Menschheit nach den Erfahrungen dieses beispiellosen Krieges aus dem Zustande der internationalen Vergewaltigung und des Mordens in der alten Zeit in die neue Ära der Herrschaft des internationalen Rechtes, der Verbrüderung der gleichberechtigten Nationen, der bürgerlichen Gleichheit und der wirklichen Menschlichkeit dauernd und für immer übergeht.

(Diese Resolution wurde gestern von der Zensurbehörde im „Fremden-Blatt“ unterdrückt, während sie in den übrigen Blättern erscheinen durfte. Die Red.)

Ein Frauenkongreß.

Prag, 18. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Im czechischen Repräsentantenhause tagte gestern ein Kongreß der slawischen Frauen, an dem auch eine mehrgliedrige Abordnung italienischer Frauen teilnahm. Der Kongreß faßte eine Entschlieung, in der ein Frieden ersehnt wird, der allen Völkern Freiheit und Selbstbestimmungsrecht bringen würde und in der erklärt wird, daß die slawischen Frauen gemeinsam mit den slawischen Männern zur Erreichung dieses Zieles arbeiten wollen, das allein das in diesem grauenvollen Kriege vergossenen Blutes wert sei.

Ein slawischer Jugendkongreß.

Prag, 18. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Im Weinberger „Narodni Dum“ fand ein slawischer Jugendkongreß statt. Die Resolution, die von den Jungen beschlossen wurde, erklärt, daß die Ideale von der weltgeschichtlichen Stellung des Slaventums endlich in die Tat umgesetzt werden müssen, und protestiert gegen die Bildung Mitteleuropas.

Kongreß der slawischen Journalisten.

Prag, 18. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Gestern fand in der „Goldenen Gans“ ein Kongreß der czechoslawischen, südslawischen und polnischen Journalisten statt. Die Versammlung wurde mit einem feierlichen Gelöbniß eingeleitet, mit dem sich die Teilnehmer verpflichten, sich in die erste Reihe der Streiter für die Freiheit ihrer Nationen zu stellen. „Wir erheben,“ heißt es in dem Gelöbniß, „unsere Hände und verpflichten uns durch ein feierliches und unwiderrufliches Gelöbniß, alles, was wir haben, und alle unsere Kräfte, Fähigkeiten und Begabungen der Freiheit unserer Nationen zu widmen.“ Der Schluß ist konfiszirt. Zum Schluß wurden zwei Resolutionen einstimmig angenommen, in denen gegen die angeblichen Persekutionen und planmäßige Verfolgung der slawischen Journalisten.

Neußerungen von Festgästen.

Prag, 18. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) „Bentov“ veröffentlicht drei Unterredungen mit Festgästen. Der gewesene polnische Minister Gombinski sagte: Die Polen seien heute wohl noch nicht ein ganzes Volk, sie seien in drei Teile zerrissen, aber die Zukunft des Poleski in Berlin und des polnischen Nationalrates in Posen, die zur Feier eingetroffen seien, hätten klar gezeigt, wie man dort die jetzigen Tage in Prag betrachte. Ein praktisches Ergebnis der Prager Beratungen wird es sein, daß das polnische Volk von nun ab in stetigem und dauerndem Verkehr und in freundschaftlichem Einvernehmen mit dem czechischen Volke auf allen Gebieten und in allen aktuellen Fragen stehen wird.

Der italienische Abgeordnete Conci für Triest erklärte in bezug auf das czecho-slavische, beziehungsweise slawisch-romanische Verhältnis, er habe schon im Frieden die Anschauung vertreten, daß ein gemeinsames Vorgehen aller nichtdeutschen Nationen angestrebt werden müsse.

Der slowenische Abgeordnete Dr. Tavcar freut sich dessen, daß die politischen Sitten der Czechen so gewaltige Fortschritte machten, er zweifle nicht daran, daß die Slawen im Süden wie im Norden alle Schwierigkeiten überwinden werden.

Die Kreishauptmannschaften.**Die Verzögerung der Publizierung.**

• Wien, 18. Mai. Die Verordnung über die Einrichtung der Kreishauptmannschaften in Böhmen wird, wie nunmehr offiziell mitgeteilt worden ist, im Reichsgesetzblatt mit dem Datum vom Pfingstsonntag erscheinen, aber erst am Pfingstdienstag zur Veröffentlichung kommen. Als Ursache der Verzögerung des Erscheinens der Verordnung, die bekanntlich schon für den 14. d. erwartet worden war, werden neben der Notwendigkeit der Vornahme von einigen Änderungen in den Details technische Schwierigkeiten angegeben, die in den Druckerhältnissen liegen sollen.

Eine Rundgebung der Deutschen in Südböhmen.

Aus Gratz in Südböhmen wird vom 16. d. berichtet: Gestern fand hier eine Versammlung statt, in der einstimmig die nachstehende Entschliebung gefaßt wurde: Die heute in Gratz tagende, von mehr als 300 Vertretern des deutschen Südböhmen besuchte Versammlung verwahrt sich aufs entschiedenste dagegen, daß gelegentlich der von der Regierung geplanten Ernennung von Kreishauptleuten das deutsche Südböhmen in einen gemischtsprachigen Kreis einbezogen werde, und fordert mit größtem Nachdruck die Errichtung einer reindeutschen Kreishauptmannschaft für Südböhmen mit dem Sitz in Krummau oder Budweis.

Staatsfeindliche Demonstrationen in Prag.

Scharfe Gegenmaßnahmen.

AB Prag, 18. Mai. Untlich wird verlautbart: Vorfälle staatsfeindlichen, ja hochverräterischen Charakters, die sich während der dreitägigen Feier des 50jährigen Bestandsjubiläums des böhmischen Landes- und Nationaltheaters abspielten, veranlaßten die Behörden zu entsprechenden Gegenmaßnahmen, und zwar:

Seitens der Polizeidirektion wurde eine Kundmachung nachstehenden Inhaltes erlassen:

„Die kulturelle Feier des Jubiläums des königlich böhmischen Landes- und Nationaltheaters artete vielfach in politische Demonstrationen aus und zeitigte schließlich eine Reihe hochverräterischer Vorfälle, die schärfste Gegenmaßnahmen erforderlich machen.

Jede weitere Duldung ist deshalb und auch mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit, dem derartige Veranstaltungen nicht entsprechen, ausgeschlossen, und werden Ansammlungen und Aufzüge von nun an ohne weiteres rücksichtslos, und wenn nötig, mit Gewalt zerstreut werden.

Das hieramtliche Verbot des Tragens von Abzeichen und Kokarden in den Farben mehrerer feindlicher Staaten (weiß-blau-rot) wird in Erinnerung gebracht, und haben Ueberschreiter des Verbotes die Bestrafung nach § 11 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, NGBL Nr. 96, zu gewärtigen.“

Die jugendlichen südslawischen Gäste werden zum Verlassen Praags veranlaßt.

Die Antendanz des königlich böhmischen Landes- und Nationaltheaters wurde auf gewisse bedauerliche Vorfälle aufmerksam gemacht und um die Veranlassung ihrer Abstellung bei eventueller sonstiger Schließung des Theaters ersucht.

Einstellung der Narodni Listy.

Der Redaktion der periodischen Druckschrift Narodni Listy wurde seitens der Polizeidirektion folgender Bescheid zugestellt:

„An die geehrte Redaktion der periodischen Druckschrift Narodni Listy, zu Händen des Herrn Chefredakteurs Franz Sis in königliche Weinberae.

In der Schreibweise der von Ihnen redigierten periodischen Druckschrift Narodni Listy tritt trotz der mit dem hieramtlichen Bescheid vom 14. Februar 1918 ausgesprochenen strengen Verwarnung immer unverhohlener das Bestreben zutage, planmäßig Stimmung und Sympathie für die Ententestaaten zu erwecken und auf diese Weise die Interessen unserer Feinde zu fördern.

Da alle bisher gegen diese offensichtliche staatsfeindliche Schreibweise ergriffenen Maßnahmen der Pressbehörden fruchtlos waren, vermitte ich — entsprechend der in dem oben bezogenen Bescheid enthaltenen Androhung — die Einstellung des Erscheinens der Druckschrift Narodni Listy vom 19. Mai l. Z. anfangen.

Der k. k. Hofrat und Leiter der Polizeidirektion: Dr. Anna.“

Straßenkundgebungen.

3 Prag, 18. Mai. (Priv. Tel.) Gestern fand in der „Goldenen Gans“ ein Koncert der tschecho-slawischen, südslawischen und polnischen Journalisten statt. Die Verhandlungen wurden mit einem feierlichen Gelöbniß eingeleitet, dessen Wiedergabe die Kensur zum größten Teil unterlagte.

Die Straßenkundgebungen in der Nacht auf heute fanden erst gestern um 2 Uhr mitternachts ihr Ende. Vor der „Goldenen Gans“, dem hauptsächlichsten Quartier der fremden Gäste, fand noch nach 12 Uhr mitternachts ein Meeting statt, bei dem Glombinski, die Abgeordneten Babisitsch und Stanek, der Dichter Machar und die Abgeordneten Kofatsch und Zahradnik sprachen.

Die Narodni Listy, die heute eingestellt wurden, wiesen während der letzten Tage bereits große weiße Flecke auf. Der überschwengliche Ton, der während der Nationalfeierstage im Blatte angeschlagen wurde, ging weit über den Rahmen der üblichen Politik hinaus.

Die Nachricht von der Einstellung des Blattes hat sich rasch in den Abendstunden in der Stadt verbreitet. Die Aufregung ist groß und hat sich noch nicht gelegt. Tausende Menschen füllen die Straßen und Plätze, und alle sind mit der allslawischen und tschechischen Trifolore geschmückt. Ueberall finden Manifestationen statt.

Die Einstellung der Narodni Listy wurde durch Extraausgaben bekannt. Es formierte sich beim Nationaltheater ein Demonstrationszug und zog gegen den Wenzelsplatz. Aber bereits während des Entstehens des Zuges griff die Polizei ein und ging gegen die Demonstranten energisch vor. Auf dem Wenzelsplatz wurden mehrere Arrestierungen vorgenommen.

Die Straßen im Zentrum der Stadt boten um Mitternacht noch ein ungewöhnlich aufgeregtes Bild. Auf dem Wenzelsplatz ist es schwarz von Menschen. Die Mitte des großen Platzes wird von Militärpolizei und Wache freigehalten. Ab und zu säubern die berittenen Polizisten die Straßen von Ansammlungen, die sich rasch vergrößern. Ein paar Leute werden verhaftet, die sich den Anordnungen nicht fügen wollen. Bei dem Hotel Goldene Gans wurde ein Skordon von Militär und Wachleuten gezogen.

Hunderte von tschechischen Mädchen im Nationalkostüm und in slawischer Bauernkleidung bewegen sich unter der Menge.

Die Narodni Listy haben übrigens einen Ausweg gefunden, sie erscheinen als Narodni Roviny, ein 1/2 Blatt, das im Verlag der Narodni Listy gedruckt wird.

21/IV. 1918

21
M6**Die tschechischen Verräter.**

Drahtbericht unj. Korrespondenten.

z. Basel, 20. Mai. Die Italia gibt weitere Aufschlüsse über die an die Front entsandten, hauptsächlich aus Tschechen bestehenden freiwilligen Legionen. Der Verwendung auf dem Kriegsschauplatz sei eine gründliche militärische Ausbildung vorangegangen, die bezwecke, das Temperament der Tschechen mit den Traditionen des italienischen Heeres in Einklang zu bringen. Nach der Italia wird die Gruppe nicht auf einem besondern Sektor verwendet, sondern auf die ganze Front verteilt. Ihre Hauptaufgabe bestehe darin, durch Fühlungnahme mit den auf österreichischer Seite kämpfenden Landsleuten Verwirrung in die Reihen des Gegners zu tragen. Der Kontakt werde durch Singen der nationalen Lieder, durch Zurufe in tschechischer Sprache und durch gemeinsame Patrouillengänge nach den feindlichen Gräben zu erzielen versucht. Unter den tschechischen Freiwilligen seien alle Berufsstände vertreten, in besonders großer Zahl Studenten. Den Kern der Legion bilden die Mitglieder der Sokolvereine, denen vermutlich die Auslese der Legionäre übertragen gewesen sei. Sie reden und handeln, schreibt die Italia, wie man 1848 und 1866 in Italien handelte und sprach.

Die Pfingstverordnung über die Kreise in
Böhmen.

Veröffentlicht im Reichsgesetzblatt vom 19. Mai.

Wien, 21. Mai.

Deutsche Kreise: Eger, Leitmeritz, Reichenberg, Trautenau und deutsche Abteilung Budweis.
Czechische Kreise: Gáslau, Ticin, Königgrätz, Pilsen, Pisek, Prag Umgebung, Tabor und czechische Abteilung Budweis.

Neue Bezirkshauptmannschaften: Karolinentaler Landbezirk, Smichower Landbezirk, Beraun, Neuern, Bergreichenstein, Wodnan, Frauenberg, Weseli, Neu-Bistritz, Grulich, Böhmischeskalitz, Arnau, Niemes, Horitz.

Die deutschböhmisches Fortschrittspartei und die Kreisregierungen.

Gründung des Deutschen Volksvereines für Böhmen und Sitzung der Landesparteileitung.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Prag, 21. Mai.

Im Deutschen Hause fand Samstag die Konstituierung des von der deutschen Fortschrittspartei ins Leben gerufenen Deutschen Volksvereines für Böhmen statt.

Der Vorsitzende Landesschulrat Dr. Krieg begrüßte die Versammlung und erörterte kurz die Ziele des neuen Vereines, der alle deutschfortschrittlichen Volksgenossen zusammenfassen und die Ideale der Partei ins Volk tragen soll. Generalsekretär Melzer wies darauf hin, daß der Volksverein, dessen Gründung für Deutsche aller Parteien geplant war, sich nun auf die Anhänger der Fortschrittspartei beschränken wird. Hierauf gelangten die Satzungen zur Verlesung, die einstimmig gebilligt wurden. Zum Obmann wurde Bürgermeister Franz Puhl (Bürgstein) gewählt. An der Debatte beteiligten sich die Herren Professor Dr. Kasta, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weinhuber, Macho und Lehrer Hans Neumann, Auffig.

Sonntag fand im Deutschen Hause eine Landesparteileitungssitzung der deutschen Fortschrittspartei statt.

Der Vorsitzende Landesschulrat Dr. Krieg führte aus, die Errichtung der Kreishauptmannschaften zeige wohl den Anschein guten Willens, dürfe aber keine zu großen Hoffnungen wecken, denn es bestehe die Gefahr, daß noch im letzten Augenblick, zwischen Pipp' und Rechesrand, eine rauhe Hand eingreife. Das Schmerzlichsie sei, daß eine so blühende Minderheit wie die Pilsner Minorität durch den Willen deutscher Abgeordneter aufgeopfert werden solle.

Professor Dr. Kasta, mit Beifall begrüßt, behandelte zunächst die äußere Politik, insbesondere den Rücktritt des Grafen Czernin und die Vereinbarungen im Deutschen Hauptquartier. Das Bündnis mit Deutschland sei nun gestärkt und vertieft und auch auf das wirtschaftliche Gebiet erweitert worden. Das sei aber auch von Weltbedeutung für die Stellung der Deutschen in Oesterreich und gewähre einen günstigen, hoffnungsvollen Ausblick für unser künftiges Verhältnis. Redner kennzeichnete nun das Verhältnis der Partei als der einzigen oppositionellen deutschen Partei zur Regierung Seidlers und kam auf die im Reichsgesetzblatte publizierte Verordnung, betreffend die Errichtung von Kreishauptmannschaften in Böhmen, zu sprechen. Inhaltlich biete diese Verordnung den Deutschen nicht viel. Ihr Wert liege in der präjudizierenden Wirkung als erster Schritt zur Lösung der deutschböhmisches Frage und in dem Umstande, daß sie als Symptom für den guten Willen der Regierung, diese Frage zu lösen, betrachtet werden kann. Die Partei werde mit aller Kraft auf die Erfüllung der weiteren Forderungen zur gänzlichen Regelung der deutschböhmisches Frage, auch auf autonomem Gebiete, dringen. Schließlich gab Professor Kasta der Entrüstung darüber Ausdruck, daß die erdgefessene, geistig und materiell hochstehende Minderheit Pilsens von der Mehrheit der deutschböhmisches Abgeordneten aufgeopfert wurde gegen die Absicht der Regierung und gegen den Einspruch anderer deutscher Abgeordneter, deutscher Herrenhausmitglieder und sonstiger berufener Faktoren. Gegen diesen Verrat an Pilsen, werde die Partei ankämpfen, bis er getilgt wird. (Lebhafte Beifall.)

Chefredakteur v. Mehoffer aus Pilsen beleuchtete die wirtschaftlichen und nationalen Folgen des Verrates an der Pilsner Minderheit nicht nur für die Deutschen der Stadt selbst, sondern für ganz Westböhmen. Die Preisgabe so großer materieller und geistiger Werte ohne jede Nötigung, die Opferung von mehr als 12.000 kampferprobten Seelen müsse in allen deutschen Landen tiefe Erbitterung hervorrufen. (Stürmischer Beifall und Zurufe.)

Professor Zelinka wies als Obmann des Kriegsfürsorgeamtes Pilsen und namens der dortigen deutschen Schulen auf die patriotische Haltung der Deutschen Pilsens hin

und gedachte anerkennend des Wohlwollens der Regierung gegenüber dem Uebelwollen der meisten deutschböhmisches Abgeordneten in der Frage der deutschen Minderheit.

Bürgermeister Puhl und Professor Dr. Kasta versicherten unter lebhafter Akklamation die Deutschen Pilsens der bleibenden Hilfeleistung und Unterstützung der deutschen Fortschrittspartei.

Es wurde hierauf eine Entschliezung einstimmig angenommen, in der es heißt: Die Pfingstversammlung der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen würdigt, daß die heute verlaublichen Verordnungen über die Kreisregierungen durch die in ihr enthaltene nationale Abgrenzung ein geschlossenes deutsches Siedlungs- und Verwaltungsgebiet grundlänglich anerkennen. Sie stellt jedoch fest, daß diese grundsätzliche Anerkennung nur dann von Wert sein kann, wenn nunmehr unverzüglich aus ihr die notwendigen Folgerungen gezogen werden. Der Beamtenstatus in Böhmen muß national gesondert und es muß gesetzlich festgelegt werden, daß im deutschen Gebiete nur Beamte deutscher Volkszugehörigkeit wirken dürfen, die Sprachenfrage muß im Sinne der deutschen Forderungen gelöst werden. Der Kreiseinteilung in der staatlichen Verwaltung muß folgerichtig die Kreiseinteilung in der autonomen Verwaltung sich anschließen und es darf nicht länger mehr mit der Regelung der organischen Zusammensetzung der staatlichen und autonomen Verwaltung gezögert werden. Die Landesstellen müssen national geteilt, ein eigener deutscher Landtag geschaffen, das Verhältnis der Landesregierung zur Reichsregierung im Sinne des Uebergewichtes der letzteren geregelt, die deutsche Staatsprache eingeführt werden. Die deutsche Fortschrittspartei verlangt die restlose Erfüllung aller dieser Forderungen und wird nicht dulden, daß künftighin vor Erreichung dieses Zieles von irgendeiner Seite, insbesondere von seiten der deutschböhmisches Volkvertreter Pässigkeit und Nachgiebigkeit an den Tag gelegt wird. Die Zeit bedingungsloser Regierungserfolgshaft muß endgültig ihr Ende erreicht haben. Gegen die Einbeziehung der großen und bodenständigen deutschen Minderheit in Pilsen in einen czechischen Kreis legt die Versammlung Verwahrung ein und verurteilt aufs schärfste das Vorgehen gewisser deutscher Abgeordneter, die diesen unerträglichen nationalen Verlust gegen die Bemühungen anderer deutscher Volkvertreter unserer Partei, deutschböhmisches Herrenhausmitglieder und gegen die Anschauung der Regierung selbst erzwungen haben. Die deutsche Fortschrittspartei wird alle Kräfte anspannen, um die nationale Entrechtung der Pilsner Deutschen zu verhindern."

Austro-Amerikanisches.

Wir erhalten folgende Berichtigung:

An Herrn Max S a c z e k, verantwortlicher Schriftleiter i. B. der periodischen Druckschrift „Der Abend“ in Wien, 9. Bezirk, Canisiusgasse 10.

In der Nummer 98 Ihrer periodischen Druckschrift „Der Abend“ de dato Wien, Montag, den 14. Mai 1917, unter der Rubrik „Tagesbericht. Austro-Amerikanisches“ führen Sie aus: „Die Frage geht nun dahin, ob ein Mann würdig des Vertrauens ist, das eine Stellung zur Voraussetzung hat, wenn er, wie dies nach allgemeiner und von ihm nicht widersprochener Annahme bei dem Leiter der „Austro-Americana“ der Fall gewesen sein soll, die Kenntnis großer Geschäfte dazu benützt, um durch Börsengeschäfte von ganz ungewöhnlichem Umfange Millionen zu gewinnen.“ Auf Grund des § 19 des Pressegesetzes fordere ich Sie namens des Vorstandes der Vereinigten Oesterreichischen Schiffsahrts-Aktiengesellschaft vormals Austro-Americana & Fratelli Cosulich auf, entweder in der zunächst erscheinenden oder zweitfolgenden Nummer Ihres Blattes, und zwar sowohl bezüglich Ort der Einreichung als auch bezüglich der Schrift ganz in derselben Weise, in welcher die zu berichtende Stelle des Artikels zum Abdruck gebracht war, die nachfolgende Berichtigung aufzunehmen und abzdrukken:

„Es ist unwahr, daß der Leiter der Austro-Americana „die Kenntnis großer Geschäfte dazu benützt, um durch Börsengeschäfte von ganz ungewöhnlichem Umfange (berdruckt) Millionen zu gewinnen“. Wahr ist vielmehr, daß die Austro-Americana keinen speziellen Leiter hat, sondern von einem fünfgliedrigen Vorstande geleitet wird, und daß weder eines der der Familie Cosulich angehörigen Vorstandsmitglieder noch irgend ein anderes Vorstandsmitglied die Kenntnis großer Geschäfte dazu benützt, um durch irgendwelche Börsengeschäfte von irgendwelchem, daher auch nicht von ganz ungewöhnlichem Umfange, irgendwelche Beträge, geschweige denn Millionen zu gewinnen.

Es ist ferner unwahr, daß einer solchen Annahme von den Leitern nicht widersprochen wurde, wahr ist vielmehr, daß derselben widersprochen wurde.

Wahr ist endlich, daß das Syndikat, welches im Jahre 1914 die Majorität der Aktien der Austro-Americana übernommen hat und an dem auch die Firma Fratelli Cosulich beteiligt ist, mit Genehmigung der Regierung einen Teil ihres Aktienbesitzes veräußert hat.“
Hochachtungsvoll (Unterschrift unleserlich).

Ein rückständiges Pressegesetz verpflichtet, jede sogenannte Berichtigung zu bringen, auch wenn sie noch so offenkundig frei mit der Wahrheit umspringt. Die vorstehende, zu deren Abfassung man verhältnismäßig lang gebraucht hat, ist ein Schulbeispiel dieser Art. Es ist überflüssig, denkende Leser auf das Spiel mit Worten, das hier getrieben wird, aufmerksam zu machen. Nur eines sei festgestellt: Es wird bestritten, daß die „Austro-Americana“ einen Leiter habe. Ganz abgesehen davon, daß es stadtbekannt ist, daß Herr Alberto Cosulich die Geschäfte leitet, verzeichnet der „Compass“ an der Spitze des Vorstandes den Namen Alberto Cosulich. Also nicht Leiter, sondern Vorstand. Deshalb eine so offenkundige Tatsache geleugnet wird, ist unerfindlich. Zum Glück brauchen wir uns darüber nicht den Kopf zerbrechen, denn wie wir hören, beschäftigen sich schon ganz andere als wir mit den Börsengeschäften, die hier abgeleugnet werden.

Einzelheiten vom Prager Tschechenfest.

Ueber die große panslawistische Demonstration in Prag, über die wir gestern früh berichteten, werden uns von unserem Wiener Vertreter noch folgende Einzelheiten berichtet:

Obwohl das Prager tschechische Nationaltheater bei seiner Gründung als utraquistisches böhmisches Nationaltheater gedacht und zum wesentlichen Teile auch mit deutschem Gelde erbaut war, haben die Tschechen im Laufe der Zeit verstanden, es gänzlich an sich zu reißen und in ein tschechisches Nationaltheater umzuwandeln. Die Art und Weise nun, wie die Tschechen das Kulturfest ihres Theaterjubiläums jetzt gefeiert haben, wirkt ein bezeichnendes Schlaglicht auf ihren Neoslawismus, dessen Vater bekanntlich Herr Karol Kramarsch gewesen ist. Alle offenen und geheimen Feinde des österreichischen Staates und selbstverständlich auch des Deutschen Reiches und der Deutschen überhaupt waren zu dieser allslawischen Verbüderung geladen, die Slowenen, die Kroaten, die Slowaken, die Polen, sogar die Serben (1) und auch der österreichische Italiener Conci war an der Spitze von 17 Vandsmännern erschienen. Sogar die Russen hatte man einladen wollen. Das war aber der österreichischen Regierung doch etwas zu stark, und sie legte ihr Verbot ein. Daß der Neoslawismus seine begehrlichen Blicke auch bereits über die Grenzen des Deutschen Reiches hinüberrichtet, dafür spricht, daß man auch die Sorben aus der preussischen Lausitz und aus Sachsen eingeladen hat, selbstverständlich auch die preussischen Polen, von denen jedoch ein polnischer Festredner mit Bedauern feststellen mußte, daß sie nicht erschienen seien. Doch „ihr Geist weilt hier“, fügte er mit Emphase hinzu. Einzig und allein von allen Slawen hat man die Bulgaren nicht eingeladen, und zwar auf ausdrückliches Betreiben des Herrn Kramarsch. Kann man sich einen überzeugenderen Beweis wünschen, daß die Tschechen als „slawische Brüder“ nur solche Elemente anerkennen, die sich nicht im Lager der Freunde und Bundesgenossen der Mittelmächte befinden?

Ueber der ganzen Feier schwebte der Geist des Herrn Kramarsch, aber er selbst auch rein körperlich in höchst-eigener Person. Wie ein Triumphator wurde er von tschechischen Jünglingen in Nationaltracht in das Phantleon des Museums getragen, wo er die Festrede hielt, in der er das Schlagwort unter die Menge warf, die tschechische Nation sei von dem Glauben erfüllt, daß keine Kraft der Welt sie aufhalten könne. In einer nächtlichen Feier auf dem Wenzelsplatz erklärte der Südslawe Radic, in Prag sei der slawische Dreibund gegründet worden. Der Pole Tejmajr erklärte, daß die vereinigten Tschechen und Polen eine Macht bilden, die nicht überwunden werden könne. Ein Redakteur des inzwischen verbotenen Kramarsch-Blattes „Narodni Listy“ feierte das vereinigte Großpolen, den einheitlichen südslawischen Staat und das Tschechenreich vom Böhmerwalde bis zur Tatra. Schließlich faßten Tschechen, Polen, Slowenen, Kroaten, Serben und Italiener eine gemeinsame Entschliebung, alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, damit ihre Nationen nach dem Kriege ihre Befreiung erreichten und auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes zu einem neuen freien Leben auferstünden, wobei (als Hieb gegen Oesterreich) alle staatlichen Verträge auf das entschiedenste abgelehnt wurden, die nicht durch den souveränen Willen der Nationen bestätigt seien.

Die Prager Vorgänge.

Intervention der czechischen Abgeordneten.

Die „Czechische Korrespondenz“ meldet: Im Sinne des Beschlusses der Prager Beratungen intervenierten gestern abends der Obmann des Czechischen Verbandes Abgeordneter Stanek und Abg. Tomasek beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler in Angelegenheit der letzten Prager Ereignisse und brachten einen energischen Protest gegen die Maßnahmen der Prager Polizei vor, welche beim Abschluß der Prager würdigen Manifestationen der „unterdrückten Völker dieses Reiches“ störend eingegriffen hatte. Das „brutale“ Vorgehen der Prager Polizei gegen die Manifestanten,

beleuchteten die beiden Abgeordneten durch den Hinweis auf die scharfe Rüge gegen das czechische Nationaltheater, welche unmöglich begründet werden könne, weiters auch durch den Hinweis auf das Verbot der Festlichkeiten der czechischen Schauspieler, obwohl es sich hier um Festlichkeiten zu humanitären Zwecken gehandelt habe. Aus diesem gedankenlosen und unüberlegten Vorgehen der Prager Polizei sei klar ersichtlich, daß nur der anti-czechische und antislawische Haß ihre einzige Richtschnur bildet, was auch besonders durch die Einstellung der „Narodni Listy“, wodurch vier czechische politische Parteien ihres Tageblattes beraubt wurden, ersichtlich sei, weiters durch das brutale Vorgehen in Angelegenheit der slawischen Binde auf dem Wenzelsplatz, welches Vorgehen andauert. Beide Abgeordnete wiesen darauf, daß die Prager Zensur für eine weise Dekoration der czechischen Blätter anlässlich der Prager Manifestationen gesorgt habe. Sie protestierten auch gegen die angeblich vollständig unbegründete Ausweisung der Südslawen, durch welche Maßnahmen die größte Erbitterung hervorgerufen worden sei.

Der Ministerpräsident Dr. v. Seidler nahm die Beschwerden mit dem Bemerkten zur Kenntnis, er werde sich vorerst die diesbezüglichen Berichte verschaffen, auf Grund deren er die vorgebrachte Beschwerde beantworten könne.

Das czechische Communiqué schließt mit den Worten, die czechische Oeffentlichkeit sei sich im klaren über diese Antwort des Ministerpräsidenten und darüber, wie sie ausfallen kann, wenn die Prager Theaterfestlichkeiten nur durch das neidvolle Auge der österreichischen Staatsverwaltung betrachtet werden.

Die amtliche Verlautbarung.

Wien, am 22. Mai 1918.

Die Abgeordneten Stanek und Tomasek erschienen gestern beim Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler, um namens des Český Svaz über die während der Prager Feierlichkeiten getroffenen Polizeimaßnahmen sowie insbesondere über die Einstellung der „Narodni Listy“ Beschwerde zu führen, wobei sie auch auf einzelne Vorkommnisse hinwiesen, die sie als einer Aufklärung bedürftig bezeichneten. Der Ministerpräsident erklärte, er werde sich hinsichtlich der letzteren Punkte informieren,

betonte jedoch, daß eine Zurücknahme der ergriffenen Maßnahmen ausgeschlossen sei.

Bezüglich der gleichzeitig vorgebrachten Wünsche hinsichtlich der Apportionierung Prags teilte der Ministerpräsident mit, daß nach Maßgabe der Möglichkeit bereits entsprechende Vorsorge getroffen worden sei.

Die austro-polnische Lösung.

⊠ Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

⊠ Wien, 23. Mai.

Die Polnische Presseagentur meldet: „In der letzten Zeit ist sowohl in der reichsdeutschen als auch in der polnischen Presse die Nachricht verbreitet worden, daß man die austro-polnische Lösung bei der jüngsten Monarchenzusammenkunft im deutschen Hauptquartier habe fallen lassen. Von unterrichteter Seite wird erklärt, daß dies überhaupt nicht der Fall sei und von österreichisch-ungarischer Seite kein Grund vorhanden sei, auf die austro-polnische Lösung zu verzichten. Die Verhandlungen über die Zukunft Polens werden demnächst wieder aufgenommen, und zwar anlässlich der bevorstehenden Einzelverhandlungen über Vertiefung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses. Als Richtschnur dürfte dabei der Grundsatz dienen, eine beide Seiten befriedigende und den polnischen Wünschen Rechnung tragende Lösung zu finden. Daß hierbei die maßgebenden Faktoren der polnischen Nation Gelegenheit haben werden, die Wünsche des polnischen Volkes entsprechend zu vertreten, unterliegt keinem Zweifel.“

(Wir möchten demgegenüber erneut betonen, daß die austro-polnische Lösung nicht in Betracht kommen kann.)

Die „Gazette de Lausanne“ vom 7. Mai 1918 brachte an leitender Stelle einen Artikel Les „Polonais contre l'Autriche“, der eine Unterredung mit Herrn Marian Seyda von der Lausanner polnischen Presseagentur enthält. Das Polnische Staatsdepartement richtete darauf an das Polnische Pressebüro in Bern folgende Drohung: „Ermächtigen Sie, unter Berufung auf uns, aufs schärfste Stellung zu nehmen gegen die Ausführungen Seydas in der „Gazette de Lausanne“ vom 7. Mai. Die Einmischung unberufener Emigrationselemente die Bestimmung der Politik des polnischen Staates ist mit der Entscheidung zurückzuweisen. Seydas Ansichten stehen heute in Polen vollkommen vereinzelt da.“

Bemerkt sei, daß Herr Seyda nicht der deutsche Abgesandte ist, sondern ein seit langem im Dienste der Entente stehender Emigrant. Der erwähnte Artikel forderte die Entente zur Herstückelung Oesterreich-Ungarns auf. Das Warschauer Demont kann freilich nicht darüber täuschen, daß eine auf die Freundschaft Polens bauende Politik weder jetzt noch in der Zukunft festen Grund hat.

Ein politischer Prozeß.

Der Aufruf an die Deutschen Oesterreichs.

67 Unterzeichner des zu Beginn des vierten Kriegsjahres von einer großen Anzahl deutscher Oesterreicher, darunter Wiener Gemeinderäten, Reichsrats-Abgeordneten, Herrenhausmitgliedern und Wiener Hochschulprofessoren, erlassenen Aufrufes „An die Deutschen Oesterreichs“ traten gestern vor dem Landesgerichtsrat Dr. Deder als Kläger gegen den verantwortlichen Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Friedrich Austerlitz wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Objsorge auf.

Ursprünglich war beim Landesgerichte in Strassachen die Ehrenbeleidigungs-klage gegen unbekannte Täter und gegen den verantwortlichen Redakteur eingebracht worden; da jedoch der Verfasser nicht zu ermitteln ist, wurde die Strassache gegen Austerlitz allein dem Bezirksgerichte Josefstadt zur Verfolgung wegen Uebertretung zugewiesen.

In dem Aufrufe wurden die Deutschen Oesterreichs aufgefordert, im Hinterlande trotz schwerer Entbehrungen auszuhalten und den Siegerwillen der Selben an der Front zu stärken, bis unsere Feinde sich zu einem Frieden bequemen, der zugleich mit unserem staatlichen Bestande auch die Weltgeltung des deutschen Volkes für alle Zukunft sicherstellt. Ausdrücklich wurde betont, daß auch die Unterzeichner des Aufrufes den Krieg nicht nur wegen bloßer Landeroberungen willen verlängert sehen wollen.

Am 11. März erschien in der „Arbeiter-Zeitung“ eine Notiz: „Darben des Volk, denk' daran!“, worin sie eine Reihe der Unterzeichner des Aufrufes namentlich — wie die Klage ausführt — in der gröblichsten Weise beleidigte, als eine Bande charakterloser und leichtfertiger Personen bezeichnet, die zur Fortsetzung des Krieges aufgefordert habe, als Schwindler und Betrüger, die dem Volke, um es für die Verlängerung des Krieges empfänglich zu machen, versichert hätten, alle Not sei zu Ende. Die Klage behauptet, daß die „Arbeiter-Zeitung“ den Aufruf in seinem Endzweck fälschte, der durchaus nicht die Fortsetzung des Krieges um Eroberungen willen, sondern das Durchhalten zur Er kämpfung des Friedens predigt.

Unter den Klägern, die durch Dr. Robert Gruber und Dr. Karl Riehl vertreten waren, befinden sich die Reichsrats-Abgeordneten Graf Barbo, August Denk, Dobernig, Goll, Keine, Ferolt, Mag. Hummer, Reichmann, Rittinger, Dr. Michl, Dr. v. Mühlwerth, Neunteufel, v. Oberleithner, Gustav Richter, Alois Rieger, Dr. Schreiner, Dr. Schürff, Erdmann Spies, Oskar Teufl, Dr. Wober, Webra, Doktor Wichtl, Karl Hermann Wolf, die Herrenhausmitglieder Abt Helmer, Prof. Karl Hohenegg, Heinrich Janotta, Graf Longueval-Buquoy, Graf Anton Pace, Professor Dr. Anton Weichselbaum, die Professoren Dr. Berwerth, Dr. L. Bibl, Dr. Bodenstein, Prof. Ciesler, Doktor Geher, Kirsch, Köstler, Graf zu Leiningen, Dr. Miälik, Hofrat Emil Müller, Dr. Reuter, Dr. Saliger, Rektor Seitner, Dr. v. Voltolini, Dr. Wegscheider, Dr. Wille, mehrere Wiener Landtags-Abgeordnete und Gemeinderäte.

Für Verhandlung war der Angeklagte Redakteur Friedrich Austerlitz erschienen; für die Privatankläger waren nur ihre Vertreter Dr. Robert Gruber und Dr. Walter Riehl gekommen.

**Verschiebung des Deutschen Volkstages
in Wien.**

Da die Vorbereitungen noch längere Zeit in Anspruch nehmen, wurde der für den 2. Juni anberaumte Deutsche Volkstag in Wien auf Sonntag, den 16. Juni verschoben. Die Tagung, die im Wiener Rathause abgehalten wird und an der Vertreter aller deutschen Parteien und aller deutschösterreichischen Gebiete teilnehmen werden, soll folgende Punkte behandeln: Stellungnahme gegen das tschechische Staatsrecht und gegen den Jugoslawismus, Ernährungs- und Wirtschaftsfragen, innere und äußere Politik sowie das Bündnis mit Deutschland. Einberufen wird die Tagung von den Obmännern der parlamentarischen Parteien und einigen Herrenhausmitgliedern; geleitet soll sie von einer Reihe von Vertretern der großen nichtpolitischen Körperschaften werden, von den Obmännern der parlamentarischen Vereinigungen und der deutschen Herrenhausparteien, zu denen noch der Bürgermeister von Wien und der Landmarschall von Niederösterreich treten. Der Abmarsch wird über den Ring erfolgen.

Die innerpolitische Lage in Oesterreich.

Unser Wiener Vertreter drahtet uns:

Abgeordneter Hermann Wolff äußerte zu mir über die innerpolitische Lage folgendes: Die Regierung scheint sich endlich zur Erkenntnis durchgerungen zu haben, welche die deutschen Parteien schon vor mehr als Jahresfrist laut verkündeten, daß nämlich die Lösung der wichtigsten nationalpolitischen und staatlichen Fragen nur auf außerparlamentarischem Weg erfolgen kann. Hätte die Regierung rechtzeitig die Deutschen gehört, so hätte sie ein Jahr schwerer innerer Erschütterungen ersparen können. An die Flottmachung des Abgeordnetenhauses glaubt Wolff nicht. Sie würde ja auch nur die Geschäfte jener Elemente besorgen, die mit der Entente liebäugeln. Man braucht kein Parlamentsfeind sein, um das nicht zu wollen. Die Deutschen Oesterreichs seien überzeugt, daß die Kaiserbegegnung im Hauptquartier das ihrige dazu bebringe, die hiesigen leitenden Kreise zur Ueberzeugung zu bringen, daß gegenüber slawischen Losreißungsbestrebungen einmal feste Hand gezeigt werden muß. Von außen sind wir nicht zu schlagen, dafür zu sorgen, daß Oesterreich auch von innen nicht gesprengt werden kann, ist Aufgabe der Regierung.

Deutscher Volkstag in Wien.

Der vom Deutschnationalen Verein für Oesterreich, der nur die Deutschradikalen umfasst, für den 2. Juni nach Wien einberufene deutsche Volkstag ist zu einer Tagung aller deutschen Parteien ausgestaltet und die Abhaltung auf den 16. Juni verschoben worden. Die Volkstagung, an der alle großen politischen, völkischen und wirtschaftlichen Verbände teilnehmen werden, findet am Sonntag den 16. Juni um 10 Uhr vormittags in der Volkshalle des Rathauses und im Arkadenhofe statt. Es wird also nicht eine Versammlung, sondern eine ganze Reihe von Versammlungen abgehalten werden, in denen Redner verschiedener Parteirichtung, Herrenhausmitglieder, Abgeordnete und Nichtabgeordnete sprechen werden. Die Tagesordnung umfasst folgende Punkte: 1. Stellungnahme gegen das tschechische Staatsrecht; 2. Stellungnahme gegen die jüdisch-slawische Gey; 3. Ernährungs- und Wirtschaftsfragen; 4. Innere und äußere Politik mit besonderer Berücksichtigung des Bündnisses mit Deutschland.

Der Aufmarsch zum Volkstage erfolgt in geschlossener Reihe von den Amtshäusern der einzelnen Bezirke, der Aufmarsch wird über den Ring erfolgen.

Der Obmann des Ganes Wien des Deutschen Schulvereins Fachlehrer Lustig und der Geschäftsleiter des Ganes Wien der „Südmark“ Hans Plefka bereiten einen Begrüßungsabend beim „Grünen Tor“ für Samstag abends vor.

26. IV. 1918

Große Mittelstandstagung in Wiener-Neustadt.

Am 23. d. fand im Brauhofsaale in Wiener-Neustadt eine vom Deutschnationalen Verein für Oesterreich einberufene, massenhaft besuchte Versammlung statt, an der auch Vertreter der christlichsozialen Partei teilnahmen und die sich zu einer machtvollen Kundgebung des deutschen Mittelstandes der Stadt gestaltete. Der Vorsitzende Gemeinderat Pechall konnte unter den Erschienenen den Bürgermeister Praschek, die vollzählig anwesenden Stadt- und Gemeinderäte der beiden bürgerlichen Parteien und den Ernährungsinspektor Rittmeister Dr. Unger begrüßen. Es sprachen namens der Christlichsozialen Regierungsrat Dr. Prokopp und Hauptleitungsmitglied Gemeinderat Birbaumer. Hierauf wurde einstimmig folgende Entschliebung angenommen:

„Die am 23. Mai in Wiener-Neustadt tagende Versammlung aller Berufsstände erhebt den schärfsten Einspruch gegen die schwächliche Haltung der Regierung gegenüber den hochverräterischen Bestrebungen der Tschechen und Südslaven. Das um die Früchte seiner ungeheuren Gut- und Blutopfer betrogene deutsche Volk in Oesterreich wird sich die Verhättselung der slavischen und welschen Staatsfeinde und die Duldung des wütenden Ansturmes der jüdischen Wucherer gegen unseren staatsstreuen Mittelstand, der unter den schweren Zeitereignissen furchtbar leidet und verelendet, nicht mehr länger gefallen lassen. Die Empörung in Deutschösterreich über die Behandlung unseres Volkes verträgt keine Steigerung mehr. Es wird nicht mehr länger zusehen, wie slavische Gebiete schwelgen und prassen, und ihr Geld den Staatsnotwendigkeiten vorenthalten, während die Deutschen bis zur Erschöpfung bluten.

Wir richten in so schicksalschwerer Stunde an die Regierung die Mahnung, ihr Ohr gegenüber den gerechten Forderungen der Deutschen nicht länger zu verschließen, den wirtschaftlichen Ausbau unseres Bündnisses mit Deutschland sowie deren freien Weg zur Adria kraftvoll zu fördern, das wahnwitzige Hirngespinnst eines südslavischen Königreiches endgültig zu zerreißen, die Deutschen in den Sudeten- und Alpenländern vor der maßlosen Gier slavischer und welscher Heher zu schützen und die deutsche Staatsprache endlich festzulegen. Wir wollen kein slavisch, sondern ein deutsch regiertes Oesterreich und fordern einen Frieden, der dem heroischen Kampfe der Deutschen um Thron, Volk und Vaterland entspricht und deren Zukunft gegen heimtückische Feinde sicherstellt.

Den deutschen Abgeordneten machen wir es zur heiligen Pflicht, jeder Regierung die Unterstützung zu versagen, die sich dem jüdisch-internationalen Drängen nach einer sogenannten Demokratisierung des Gemeinbewahrsrechtes und nach Abschaffung der Wahlkörper willfährig zeigen oder zu einer Besserung des Ernährungsstandes, zu einer gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel und zur Beseitigung der rücksichtslosen ungarischen Eigenliebe unfähig sein sollte. Die deutschen Abgeordneten haben sich in allen ihren Entschliebungen einzig und allein von der Rücksicht auf ihr Volk leiten zu lassen und ihren ganzen Einfluß aufzubieten, daß gegen die verderbliche und volksraubende Tätigkeit der Zentralen eneratische Maßnahmen getroffen und an einen Abbau dieser jammervoll verfehlten Einrichtung geschritten werde.“

In der anschließenden Wechselrede wies Bürgermeister Dr. Beirer auf die Notwendigkeit des Ausbaues der völkischen Presse hin und forderte die Anwesenden auf, dieselbe tatkräftig zu unterstützen und zu fördern.

27. IV. 1918

Keine Sommertagung des Reichsrates.

Aus Prag wird der „Parlamentskorrespondenz“ berichtet: Nach Informationen aus hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß die beabsichtigte Sommertagung des Reichsrates angesichts der innerpolitischen Verhältnisse kaum zustande kommen wird, zumal die Polen erst nach der Rückkehr des Ministers des Aeußern Grafen Burian sich je nach dem Ergebnisse dieser Reise bezüglich der Polenfrage entscheiden werden. Der Ministerpräsident Dr. v. Seidler setzt zwar seine Bemühungen zur Fortsetzung des Reichsrates fort, doch wird die Aussicht auf einen Erfolg ziemlich skeptisch beurteilt. Man hält dafür, daß der Reichsrat erst wieder im Herbst einberufen werden wird, zumal auch die agrarischen Kreise aller Nationalitäten für eine Sommertagung des Reichsrates nicht eingenommen erscheinen. In der parlamentslosen Zeit soll nicht etwa die § 14-Vera wieder aufleben, sondern ein Exlex-Zustand speziell bezüglich des Budgetprovisoriums, dessen Gültigkeit bekanntlich am 30. Juni abläuft, Platz greifen.

Gründung eines deutschen Volksrates für Oesterreich.

Am 25. und 26. d. fand in den Räumen des Deutschen Klubs in Wien eine vom Arbeitsausschusse des Deutschen Klubs einberufene gemeinsame Beratung der deutschen Kronlandsvolksräte statt. Vertreten waren die deutschen Volksräte für Böhmen, Wien und Niederösterreich, Mittel- und Untersteiermark, Kärnten, Krain, Tirol, Triest und das Küstenland und Galizien, sowie der in Bildung begriffene deutsche Volksrat für Obersteiermark. Der schlesische Volksrat, der infolge einer eigenen Tagung an der Teilnahme verhindert war, hatte sich entschuldigt.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zur politischen Lage. Nach eingehender Erörterung aller einschlägigen Fragen, an der sich die Vertreter sämtlicher Volksräte beteiligten, wurde einstimmig in einer Entschließung angenommen, in der zunächst die Einführung der deutschen Staatsprache gefordert wird. Durch die von der Regierung geplante Kreiseinteilung in Böhmen, sagt die Entschließung weiter, werden zahlreiche deutsche Gemeinden und Minderheiten, so insbesondere Theresienstadt, Böhmisches Aicha, Pilsen usw. preisgegeben. Die Errichtung von Kreisgauptmannschaften in Böhmen bedeutet wohl eine zweckmäßige Vereinfachung der Verwaltung dieses großen Kronlandes, sie ist jedoch für die Deutschen nur unter der Voraussetzung annehmbar, daß sie den Wünschen der Deutschen entsprechend erfolgt, daß die Sprachenfrage im Sinne des Osterprogrammes gelöst und die deutsche Staatsprache eingeführt wird. Die Kreiseinteilungsverordnung der Regierung bedeutet aber keineswegs jene Neuordnung des Staates und jene Klarstellung jenes Verhältnisses zum deutschen Volke, die sich durch die Erfahrungen des Krieges als unausschiebbar erwiesen haben. Nur eine starke zentralistische Staatsgewalt kann auch die deutschen Minderheiten wirksam schützen, die ihrerseits wiederum überall die besten Stützen des einheitlichen Staatsgedankens sind, der seinen äußeren Ausdruck vor allem in der Festlegung der deutschen Staatsprache finden muß. Die Sicherung des Weges zur Adria für das gesamte Deutschum ist eine unbedingte Staatsnotwendigkeit. Alle autonomistischen slowenischen Bestrebungen sind schon darum auch innerhalb der Kronlandsgrenzen entschiedenst abzulehnen und eine wirtschaftliche und kulturelle Förderung der Südslawen nur insoweit zulässig, als dadurch nicht deutsche Belange geschädigt werden. Ebenso entschieden müssen alle Bestrebungen auf Schaffung einer tschechisch-slowakischen Autonomie, sei es innerhalb Oesterreichs, sei es mit Hinzuzugung der slowakischen Gebiete Ungarns, auf das allerentschiedenste bekämpft und unterdrückt werden. Wir begrüßen die angekündigte Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses, teilen aber vollkommen die in der Erklärung der Verfassungs- und der Mittelpartei des Herrenhauses vertretene Anschauung, daß die innere Politik des Staates mit seiner äußeren in Einklang stehen muß. Hat man sich für die Aufrechterhaltung des Bündnisses entschlossen, dann muß auch in der inneren Politik jenen Kreisen die Führung zukommen, die die äußere Politik billigen und mit aller Hingabe unterstützen. Und das sind in erster Linie die Deutschen. Wir verwahren uns dagegen, daß der Kampf gegen eine Regierung, die ziel- und planlos unter dem Druck jeweiliger Tagesverhältnisse die Grundlagen des österreichischen Staates stückweise preiszugeben bereit ist, der Staat deorganisiert und wirtschaftlich dem Abgrunde zuzuführt, von den Feinden des Staates und des deutschen Volkes als gegen den Staat gerichtet bezeichnet wird. Wir treten für eine straffe Zusammenfassung des die ehemaligen deutschen Bundesländer umfassenden österreichischen Staates, mit allem Nachdruck auch gegen jede übelberatene Regierung ein. Ein föderalistisches Oesterreich wäre aber nicht mehr der Staat, zu dem wir stehen, sondern ein Mengengebilde, an das uns kein Treueverhältnis bindet und das von uns rücksichtsloseste Bekämpfung zu gewärtigen hat.

Die weiteren Beratungen galten der Schaffung einer Zentralorganisation der deutschen Volksräte. Auf einstimmigen Beschluß wurde die Gründung eines deutschen Volksrates für Oesterreich vollzogen. Seine Aufgabe wird es sein, die Richtlinien für ein Zusammenwirken aller Deutschösterreicher in den nationalpolitischen wie völkischen Fragen festzulegen und so die gesamte deutsche Volkskraft in Oesterreich zu sammeln und zu einigen. Alle parteipolitischen Fragen sind von seiner Tätigkeit ausgeschlossen. Zur Erledigung der Geschäfte wird dem deutschen Volksrat für Oesterreich eine Volksratskanzlei angegliedert werden. Als Grundstock für die Errichtung dieser Kanzlei wurde von einem der anwesenden Herren der Betrag von 100.000 K. zur Verfügung gestellt. In den provisorischen Vorstand des neugegründeten deutschen Volksrates für Oesterreich wurden folgende Herren gewählt: Universitätsprofessor Dr. Geyer, Universitätsprofessor Dr. Samassa, Direktor Dr. Ritter v. Wotawa, Archivar Dr. Schächermayr, Doktor Klefner, Dr. Titta, Dr. Ambrosijitsch.

30. IV. 1918

Der Schwur von Laibach.

Zusammenschluß der Slowenen.

Aus Laibach wird uns berichtet: Am vergangenen Sonntag fand in St. Veit bei Laibach eine Versammlung statt, in der nach einer Rede des Abgeordneten Dr. Koroschec und nach Abstimmung der Nationalhymne eine Resolution angenommen wurde, in der es heißt: Mit Rücksicht auf die Ereignisse in der Samstagaudienz der Vertreter der Alpendeutschen und auf den steigenden scharfen Druck gegen die Slowenen erklären wir feierlich: Im nationalen Kampfe kennen wir keinen Rückzug. Es geht um unser Leben. Das Recht ist auf unserer Seite. Wir schwören daher feierlich und unerschrocken, im Kampfe für unseren nationalen Staat bis zum Siege der Idee der Selbstbestimmung der Völker auszuharren. Stürmische Aufnahme fand eine Kundgebung der Kroaten und Serben, die versprachen, die Slowenen nie verlassen zu wollen. Tags darauf fand in Laibach eine gemeinsame Sitzung von Vertretern sämtlicher slowenischer Parteien statt. Nach einer Beratung über die Abwehrmaßnahmen wurde beschlossen, die nationale Bewegung gemeinsam und einheitlich zu führen. Die Anregung, die Vertreter des slowenischen Volkes hätten eine Audienz anzustreben, wurde einhellig abgelehnt.

Die Verhandlungen über die Reichsrats- einberufung.

Wien, 1. Juni.

In parlamentarischen Kreisen wird der Termin für die Einberufung des Reichsrates eifrig erörtert. Man spricht bereits davon, daß für den 18. d. eine Obmännerkonferenz in Aussicht genommen sei, in der über die Möglichkeit einer Tagung des Parlamentes gesprochen werden soll. Präsident Dr. Groß erklärte jedoch, daß in dieser Hinsicht noch keine Verfügungen getroffen worden seien. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß der Reichsrat im letzten Drittel des Monats Juni einberufen werden dürfte.

Die Verhandlungen mit den Polen, die zur Erzielung einer Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten erforderlich sind, werden in den nächsten Tagen vom Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler aufgenommen werden. Ueber die Stimmung der Polen wird mitgeteilt, daß sie, jedenfalls schon um einen Exleg-Zustand oder ein Paragraph 14-Regime zu vermeiden, dazu beitragen werden, die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses sicherzustellen, selbst dann, wenn die Berliner Reise des Ministers des Aeußern Grafen Burian über ihre Forderungen, die mit der auswärtigen Politik zusammenhängen, noch keine Klarheit bringen sollte. Mit den Polen verhandeln auch die deutschen Parteien, um ein engeres Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen herzustellen. Auch diese Verhandlungen werden im Laufe der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Ebenso sind Bestrebungen im Zuge, eine Aussprache zwischen den Polen und den Ukrainern herbeizuführen, weil man hofft, daß dadurch die Ukrainer in der Mehrheitsgruppe verbleiben, auch wenn eventuell den Polen Zugeständnisse gemacht werden. Die bisherigen Versuche, die nach beiden Richtungen gemacht wurden, berechnen zur Ansicht, daß die weiteren Verhandlungen zu dem Ergebnis führen werden, daß eine Sommeression zunächst zur Erledigung des Budgetprovisoriums und vielleicht auch der Steuern möglich sein werde.

Ein Schreiben des Czechischen Verbandes an Dr. Groß wegen der Reichsratsinberufung.

Die Vizepräsidenten des Czechischen Verbandes, die Abgeordneten Klojác und Habermann, haben an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß folgendes Schreiben gerichtet:

Da sich Merkmale häufen, welche auf eine Rückkehr des absolutistischen Regimes deuten lassen, wodurch die bürgerlichen und politischen Rechte unterbunden und die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität leiden würde, erscheint die unverzügliche Einberufung des Parlamentes, des einzigen, die politischen und bürgerlichen Rechte aller Völker überwachenden Organs, als höchst notwendig. Der Vorstand des Czechischen Verbandes, welcher einen streng parlamentarischen und verfassungsmäßigen Standpunkt einnimmt, erlaubt sich, Eure Exzellenz als zurzeit am meisten berufenen Repräsentanten des Parlamentes höflichst aufzufordern, unverzüglich alle Schritte zur neuerlichen Einberufung des Parlamentes und zur Wiederaufnahme seiner normalen Tätigkeit unternehmen zu wollen, was um so notwendiger ist, als die sozialen, wirtschaftlichen und Approvisionierungsbedürfnisse immer kritischer werden und nach Mitarbeit aller politischen und wirtschaftlichen Faktoren in imperativer Weise rufen, damit die schwer leidenden Völker eine Erleichterung erfahren. Die Einberufung der Vorsitzenden aller Klubs würde die Aktion Eurer Exzellenz sehr unterstützen.

Gemeinsame Ministerbesprechung.

Die „Ang. Rundschau“ meldet: Sonntag nachmittag fand im Auswärtigen Amte eine gemeinsame Ministerbesprechung von längerer Dauer statt. An derselben nahmen teil: Minister des Aeußern und Gemeinsamer Finanzminister Graf Burian, Kriegsminister Freiherr v. Stöger-Steiner, die beiden Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und Dr. Alexander Beckerle und die beiden Finanzminister Dr. Alexander Popovics und Baron Wimmer. Die Konferenz begann um 4 Uhr nachmittags, gegen 5 Uhr verließen der Kriegsminister und die beiden Finanzminister den Beratungssaal, worauf der Minister des Aeußern und die beiden Ministerpräsidenten allein die Besprechungen fortsetzten. Die Beratungen der drei Staatsmänner waren um 1/2 8 Uhr abends zu Ende.

Wie die „Ang. R.“ erfährt, bildete den Gegenstand der gemeinsamen Ministerbesprechung zu Beginn derselben hauptsächlich finanzielle Fragen, darunter die Frage des nächstjährigen gemeinsamen Staatsvoranschlages. Im Zusammenhang damit wurde auch die Frage der Einberufung der Delegationen gestreift, jedoch kein Beschluß gefaßt. In der der gemeinsamen Ministerbesprechung folgenden Beratung zwischen dem Minister des Aeußern und den beiden Ministerpräsidenten wurde eine ganze Reihe aktueller Angelegen-

heiten der auswärtigen Politik einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Ungarische Minister in Wien.

Die „Ang. Rundschau“ meldet: Ministerpräsident Dr. Beckerle ist Sonntag morgens in Wien eingetroffen und im Ungarischen Palais in der Bankgasse abgestiegen. Vormittag empfing der Ministerpräsident den Besuch des seit zwei Tagen in Wien weilenden ungarischen Finanzministers Dr. Popovics, mit dem er längere Zeit konferierte. Sodann begab sich Dr. Beckerle zur bayrischen Gesandtschaft, wo er dem Gesandten Freiherrn v. Tucher einen kurzen Besuch abstattete. Mittag fuhr das Automobil des Ministerpräsidenten beim Palais des Feldmarschalls Erzherzog Friedrich vor. Dr. Beckerle verweilte etwa eine halbe Stunde beim Erzherzog. Nach der gemeinsamen Ministerbesprechung im Ministerium des Aeußern begab sich Dr. Beckerle mit dem Nachtzuge nach Budapest zurück.

Finanzminister Dr. Popovics, der auch Sonntag eine eingehende Konferenz mit dem österreichischen Finanzminister Baron Wimmer hatte, kehrte heute früh nach Budapest zurück.

3. / VI. 1918

Die Einberufung des Reichsrates.

Wien, 3. Juni.

Die Frage der Einberufung des Abgeordnetenhauses beschäftigt lebhaft die parlamentarischen Kreise. Die Aussichten, die sich dem Wiederzusammentritte des Reichsrates eröffnen, werden heute günstiger beurteilt. Von den Tschechen und Südslawen wird eine Haltung, die von vornherein eine ernste Gefährdung der Arbeitsfähigkeit im Gefolge haben könnte, nicht befürchtet und nach Äußerungen einzelner polnischer Führer zu schließen, scheint die Stimmung im Polenklub dahin zu gehen, daß die Staatsnotwendigkeiten erledigt werden sollen. Beschlüsse über die künftige Stellungnahme des Klubs, insbesondere zur Genehmigung des Budgetprovisoriums und der Kriegskredite, sind noch nicht zu erwarten. Ministerpräsident Dr. v. Seidler wird seine Besprechungen mit den parlamentarischen Führern fortsetzen. Auch dürften mehrfach Berührungen zwischen einzelnen politischen Parteien stattfinden, die vielleicht zur Ebnung der bestehenden Schwierigkeiten beitragen werden. Auch eine Tagung des Delegationsausschusses für Aeußeres wird in den Bereich der Möglichkeit gezogen. Ueber all das wird jedoch nicht vor der kommenden Woche ein sicherer Anhaltspunkt gewonnen werden, da erst nach der Rückkehr des Grafen *Burián* aus Berlin die offiziellen Parteiverhandlungen beginnen werden. Falls diese zu einem günstigen Resultat führen, wird der Reichsrat im letzten Drittel des Juni, man nennt den 25. Juni, zusammentreten.

Die Frage der Commerzeffion.

Gestern und heute ist eine Reihe führender Politiker aus dem deutschen und dem slawischen Lager in Wien eingetroffen, um mit dem Ministerpräsidenten in Verhandlung zu treten.

Der in Wien eingetroffene Abgeordnete Doktor Korosec wird in Beratungen mit den Tschechenführern betreffs des weiteren gemeinsamen Vorgehens eintreten. Die Südslawen fordern, daß nicht bloß Budget und Steuern für Kriegszwecke zu beschließen, sondern vor allem die politischen Geschehnisse der letzten Zeit zu erörtern seien. Die Südslawen wollen die Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit und die Verfolgungen in ihren Gebieten nicht ruhig hinnehmen und werden sich auch über den Empfang der alpenländischen Deutschen beim Monarchen äußern. In diesen Kreisen, so will eine parlamentarische Korrespondenz wissen, wird der Standpunkt eingenommen, daß nach der Kreisverordnung und den Maßnahmen gegen die Südslawen die Stellung des Kabinetts nicht länger haltbar sei. Es werde einer andern Regierung Platz machen müssen, wenn die Staatsnotwendigkeiten im Parlament erledigt werden sollen.

Politische Parlamentarier äußerten sich dahin, daß der Polenklub im Interesse der Erhaltung des Parlaments voraussichtlich für das Budgetprovisorium eintreten werde. Dagegen werde die Stellungnahme der Polen zu den Steuervorlagen davon abhängen, ob ihre Forderungen von der Regierung erfüllt werden.

5./VI. 1918

Keine Obstruktionsabsicht der Czechen.**Eine Erklärung des Abgeordneten Klossac beim Präsidenten Dr. G. v. G.**

Wien, 6. Juni.

Heute nachmittag wird der Minister des Aeußern Graf Burian die czechischen Mitglieder des Delegationsausschusses für Aeußeres, Klossac, Dr. Stransky und Tomajchel, empfangen. Die Herren sind heute in Wien eingetroffen, und Abgeordneter Klossac nahm die Gelegenheit wahr, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Doctor Groß die Forderung des Czechischen Verbandes nach Einberufung des Reichsrates zu überbringen. Er erklärte in der Unterredung, daß der Czechische Verband nicht die Absicht habe, die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses durch Obstruktion lahmzulegen, und daß es daher nicht angehe, unter diesem Vorwand den Wiederzusammentritt des Hauses zu verzögern oder gar zu hindern.

Präsident Dr. Groß erwiderte, daß er diese Mitteilung wohl zur Kenntnis nehme, daß jedoch die Einberufung des Reichsrates derzeit außer seiner Machtsphäre liege. Er siehe übrigens mit den Parteien in dieser Frage in ständiger Fühlung und werde selbstverständlich alles tun, was die Einberufung des Reichsrates beschleunigen könne, doch liege die Entscheidung bei der Regierung, die gleichfalls mit den Parteien darüber verhandle.

Beratungen der deutschen Parteien.

Heute finden auch Beratungen der deutschen Parteien statt. Die Christlich-soziale Vereinigung hielt vormittags eine Vollversammlung ab, die sich mit der innerpolitischen Situation beschäftigte und in der von allen Seiten dem Wunsche nach Einberufung des Reichsrates Ausdruck gegeben wurde.

Für nachmittag ist der Verbandsauschuß der deutschnationalen Parteien einberufen, der sich gleichfalls mit der innerpolitischen Lage befassen wird.

Die Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen bei Dr. v. Twardowski.

Im Polenklub werden die Verhandlungen erst nach der für den 9. d. in Krakau anberaumten Sitzung der parlamentarischen Kommission beginnen, doch setzt der Minister von Galizien, Dr. v. Twardowski, die von ihm eingeleitete Aktion zur Hebung einer Verständigung zwischen Deutschen und Polen fort. Er hat für heute abend eine Reihe von deutschen und polnischen Parlamentariern wieder zu einem Gastmahl in das „Hotel Imperial“ eingeladen.

6. VII. 1918

Eine bedeutsame Erklärung der deutsch-nationalen und christlichsozialen Vertrauensmänner des 19. Bezirkes.

Die am 4. Juni 1918 in Döbling versammelten Vertrauensmänner der christlichsozialen und deutschnationalen Parteien des neunzehnten Wiener Gemeindebezirkes sind einig in der Ansicht, daß die deutschen Abgeordneten Oesterreichs ohne Unterschied der Partei in Zukunft nur jene Regierung unterstützen dürfen, die zielbewußt und nachdrücklich die Belange des deutschen Volkes in Oesterreich, welche sich mit den Interessen des Staates vollständig decken, vertritt und fördert und den Auslösbefreiungen der Tschechen und Südlawen energisch begegnet.

Die Vertrauensmänner erachten es für dringend geboten, daß die Regierung endlich einmal mit aller Kraft der Verteuerung aller Bedarfsgegenstände ein Ende macht. Zu diesem Zwecke wären die bisherigen fruchtlosen Preistreibeiverordnungen aufzuheben und wäre in einem neuen Gesetze jeder Preiswucher sowie überhaupt jede Handlung oder Unterlassung, welche geeignet erscheint, der Gesamtbevölkerung das Ausharren und Durchhalten während der restlichen Dauer des Krieges zu erschweren oder unmöglich zu machen, unter bedeutend höhere Straffanktion zu stellen. Die Qualifizierung derartiger Handlungen als Verbrechen des Landesverrates und die Bestellung eigener Ausnahmegerichte zur Verhandlung über dieselben wäre zweifellos das sicherste und erfolgreichste Mittel zur Bekämpfung der geradezu unerträglichen diesfälligen Vorkommnisse.

Weiters erklären die Vertrauensmänner als unbedingt notwendig, daß mit dem bisherigen System der Ueberwälzung der infolge der enormen Verschuldung des Staates erwachsenden Mehrausgaben auf die ärmsten Bevölkerungsschichten durch Erhöhung der indirekten Steuern und Abgaben sowie der Staatsmonopolpreise gebrochen und die Heranziehung des großen Kapitals, beziehungsweise der höheren Einkommen behufs Deckung dieser Ausgaben, insbesondere auch der Ausgaben für eine vollkommen entsprechende Versorgung der Kriegsinvaliden endlich energisch in Angriff genommen werde.

Ferner sprechen die Vertrauensmänner ihre Ansicht dahin aus, daß die wirtschaftliche Trennung der österreichischen Reichshälfte von Ungarn einen die Industrie, das Gewerbe und die Arbeiterschaft Oesterreichs schädigenden neuen Ausgleich vorzuziehen sein wird; sie sind jedoch auch der Meinung, daß angesichts der bestehenden staats- und deutschfeindlichen Bestrebungen der slawischen Nationen, beziehungsweise deren Parteiführer, die Notwendigkeit eines engen politischen Zusammenschlusses der Deutschen und Magyaren nicht bestritten werden kann.

Endlich wäre noch Anschauung der Vertrauensmänner das Parlament nur dann zu einer weiteren Tagung einzuberufen, wenn volle Bürgerschaft dafür gegeben ist, daß die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses nicht zur Hebung des gesunkenen Mutes unserer Feinde und zur Verlängerung dieses grauenvollen Krieges Anlaß geben. Im anderen Falle wären die obenangeregten Verfügungen durch kaiserliche Verordnungen zu treffen.

Der deutsche Volksrat in Böhmen über die Kreisverordnung.

Der deutsche Volksrat für Böhmen hat in Dobruška nach einem Referat des Professors Dr. Zycha folgende Entschliessung angenommen: Der deutsche Volksrat nimmt die Verordnungen über die Kreisregierungen nur mit Vorbehalt und insofern zur Kenntnis, als sie einen ersten Schritt zur nationalen Abgrenzung in Böhmen bedeuten. Er bedauert die mangelnde Sicherstellung der Verwaltung der deutschen Kreise durch deutsche Beamte und erhebt Widerspruch gegen das Hinausschieben einer Regelung der Sprachfrage unter Bedächtnahme auf die deutsche Staatsprache. Er fordert, daß die Neuordnung der staatlichen Verwaltung ihre notwendige Ergänzung finde durch die Gewährleistung der Selbstverwaltung, für die das deutschböhmisches Volk seine Kreise wie seine Würdigkeit erwiesen hat. Der deutsche Volksrat hält, eingedenk seines Berufes als Hüter der gesamten deutschen Volksinteressen, fest an der Pflicht, für den Schutz sämtlicher Volksgenossen einzustehen, und verwirft daher auf das Entschiedenste jede Regelung der nationalen Abgrenzung, die diesem Schutz durch planmäßige Aufopferung bedeutender, für unser Volkstum wie für den Staat wertvoller Minderheiten außer acht läßt. Der deutsche Volksrat kann sich sonach mit der erlassenen Verordnung unter keinen Umständen einverstanden erklären, solange nicht das, an den preisgegebenen, stets volks- und staatsreuen Minderheiten begangene Unrecht wieder gutgemacht ist. Er kann Vertrauen zu dem von der Regierung eingeschlagenen neuen Weg erst dann gewinnen, wenn diese ihren ersten Willen, dem deutschböhmisches Volk endlich zu seinem Rechte zu verhelfen, durch entscheidende weitere Schritte bekundet.

In der Debatte wies Dr. Titta darauf hin, daß durch die Kreisverordnung 40 deutsche Orte in Böhmen, darunter Minderheiten von der Bedeutung wie jene Pilsen's, Theresienstadt's und Böhmisches-Nias, schutzlos den tschechischen Gebieten überantwortet werden.

Angriffen auf die deutschen Abgeordneten traten Doktor v. Lodgman und Abgeordneter Knirsch entgegen, der davor warnte, eine Kluft zwischen dem deutschen Volksrat und den Abgeordneten zu schaffen. Dr. Titta gab den Genugthuung Ausdruck, daß weder Dr. v. Lodgman noch Knirsch schuldtragend seien.

Vom Obmann der Deutschböhmisches Vereinigung Abgeordneter Pachter war folgende Depesche eingelangt: Die Abgeordneten verlangten die Aufrechterhaltung der Abgrenzungen der Wahlkreiseinteilung und überdies Zuweisung von Knirsch an und Trebnitz zum deutschen Gebiet. Die Abtrennung von Theresienstadt ist ohne Wissen und ohne Zustimmung der Abgeordneten erfolgt. Sie verzichten auf keine einzige deutsche Gemeinde, auch nicht auf eine Provinz Deutschböhmen. Sie verlangten daher rein deutsche Kreise, Unterstellung von Prag, Pilsen und Budweis unter Statthalter und schufen schließlich für die deutsche Stadt Budweis und Umgebung eine Ausnahme durch den Budweiser Kreis.

Dr. Titta bemerkte, daß sich der Inhalt dieser Depesche und die Auskunft, die er in Wien bekommen habe, widersprechen. Ein Antrag des Professors Zycha, der Entschliessung einen Satz beizufügen, welcher sich gegen die deutschen Abgeordneten wegen der Preisgabe der deutschen Minderheiten wendet, wurde auf Eruchen des Vorsitzenden Dr. Titta, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß es noch gelingen werde, die Abgeordneten von ihrer irrigen Anschauung abzubringen, fallen gelassen.

Die Besprechungen der Parteiführer mit dem Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat heute empfangen: namens der Rumänen den Abgeordneten Dr. v. Ispărescu Grecri, namens der Südslawen die Abgeordneten Doktor

Korošec und Bukotic, namens der Wiener freisinnigen Abgeordneten die Abgeordneten Friedmann und Dr. Djner, namens der Ruthenen die Abgeordneten Doktor Petruszewicz, Dr. Eugen Lewicki und Doktor Erilowski, namens der deutschen Sozialdemokraten die Abgeordneten Seig, Seber und Glöckel, namens der deutschnationalen Parteien die Abgeordneten Dr. Waldner, Dr. Urban, Kraft, Hager, Kemetter und Hummer. Gestern war namens der Italiener Abgeordneter Sabutti beim Ministerpräsidenten erschienen.

Mitteilungen der Südslawen über ihre Unterredungen mit Dr. v. Seidler und dem Grafen Burian.

Vom Präsidium des Südslawischen Klubs wird mitgeteilt: Für heute nachmittag hatte Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler das Präsidium des Südslawischen Klubs zu sich geladen, um sich über die Haltung der Südslawen in einer eventuellen Parlamentstagung zu informieren. Der Obmann des Südslawischen Klubs Dr. Korošec und Abgeordneter Dr. Bukotic erklärten dem Ministerpräsidenten, die Südslawen wünschen und fordern die sofortige Einberufung des Parlaments, auf welches die Völker ein verfassungsmäßiges Recht haben. Gegen die gegenwärtige Regierung werden sie im Parlament in die schärfste Opposition treten. Der Kampf der Südslawen wird nur der Regierung gelten, nicht dem Parlament. Welcher Mittel sie sich bei der Ausübung der Opposition bedienen, darüber werden erst Beratungen gepflogen und gemeinsam mit dem Czechischen Verband Beschlüsse gefaßt werden. Es liege übrigens gar kein Grund vor, dieser Regierung im voraus Aufklärungen über das taktische Verhalten zu geben. Wenn die Regierung Sicherungen wünscht, so gibt es in einem konstitutionellen Staate wohl nur eine: die Schaffung einer großen Arbeitsmehrheit. Findet die Regierung eine solche nicht, dann müsse sie wissen, was sie zu tun hat. Die Vertreter des Südslawischen Klubs legten bei dieser Gelegenheit schärfsten Protest ein gegen die den Südslawen gegenüber eingeleiteten Persektionen.

Die Audienz des Delegierten Dr. Korošec beim Minister des Außern Grafen Burian galt unter anderm auch der Besprechung der südslawischen Frage.

Weiter wird von südslawischer Seite mitgeteilt: Die Aussprachen der südslawischen Vertreter beim Ministerpräsidenten und beim Außenminister trugen rein informativen Charakter. Während der Ministerpräsident sich über unsere Haltung, die wir bei einer eventuellen Parlamentstagung einnehmen werden, informieren wollte, erhielten wir vom Minister des Außern Grafen Burian, mit dem wir sowohl die südslawische als auch andere Fragen sehr eingehend erörterten, interessante Mitteilungen, über die wir jedoch strengstes Stillschweigen bewahren werden. Diese Fragen sind so heikel, daß wir unmöglich uns darüber äußern können und mit Rücksicht auf die Stellung des Außenministers uns auch nicht äußern wollen. Um so freier konnten wir unsere Meinung über die Konferenz beim Ministerpräsidenten äußern. Der Ministerpräsident wollte von uns erfahren, was für eine Haltung wir im Parlament, wenn es einberufen wird, einnehmen, und wir haben seinem Wunsche Rechnung getragen, indem wir klipp und klar sagten, wie wir über das Parlament und die Regierung denken. Ritter v. Seidler wird nun wohl kaum mehr darüber im Zweifel sein, welche Stellung wir einnehmen, wenn das Haus zusammentritt. Unsere Taktik und die Taktik der Czechen wird sich aus dem jeweiligen Stande der Dinge im Parlament ergeben und von dem gemeinsamen Aktionskomitee festgesetzt werden.

Die Ukrainer über ihren Empfang beim Ministerpräsidenten.

Das Präsidium der ukrainischen parlamentarischen Vertretung veröffentlicht über seine mehr als einstündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten folgende Mitteilung: Der Kabinettschef erklärte, daß sein Bestreben darauf gerichtet sei, das Parlament flottzumachen, dessen Einberufung noch in diesem Monat erfolgen soll. Vorher müsse er sich allerdings von den Parteien die Zusicherung beschaffen, ob die Staatsnotwendigkeiten erledigt werden können und daß nichts unternommen werde, was dem Ansehen der Monarchie nach außen hin Schaden und ihre Stellung im Kriege gefährden könnte. Der Ministerpräsident erjuchte die Abordnung, ihm bekanntzugeben, welche Haltung die Ukrainer bei einer Tagung des Hauses einnehmen werden. Die Vertreter der Ukrainer erklärten, daß sie mit Rücksicht auf die derzeit bestehende ungeklärte politische Lage, insbesondere aber auf die in Ostgalizien herrschenden Zustände, heute nicht in der Lage seien, eine bindende Erklärung abzugeben. Es sei unbedingt notwendig, daß der Klub zusammentrete und darüber berate und beschließe, welche Haltung die Partei im Parlament einnehmen soll. Zu diesem Zweck wurde der Klub für den 14. Juni einberufen, an welchem Tage dann das Präsidium der ukrainischen parlamentarischen Vertretung der Regierung die gefaßten Beschlüsse zur Kenntnis bringen werde.

Die sozialdemokratischen Delegierten beim Minister des Außern.

Die Delegierten Dr. Ellenbogen, Otto Glöckel und Pittoni hatten heute eine längere Aussprache mit dem Minister des Außern Grafen Burian. In der Konferenz kam insbesondere die Einberufung des Reichsrates und des Delegationsausschusses für Neuperes zur Sprache.

Umgestaltung des Verbandes der deutschnationalen Parteien.

Wie gemeldet, hat der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien Dr. Waldner die Mitglieder der einzelnen deutschnationalen Parteigruppen zu einer Vollversammlung für Freitag den 14. d., nachmittags 3 Uhr, einberufen. Die deutschnationale Partei wurde für Freitag den 14. d., 10 Uhr vormittags, die Deutschnationale Vereinigung für denselben Tag um 11 Uhr vormittags zu Sitzungen eingeladen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung, in der zur politischen Lage Stellung genommen werden wird, steht unter anderm ein Antrag des Abgeordneten Kraft, auf Umgestaltung des Verbandes der deutschnationalen Parteien, Auflösung des Verbandsausschusses und Abhaltung regelmäßiger Vollversammlungen. An die Stelle des Verbandsausschusses sei — so schlägt der Antrag vor — ein Obmannerverband zu setzen, dessen Tätigkeit im wesentlichen eine vorbereitende sein wird.

Oesterreichische Ausblicke.

Draht-eldung unseres Sonderberichterstatters
Dr. Alexander Redlich.

* Wien, 9. Juni.

Bisher hat es den Anschein, als ob es gelingen sollte, eine kurzfristige Arbeitsfähigkeit des österreichischen Abgeordnetenhauses zustande zu bringen. Selbstverständlich würden die Polen einen integrierenden Bestandteil der Arbeitsmehrheit bilden. Bekanntlich hatte diese Partei ursprünglich ihre Mitarbeit von der Sicherstellung der austro-polnischen Lösung abhängig gemacht. In dem Maße jedoch, wie sich die Schwierigkeiten mehren, die der unmittelbaren Erfüllung dieses Wunsches entgegenstehen, nähigen die Polen auch ihren Standpunkt. Gegenwärtig verhandelt man auf der Basis, daß die Polen für das Budgetprovisorium stimmen sollen, wenn die Regierung die bindende Zusage gibt, daß Graf Burian in Berlin für die austro-polnische Lösung mit allem Nachdruck eintreten wird. Diese Bedingung scheint vorläufig erfüllbar zu sein, da, wie ich glaube, das Ministerium des Äußern nach wie vor auf der austro-polnischen Lösung beharrt.

Doch soll es andere, ebenfalls wichtige Faktoren geben, die sich in der Begeisterung für diese Lösung abgeklärt haben. In diesem Zusammenhange verdient erwähnt zu werden, daß bei den deutschen Parteien der Wunsch nach der austro-polnischen Lösung doch nicht so allgemein ist, wie man glauben möchte, wenn man nur Wiener Eindrücke zur Verfügung hat. In der Provinz scheitern die Dinge teilweise anders zu liegen. Man kann insbesondere unter den Deutschen in Böhmen viele ausgesprochene Gegner der austro-polnischen Lösung finden. Immerhin hat sich das Gefühl längst verbreitet, daß in dieser Frage Berlin das letzte Wort zu sprechen haben wird. Das wissen auch die Polen Oesterreichs, und deshalb sind sie in ihren Zuständigkeiten sehr vorsichtig und wollen sich zunächst bestenfalls nur auf die Bewilligung des Budgets beschränken.

Der nächste Schritt zur parlamentarischen Arbeit unter Ihrer Mitwirkung, nämlich die Bewilligung der neuen Steuervorlagen, ist wiederum an eine andere Bedingung geknüpft. Die Polen werden sich dazu verstehen, wenn Graf Burian mit der grundsätzlichen Zusage in der polnischen Frage von Berlin nach Hause läme. Geschieht dies nicht, so wollen die Polen ihre positive Arbeit einstellen. Ob diese Bedingung erfüllt werden wird, scheint sehr vielen Leuten hier zweifelhaft zu sein. Die österreichischen Polen sehen noch eine Hoffnung auf die deutsche Reichstagsmehrheit und auf das angebliche Einverständnis Hertlings mit der austro-polnischen Lösung.

Man muß also jetzt schon darauf gefaßt sein, daß im Falle des Scheiterns dieser Lösung für die in Oesterreich vielleicht darauf folgende innerpolitische Unordnung Deutschland und insbesondere die deutsche Militärs verantwortlich gemacht werden. Das ist natürlich ein völliger Trugschluß. Wenn das Scheitern der austro-polnischen Lösung tatsächlich das politische Leben Oesterreichs wieder einmal lahmlegen sollte, so würde die Schuld nur einer Politik zuzuschreiben sein, die die gesamte innere Neuordnung hier von außenpolitischen Fragen abhängig macht, also letzten Endes die Interessen des österreichischen Staates jenen des polnischen Staates unterstellt. Ich gebe zu, daß es in diesem Falle leichter ist, zu kritisieren, als besser zu machen. Das Uebel hat sich leider während der letzten zwei Jahre sehr tief eingewurzelt, und es ist heute schwer, einen Zustand zu beseitigen, dessen Wurzeln in zwei Kaiserproklamationen über Polen und in der Kundgebung des Kaisers Franz Josef vom November 1916 über die Sonderstellung Galiziens zu suchen ist. Das dadurch verursachte Uebel hätte nur durch eine grundsätzlich andere Politik gegenüber den Tschechen beseitigt werden können. Eine solche Politik ist aber auch jetzt noch nicht undenkbar geworden; aber die Schwierigkeiten, die heute im Wege stehen, haben sich so vergrößert, und der Weg, der zur Einkehr führt, ist so viel länger geworden, daß man, falls die Polen endgültig die Mitarbeit verweigern, jedenfalls mit einer Zeit schwerer innerer Konflikte rechnen muß, für die die Arbeitsunfähigkeit des Parlaments und vielleicht die Rückkehr zum Verordnungsparagrafen die äußeren Markzeichen sein werden.

Aber gerade diese Schwierigkeiten zeigen dem unbefangenen Beobachter mit umso größerer Klarheit, ein wie bedenklicher Notbehelf die austro-polnische Lösung in Wirklichkeit ist. Sie würde bedeuten, daß man eines der weltpolitisch bedenklichsten Unternehmen riskiert, nicht etwa, um den Staat Oesterreich auf eine gesunde Basis zu stellen, sondern um die politischen Faktoren hier für einen Augenblick aus der brennenden Verlegenheit zu retten, in die sie sich längst gebracht haben, und die in Monaten oder Wochen wiederkehren kann. Es ist wahrhaftig ein schlechter Dienst, den man heute nicht nur Deutschland, sondern vor allem auch Oesterreich mit der austro-polnischen Lösung erweisen würde. Es ist zum mindesten sehr zweifelhaft, ob die Mehrheit der Bevölkerung von Kongresspolen auch nur die geringste Lust hat, in das Staatsgefüge Oesterreichs einzutreten. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Monarchie in den Polen etliche Millionen sehr widerwilliger Mitbürger gewinnen würde.

Dieser bedenkliche Zuwachs fällt umso schwerer ins Gewicht, als die austro-polnische Lösung mit unbedingter Notwendigkeit auch andere schwierige Nationalitätenfragen ins Rollen bringen wird. Ich konnte schon vor Wochen melden, daß Ungarn für den Fall des Anschlusses Polens an die Monarchie entschlossen ist, seine Ansprüche auf Bosnien, sowie auf das kroatisch sprechende Dalmatien anzumelden und durchzusetzen. Heute wird diese Vorherjage durch eine Budapest Meldung der „Neuen Freien Presse“ vollinhaltlich bestätigt. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß die ungarischen Ansprüche, besonders auf Dalmatien, in Oesterreich starken Widerstand hervorrufen werden. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß man auf österreichischer Seite dem ungarischen Vorkosch mit dem Schlagwort „Trialismus“ begegnen wird. Dieser Kampf, der recht heiß zu werden verspricht und der durch die verschiedenartigsten Strömungen bei den Südslawen selbst noch kompliziert werden dürfte, ist allerdings an sich kaum zu vermeiden. Aber seine Verquickung mit den polnischen Möglichkeiten macht ihn erst recht gefährlich.

All diesem sehen die Tschechen mit wachsender Untätigkeit zu, während die Deutschen und die Regierung nach wie vor keine anderen Besprechungen kennen als die Forderung der unmittelbarsten

Alltagsorgen. Durch diese Geistesrichtung wird man sich in Berlin nicht abhalten lassen dürfen, Klarheit über die ganze Summe der Fragen zu gewinnen, die es in den nächsten Tagen zu entscheiden gilt.

11. VII. 1918

Der Deutsche Volkstag in Wien.

Samstag den 15. d. M. findet im Saale „zum grünen Tor“, Wien, 8. Bezirk, Lerchenfelderstraße 14, ein Begrüßungsabend zu Ehren der Volksgenossen aus der Provinz statt, bei dem der Schubertbund mitwirken wird.

Die Anmeldungen aus der Provinz laufen so zahlreich ein, daß tatsächlich von einer massenhaften Vertretung aller deutschen Gebiete Oesterreichs gesprochen werden

kann. Als Vertreter der Christlichsozialen Partei, die dem Volkstag in wirksamster Weise fördert, ist Vizebürgermeister Hierhammer in den vorbereitenden Ausschuss eingetreten. Die vom vorbereitenden Ausschuss geplanten Aufzüge aus den Bezirken zum Volkstage müssen auf Grund polizeilicher Verfügung entfallen. Den Ehrenvorsitz beim Volkstage wird der Bürgermeister der Stadt Wien Dr. Weiskirchner führen.

Von den über die verschiedenen Punkte der Tagesordnung zu Wort gelangenden Rednern seien genannt: die Abgeordneten Stadtrat Dr. Mataja, Bacher, Dr. Bacher, Wolf, Landesauschuss Kunzschal, die Landtags-Abgeordneten Doktor Eger (Salzach), Dr. Ungerer (Klagenfurt), Gemeindevater Spalowsky (Wien), Direktor Dr. v. Wotawa, Dr. Riehl, Professor Partisch u. a.

Die Volkstags-Entscheidung.

Nachfolgende Entschliessung wird nach Genehmigung von etwa fünfzig Körperschaften aus dem ganzen Reiche dem Volkstage zur Annahme vorgelegt werden:

„Die zum Volkstag in Wien am 16. Juni 1918 versammelten deutschen Männer und Frauen aus allen Teilen Oesterreichs entsenden den heldenmütigen Kämpfern für Volk und Vaterland Gruß und Dank. Das deutsche Volk in Oesterreich erwartet zuversichtlich, daß dank der ruhmreichen Bajonetfolge der Armeen des Vierbundes der Krieg siegreich beendet werde. Im festen Vertrauen auf sie erhofft es einen baldigen ehrenvollen Frieden, wert der unermesslichen Opfer an Gut und Blut, die es gebracht hat, einen Frieden, der die Bahn für eine ungehemmte kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des gesamten deutschen Volkes frei macht und es zu neuer Blüte und Größe führt.“

Das deutsche Volk in Oesterreich entbietet seinen Gruß den Brüdern im verbündeten Deutschen Reiche. In unerschütterlicher Treue hält es an dem so herrlich bewährten Bündnisse fest und fordert den engsten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ausbau dieses Bündnisses, in dem es die sicherste Bürgschaft für eine lange Dauer des kommenden Friedens erblickt. Durch die Bündnispolitik muß die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie richtunggebend bestimmt werden. Einer solchen äußeren Politik darf auch die innere nicht widersprechen. Den Feinden des Bündnisses im Staate muß der Boden entzogen werden, auf dem sie ihre gefährliche Wühlarbeit betreiben.

Einnützig weist der Deutsche Volkstag die von den Tschechen und Südslaven in den Erklärungen vom 30. Mai 1917 im Abgeordnetenhaus zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen, den czecho-slowakischen und den jugoslawischen Staat auszurichten, zurück. Der Deutsche Volkstag fordert, daß die Sonderstellung Galiziens bei gleichzeitiger Angleichung von Triest mit den deutschen Nachbargemeinden an Schlessien und bei ausreichendem Schutze der deutschen Siedlungen in Galizien durchgeführt wird. Die deutsche Sprache muß als Staatssprache für ganz Oesterreich festgelegt werden. Den Forderungen der Deutschen in den Subanenländern, insbesondere in Böhmen, muß eifrig nachgegeben werden. Im Süden Oesterreichs muß der Weg zur Adria für das Deutschtum freigehalten und der Anschluß der Slowenen an einen südslawischen Staat damit endgültig verhindert werden. Tirol muß ungeteilt erhalten bleiben. Triest mit der österreichischen Seeschifffahrt und Südtirol dürfen nie wieder der italienischen Irredenta ausgeliefert werden.

Der Deutsche Volkstag in Wien fordert für die rein-deutschen Kronländer die sofortige Gesetzgebung der Bez. Politzka, verlangt unbedingten Schutz für die deutschen Minderheiten im nichtdeutschen Sprachgebiete und verwahrt sich gegen jede weitere Verzichtspolitik, die nur die Feinde des Staates und Gegner seiner Bündnispolitik stärken würde.

In vollster Übereinstimmung mit den Beschlüssen der deutschen Kronlandtage ist auch der Wiener Volkstag fest entschlossen, in Zukunft die völkischen Belange allen anderen voranzustellen und jede Regierung zu bekämpfen, welche die deutschen Forderungen nicht zu erfüllen gewillt und bestrebt ist.

In wirtschaftlicher Hinsicht verlangt der Deutsche Volkstag die tatkräftige und zweckmäßige Hebung und Förderung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung sowie die gleichmäßige Aufbringung und die gerechte Verteilung der Lebensmittel und sonstigen notwendigen Bedarfsgegenstände. Zum Schutze der Verbraucher gegen jede Ausbeutung und Benützung sowie zur Unterdrückung des Schleichhandels sind wirksame Maßnahmen zu treffen. Der Deutsche Volkstag wendet sich insbesondere gegen die herrschende Miswirtschaft in den Zentralen, in welchen sich der Einfluß der zahlreichen, vom Waffendienste entbundenen Juden ungehörlich breit macht. Der Deutsche Volkstag verlangt, daß zwischen den staatlichen Behörden und den Selbstverwaltungskörpern das unbedingt notwendige Einvernehmen hergestellt und die gesamte Ernährungswirtschaft unter eine wirksame Kontrolle der Öffentlichkeit gestellt werde. Durch eine zweckdienliche, sparsame Wirtschaft, insbesondere von Seiten der Herrschaftsverwaltung, muß der Bevölkerung das Durchhalten erleichtert und erträglich gemacht werden. Der Deutsche Volkstag erwartet, daß auch im Ernährungsweisen eine Einheitsfront der verbündeten Mittelmächte geschaffen werde.

Der Deutsche Volkstag in Wien begrüßt den Zusammenschluß der deutschen Volksgenossen ohne Unterschied der Partei zur gemeinsamen und wirkungsvollen Vertretung der nationalen Belange des deutschen Volkes in Oesterreich und fordert, daß die in den deutschen Volkstagen zum Ausdruck gebrachte Volkspolitik von den deutschen Abgeordneten ebenso einmütig und entschieden im Abgeordnetenhaus zur Geltung gebracht werde.“

Die Beschlüsse der parlamentarischen Kommission des Polenklubs.

**Für Verhandlungen mit den Parteien und für
die Entfernung des Kabinetts Dr. v. Seidler.**

Wien, 11. Juni.

Die gestern in Krakau gefaßten Beschlüsse der parlamentarischen Kommission des Polenklubs lauten:

1. Das Präsidium wird von der parlamentarischen Kommission ermächtigt, Verhandlungen mit den parlamentarischen Gruppen anzuknüpfen, die wirksame Garantien gegen das Attentat auf die Unteilbarkeit Galiziens bieten, den Schutz der von der russischen Herrschaft befreiten Länder vor Annexionsabsichten sowie die Erfüllung aller vom Polenklub der Regierung gegenüber gestellten Landesforderungen sichern würden. Das Ergebnis der Verhandlungen wird dem Polenklub zur Genehmigung vorgelegt werden.

2. In Anbetracht dessen, daß die Regierung Dr. v. Seidler der polnischen Frage gegenüber eine direkt feindselige Haltung eingenommen hat, daß sie seit Beginn ihrer Tätigkeit, trotzdem der Polenklub dreimal die Annahme des Budgets im Reichsrate ermöglicht hat, trotz kategorischer Zusagen nicht einmal die aus der Pflicht des Staates gegenüber den Staatsbürgern fließenden Forderungen des Polenklubs erfüllt hat, daß sie in krasser Weise die Grundlagen der Erhaltung eines Friedens zwischen den Nationalitäten während des Krieges zerrüttete, daß sie in hohem Grade das parlamentarische Leben untergrub, daß sie das Staatsbewußtsein lahmlegt, erklärt sich die am 9. und 10. d. in Krakau tagende parlamentarische Kommission im Interesse des Staates für die Entfernung der Regierung Dr. v. Seidler.

3. Die parlamentarische Kommission fordert unbedingt die schnelle Einberufung des Reichsrates und protestiert im Vorhinein gegen alle Gelüste, ohne parlamentarische Kontrolle regieren zu wollen.

4. Der Termin und der Ort der nächsten Klub Sitzung wird dem Präsidium mit dem Beifügen anheimgestellt, daß auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung die Wahl des Klubobmannes zu stellen ist.

Die Auffassung in polnischen Kreisen.

Von führender polnischer Seite wird den „Polnischen Nachrichten“ hiezu mitgeteilt, daß die obigen Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Sie beinhalten ein Bekenntnis zum Staate, erklären sich für die Staatsnotwendigkeiten und für eine Verständigung mit den deutschen Parteien, welche allein imstande sind, die im ersten Punkte der Entschließung genannten Forderungen zu verwirklichen.

11. VII. 1918

Eine Unterredung mit dem Grafen Burián.

Der Wiener Korrespondent des „Az Est“ veröffentlicht heute eine Unterredung mit dem Minister des Äußern Grafen Burián. Der Minister äußerte sich über die Bedeutung der bevorstehenden Berliner Beratungen.

Die Reise des Grafen Burián wird zunächst von dem Wunsch des Ministers bestimmt, den leitenden Faktoren des verbündeten Deutschen Reiches einen offiziellen Antrittsbesuch zu machen.

„Mein Aufenthalt in Berlin“ — sagt Graf Burián — „wird voraussichtlich zwei Tage dauern. Daß wir bei dieser Gelegenheit den am 12. Mai eingeleiteten Gedankenaustausch fortsetzen werden, ist selbstverständlich.“

Die Richtlinien der in Aussicht genommenen verträglichsten Abmachungen stehen bereits fest. Es wird sich also jetzt darum handeln, zu Vereinbarungen über die einzelnen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen zu gelangen, aus denen sich das Problem der Vertiefung des Bündnisses zusammensetzt. Man dürfe natürlich nicht erwarten, daß der zweitägige Besuch des Ministers in Berlin bereits endgültige Ergebnisse zeitigen kann. Es werde sich vielmehr — wie Graf Burián betont — darum handeln, ein Programm und ein Kalendarium für die wei-

teren Beratungen aufzustellen, die allerdings möglichst rasch ihrem Ziel entgegengeführt werden sollen.

Das bestehende Bündnis dürfe eine Ausgestaltung im Sinne der allgemeinen Erwartungen erfahren. „Ich brauche nicht zu betonen,“ sagt der Minister, „daß auch das vertiefte Bündnis einen rein defensiven Charakter tragen wird. Alle Einzelheiten harren noch der Vereinbarung.“

In militärischer Beziehung wird es sich nach der Darstellung des Ministers vor allem darum handeln, die praktischen Lehren des Weltkrieges, wie sie sich schon aus dem Zusammenwirken verbündeter Truppen Tag für Tag ergeben, für unsere Heereseinrichtungen nutzbar zu machen. Unter allen Umständen wird natürlich — wie Graf Burián betont — die volle Selbstständigkeit der Verbündeten hinsichtlich ihrer Wehrmacht gewahrt bleiben.

Daß ein Waffenbund, den Oesterreich-Ungarn und Deutschland schließen könnten, eine allmähliche Abrüstung in der Zukunft erschweren würde, läßt Graf Burián nicht gelten. „Ich sehe nicht ein,“ sagt der Minister des Äußern, „inwiefern zukünftige Abrüstungsmöglichkeiten durch die Tatsache erschwert werden sollen, daß sich zwei Heere in ihren Einrichtungen ähnlicher geworden sind. Wenn sich aus diesem Kriege die Aussicht auf eine gleichmäßige, allmähliche Heeresreduktion aller Staaten ergeben sollte, so wird niemand eine solche mit größerer Genugtuung begrüßen und fördern als wir.“

Aber auch die wirtschaftlichen Vereinbarungen, die getroffen werden sollen, werden nach den Mitteilungen des Ministers ausschließlich dem Zwecke dienen, die einschlägigen Interessen der Verbündeten zu sichern und zu fördern, nicht aber, sich von der übrigen Welt abzuschließen. Auch der wirtschaftliche Bund soll der Welt kein feindseliges Gesicht zeigen, seine Zugänglichkeit und Ausnahmesfähigkeit wird durch die zu treffenden Abmachungen nicht beeinträchtigt. In dem zu begründenden System sollen die Türen offen sein.

Der Minister des Äußern weist sodann auf die Zusammenhänge hin, die zwischen dem Problem der Entwicklung des Bündnisses und der polnischen Frage bestehen. „Alle diese großen Fragen,“ sagt Graf Burián, „hängen innig und unlösbar zusammen. Die polnische Frage kann nur im innigen Einvernehmen der verbündeten Mächte gelöst werden, und die Lösung muß die gebührende Rücksicht auf die Interessen aller Beteiligten nehmen, sonst brächte sie nicht Beruhigung, sondern neue Schwierigkeiten. Es kann nicht unsere Absicht sein, uns im Nordosten einen neuen Wetterwindekel zu schaffen. Davon, daß die sogenannte austropolnische Lösung von deutscher amtlicher Seite abgelehnt oder von uns aufgegeben worden sei,“ erklärt der Minister auf eine diesfällige Frage, „ist mir nichts bekannt. Auch von der polnischen Frage wird jetzt in Berlin die Rede sein, und es werden natürlich auch die innerpolitischen Wirkungen, die jede Lösungsform nach sich ziehen kann, nicht zu übersehen sein.“

Graf Burián stellt nicht in Abrede, daß auch die schilawischen Fragen einen hohen Grad der Aktualität besitzen und daß er selbst sich mit diesen eingehend beschäftigt. Entgegen der in den letzten Tagen vielfach geäußerten Ansicht jedoch, daß die maßgebenden Faktoren sich bereits auf eine bestimmte Art der Lösung festgelegt hätten, betont Graf Burián, daß eine Entscheidung in keiner Hinsicht gefallen sei.

„Alle diese Probleme“ — sagt der Minister — „hat natürlich nicht erst der Krieg aufgeworfen. Mit diesen Fragen haben wir uns schon früher befassen müssen, aber die vier Jahre Krieg haben gleichsam eine Art Treibhausatmosphäre geschaffen, in der sie alle ein beschleunigtes Wachstum erlangt haben, so daß auch wir ihnen eine beschleunigte Behandlung angedeihen lassen müssen.“

Das Gespräch wendet sich nunmehr dem Thema des allgemeinen Friedens zu. Auf die Frage des Korrespondenten, ob Graf Burián, der bekanntlich der Urheber des ersten Friedensvorschlages an die kämpfende und leidende Menschheit im Dezember 1916 war, auch heute noch auf seinem damaligen Standpunkte des Verständigungsfriedens stehe, erwiderte der Minister: „Gewiß stehe ich auch heute auf dem gleichen Standpunkt. Unsere Friedensbereitschaft hat sich in nichts geändert. Die Monarchie sucht keine Annexionen, sie hat bisher vier Friedensverträge unterzeichnet, und kein einziger dieser vier Friedensschlüsse brachte uns das, was als Eroberung gedeutet werden könnte. Natürlich mußten wir bei dem Friedensschluß mit Rumänien, das uns überfallen hatte, darauf bedacht sein, unsere bis dahin ungeschützte Grenze zu sichern. Es ist, wie wenn jemand, der glaubte, sein Haus mit einer Türflinte gegen die Außenwelt geschützt zu haben, nun, eines Schlechteren belehrt, ein Dofisches Schloß an seiner Türe anbringt. Mit der „Unterjochung fremder Völker“ hat die Angliederung dieses nahezu unbewohnten Waldstreifens der Karpathenpässe nichts zu tun. Im übrigen haben auch die Rumänen wohl selbst den Eindruck gehabt, nicht zu hart behandelt worden zu sein.“

Allerdings ist der Minister der Ansicht, daß irgend ein neues Friedensangebot des Vierbundes an seine Gegner nicht in Frage kommen kann, so lange die leitenden Staatsmänner in den feindlichen Ländern noch Auffassungen huldigen, wie sie Lloyd George erst vorgestern wieder bei einem Festmahl in London vertreten hat. „Solange die feindlichen Staatsmänner so sprechen, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns entschlossen zu wehren. Aber an unserer inneren Friedensbereitschaft, an unserem ehrlichen Willen, zu einer Verständigung zu gelangen, wird dadurch nichts geändert.“

Wechsel im Ministerium des Innern.

Erhebung des Grafen Loggenburg durch Polizeipräsidenten Ritter v. Gayer.

Ernennung des Präsidenten Paul zum Minister.

Wien, 11. Juni.

Der Kaiser hat nachstehende Handschreiben erlassen:
Lieber Dr. Ritter v. Seidler!

In Genehmigung Ihrer Anträge gewähre Ich Meinem Minister des Innern Friedrich Grafen v. Loggenburg in Gnaden die erbetene Enthebung vom Amte. Gleichzeitig ernenne Ich den Präsidenten des Amtes für Volksernährung Ludwig Paul unter Vertraung mit der Leitung dieses Amtes zu Meinem Minister und den Präsidenten der Polizeidirektion in Wien Edmund Ritter v. Gayer zu Meinem Minister des Innern.

Hofzug, am 11. Juni 1918.

Karl m. p.

Seidler m. p.

Lieber Graf v. Loggenburg!

Zudem Ich Ihrer Bitte um Enthebung vom Amte Meines Ministers des Innern in Gnaden willfahre, gedenke Ich dankbar Ihrer vieljährigen, unter besonders schwierigen Verhältnissen entfalteten ausgezeichneten Tätigkeit. Ihr hingebungsvolles, von unermüdlichem Pflichteifer getragenes verdienstliches Wirken sichert Ihnen Meine warme Anerkennung und bestimmt Mich, Ihre Wiederverwendung im Dienste vorzubehalten.

Gleichzeitig verleihe Ich Ihnen tagfrei das Großkreuz Meines Leopolds-Ordens.

Hofzug, am 11. Juni 1918.

Karl m. p.

Seidler m. p.

Lieber Paul!

Ich ernenne Sie zu Meinem Minister und vertraue Sie mit der Leitung des Amtes für Volksernährung.

Hofzug, am 11. Juni 1918.

Karl m. p.

Seidler m. p.

Lieber Ritter v. Gayer!

Ich ernenne Sie zu Meinem Minister des Innern.

Hofzug, am 11. Juni 1918.

Karl m. p.

Seidler m. p.

Jahresversammlung der Waffenbrüderlichen Vereinigung.

Gestern fand unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Geheimen Rates Dr. Freiherrn v. Plener in Vertretung des durch militärische Dienstleistung verhinderten Präsidenten Fürsten Fürstenberg die diesjährige Generalversammlung der österreichischen Waffenbrüderlichen Vereinigung statt, welcher unter anderen die Geheimen Räte Dr. Vaerureither, Dr. Freiherr v. Eugel, Dr. Exner, Graf Stielmausegg, Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Dr. v. Wittel, der sächsische Gesandte Graf Kossig-Wallwitz, die Generaloberstabsärzte Dr. Thurnwald und Professor Pick sowie zahlreiche Vertreter juristischer und ärztlicher Vereinigungen und Hochschulprofessoren bewohnten.

Der Vorsitzende Dr. Freiherr v. Plener eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Waffenbrüderliche Vereinigung entstanden sei aus der festen Ueberzeugung von dem Werte und der Bedeutung des Bündnisses mit Deutschland, das nun in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung ausgebaut werden soll. Die Behauptung von gegnerischer Seite, daß der Bestand eines solchen festen Bündnisses ein Hindernis gegen die nach dem Kriege zu schaffende internationale Rechtsordnung und gegen einen alle Staaten gleichmäßig umfassenden Völkerbund bilde, beruhe auf einer ungerechtfertigten Annahme. Die Existenz gewisser Staatsgruppen hindert gar nicht, daß diese sich zu einer allgemeinen Vereinigung der Staaten zusammenschließen. Es werden politische Interessengegensätze und Spannungen zwischen den Staaten auch nach dem Kriege vorhanden sein, die eine Annäherung, beziehungsweise Entfremdung einzelner Gruppen hervorzurufen werden. Alle solche Einzelgruppierungen sind allerdings trennende Elemente, aber darum sind die Ideen einer friedlichen internationalen Rechtsordnung, einer friedlichen Austragung von Streitfragen durch Schiedsgerichte nicht von der Hand zu weisen und wird die Bereitwilligkeit hierzu durch einen vorherigen Zusammenschluß der Mittelmächte keineswegs geschwächt. So vielartig aber auch jene Zukunftsaufgaben sein mögen, so ist uns unsere unmittelbare gegenseitige Sicherung doch noch viel wichtiger und diese finden wir nur in festem Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich. Unsere Aufgabe ist es, die Annäherung lebendig zu erhalten und weiter zu entwickeln. Unser Verein hat es unternommen, auf einzelnen Gebieten der Kultur diese Annäherung zu pflegen, es soll womöglich eine gegenseitige Hilfe und Ausschilfe ermöglicht werden. Oesterreich wird nicht immer bloß der empfangende Teil sein, in vielen Belangen sind wir führend vorangegangen, wie im Zivilprozeß, im gewerblichen Unternehmensewesen, in manchen Teilen der Medizin, namentlich in jüngerer Zeit in der Kriegschirurgie, aber ebenso sind wir bereit, von Deutschland zu lernen. Es ist begreiflich, daß die Deutschösterreicher die Hauptarbeit verrichten, aber die Teilnahme anderer Nationalitäten ist uns nur willkommen. Ich habe mich letzten sehr gefreut, unter den Teilnehmern der letzten Konferenz der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine eine Anzahl tschechischer Vertreter aus Böhmen und Mähren zu sehen. Daß der Hauptcharakter der mitteleuropäischen Kultur vor deutschem Geiste erfüllt wird, ist einmal eine geschichtliche und geographische Tatsache, an der nationale Voreingenommenheit nichts ändern kann. Ebenso erwarten wir gute Erfolge von der Mitwirkung Ungarns, wo die Erkenntnis von dem Wert enger Beziehungen zu Deutschland große Fortschritte macht und hoffentlich wird es auch gelingen, Bulgarien und die Türkei heranzuziehen für Ziele, die eine gemeinsame Behandlung vertragen. (Lebhafter Beifall.)

Der vom Landesauschusse Graf Colloredo-Mansfeld erstattete Tätigkeitsbericht des Wollzugsauschusses hebt mit Genugtuung hervor, daß in rascher Folge sieben Fachabteilungen ins Leben gerufen wurden, und gibt der Zuversicht Ausdruck, daß in der nächsten Zeit die politischen Verhältnisse den Erstarben des waffenbrüderlichen Gedankens förderlich sein werden.

Es erstatteten sodann Tätigkeitsberichte namens der Abteilung für Recht- und Rechtspflege Dr. Franz Klein, namens der Abteilung für Städte- und Gemeinwesen Bürgermeister Dr. Weiskirchner, namens der Abteilung der Technik Dr. August Kann, für die Verzeabteilung Professor Dr. Tandler, namens der Fachabteilung für Fremdenverkehr Graf Stielmausegg und namens der Abteilung für Unterricht und Erziehung Professor v. Schwind, worauf Universitätsprofessor Dr. Alfons Dopf einen Vortrag über waffenbrüderliche Vereinigung und Mitteleuropa hielt.

12./VII. 1918

(Jahresversammlung der österreichischen waffenbrüderlichen Vereinigung.) Vorgesitern fand unter dem Vorsteher des Vizepräsidenten Geheimen Rat Dr. Freiherrn v. Plener die diesjährige Generalversammlung der Österreichischen waffenbrüderlichen Vereinigung statt, welcher zahlreiche Mitglieder beiwohnten. Der Vorgesitzende eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die waffenbrüderliche Vereinigung entstanden sei aus der festen Ueberzeugung von dem Werte und der Bedeutung des Bündnisses mit Deutschland, das nun in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung ausgebaut werden soll. Die Behauptung von gegnerischer Seite, daß der Bestand eines solchen festen Bündnisses ein Hindernis gegen die nach dem Kriege zu schaffende internationale Rechtsordnung und gegen einen alle Staaten gleichmäßig umfassenden Völkerbund bilde, beruhe auf einer ungerechtfertigten Annahme. Die Existenz gewisser Staatengruppen hindert gar nicht, daß diese sich zu einer allgemeinen Vereinigung der Staaten zusammenschließen. Es werden politische Interessengegensätze und Spannungen zwischen den Staaten auch nach dem Kriege

vorhanden sein, die eine Annäherung, bezw. Entfremdung einzelner Gruppen hervorrufen werden. Alle solche Einzelgruppierungen sind allerdings trennende Elemente, aber darum sind die Ideen einer friedlichen internationalen Rechtsordnung, einer friedlichen Austragung von Streitfragen durch Schiedsgerichte nicht von der Hand zu weisen. So wichtig aber auch jene Zukunftsaufgaben sein mögen, so ist uns unsere unmittelbare gegenseitige Sicherung doch noch viel wichtiger und diese finden wir nur in festem Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche. Der vom Landesauschusse Grafen Colloredo-Mansfeld erstattete Tätigkeitsbericht des Vollzugsausschusses hebt mit Genugthuung hervor, daß in rascher Folge sieben Fachabteilungen für Recht und Rechtspflege, für Technik, für Medizin, für Städte- und Gemeinwesen, für Fremdenverkehr, für Körperkultur und für Erziehung und Unterricht ins Leben gerufen wurden, die berufen sind, auf den verschiedenen Arbeitsgebieten mit den waffenbrüderlichen Vereinigungen Deutschlands und Ungarns Pühlung zu nehmen. Nach einem Rückblick über die wichtigsten Tätigkeitsergebnisse der Fachabteilungen gab Medner der Zuversicht Ausdruck, daß in der nächsten Zeit die politischen Verhältnisse dem Ersarken des waffenbrüderlichen Gedankens förderlich sein werde. Als Vorgesitzender der Abteilung für Recht und Rechtspflege unterbreitete Doktor Franz Klein der Versammlung einen kurzen Bericht, dem zu entnehmen ist, daß diese Abteilung sechzehn Gruppen mit 496 Mitgliedern umfaßt. Bürgermeister Doktor Weiskirchner sprach über die Tätigkeit der Abteilung für Städte- und Gemeinwesen, berichtete über die Wirksamkeit der dieser Abteilung angehörigen sieben Gruppen im letzten Jahre und konstatierte, daß die gemeinsamen Tagungen in Berlin und Wien als großer Erfolg des waffenbrüderlichen Gedankens auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung bezeichnet werden können. Namens der Abteilung der Technik berichtete Dr. August Kann, für die Ärzteabteilung erstattete Professor Dr. Tandler den Tätigkeitsbericht, wobei er mitteilte, daß im September in Budapest ein Kongreß stattfinden werde, auf dessen Tagesordnung die Frage der Ausbildung der Ärzte stehe. Graf Kielmanskog erwähnte in seinem Berichte als Vorgesitzender der Fachabteilung für Fremdenverkehr der im Abgeordneten- und Herrenhause auf diesem Gebiete vorbereiteten Aktionen und gab der Zuversicht Ausdruck, daß sowohl in der Türkei als in Bulgarien sich für die Förderung der Fremdenverkehrsbestrebungen das regste Interesse kundgeben werde. Als letzter Abteilungsvorstand sprach Professor v. Schwind über die vor kurzem gegründete Abteilung für Unterricht und Erziehung.

Beratung der deutschnationalen Parteien.

Die in Wien anwesenden Mitglieder des Leitungsausschusses der deutschnationalen Parteien hielten gestern nachmittags unter Vorsitz des Abgeordneten Waldner eine vertrauliche Beratung ab, der auch noch andere Verhandlungsmitglieder beizuhöhen. In dieser Beratung wurde die durch die Krakauer Beschlüsse der Polen geschaffene politische Lage eingehend erörtert. Wie eine parlamentarische Korrespondenz meldet, kam in dieser Sitzung in der schärfsten Weise der Unmut über das Vorgehen der Polen zum Ausdruck, und besonders die Tatsache, daß die Polen, wie sie ankündigen, mit den anderen Parteien des Hauses Verhandlungen zur Sicherung ihrer Forderungen anknüpfen wollen, erregt besonderes Bedenken. Es wurde betont, daß dieser Beschluß sehr durcheinander sei. Geradezu Empörung rief aber der Passus hervor, wonach die Polen gegen die Regierung Seidler den Vorwurf erheben, daß sie die Grundlagen der Erhaltung eines Friedens zwischen den Nationalitäten während des Krieges in trauriger Weise erschüttert haben; ein Vorwurf, der nach der Anschauung der Vertreter der deutschen Parteien weniger gegen die Regierung Seidler als vielmehr gegen die Deutschen gerichtet ist. Angesichts dieser Beschlüsse der Polen, die im direkten Gegensatz zu den Erklärungen stehen, welche die polnischen Vertreter bei den Gesellschaftsabend — die jüngst der Minister von Dwarowski veranstaltete — den Deutschen gegenüber gaben, erklären die Vertreter der deutschnationalen Parteien, nunmehr den Verkehr mit den Polen abzubrecchen und sich in keinerlei Verhandlungen mit ihnen mehr einzulassen.

12./II. 1918

Die innerpolitische Krise.

Durch die Strafayer Beschlüsse der parlamentarischen Kommission des Polenklubs ist die innerpolitische Krise bedeutend verschärft worden. Ein Zusammenarbeiten der Regierung Seidler mit dem Parlamente ist derzeit kaum denkbar. Entweder tritt die Regierung Seidler zurück, oder das Parlament bleibt vertagt. Das Kabinett Seidler hat keine Mehrheit, und es besteht auch keine Aussicht, daß in der kurzen Zeit, die noch zur Verfügung steht, eine solche zustande gebracht werden kann.

Seit der Vertagung des Reichsrates, die schon zu lange dauerte, hat sich die Situation fortgesetzt verschlimmert. Es hat sich naturgemäß viel Zündstoff angehäuft, der sich nirgends recht entladen konnte, und die zahlreichen geheimen Konventikel haben bei den meisten Parteien nur Mißtrauen und Unbehagen hervorgerufen. Dr. v. Seidler wollte eine Mehrheit aus Deutschbürgerlichen und Polen bilden. Da aber der Polenklub numerisch geschwächt ist, mußte auch auf die Ukrainer Rücksicht genommen werden. Die Polen werfen nun Dr. v. Seidler vor, daß er den Ukrainern Versprechungen über die Zerteilung Galiziens gemacht habe; sie verlangen seinen Rücktritt. Wenn auch das Verhältnis zwischen einem Teile der Deutschnationalen und Dr. v. Seidler ein sehr inniges geworden ist, so hätte sich darüber gewiß auch reden lassen. Nun haben aber die Polen verkündet, daß sie auch mit den anderen parlamentarischen Gruppen in Unterhandlung treten wollen, also auch mit den Tschechen und Südslawen, und auf diese Weise gleichsam auch den deutschen Parteien das Mißtrauen in ihre Haltung zur galizischen und polnischen Frage ausgesprochen. Die Deutschen sind darüber begreiflicherweise verstimmt, und die Ukrainer erst recht aus der Ruhe gebracht. Die Verhandlungen, die Minister Dr. v. Twardowski zwischen Deutschen und Polen eingeleitet hatte, sind dadurch gestört, ja vielleicht resultatlos beendet.

Es ist eine Majorität gegen die Regierung Seidler vorhanden, eine Majorität, mit der aber keine andere Regierung, so lange sie den österreichischen Standpunkt nicht verläßt, arbeiten könnte. Daß der Polenklub der Regierung Seidler vorwirft, sie habe die Grundlagen der Erhaltung des Friedens zwischen den Nationalitäten zerrüttet, läßt eine Unterstützung der tschechischen Aktion gegen die Kreisverordnung durch die Polen erwarten. Wenn die Polen auf dem eben betretenen Wege weiterstreiten würden, kämen sie natürlich bei der notwendigen Zurückweisung staatsfeindlicher parlamentarischer Vorstöße der Tschechen und Südslawen in eine schwierige Lage. Wohl hat die Volkversammlung des Polenklubs diese Beschlüsse seiner parlamentarischen Kommission noch nicht ratifiziert, und es bleibt noch immer eine schwache Hoffnung, daß die Polen noch Umkehr halten werden; anders wäre dieses Parlament auch im Herbst nicht denkbar. Der bisherige Gang der Ereignisse rechtfertigt nicht die Hoffnung, daß die Regierung Seidler im Herbst anders dastehen wird als jetzt.

Deffenungeachtet dürfte sie, wie die Dinge jetzt liegen, bis auf weiteres im Amte bleiben — auch ohne Parlament; ob alle Mitglieder des Kabinetts die parlamentarische Aera mitzumachen geneigt sind, ist noch nicht bekannt. Gestern wurde die Demission des Ministers des Innern Grafen Loggenburg vom Kaiser angenommen; ob und inwieferne sie mit der parlamentarischen Situation im Zusammenhange steht, wurde weder amtlich noch halbamtlich mitgeteilt. Der Kaiser hat gestern im Hofzug den Vortrag des Ministerpräsidenten über die Lage entgegengenommen und die Handschreiben über den Rücktritt des Grafen Loggenburg, sowie über die Ernennung des Polizeipräsidenten Dr. Ritter v. Gaher zum Minister des Innern und des Hofrates Paul zum Ernährungsminister unterfertigt.

Die Krisis in Oesterreich.

Infolge der von uns bereits mitgeteilten Krakauer Beschlüsse des Polenklubs hat sich der österreichische Ministerpräsident v. Seidler mit deutschen Parteiführern in Verbindung gesetzt, um in Erfahrung zu bringen, wie sie sich den Krakauer Beschlüssen gegenüber zu verhalten gedenken. Es verlautet, daß die deutschen Parteien eine Demission des Kabinetts Seidler im gegenwärtigen Augenblick als Kriegsfall betrachten würden. In führenden Kreisen der deutschen Parteien wird daher erklärt, daß die Deutschen jedem neuen Ministerium die Unterstützung verweigern müßten, wenn infolge der Polenbeschlüsse das Kabinett Seidler zur Demission gezwungen würde. Was die Rückwirkung auf die parlamentarische Sommertagung betrifft, so ist diese sehr unwahrscheinlich geworden; insbesondere ist jede Möglichkeit für den Aufbau einer Regierungsmehrheit geschwunden. Die bereits angebahnten Verhandlungen zwischen den Deutschen und Polen sind durch die Krakauer Beschlüsse vollkommen illusorisch gemacht. In deutschen Parteikreisen besteht eine starke Stimmung, die weiteren Verhandlungen mit dem Polenklub abzubrechen.

Im übrigen wird es, wie uns unser Wiener Sonderberichterstatter telegraphiert, als rein zufälliges Zusammentreffen bezeichnet, daß das Ministerium Seidler sich denselben Tag rekonstruiert, an dem der Polenklub den Rücktritt Seidlers fordert. Die Demission des Innenministers, Grafen Toggenburg, wurde in politischen Kreisen seit einiger Zeit erwartet; seit der Kurs des Kabinetts Seidler in nationaler Beziehung ein festerer wurde. Toggenburg galt als Vertreter der Vermittlungstheorie im Kabinett, aus dem er jetzt als Opfer dieses Kurses ausscheidet. Gegen ihn namentlich hatte sich die Mißstimmung der Deutschen gerichtet. Toggenburg zählte insbesondere in den Kreisen Deutschböhmens viele Gegner, die durch die in der Verordnung über die Kreisregierung enthaltenen Härten hauptsächlich zu leiden hatten und sie auf Toggenburgs Eingreifen zurückführen. Im Zusammenhang damit bestanden schon länger Meinungsverschiedenheiten zwischen Toggenburg und dem Statthalter Böhmens, Grafen Coudenhove.

Was die durch den Beschluß des Polenklubs heraufbeschworene Krise betrifft, so macht sich ihre Wirkung nach zwei Richtungen geltend: erstens auf die Stellung des Kabinetts Seidler im ganzen, zweitens auf die Frage der Sommertagung des Parlaments. Was die persönliche Stellung Seidlers betrifft, so ist bisher keine Demission erfolgt, kann aber jeden Augenblick eintreten. Jedoch scheint festzustehen, daß Seidler das vollste Vertrauen der Krone besitzt. Auch ist zurzeit niemand im Vordergrund, der die Kabinettleitung oder -neubildung übernehmen könnte.

Die Nachrichten aus Oesterreich lauten nachgerade Tag für Tag gleich unerspreizlich. Es ist andertennbar, daß Vorgänge ernstester Art sich vorzubereiten beginnen. Nach welcher Richtung, lehren die Ausführungen A. H. E. Tays-Lors, eines vorzüglichen Kenners der österreichisch-ungarischen Verhältnisse, in der Mainummer der „Fortnightly Review“, der die Auflösung der Monarchie in völlig selbstständige Nationalitätenstaaten als Kriegsziel der Entente entwickelt.

14. Jhr. 1918

Der Deutsche Volkstag.

Zum bevorstehenden Deutschen Volkstag in Wien sind neuerlich folgende Begrüßungen eingelangt:

Liebwerte Volksgenossen!

Zuvörderst treudeutschen Gruß aus dem Rärntner Lande, aus Villach, wo durch den ersten Volkstag der Anfang gemacht wurde, unser Geschick selbst in die Hand zu nehmen und laut zu sagen, was des deutschen Volkes Wille und Begehrt ist. Glück und Heil für einen einmütigen und machtvollen Verlauf der Tagung Deutschösterreichs, auf daß es endlich einig und eisenhart seine Scholle schütze und schirme, als eigener Herr im Hause Ordnung halte und gehört werden will, wenn es gilt, Volkes Wohl und Zukunft über alles zu stellen! Wir erwarten vom Wiener Volkstage, daß ganz unzweideutig und bedingungslos nach Oben ein entschiedenes: „Bis hierher und nicht weiter!“ wie ein Donnerhall erkalle, ein ernster Mahruf in letzter Stunde, mit dem freisinnigsten Deutschvolke kein unverantwortliches Spiel zu treiben, sondern Treue um Treue, auch diesem Volke zu geben, was des Volkes ist, nachdem es bisher über Gebühr dem Kaiser gab, was des Kaisers ist. Wir wissen, daß wir ohne Oesterreich nicht untergehen werden, wir wissen aber auch, daß Oesterreich ohne seine staatsstreuen Deutschen zugrunde gehen muß, also verlangen wir nichts mehr oder weniger, als daß der Staat auf sein Fortbestehen Bedacht nehme. Tut er es nicht oder fehlt der kräftige Wille dazu, dann mag er seine eigene Saat zu seinem Verderb aufgehen sehen, wir aber werden wissen, daß von nun an nur mehr kräftigste Volkspolitik für ein Alldeutschland uns von Neuz und Frommen sein kann. Kein Fußbreit deutscher Scholle, kein Teilchen deutschen

Rechtes darf geopfert werden. In unserer Schicksalsstunde gilt einzig die Lösung: Biegen oder Brechen!

Die Südmärker Villachs
als treudeutsche Wacht an der Drau.

Der Deutschpolitische Verein für Graupen und Umgebung begrüßt die Abhaltung eines Volkstages auf das freudigste und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß es hoffentlich in letzter Stunde gelingen möge, durch Einigkeit alle dem deutschen Volke in Oesterreich notwendigen Belange durch eine machtvolle Willenskundgebung zur Erfüllung zu bringen.

Durch den Ausbau unseres B u d n i s s e s mit dem Deutschen Reiche, die Festlegung der deutschen Staatsprache als Capfeller eines Neuösterreichs, mögen die Deutschen endlich die ihnen gebührende Stellung in diesem Staate erlangen, was nur dem Staate selbst, dem sie solche Opfer gebracht, in erster Linie zu un H e i l e gerolchen würde.

Deutschböhmen soll frei von tschechischer Bevormundung sein und nicht durch Hunger elend zugrunde gehen. Wucher und Schleichhandel sollen aufs neue öffentlich gebrandmarkt werden.

Unsere Abgeordneten werden aufgefördert, in radikalster Abwehr geeint beisammenzutreten, bis die deutschen Forderungen restlos erfüllt sind.

Aus Mähr.-Kromau, 15. d. M., wird gebrachtet:

Die deutsche Gemeindevorstellung der Stadt Mähr.-Kromau anbietet dem Deutschen Volkstag in Wien treudeutschen Heilgruß. Möge er zu einer machtvollen Kundgebung des Einheitsgedankens des deutschen Volkes in Oesterreich werden, das sich als der treueste und verlässlichste Hort unseres Vaterlandes Oesterreich in den Tagen der schwersten Not erwiesen hat und das den Capfeller des unerschütterlichen Bundes mit unserem starken Bundesgenossen, dem uns treu verbundenen Deutschen Reiche bildet. Oesterreich und Deutschland treu vereint, erzwingen den Sieg gegen eine Welt von Feinden. Bürgermeister Dr. K a n t a l.

Beim Wiener Volkstage wird auch Professor Edgar Meyer aus Innsbruck sprechen.

Die von den Bezirksorganisationen und Vereinen gestellten Ordner werden ersucht, sich Sonntag den 16. d. M. um dreiviertel 7 Uhr abends im Grünen Tor, Lerchenfelderstraße 14, einzufinden. Armbänder und sonstige Abzeichen sind von den Vereinen beizustellen, da eine Beschaffung einheitlicher Abzeichen derzeit unmöglich ist.

Die gefertigte Zeitung ersucht alle Wiener Südmärker an dem Sonntag den 16. Juni 1918 um 9 Uhr vormittags in der Volkshalle des Neuen Rathauses stattfindenden Deutschen Volkstag teilzunehmen.

Es ist Pflicht eines jeden Deutschösterreichers, bei dieser allgemeinen großen Kundgebung zu erscheinen.

Gleichzeitig wird bemerkt, daß Sonnabend den 15. Juni 1918 ein Begrüßungsabend beim Grünen Tor, Wien, 8., Lerchenfelderstraße 14, für die von auswärts kommenden deutschen Volksgenossen stattfindet.

Südmärkgau Wien,
8., Schlüsselgasse 11.

Josef Roberich Redl. Hans Karl Pleßta.

Mitteilung des Allgemeinen deutschen Hochschulausschusses.

Der Allgemeine deutsche Hochschulausschuss bringt nochmals zur Kenntnis, daß am Sonnabend den 15. d. M. um dreiviertel 12 Uhr in der Aula der Universität ein allgemeiner „Bummel“ stattfinden wird, der sich, in engster Anlehnung an den am Sonntag stattfindenden Deutschen Volkstag, zu einer geschlossenen Kundgebung der Wiener deutschnationalen Studentenschaft gestalten soll.

Vollzähliges Erscheinen ist unerlässlich!

14./VII. 1918

Neuerlicher Ministerrat.

Heute abend fand abermals unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler ein Ministerrat statt. Er währte von 5 bis nach $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends. Es wurde die gestrige Beratung fortgesetzt.

Die Tschechen und das Parlament.

Heute vormittag begaben sich in Vertretung des Tschechischen Verbandes dessen Vizepräsident Reichsratsabgeordneter Fabermann und der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Lusa zum Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler. Die Vertreter des Tschechischen Verbandes begründeten in einer längeren Unterredung die Notwendigkeit der unverzüglichen Einberufung des Parlaments und erklärten, daß der Tschechische Verband sich zwar für die kommende Parlamentsession völlig freie Hand vorbehalte und sich in seinen Aktionen gegen die Regierung wegen deren letzten Taten in keiner Weise beschränken lasse, daß er aber auf parlamentarischem Boden verbleiben werde. Zum Schlusse brachten die Vertreter des Tschechischen Verbandes die letzten Ereignisse in Böhmen zur Sprache.

Innerpolitisches.

Der Polenklub und der Reichsrat.

Die Deutschböhmisches Korrespondenz meldet: Es sind Bemühungen im Zuge, für die nächsten Tage eine Sitzung des Polenklubs nach Wien einzuberufen. Der gegenwärtige Obmann des Polenklubs hat alle Vollmachten zur Einberufung des Klubs. Man erwartet sich von einer Versammlung des Polenklubs eine Interpretation der Krakauer Beschlüsse der parlamentarischen Kommission, die ein weiteres Verhandeln mit den Polen möglich macht. Insbesondere wäre mit einer Einberufung des Polenklubs die Absicht verbunden, zu den deutschen Parteien, bei welchen die Zustimmung für die Krakauer Beschlüsse besonders stark ist, eine neue Verhandlungsbrücke zu schlagen.

In polnischen Kreisen, selbst auch bei den gemäßigten Abgeordneten, werden die Aussichten der Einberufung des Polenklubs sehr skeptisch beurteilt. Man glaubt, daß unter den gegebenen Verhältnissen es an sich sehr schwierig wäre, den Polenklub vollständig nach Wien zu versammeln. Auch erscheint es zweifelhaft, ob die Anhänger einer Verständigung im Polenklub stark genug sind, eine Aenderung der Krakauer Beschlüsse in diesem Sinne durchzusetzen.

Sollte die Einberufung des Polenklubs erfolgen, so würde die Entscheidung über die Einberufung des Reichsrates auf die nächste Woche hinausgeschoben werden, im andern Falle würde die Entscheidung schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Die innerpolitische Lage.

Wien, 13. Juni. Die innerpolitische Situation hat heute keine Veränderung erfahren. In unverbindlichen Besprechungen zwischen führenden Mitgliedern der deutschböhmischen Parteien wurde die Notwendigkeit der engeren Fühlung und des engeren geschlossenen Vorgehens aller deutschböhmischen Parteien in der gegenwärtigen Krise betont.

Deutschnationaler Verbandsausschuß.

Der Verbandsausschuß war heute den ganzen Tag über versammelt, um die Anträge für die morgige Vollversammlung der deutschnationalen Parteien vorzubereiten. In der Beratung des Verbandsausschusses zeigte es sich, daß die Politik, die bisher von den führenden Abgeordneten, die mit dem Ministerpräsidenten während der Parlamentspause in Fühlung gewesen sind, befolgt wurde, auch von der weitans überwiegenden Mehrzahl der übrigen deutschnationalen Abgeordneten gebilligt wurde. Es konnte sich also von vornherein nur um das weitere tatsächliche Vorgehen handeln, da über die meritorischen Fragen im Verbandsausschuß selbst keine Meinungsdivergenz besteht.

Bei der Formulierung der Entschliebung, die morgen der Vollversammlung vorgelegt werden soll, mußte in Betracht gezogen werden, daß die Stellung des Kabinetts Seidler nunmehr ausschließlich von der Haltung der deutschen Parteien abhängt. Es müssen daher bei den Beschlüssen der morgigen Vollversammlung drei Punkte berücksichtigt werden: das Verhalten der deutschnationalen Parteien zum Kabinett Seidler, ihre Stellung zum Parlament, beziehungsweise der Einberufung des Reichsrates, und ihre Stellung zu den Polen, mit denen die deutschen Parteien vor den Arafauer Beschlüssen in Verhandlungen über eine Annäherung gestanden sind.

Der Wortlaut der Entschliebung wurde von einem Redaktionskomitee festgesetzt und vom Vorstand genehmigt.

Der Inhalt der Entschliebung.

Ueber den Inhalt der Entschliebung, die morgen vom Verbandsausschuß der Vollversammlung der deutschnationalen Parteien zur Beschlusfassung vorgelegt werden soll, verlautet: Die Kundgebung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß durch die Arafauer Beschlüsse des Polenklubs die Mehrheitsbildung im Abgeordnetenhaus unmöglich gemacht werde. Die deutschnationalen Abgeordneten wollen das Parlament, aber was der Staat braucht und was er, wenn er von den slawischen Parteien im Stiche gelassen wird, sich für die nächsten Monate selbst verschaffen müssen, das wird ihm auch ohne Parlament gesichert werden müssen. Außerdem soll in der Kundgebung das Festhalten an dem bisherigen Kurs und damit dem

Ministerpräsidenten Seidler das Vertrauen ausgesprochen werden.

Morgige Parteiberatungen.

Morgen vormittags treten die einzelnen deutschnationalen Parteien zu separaten Beratungen zusammen. Um 2 Uhr nachmittags versammelt sich der Verbandsausschuß zur endgültigen Formulierung der Entschliebung; eine Stunde später findet die Vollversammlung sämtlicher deutschnationalen Parteien statt. Auch die Ukrainer treten morgen zu einer Vollversammlung zusammen, um zu den gegenwärtigen politischen Lage Stellung zu nehmen. Der Vorstand der christlichsozialen Vereinigung wurde für Dienstag den 18. d. 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung einberufen. Die Vollversammlung der Polen ist noch nicht einberufen.

Die Vertreter der Tschechen beim Ministerpräsidenten.

Ueber die heutige Konferenz der Tschechen beim Ministerpräsidenten wird von tschechischer Seite folgendes Communiqué veröffentlicht: Heute vormittags besaßen sich in Vertretung des tschechischen Verbandes dessen Vizepräsident Wä. Sobermann und der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Tuzar zum Ministerpräsidenten Dr. K. v. Seidler. Die Vertreter des tschechischen Verbandes betonten in einer längeren Unterredung die Notwendigkeit der unverzüglichen Einberufung des Parlaments und erklärten, daß der tschechische Verband sich zwar für die kommende parlamentarische Session völlig freies Hand vorbehält und sich in seinen Aktionen gegen die Regierung wegen ihrer letzten Taten in keiner Weise beschränken lassen werde, daß er aber auf parlamentarischen Boden bleiben werde. Zum Schluß brachten die Vertreter des tschechischen Verbandes die letzten Ereignisse in Böhmen zur Sprache.

14. VII. 1918

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über Regierung und Reichsrat.

In Neulerchenfeld fand vorgestern eine Versammlung statt, in der Bürgermeister Dr. Weiskirchner ausführte: Die Not und der Druck der Kriegszeit werden noch erhöht durch die fesselnde Depression über unsere tröstlose inner-

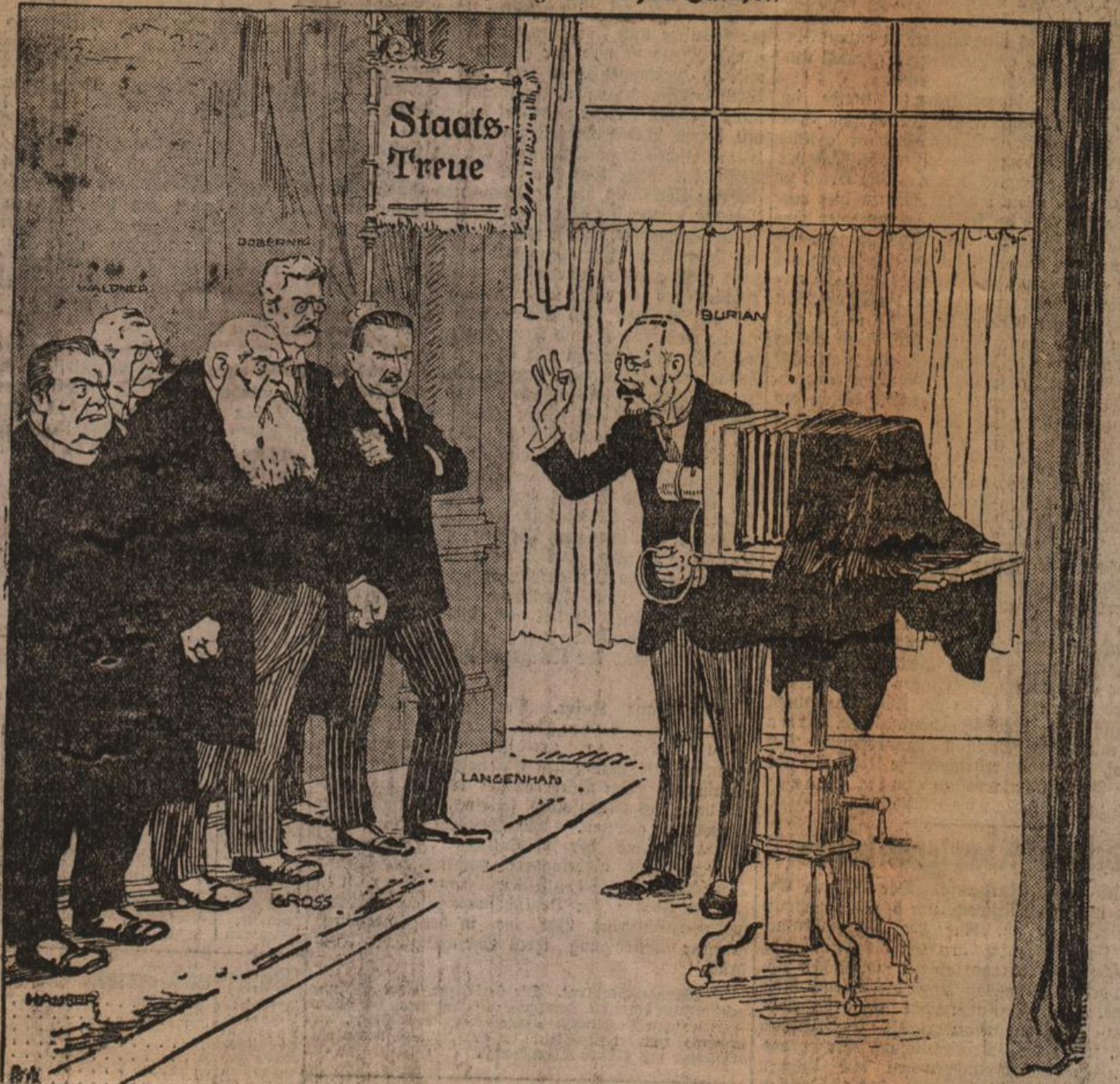
Die Regierung braucht das Parlament nicht nur für ordnungsmäßigen Erledigung des Budgetprovisoriums, nicht nur für die Bewilligung der Kriegskredite, sie braucht das Parlament auch für alle jene Maßnahmen, welche im Gefolge des Krieges zur Hebung der Volkswirtschaft sowie zur Beseitigung sozialer Mißstände erforderlich sind. Ich verweise auf die Arbeiten des Deutschen Reichstages. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinde, aber auch der Regierung ist die Fürsorge für den Wohnungsmarkt. Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in einer seiner letzten Sitzungen über die Maßnahmen beraten und beschlossen, wie der drohenden Wohnungsnot in Wien zu begegnen sei, hat aber ausdrücklich erklärt, daß es über die Macht und über die Geldmittel der Gemeinde hinausgehe, alle diese Maßnahmen aus eigenem durchzuführen, und daß es Pflicht der Regierung sei, helfend einzugreifen. Diese Hilfe kann ich mir aber nicht von einer § 14-Regierung erwarten, sondern nur von einer dem tagenden Parlament verantwortlichen Regierung.

politische Lage, durch die unsichere, schwankende Haltung der Regierung, ihre wiederholten Mißgriffe in der Ernährungsfrage und durch das Herabfallen auch sozial höherstehender Mittelständler aus der gewohnten Lebenshaltung in proletarische Verhältnisse. Um so größere Anerkennung verdient daher die Geduld und Opferwilligkeit unserer Wiener Bevölkerung. Männer und Frauen wetteifern. Hat ad hoc Ihnen! Daneben macht sich allerdings ein erbärmliches Proletariat breit, das diesen unseligen, männermordenden Krieg als ein gutes Geschäft ansieht, als eine Quelle fetter Gewinne. Ich verkenne auch nicht die schweren sittlichen Schäden, welche durch diese Gesellschaft in die deutsche christliche Bevölkerung Wiens getragen werden. Schwer ist die Zeit und gewaltig, wehe, wenn wir ihr nicht gewachsen sind, wie sollten wir dann den Kriegerkampf bestehen?

Wir Deutschen müssen den Kampf bestehen. Solange das Kreuz des Stephansdomes in sonniger Dämmerung glänzt, solange werden Wiener Bürger für den deutschen Charakter und für die Stellung Wiens als Reichshauptstadt eintreten; wir werden kämpfen, daß diese alte Kulturstätte deutschen Geistes und deutscher Kraft unserm Volkstum nicht entrissen werde, wir werden auch unentwegt für unser Vaterland eintreten. Als Österreicher sind wir geboren. Österreicher wollen wir bleiben! Wir sind aber auch treue Söhne unseres deutschen Volkes, und ich erkenne es als eine der wichtigsten Programmpunkte unserer Zeit, daß die Deutschen ohne Unterschied ihrer Parteirichtung zusammenhalten und das Wort Ardinghousens: Seid einig! getreulich befolgen.

Wir Deutschen legen offen und ehelich unser Bekenntnis zum Staate ab, verwahren uns daher gegen alle Bestrebungen der Tschechen und Südslawen, welche auf die Zerstückelung Österreichs hinarbeiten. Wir bekennen uns aber ebenso offen zum Ausbau unseres Bündnisses mit Deutschland, dessen Vertiefung in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung uns notwendig erscheint. Wir verlangen aber auch endlich eine Regierung, die mit harter Hand und unbeugsamem erstem Willen das Steuerrad des Staates lenkt und einseht, daß den Deutschen die führende Rolle im Reiche gebührt. Wir verlangen eine Regierung, die mit sozialem Verständnis die Wunden, die der Krieg in der Volkswirtschaft geschlagen hat, sich zu heilen bemüht. Wir verlangen aber auch eine Regierung, die mutig dem Parlament entgegentritt. Ich würde die Ausschaltung des Parlaments nicht nur als einen schweren Fehler der Regierung Seidlers, sondern auch als ein Unglück für den Staat betrachten. Ich hoffe aber auch, daß die deutschen Abgeordneten im wohlverstandenen eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Bevölkerung, die sie vertreten, nichts unternehmen, was sie an der Ausschaltung des Parlaments mitschuldig erscheinen läßt.

„Bitte, machen Sie ein freundliches Gesicht!“
(Originalzeichnung von Theo Zlathe.)



Amtlicher Bericht unseres Generalstabes.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet: Amtlicher Bericht. Ausgegeben am 23. April. Keine besonderen Ereignisse. Der Chef des Generalstabes.

Meldung der deutschen Obersten Heeresleitung.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet aus Berlin: Hauptquartier, 23. April. Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfelde blieb die Gefechtsstätigkeit nach zeitweilig auflebendem Artillerietamp und örtlichen Infanterieunternehmungen beschränkt. Die englische Infanterie war namentlich zwischen Lens und Albert sehr tätig. Erkundungsabteilungen, die an zahlreichen Punkten gegen unsere Linie vorstießen, wurden überall zurückgeschlagen. Vergeblich versuchte der Feind mit starken Kräften, das am 21. April im Walde von Abelu verlorene Gelände wieder zu gewinnen und beiderseits der Straße Bouzincourt-Abelu die Bahn nördlich von Albert zu gewinnen. In mehrfachem verlustreichen Ansturm büßte er Gefangene ein.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung. In den letzten beiden Tagen wurden dreißig feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Budler erlangte seinen 32., Leutnant Renkhoff seinen 25. Luftsieg.

Makedonische Front.

Zwischen Ohrida und Prespaje sowie nordwestlich von Monastir Artillerie- und Minenkampf. Deutsche Abteilungen stehen westlich von Rakowo in die französische Stellung vor. Bulgarische Truppen wehrten südlich vom Doiransee englische Zeilangriffe ab. Einige Franzosen und Engländer wurden gefangen.

Der erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Anmeldung des Rücktrittes des Kabinetts Wekerle im Abgeordnetenhaus.

Eine Kundgebung der Bündnistreue.

Budapest, 23. April.

Ein sonniger Frühlingstag grüßte heute das nach längerer Pause wieder zusammentretende Abgeordnetenhaus. Nicht diese harmlos freundige Stimmung des heiteren Tages herrschte in den Wandelgängen des Abgeordnetenhaus. Ernste Erwartung, zurückhaltendes Schmeicheln zeichneten die Haltung, die die Gruppen in den Couloirs vor Beginn der Sitzung einnahmen.

Als das Glockenzeichen die Abgeordneten in den Sitzungsraum rief, sah man vor dem Tisch des Hauses den Grafen Albert Apponyi im angeregten Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle. Auf der Ministerbank fehlte Dr. Wilhelm Vajsonyi. Der designierte Ministerpräsident Josef Esterenyi plauderte mit Stefan v. Rakovszky, dann mit anderen Politikern. Der unruhig-ernsten Stimmung des Hauses schmiegte sich in Ton und Geste die Erklärung an, in der später Dr. Alexander Wekerle in lautloser Stille des Hauses den Rücktritt seines Kabinetts und die Motive dieses Rücktrittes in knapper, plastischer Weise mitteilte und um die Erledigung der durch den Finanzminister Dr. Alexander Popovics eingebrachten Vorlage über das Budgetprovisorium ersuchte.

Bevor das geschah, hatte eine Enunziation von der Estrade des Präsidenten dem Hause Gelegenheit zu einer begeisterten Kundgebung für das uns innig verbündete Deutsche Reich gegeben. In Anknüpfung an die jüngsten deutschen Waffensiege beantragte Präsident Karl v. Szász die Absendung einer telegraphischen Begrüßung an den deutschen Reichstag. In Begründung dieses Antrages gedachte der Präsident der glorreichen Kämpfe, in denen das verbündete Deutsche Volk auf dem westlichen Kriegsschauplatz Sieg um Sieg feiert. Er betonte, daß unser Volk in voller Erkenntnis der historischen und politischen Tragweite des Bündnisses,

das uns mit dem Deutschen Reich verknüpft, im Geiste und mitstrebend in unverbrüchlicher Treue die vorwärts rauschenden Fahnen des Freundes begleitet. Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses hat diesen Empfindungen unseres Volkes heute auch in einer Begrüßungsdepesche Ausdruck verliehen und das Abgeordnetenhaus bekundete seine Zustimmung durch ostentative Zeichen begeisterter Bündnistreue.

Der Bericht des Präsidenten berührte den Wechsel in der Leitung des Ministeriums des Neuhern. Dann klang ein Afford wehmütigen Gedankens durch den Saal. Präsident Karl v. Szász gedachte des Ganges Baron Ludwig Sängs, eines Politikers, dessen freundliches Andenken in diesem Hause dieser Generation wohl immer unvergänglich bleiben wird. Behnützig teilnahmsvoll empfand das Haus auch die Schmerzlichkeit der Mitteilung, daß sein lebenswürdiges Mitglied Martin Szilvási in der Ruhezeit des Hauses verschieden ist.

Das Haus trat in eine Debatte über die Rücktrittserklärung des Kabinetts Wekerle ein. Als erster Redner ergriff Abgeordneter Geza Polonhi das Wort, der die Personalfragen und die staatsrechtlichen Momente der Krise, sowie ihre Lösung erörterte. Er verwies auf Möglichkeiten, die eine Lösung der Krise fördern sollten, und seine kritischen Betrachtungen entbehrten oft nicht der zureichenden Nüchternheit.

Es folgte eine Rede des Grafen Michael Karolyi, der aus dem Bilde der Lage alle Argumente herausgriff, die für die Unversöhnlichkeit und Unausgleichbarkeit der Gegensätze sprachen.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle setzte sich mit den juristischen Argumentationen Geza Polonhis auseinander. Er hob am Schlusse seiner Ausführungen hervor, daß die Regierung keinesfalls versucht habe, den Schein zu erwecken, als wäre sie im Besitze der Macht, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, obgleich sie über diese Macht nicht verfügt hätte. Die Regierung, so stellte Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle fest, sei allerdings im Besitze des Rechtes gewesen, die Auflösung des Hauses zu verfügen, doch hätten politische Verhältnisse und Umstände den in der Demissionserklärung der Regierung seinerzeit bezeichneten Einfluß auf die Möglichkeit des Gebrauchs dieses Rechtes geübt.

Die feierliche Kundgebung, in der der Präsident des Abgeordnetenhauses in bereits geschilbeter Weise der Treue zum Bündnis mit dem Deutschen Reich Ausdruck gab, fand eine Fortsetzung in der kurzen Rede, mit der Graf Stefan Tiba dann in die Debatte eingriff. Der Führer der Partei der nationalen Arbeit betonte, daß nur ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung ihn dazu bewege, heute, da das Kabinett demissioniert hat, das Wort zu ergreifen. Dieses Ereignis ist der Wechsel in der Leitung des Ministeriums des Neuhern. Im Namen der großen Mehrheit des Hauses sprach Graf Stefan Tiba dem früheren Minister des Neuhern Grafen Czernin die Anerkennung für dessen Geschäftsführung aus. Dann hob er hervor, es sei ein wichtiges öffentliches Interesse, festzustellen, daß die Neubesetzung in der Leitung des Auswärtigen Amtes keinesfalls eine Aenderung in der Richtung der Geschäftsführung bedeute oder bedeuten könne. Die Persönlichkeit des Nachfolgers des Grafen Czernin, Baron Burian, biete Garantien dafür, daß einerseits das Streben nach einem ehrenvollen Frieden im Auswärtigen Amte lebendig bleiben werde, und daß andererseits Baron Burian unerschütterlich festhalten werde an dem Bündnis, das uns mit dem Deutschen Reich nicht nur heute verknüpft, sondern auch künftig ein Eckstein der auswärtigen Politik der Monarchie bleiben muß.

Die überwältigende Mehrheit des Hauses begrüßte die Ausführungen des Grafen Stefan Tiba mit brüllenden Oeffenrufen.

Noch einmal erhob sich Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle. Er verwies auf die große Friedensliebe des Königs und auf die Solidarität der Auffassungen, die hierüber zwischen dem König und dem deutschen Verbündeten stets bestanden hat. Diese Solidarität der Auffassungen wollten unsere Feinde lockern, indem sie ein Schreiben unseres Königs fälschlich so veröffentlichten, daß sie hofften, der Innigkeit des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses auf solchem Wege Abbruch tun zu können. Der Ministerpräsident hat persönlich Gelegenheit gefunden, feststellen zu können, daß dieses Schreiben unseres Königs in seiner richtigen Form nicht im geringsten gegen die Festigkeit unseres Bündnisses ausgelegt werden konnte. Der Rücktritt des Grafen Czernin ist ausschließlich erfolgt, weil der frühere Minister des Neuhern die Empfindung hatte, daß er das Vertrauen des Königs nicht in dem Maße genieße, als ihm das zur Fortführung der Geschäfte erforderlich erschien. Den Ausführungen des

Grafen Stefan Tiba betreffend die unveränderte Festigkeit und Unererschütterlichkeit unseres Bündnisses mit dem Deutschen Reich schloß sich der Ministerpräsident an, indem er hervorhob, daß diese Unveränderlichkeit unseres Bündnistreue fest ruhe außer in den Gefühlen des Herrschers auch in den unveränderten Empfindungen der Völker der Monarchie, vor allem des ganzen ungarischen Volkes. Das Haus schloß sich dieser Feststellung durch eine begeisterte Zustimmungskundgebung an. Mit diesem freundlichen Afford wurde die heutige Sitzung geschlossen. Das Haus wird morgen um 10 Uhr wieder zusammentreten.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Karl v. Szász

eröffnet um drei Viertel 11 Uhr die Sitzung. Schriftführer: Koloman Szolla, Peter Mihály. Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Wekerle, die Minister Graf Apponyi, Graf Esterházy, Popovics, Földes, Graf Serényi, Lóth, Esterényi, Graf Sichy, Untelhäuser, Fürst Windisch-Graetz.

Präsident Karl v. Szász:

Geehrtes Haus!

Seit unserer letzten Sitzung begann und gebiet auf dem westlichen Kriegsschauplatz die neue, mächtige Offensive unseres glorreichen deutschen Verbündeten gegen unsere erbittertesten Feinde. (Oeffenrufe.) Durchdrungen von warm waffenbrüderlichem Empfinden für das verbündete Deutsche Reich und in einem von der Erkenntnis der großen politischen Tragweite und der geschichtlichen Notwendigkeit dieses Bündnisses, verfolgt die ungarische Nation Schritt für Schritt voll Freude und Begeisterung das Vordringen der siegreichen deutschen Armee. Wir sind stolz darauf, daß im Verbände dieses Heeres auch unsere Soldaten mitkämpfen (Oeffenrufe), im verheerenden Schlagenscharm die bundesbrüderliche Treue und Ausdauer auch jetzt erhaltend. (Sehhafter Beifall und Oeffenrufe.)

Ich bitte das geehrte Haus um die Ermächtigung, aus Anlaß dieses ruhmvollen Angriffszuges, der hoffentlich eine Schicksalsentscheidung bedeutet, in einer Depesche an den Präsidenten des deutschen Reichstages dem warmen Mitfühlen des Reichstages der ungarischen Nation, seiner aufrichtigen Freude über die Siege Ausbruch zu verleihen (Sehhafter Zustimmung) und dem deutschen Reichstage und auf diesem Wege den Völkern des deutschen Reichstages die Versicherung zu geben, daß die ungarische Nation unerschütterlich fest auf dem Felsgrund erprobter Bündnistreue steht (So ist! So ist!) und von der Ueberzeugung beseelt ist, dieses starke Bündnis, an dem auch unsere übrigen verbündeten Freundesstaaten mit solcher Innigkeit hängen (Zustimmung), werde mit Hilfe der göttlichen Vorsehung, die unsere siegreichen Waffen leitet und unsere sittlichen Kräfte stählt, in nicht mehr langer Zeit den Untergang der blutigen Schlagschlacht und den strahlenden Tagesanbruch des glorreichen und seligen Friedens bringen. (Langanhaltende Zustimmung und Oeffenrufe.)

Das Haus erteilt dem Präsidenten die erbetene Ermächtigung.

Die Depesche an den Präsidenten des deutschen Reichstages lautet:

Erzcellent Dr. Kaempf, Präsident des Reichstages.

Berlin.

Das Abgeordnetenhaus des ungarischen Reichstages hat mir in seiner nach längerer Pause heute gehaltenen Sitzung, durchdrungen von waffenbrüderlichem, warmem Gefühl für das verbündete Deutsche Reich und zugleich im Bewußtsein der großen politischen Tragweite und geschichtlichen Notwendigkeit dieses Bündnisses, die Ermächtigung erteilt, aus Anlaß des seit unserer jüngsten Sitzung auf dem westlichen Kriegsschauplatz begonnenen und in voller Entfaltung befindlichen neuen großen deutschen Angriffszuges vor Ew. Erzcellent dem warmen Mitfühlen unseres Abgeordnetenhauses und seiner aufrichtigen Freude über die Triumphe Ausbruch zu verleihen und im Wege Ew. Erzcellent den deutschen Reichstag und überhaupt die Völker des großen Deutschen Reiches dessen zu versichern, daß das ungarische Abgeordnetenhaus und hinter diesem die ungarische Nation unerschütterlich auf dem Felsgrund erprobter Bündnistreue fest steht und davon überzeugt ist, daß dieses starke Bündnis, welchem auch die übrigen verbündeten Staaten mit so inniger Anhänglichkeit zugetan sind, mit Hilfe der unsere siegreichen Waffen leitenden und unsere sittliche Kraft festigenden göttlichen Vorsehung nach nicht mehr langer Zeit den schlagenden und den neuerstrahlenden Tagesanbruch glorreichen und beglückenden Friedens bringen wird.

Dr. Karl v. Szász, Präsident des Abgeordnetenhauses des ungarischen Reichstages.

Bureaus: J. Blooker, R. Eckstein, Györi & Nagy, János & Co., Geb. Leopold, Ant. Hezel, Rudolf Mosse, Jul. Tenzler, Ludwig Hoyt, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Österreich und das gesamte Ausland: H. Duke Nachfolger A. Wien, Wolfredo & Co. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Österreich wie im Auslande übernehmbar. Anzeigen für den Pester Lloyd. Minutenummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 10 Heller. Redaktion und Administration: V. Maria Valeria-vicza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Handelsminister Dr. Josef Sztorenyi mit der Kabinettsbildung betraut.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 22. April.

Heute abend verbreitete sich in politischen Kreisen das Gerücht, daß der Handelsminister des Kabinetts Bekerele, Josef Sztorenyi, mit der Kabinettsbildung betraut worden sei. Das Gerücht fand alsbald seine Bestätigung. Josef Sztorenyi, der zur Heilung eines Kehlkopfleidens in Abbazia war, erhielt in der vorigen Woche für Samstag den 20. d. eine Berufung zum Monarchen. In dieser Audienz, die über zwei Stunden dauerte, wurde Josef Sztorenyi zum Ministerpräsidenten designiert. Der Kandidat, der vom Beginn der Krise im Vordergrund aller Kombinationen stand, war Dr. Bekerele. Allein er konnte sich unter den gegenwärtigen Umständen nicht entschließen, eine Wiederbetrautung anzunehmen. Die Wahl des Monarchen fiel nun auf Sztorenyi, der sowohl in seinen politischen wie in seinen wirtschaftspolitischen Anschauungen Dr. Bekerele am nächsten steht.

Der designierte Ministerpräsident hat die schwere Aufgabe übernommen, den inneren politischen Frieden in Ungarn herzustellen und eine Aera der Arbeit und der gesicherten Ordnung einzuleiten. Der Weg zum inneren Frieden führt über das Wahlrechtskompromiß. In diesem Sinne war es einer der ersten Schritte des designierten Ministerpräsidenten, sich über die Chancen eines Wahlrechtskompromißes zu orientieren.

Besprechungen des designierten Ministerpräsidenten.

Der designierte Ministerpräsident hatte gestern im Ministerratspräsidium eine eingehende Konferenz mit Dr. Bekerele, dem Grafen Stephan Tizza und dem Prinzen Ludwig Windisch-Grätz, deren wichtigster Gegenstand die Frage des Kompromißes in der Wahlreform bildete. Josef Sztorenyi nahm in dieser Konferenz vor allem die Wünsche der Arbeitspartei entgegen.

Nach der Konferenz im Ministerpräsidium hatte der designierte Ministerpräsident Besprechungen mit Doktor Wilhelm Bazsonyi, Grafen Albert Apponyi, Grafen Julius Andrássy, Grafen Johann Hadik und Marquisen Pallavicini. In diesen Konferenzen machte Sztorenyi von seiner Betrautung Mitteilung und betonte, daß seine Mission in erster Reihe auf die Herbeiführung eines Wahlrechtskompromißes und die Erreichung des innerpolitischen Friedens abziele. Das Gelingen seiner Mission hänge naturgemäß von der Stellungnahme der Achtundvierziger-Verfassungspartei zu den Kompromißvorschlägen in der Wahlrechtsfrage ab. Die Führer der Achtundvierziger-Verfassungspartei nahmen die Mitteilung des designierten Ministerpräsidenten zur Kenntnis. Die endgültige Stellungnahme zu den Kompromißvorschlägen wird erst in der Parteikonferenz erfolgen. Inzwischen wird Sztorenyi die Kompromißverhandlungen auch mit den anderen Faktoren in die Wege leiten, die in der Kompromißfrage in Betracht kommen. Wahrscheinlich dürften auch Verhandlungen mit der Karolyi-Partei, den Sozialdemokraten und den Radikalen stattfinden, um nach allen Richtungen hin ein klares Bild von den Grenzen der Kompromißmöglichkeit zu gewinnen.

Dr. Sztorenyi will sich in erster Reihe auf die Achtundvierziger-Verfassungspartei als ungeteiltes Ganzes stützen und aus den Reihen dieser Partei, mit der er seit Jahren enge verbunden ist, sein Kabinett bilden. Von den Kompromißvorschlägen wird es abhängen, ob eine einheitliche Stellungnahme der Partei möglich ist. Die Ablehnung eines Kompromißes, die der in der letzten Parteikonferenz angenommene Antrag Ugron enthielt, war nach der Auffassung des Grafen Apponyi und Dr. Bekereles nur gegen ein solches Kabinett gerichtet, das in der Wahlrechtsfrage nicht das Vertrauen der Partei verdiene. Es fragt sich nun, ob die Partei einem Kabinett Sztorenyi diesen Vertrauensvorschuß gewähren und auf ihn die mildere Auslegung des Beschlusses anwenden will. Sollte eine einheitliche Stellungnahme der Partei nicht erfolgen, würde wahrscheinlich der Versuch gemacht werden, jene Gruppe der Verfassungspartei, die sich aus den Anhängern der Kompromißanhänger zusammensetzt und die in der freitägigen Konferenz für den Galschen Antrag gestimmt hat, für die Unterstützung des neuen Kabinetts zu gewinnen.

Die Lösung der Aufgabe, die sich Dr. Sztorenyi gestellt hat, wird in allen politischen Kreisen als äußerst schwierig bezeichnet, da sich die parteipolitischen Verhältnisse in der letzten Zeit sehr zugespitzt haben. Das Gelingen der Kabinettsbildung wird davon abhängen, ob die Wahlrechtsfrage durch ein Kompromiß gelöst werden kann, das die an der Wahlrechtsfrage besonders interessierten Parteien zu befriedigen vermag.

Die Auffassung in den Parteien.

In der Achtundvierziger Verfassungspartei rief die Nachricht von der Betrautung Sztorenyis große Ueberraschung hervor. Das Gros der Partei gab der Ansicht Ausdruck, daß es nach dem freitägigen Konferenzbeschlusse sehr schwer sein werde, auf der einen Seite die Gegensätze zwischen den beiden Gruppen im Schoße der Partei, auf der anderen Seite die Differenzen zwischen der Verfassungspartei und der Arbeitspartei in der Wahlrechtsfrage zu überbrücken. Im übrigen müsse abgewartet werden, wie die Kompromißvorschläge des designierten Ministerpräsidenten beschaffen sein werden. Erst wenn die Partei diese Vorschläge genau kennt, werde sie endgültig Stellung nehmen können. Der intransigente Teil der Partei sieht auch heute auf dem Standpunkte, daß ein Kompromiß nach dem letzten Konferenzbeschlusse nicht möglich sei, da sich die Partei auf die Bazsonyische Vorlage unverrückbar festgelegt habe.

In der Arbeitspartei kam die einheitliche Auffassung sowohl seitens der Führer als auch der Parteimitglieder zum Ausdruck, daß für die Arbeitspartei die Hauptsache in der Möglichkeit eines Wahlrechtskompromißes liege. Die Partei hege keine persönlichen Wünsche, sondern lasse sich bloß durch sachliche Momente leiten und werde nur von diesem Gesichtspunkte aus die neue Kabinettsbildung beurteilen. Wichtig sei, daß ein Mann an die Spitze der Geschäfte trete, der den Wünschen der Arbeitspartei bei der Entwirrung entsprechendes Verständnis entgegenbringe. Er müsse in der Wahlrechtsfrage Zugeständnisse bringen, die der Arbeitspartei die Annahme des Gesetzes ermöglichen.

Die Karolyi-Partei hielt heute abend eine Konferenz, die sich mit der Betrautung Sztorenyis befaßte und ihrem Mißtrauen ihm gegenüber Ausdruck verlieh, da von ihm vorauszusetzen sei, daß er in der Wahlrechtsfrage Zugeständnisse machen werde, die mit den von der Partei seinerzeit eingegangenen Vereinbarungen nicht in Einklang stehen.

„Magyar Tudósító“ meldet offiziös: „Ein heute nachmittag erschienen Blatt bringt die Mitteilung, daß Handelsminister Josef Sztorenyi bezüglich der in der Wahlrechtsfrage entstandenen Krise dem Monarchen einen Vorschlag unterbreitet hätte. Dem gegenüber wird festgestellt, daß Handelsminister Sztorenyi weder in der Wahlrechtsfrage noch in Angelegenheit der Entwirrung der Krise, weder mündlich noch schriftlich, noch direkt noch indirekt dem Monarchen einen Vorschlag unterbreitet habe.“

Ueber die Aufnahme der Betrautung Sztorenyis verlaublich „Magyar Tudósító“ offiziös: „Der Gegenstand des Gespräches in der Achtundvierziger-Verfassungspartei bildete die politische Lage und die auf privatem Wege eingelangte Mitteilung, daß der Monarch an Stelle des demissionierten Kabinetts Bekerele ein neues Kabinett ernennen wolle, mit dessen Zusammenstellung Josef Sztorenyi als designierter Ministerpräsident betraut wurde. Alle im Klub anwesenden Parteimitglieder haben die bona fides des Unternehmens Josef Sztorenyis, welcher der Achtundvierziger-Verfassungspartei angehört, anerkannt, doch konnte sich in dieser Frage noch keine bestimmte Meinung bilden. Die Partei blickt der Zukunft mit der größten Ruhe entgegen und erwartet eine ihrem Programm entsprechende Entwirrung.“

Der Lebenslauf Dr. Josef Sztorenyis.

Josef Sztorenyi, der vom Monarchen mit der Kabinettsbildung betraut worden ist, gehört seit Jahrzehnten zu den führenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens Ungarns. An seinen Namen knüpfen sich die bedeutenden wirtschaftspolitischen Schöpfungen, namentlich auf dem Gebiete der Industrieförderung in Ungarn. Bereits im Jahre 1889 wurde Handelsminister Gabriel Baroz auf den begabten jungen Mann, der sich schon damals durch seine fachliterarische Tätigkeit einen Namen erworben hatte, aufmerksam und ernannte ihn zum Gewerbeinspektor für Siebenbürgen. Ein Jahr später berief ihn Baroz in das neu organisierte Handelsministerium, wo er sich hauptsächlich mit Industrieförderungsangelegenheiten befaßte. An die Spitze der gewerblichen und Handelsunterrichtsaktion gestellt, organisierte er den Unterricht für die Hausindustrie und dann den höheren gewerblichen Unterricht. Im Jahre 1893 wurde er Chef der Hauptsektion für Industrieförderung und 1899 erfolgte seine Ernennung zum Ministerialrat. Sztorenyi schuf zwei Gesetze über die staatlichen Begünstigungen der heimischen Industrie. Der Arbeiterfürsorge widmete er besondere Aufmerksamkeit. Seine bedeutendste Schöpfung ist die Verringerung des Gewerbegesetzes. Sztorenyi erlang im Handelsministerium bald eine führende Stellung, so daß alle wichtigen handelspolitischen Aufgaben ihm übertragen wurden. Im Jahre 1905 wurde er zum administrativen Staatssekretär im Handelsministerium ernannt. Als Kossuth 1906 das Handelsportefeuille übernahm, ernannte er Sztorenyi zu seinem politischen Staatssekretär. Als solcher nahm Sztorenyi Einfluß auf die ganze ungarische Handelspolitik.

Bei den Ausgleichsverhandlungen mit Oesterreich in den Jahren 1906 und 1907 hatte Sztorenyi als Präsident der ungarischen Ausgleichskommission eine führende Rolle. Er gilt als Anhänger langfristiger wirtschaftlicher Bindungen. In wiederholten Vorträgen in Wien und Berlin ist Sztorenyi nachdrücklich für eine innige Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten der Monarchie und zwischen ihnen und dem Deutschen Reiche eingetreten. Sztorenyi hat eine große fachliterarische Tätigkeit entfaltet. Seine Schriften umfassen mehr als siebzig Bände. Eine Monographie über die ungarische Fabrikindustrie allein füllt zwanzig Bände. Seine Werke über den ungarischen Gewerbeunterricht und die ungarische Industrie sind auch in deutscher und französischer Sprache erschienen.

Audienz des Ministers Prinzen Windisch-Grätz.

Der ungarische Ernährungsminister Prinz Ludwig Windisch-Grätz ist heute früh in Wien eingetroffen und in seinem Palais in der Prinz Eugenstraße abgestiegen. Vormittags machte Prinz Windisch-Grätz einige Besuche. Nachmittags um 5 Uhr hat der Kaiser den Prinzen Windisch-Grätz in besonderer Audienz empfangen.

Der dreistündige Demonstrationstreik in Budapest.

Der von der organisierten Arbeiterschaft veranstaltete Demonstrationstreik für das allgemeine Wahlrecht hat einen ruhigen Verlauf genommen. Nach Schätzungen zogen ungefähr 100.000 Personen in das Stadtwaldchen, um der dortigen Versammlung beizuwohnen. Sie demonstrierten dort für das allgemeine Wahlrecht und gegen dessen Gegner, ohne daß es zu lärmenden Szenen gekommen wäre.

Von 2 Uhr nachmittags bis 5 Uhr abends ruhte in Budapest und Umgebung sowie in sämtlichen Industriegebieten Ungarns die Arbeit. Von diesem Auslande wurde bloß die Arbeiterschaft der öffentlichen Betriebe sowie der Lebensmittelbranche ausgenommen. Ansonsten streikten alle organisierten und nichtorganisierten Arbeiter. Um 2 Uhr verließen die Arbeiter in geschlossenen Reihen die Fabriken. Um halb 4 Uhr nachmittags begann die Versammlung im Stadtwaldchen. Arbeiterführer Emmerich Buchinger, der den Vorsitz führte, erklärte den Zweck der Demonstration. Die Resolution wurde vom Arbeiterführer Desider Bokanyi mit einer Rede vorgelegt. Er forderte, daß die kommende Regierung von dem vorliegenden Wahlrechtsentwurf nichts abhandeln lasse und daß die Vorlage innerhalb einer bestimmten Frist zur Verhandlung gelange. Für den Fall aber, daß diese Vorlage von der gegenwärtigen Majorität abgelehnt werden sollte, möge das Parlament aufgelöst werden. Der in diesem

von Arbeiterliedern, Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht, Abzugrufen auf Tisza und die Arbeitspartei, zogen sie nach einer geregelten Marschordre zur Industriehalle. Am lärmendsten geberdeten sich die weiblichen Elemente, die nicht müde wurden, zu singen und die Passanten zu haranguieren, daß sie für das allgemeine Wahlrecht einstehen. Die Arbeiterschaft von Ujpest, die der äußeren Waitznerstraße, des Engelsfeldes, kurzum das größte Kontingent der hauptstädtischen Industrie, zumindest 15,000 Mann hoch, zog über die Hungariastraße und die Arenastraße zur Versammlungshalle. Die Arbeiter von Erzsebetfalva, Soroksár und aus dem Franzstädter Bereich erreichten über den Borárosplatz und die Ringstraße den Versammlungsort. Die Arbeiter aus Steinbruch und Kispest waren über den Barossplatz und den Ring ins Stadtwaldchen gekommen. Die Arbeiter aus den Ofner Bezirken, der Flugzeugfabrik in Albertfalva, der Fiat- und anderer Werke nahmen ihren Weg über die Franz-Josefsbrücke, die Mehmed-Sultanstraße, die Rákóczistraße und den Ring zum Stadtwaldchen. Außerdem gab es kleinere Gruppen aus den Betrieben im Innern der Stadt, die isoliert ihrem Ziele zueilten.

Die Wahlrechtsdemonstration der Arbeiter.

Generalstreik und Versammlung. — Ruhiger Verlauf der Demonstration.

Der von der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft veranstaltete Demonstrations-Massenstreik im Interesse des allgemeinen Wahlrechts nahm einen würdigen, ruhigen Verlauf. Die Arbeitermassen, die in überaus großer Zahl ins Stadtwaldchen gezogen waren, um der dortigen Monstreversammlung in und vor der Industriehalle beizuwohnen, demonstrierten begeistert für das allgemeine Wahlrecht und zogen gegen dessen Gegner los, ohne daß es jedoch zu mühsamen Szenen, zu einer Explosion der Leidenschaften gekommen wäre. Die Führer, im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit, sorgten für die Aufrechterhaltung der Ordnung; ihre Verfügungen wurden respektiert, und ihr Appell, das Schicksal des Wahlrechts, das nunmehr in das allerletzte Stadium der Verwirklichung tritt, nicht durch Exzesse zu gefährden, fand Widerhall. Die Redner befelegten sich eines überaus maßvollen, man könnte sagen, parlamentarischen Tones, aber aus ihren Ausführungen klang die leise Drohung hervor, daß nunmehr die Wahlrechtsfrage endgültig gelöst und durch keinerlei politische Manöver auf die lange Bank hinausgeschoben werden dürfe. Vor, während und nach der Versammlung kam es zu keinerlei Störung. Bloß ein kleiner Zwischenfall ereignete sich nach der Versammlung, nach der Auflösung des Zuges im Bereiche der Stadt; der Widerstand einer kleinen Gruppe gegenüber den Verfügungen der Polizei wurde rasch gebrochen. Ueber den Massenstreik und die Demonstrationsversammlung berichten wir nachstehend:

Der Aufmarsch.

Der Appell der sozialdemokratischen Parteileitung, inmitten der gegenwärtigen politischen Krise die Stimme der Arbeiterschaft kraftvoll ertönen zu lassen und eine würdevolle, aber energische Demonstration in der Form eines Generalstreiks und einer Monstreversammlung zu veranstalten, fand im Kreise der organisierten Arbeiterschaft einmütige Zustimmung. Von 2 Uhr bis 5 Uhr nachmittags ruhte in der Hauptstadt und in ihrer Umgebung, sowie in sämtlichen Industriegebieten des Landes jede Arbeit. Von dieser Demonstration wurde die Arbeiterschaft der öffentlichen Betriebe, das heißt, die der Wasserleitung, der Beleuchtung, sowie der Lebensmittelbranche, ausgenommen. Ansonsten streifte jeder organisierte und auch nicht organisierte Arbeiter. Selbst die Elektrische verkehrte nicht, und auch in den Kaffee- und Gasthäusern wurde gefeiert.

Und während es in der Stadt immer ruhiger wurde, ging es im Stadtwaldchen desto lebhafter zu. Zu den hauptstädtischen Betrieben wurde Punkt 2 Uhr nachmittags die Arbeit eingestellt, während in den Industrieetablissemants der Umgebung schon um die Mittagsstunde das Sausen des Hammers und Ambos, das Surren der Maschinen aufhörte, damit die Arbeiter Zeit haben, rechtzeitig in der Versammlung im Stadtwaldchen zu erscheinen. Sämtliche Arbeiter, die von Eszpele ausgenommen, welche die Elektrische benützten, legten den langen Weg zu Fuß zurück. Sie verließen in geschlossenen Reihen ihre Fabriken und vereinten sich dann auf der Straße mit den Arbeitern der benachbarten Betriebe. Unter Vorantragung von Fahnen, von Transparenten mit Aufschriften, die das Wahlrecht verherrlichten, einzelne Gruppen mit Musikkapellen, unter Abingung

Die Versammlungen im Stadtwaldchen.

Es war gegen halb 4 Uhr nachmittags, als die Arbeiterschaft fast vollzählig beisammen war. Zuzügler kamen zwar noch in einestort, aber gegen 4 Uhr konnten endlich die Versammlungen begonnen werden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung hatten die Polizei und das Militär keinerlei Vorsichtsmaßregeln außer Acht gelassen. Aber die Arbeiterordner selbst wußten jedes Aufklackern der Leidenschaften hintanzuhalten.

In der Versammlung in der Industriehalle führte Emanuel Buchinger den Vorsitz. Er erörterte in kurzen Worten den Zweck der Versammlung. Die Resolution, die nachher einstimmig zur Kenntnis gelangte, leitete Arbeiterführer Desider Bokányi mit einer Rede ein, die durch ihren maßvollen Ton überraschte.

Die Wahlrechtsfrage sei wieder kritisch geworden und kann nicht anders gelöst werden, als durch die Auflösung des Parlaments. Redner nahm gegen die Bestrebungen Einzelner, das Wahlrecht an die Kenntnis der ungarischen Sprache zu binden, Stellung mit der Begründung, daß die gerechten Aspirationen der Nationalitäten ebenfalls gewürdigt werden müssen. In der vom Redner propozitierten Resolution wird das Vorgehen Welerles, der des Faktierens mit der Arbeitspartei verdächtig erscheint, scharf verurteilt. Die Regierung wird aufgefordert, in die Opposition zu gehen, falls es ihr nicht gelingt, das Wahlrecht durchzusetzen.

Deshalb fordert die Monstreversammlung, daß die kommende Regierung von dem vorliegenden Wahlrechtsentwurf nichts abhandeln lasse und dieselbe innerhalb eines Präklusivtermins zur Verhandlung bringen müsse, für den Fall aber, daß die Vorlage von der gegenwärtigen Majorität niedergestimmt werden sollte, das Abgeordnetenhaus auflösen solle.

Der Versammlung in der Industriehalle selbst folgten solche unter freiem Himmel. Es sprachen die Arbeiterführer Preuß, Buchinger, Farkas, Dr. Landler und schließlich Bokányi. Es wurde zum Schluß an die Versammelten die eindringliche Ermahnung gerichtet, sich in Ruhe zu entfernen. Die Menge löste sich auf, zerstreute sich nach verschiedenen Richtungen und gegen halb 7 Uhr

abends zeigte das Stadtwaldchen wieder das normale Bild eines Wochentages.

Kleinere Demonstrationen.

Während des Aufmarsches kam es zu einem einzigen, kaum beachteten Zwischenfall. Eine Gruppe, von der auf einem Transparent ein kleiner Sarg mit der Aufschrift: „Hier ruht Stefan Tisza“ vorangetragen wurde, kam der polizeilichen Aufforderung, dieses Verhöhnungsobjekt zu entfernen, ohne Widerspruch nach.

Vom Stadtwaldchen aus über die Arenastraße zog gegen die Stadtwaldchenallee eine Gruppe von beiläufig 500 Personen. Diese hatte trotz des polizeilichen Verbots, wonach nach Schluß der Versammlung die Fahnen eingezogen werden müssen, keine Folge geleistet und wollte singend, lärmend mit ihren Fahnen und Transparenten stadteinwärts ziehen. Ein Polizeibeamter, der Ede Arenastraße und Stadtwaldchenallee Dienst leistete, machte die Demonstranten auf das Verbot aufmerksam. Seine Ermahnungen wurden jedoch nicht beachtet, die Gruppe setzte ihren Weg noch lärmender fort. Auf dem Schießstättenplatz angelangt, stellten sich den Demonstranten wieder einige Polizisten entgegen, die ihren Willen gleichfalls nicht durchsetzen konnten. Der Gruppe schlossen sich fortwährend radausüchtige Elemente an, so daß ihre Zahl in der Königsgasse auf mehr als tausend Köpfe angewachsen war. Ede Königsgasse und Ring kam es zu einem ersten Zusammenstoß mit der Polizei, ohne daß es zu einer radikalen Maßnahme der Polizei gekommen wäre.

Einzelne Demonstranten, die sich am allerlärmendsten benahmen, wurden von den Polizisten herbeigeholt. Der Radau wurde immer größer. Auf der Ringstraße kam es zu einem Kesseltreiben. Es gelang nicht, die Demonstranten zu zerstreuen, sie flüchteten nach verschiedenen Richtungen in die Seitengassen, um sich dann bald wieder zu vereinigen.

Schließlich gelang es, die Demonstranten auseinanderzujagen.

In der Stadt selbst begann nach 5 Uhr nachmittags der normale Betrieb. Die Geschäftsläden wurden wieder geöffnet, in den Gast- und Kaffeehäusern wurde wieder bedient; in den Fabriken und in den Werkstätten ruhte die Arbeit weiter und wird erst morgen früh wieder aufgenommen werden.

Laut den bisherigen Meldungen aus der Provinz haben die dortigen Wahlrechtsdemonstrationen denselben würdevollen Verlauf, wie in Budapest genommen.

Donnerstag, 25. April 1918

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe aufgeführt

2-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

er Sonne.

et. — Starke Gegenangriffe abgewiesen.

Krise in Oesterreich?

Das wankende Kabinett Seidler.

Die von der „Vossischen Zeitung“ gestern mitgeteilte Entschliessung der Verfassungskonferenz und der Mittelpartei des österreichischen Herrenhauses hat eine innerpolitische Krise hervorgerufen. Der Präsident des Herrenhauses, Fürst Alfred Windisch-Graetz hat, wie schon berichtet, an den Ministerpräsidenten Dr. von Seidler das Ersuchen gerichtet, seine Enthebung vom Amte vom Kaiser zu erwirken. Der Präsident und die Vizepräsidenten des Herrenhauses werden vom Kaiser ernannt und müssen daher, wenn sie ihr Amt niederlegen wollen, die Zustimmung der Krone haben. Ob der Kaiser die Demission annehmen wird, steht noch dahin.

Der Ursprung der Krise ist geradeswegs auf den Kaiserbrief zurückzuführen. Die beiden eingangs genannten Parteien des Herrenhauses haben, wie schon berichtet, eine darauf bezügliche Resolution angenommen, die von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Baron Beck und Dr. Bärnreiter ausgearbeitet war, und die sich, wie es in der Ankündigung hieß, „mit den politischen Vorgängen der letzten Zeit“ beschäftigt. In dieser Resolution verlangen die beiden Parteien die Einhaltung der verfassungsmäßigen Vorschriften bei allen staatspolitischen Vorgängen; sie legen ein ausdrückliches Bekenntnis zum Bündnisse mit dem Deutschen Reiche ab, üben an der Politik des Kabinetts Seidler scharfe Kritik und verlangen vom Präsidenten des Herrenhauses die Einberufung einer Sitzung zur Beratung dieser Entschliessung. Der Präsident hat sich dieser Forderung widersetzt, weil er der Meinung ist, eine Debatte über die darin angeragten Gegenstände sei zurzeit nicht angemessen. Da Fürst Windisch-Graetz die Verantwortung für seine Stellungnahme zu der Angelegenheit nicht tragen wollte, hat er um die Enthebung von seinem Posten gebeten.

Auch im Abgeordnetenhaus weht Krisenluft. Der Kaiserbrief hat die politischen Gegensätze, die sich ohnehin durch die Rede des Grafen Czernin vom 2. April von neuem erheblich verschärft hatten, noch weiter zugespitzt. Auch die Berufung des Barons Burian zum Minister des Auswärtigen hat bei mehreren Parteien erheblichen Widerstand gefunden. Am 30. April soll der Reichsrat zusammentreten: er findet ein von Parteien mehr als zuvor zersplittertes Haus und eine Regierung, die offensichtlich im gegenwärtigen Augenblick über keine Mehrheit verfügt. War doch die letzte größere Amtshandlung des Kabinetts Seidler, die Durchbringung des viermonatigen Budgets, nur mit knapper Not, unter den denkbar größten Schwierigkeiten und durch sehr wesentliche nationale Zugeständnisse an einzelne oppositionelle Parteien durchgeführt worden. Auch dieser sehr bescheidene Erfolg wäre nicht möglich gewesen, wenn die Sozialdemokraten sich nicht dazu hätten bewegen lassen, sich der Abstimmung zu enthalten.

Die wenigen Wochen, die seither verflossen sind, haben das parlamentarische Leben in Oesterreich noch ungünstiger beeinflusst. Die Krisengerüchte, die in den letzten Tagen aufgetaucht sind, entbehren somit nicht einer starken inneren Wahrscheinlichkeit. Seidler soll, wie verlautet, noch immer das Vertrauen des Kaisers besitzen; es ist daher noch eine offene Frage, ob er nicht im Falle des Rücktritts seines Kabinetts mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut werden wird. Was er mit einer Umbildung des Kabinetts erreichen kann, ist die Frage. Kabinettskrisen in beiden Häusern der Donaumonarchie: ein gerade jetzt doppelt unerfreuliches Situationsbild.

Ueber die politischen Vorgänge des gestrigen Tages erhalten wir folgende Drahtmeldung:

fr Wien, 24. April.

Heute fand eine Obmännerkonferenz der Parteien des Herrenhauses statt. Präsident Fürst Windisch-Graetz und der Obmann der Rechten, Prinz Ferdinand Lobkowitz, gaben der Meinung Ausdruck, daß eine Debatte über die in der vorliegenden Resolution angeragten Gegenstände nicht am Platze sei. Der Präsident erklärte, daß er nicht geneigt sei, den von der Mittelpartei und der Verfassungskonferenz eingebrachten Forderungen stattzugeben. Da die Verfassungskonferenz und die Mittelpartei die Mehrheit des Herrenhauses bilden, wird von der Mittelpartei aus ein Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung vorbereitet. Um der Mehrheit keinen Einfluß auf die Einberufung der Sitzung zu ermöglichen, gab der Präsident des Herrenhauses seine Demission. Beide Parteien werden morgen Abordnungen zum Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler entsenden, um ihm die von ihnen beschlossene Resolution zu überreichen.

Die erregte Stimmung, die sich seit dem Rücktritt des Grafen Czernin unter den deutschen Abgeordneten geltend gemacht hat, wird durch die Vorgänge im Herrenhaus noch verschärft, um so mehr, als sich auch die Christlich-Sozialen immer mehr

25./4. 1918

16

Reifenstimmung in Oesterreich.

Wien, 25. April. (Priv.-Tel.) Die Annahme, daß die durch den Kaiserbrief und die Entlassung Czernins entfesselte Bewegung im Sumpfe der wienerischen Indolenz bald erstickend werde, hat sich nun doch als falsch erwiesen. Das mag damit zusammenhängen, daß man diesmal die sonst mit so viel Geduld angewandte Taktik des vorläufigen Zurückweichens vor starken populären Strömungen aus irgendwelchen Gründen geglaubt hat, vermeiden zu müssen. Die von den Offiziösen auf Grund einer Mystifikation gebrachte Nachricht von der Abreise der Herzogin von Parma wurde scharf dementiert, was in den Kreisen die an eine Mystifikation nicht glauben wollten, als Beweis dafür angesehen wurde, daß am Hofe wieder ein Stimmungsumschwung eingetreten sei, worauf sofort auch die Gegenbewegung in der verbitterten Aristokratie und den gleichgesinnten bürgerlichen Kreisen einsetzte. Gegen den Antrag der Verfassungs- und der Mittelpartei des Herrenhauses, eine Sitzung zur Besprechung der Lage einzuberufen, erhob der aus der Rechten hervorgegangene Präsident Fürst Windischgrätz Einspruch mit der feudalen Rechten, die dergleichen Besprechungen nicht für opportun hält. Aber dieser Widerspruch hatte natürlich nicht zur Folge, daß die Verfassungs- und die Mittelpartei von der Absicht, ihre Anschauungen zum Ausdruck zu bringen, abgestanden wären, sondern im Gegenteil, in Uebereinstimmung mit, daß sie auf anderem Wege ihre recht scharf gehaltenen Beschlüsse zur Kenntnis der Regierung bringen und den Präsidenten zur Anerkennung seiner Demission gezwungen haben.

Der Gemeinderat der Stadt Wien besaßte sich gestern abend sympathisch mit dem Antrag, dem Grafen Czernin das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wien zu verleihen. In dem Verlande der deutschnationalen Parteien gärt es, und die aus dem Hinterland mit gepfefferten Beschlüssen bombardierten Abgeordneten lehnen sich gegen die Führer auf, die noch immer hinter den Kulissen mit der Regierung zu plattieren suchen. Auch die Christlichsozialen sind verärgert, da ihre zum großen Teil bäuerlichen Wähler sich durch die Regierungsverordnung belästigt fühlen, derzufolge die bäuerlichen Selbstversorger einen Teil ihrer Vorräte den bedrängten Städtern zur Verfügung zu stellen hätten. Vor diesem Widerspruch kniet übrigens die Regierung schon ein. Trotzdem ist nicht abzusehen, woher das Kabinett Seidler eine Mehrheit nehmen soll, und es wird auch schon davon gesprochen, daß es gar nicht mehr vor das Parlament treten wird. (Vgl. das folgende Telegramm.) Es scheint jedoch, daß man an den entscheidenden Stellen den Ernst der Lage noch nicht recht erkennt.

Wien, 25. April. (Priv.-Tel.) Die Stellungnahme der Mehrheit des Herrenhauses zu den Umständen, die den Rücktritt des Grafen Czernin veranlaßt haben, dürfte aller Voraussicht nach auch eine österreichische Ministerkrise zur Folge haben. Die Verfassungs- und die Mittelpartei des Herrenhauses faßten die gestern bereits gemeldeten Beschlüsse, welche verlangten, daß die äußere Politik der Monarchie nur durch die verfassungsmäßig gedeckten Akte beeinflusst, und daß auch weiterhin an der Bündnispolitik zum Deutschen Reich unverändert festgehalten werde. Diese Resolutionen enthalten aber auch eine Spitze gegen das Kabinett Seidler, dem sie ziemlich unbehaglich den Vorwurf machen, daß es den Träger der Krone nicht immer in der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Weise gedeckt habe. Die Resolution sollte nun gestern dem Ministerpräsidenten überreicht werden, da der Präsident des Herrenhauses, Fürst Windischgrätz, die Anberaumung einer besonderen Sitzung zur Erörterung dieses Themas abgelehnt hatte. Der Empfang der Abordnung wurde jedoch, da sich der Ministerpräsident zur Audienz gestern abend nach Baden begeben hatte, auf den heutigen Tag verschoben. Die Demission des Fürsten Windischgrätz ist die erste Folge der durch die erwähnten Entschlüsse geschaffenen kritischen Lage. Man nimmt an, daß sein Demissionsanerbieten nicht genehmigt werden wird. Die erregte Stimmung, die sich seit dem Rücktritt des Grafen Czernin unter den deutschen Abgeordneten bemerkbar gemacht hat, wurde durch die Vorgänge im Herrenhaus noch verstärkt, umso mehr, als auch die Christlichsozialen, die sich immer auf den rein agrarischen Standpunkt stellen, infolge der jüngsten Regierungsverordnung über die Beschlagnahme der Getreidevorräte bei den bäuerlichen Selbstversorgern deutlich vom Kabinett Seidler abgerückt sind.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man mit ziemlicher Sicherheit an, daß Dr. v. Seidler heute nach dem Empfang der Abordnung des Herrenhauses gamentlich wegen des in den Resolutionen zum Ausdruck gekommenen Mißtrauens gegen die österreichische Regierung seine Demission einreichen wird. Die deutschen Parteien haben an den Ministerpräsidenten eine Anzahl von Forderungen gerichtet, von deren Erfüllung sie ihre künftige Haltung im Parlament abhängig machen. Es ist bisher nicht gelungen, über diese Forderungen ein Einvernehmen zu erzielen, und die deutschradikale Partei hat gestern bereits Beschlüsse gefaßt, die auf eine stark oppositionelle Haltung hinweisen. Dadurch ist das Kabinett Seidler in beiden Häusern in eine ziemlich unhaltbare Position gedrängt worden, die heute höchst wahrscheinlich ein Demissionsgesuch zur Folge haben wird. Ueber die Wahrscheinlichkeit der Annahme des Demissionsgesuchs gehen die Meinungen in informierten Kreisen stark auseinander, doch über-

wiegt die Ansicht, daß diesmal das Demissionsanerbieten kein bloß formelles ist und der Rücktritt der Regierung Seidler ernstlich in Erwägung gezogen werden wird. In diesem Fall hält man die Vertrauensfrage des gegenwärtigen Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca mit der Kabinettsbildung nicht für unwahrscheinlich.

Aus der Sitzung der deutschradikalen Partei verlautet, daß sie beschlossen hat, beim Wiederauftreten des Parlaments dringende Anfragen über die Ernährungsverhältnisse in Deutschböhmen, ferner über die Widersprüche zwischen der Rede des Grafen Czernin an die Wiener Gemeindevorstellung und den Erklärungen Dr. v. Seidlers gegenüber den Vertretern der tschechischen Parteien zu stellen und die sofortige parlamentarische Verhandlung über den Gerichtsstand des Hauses Parma, das im Jahre 1914 durch eine § 14-Verordnung als extraterritorial erklärt wurde, zu verlangen. Die Partei erklärt ferner in einer Resolution, nur eine solche Regierung unterstützen zu wollen, die die Bürgerschaft bietet, daß die auswärtige Politik der Monarchie vom verantwortlichen Minister des Auswärtigen unter Ausschluß jeder Beeinflussung von unverantwortlicher Seite in der bisherigen Richtung im engsten Einvernehmen mit dem verbündeten Deutschen Reich geführt wird, eine Regierung, welche die Selbstständigkeit und Selbstverwaltung Deutschböhmens unter Durchführung der nationalen Abgrenzung bewirkt und die ausreichende Versorgung Deutschböhmens sicherstellt.

Das Programm des Kabinetts Szterenyi. Vertagung der Wahlreform bis zum Herbst.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 24. April.

Die Mission des designierten Ministerpräsidenten Josef Szterenyi kann nach den heutigen Verhandlungen als gelungen angesehen werden. Szterenyi ist es in der kurzen Spanne Zeit geglückt, nicht nur ein Kabinett zu bilden, sondern auch die Grundlage dafür zu finden, auf der die parlamentarischen Parteien und die außerhalb des Parlaments stehende Wahlrechtsgruppe seine Mission unterstützen.

Die Grundlage der Entlohnung, die Szterenyi gefunden hat, ist die folgende: Das neue Kabinett stützt sich nach wie vor auf die gesamte Achtundvierziger-Verfassungskonferenzpartei, die an ihrer ursprünglichen Wahlrechtspolitik festhält. Die endgültige Lösung der Wahlreform, beziehungsweise die Verhandlungen über die Wahlrechtsfrage, werden jedoch bis in die Herbstmonate verschoben. Die neue Regierung wird in der Zwischenzeit ihre Hauptaufgabe in der Aufrechterhaltung der Kontinuität des staatsfinanziellen und wirtschaftlichen Lebens, in der Sicherung der Ordnung und in der Bereitstellung der für die Fortführung des Krieges erforderlichen Mittel erblicken.

Dieser Lösung gingen vielfach schwierige Verhandlungen voraus. Gestern, spät abend, hatte Szterenyi mit dem Grafen Julius Andrássy im Klub der Achtundvierziger-Verfassungskonferenzpartei eine lange Unterredung, in der die Grundzüge dieser Lösung erörtert wurden. Auf die Frage ihres Korrespondenten, erklärte Graf Andrássy, daß es vielleicht gelingen werde, der Mission des designierten Ministerpräsidenten die Wege zu ebnen, daß er aber zur Stunde über die Lösung noch Stillschweigen bewahren müsse, bis Szterenyi mit den übrigen Parteiführern ins reine gekommen sein werde. Bereits in dieser gestrigen Unterredung wurde die Verschiebung der Lösung der Wahlrechtsfrage auf den Herbst in Erwägung gezogen. Diese Lösung soll den Mitgliedern der Achtundvierziger-Verfassungskonferenzpartei das formelle Festhalten an ihrem in der Parteikonferenz gefassten Beschlusse ermöglichen.

Das neue Kabinett Szterenyi wird einen Uebergangscharakter besitzen und vorläufig in der Wahlrechtsfrage nur insoweit Stellung nehmen, als es sich zu dem vom Monarchen in seinem Handschreiben vom April vorigen Jahres gekennzeichneten Ausmaße der Rechtsausdehnung bekennet.

Ausschlaggebend für das Gelingen der Mission Szterenyis war der heutige Konferenzbeschluss der Apponyi-Gruppe. Diese hielt heute im Abgeordnetenhaus eine Besprechung, indem sie dem designierten Ministerpräsidenten ihre Unterstützung zusagte, insofern er sachliche und persönliche Bürgschaften geben könne. Die sachlichen Bürgschaften bestehen darin, daß kein Parteimitglied gezwungen ist, von dem Beschlusse der freitägigen Konferenz abzugehen.

Die persönlichen Grundlagen wurden alsbald bereinigt. Heute um 6 Uhr abends erschienen Graf Albert

Apponyi und mit ihm die Mitglieder der Partei Julius Hodi, Siegmund Eitner und Lehel Federbary bei dem designierten Ministerpräsidenten, um mit ihm die persönlichen Bürgschaften zu besprechen. Es wurde vereinbart, daß Johann Toth als Minister des Innern und Bela Földes als Minister für Uebergangswirtschaft in das Kabinett eintreten werden. Die Dbergespanne haben bereits telegraphisch die Mitteilung erhalten, daß der Minister des Innern Johann Toth im Amte verbleiben werde. Sie wurden aufgefordert, auch ihrerseits im Amte zu bleiben.

Die Volkspartei hat ihre Stellungnahme zur Betrauung Szterenyis bereits gestern gekennzeichnet, indem sie dem Ministerpräsidenten ihre Unterstützung und ihr Vertrauen unter der Voraussetzung der Erfüllung ihrer realpolitischen Forderungen zusagte. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Volkspartei in dem neuen Kabinett durch den Grafen Madar Zichy als Minister a latero vertreten sein.

Die Gruppe des Grafen Johann Zichy hatte bereits früher dem designierten Ministerpräsidenten ihre Unterstützung zugesagt. Man glaubt, daß Graf Johann Zichy als Kultus- und Unterrichtsminister in das Kabinett eintreten werde.

Von Wichtigkeit war auch das Ergebnis der Verhandlungen, die Szterenyi mit der Karolyi-Partei und den Sozialistenführern hatte.

Der designierte Ministerpräsident Josef Szterenyi besuchte heute um 5 Uhr nachmittags den Präsidenten der Unabhängigkeits- und Achtundvierziger-Partei Grafen Michael Karolyi und unterbreitete ihm das Programm, auf dessen Grundlage er die Kabinettsbildung übernehmen würde. Graf Karolyi beriet anderthalb Stunden lang mit Szterenyi, dessen Mitteilungen er zur Kenntnis nahm. Die Achtundvierziger- und Unabhängigkeitspartei hielt sodann abends eine vertrauliche Konferenz ab. In deren Verlauf unterbreitete Graf Karolyi das Material seiner mit dem designierten Ministerpräsidenten geführten Verhandlungen. Auf Grund des vertraulichen Gedankenaustausches suchte Graf Karolyi um 9 Uhr abends den designierten Ministerpräsidenten Szterenyi auf und setzte mit ihm die Beratungen fort.

Mit den Sozialisten verhandelte Szterenyi gestern und heute. Die gestrigen Verhandlungen, welche die Führer der ungarländischen Sozialdemokratie Ernő Kereami und Dr. Siegmund Kunfi mit dem Ministerpräsidenten führten, ergaben noch kein Resultat. Die Verhandlungen wurden heute fortgeführt und beendet. Dem Vernehmen nach ist es Szterenyi gelungen, die Sozialdemokratie zu bewegen, sich mit dem Aufschub der Lösung der Wahlrechtsfrage abzufinden. Der designierte Ministerpräsident konnte erklären, daß er auf der Grundlage der von den Wahlrechtsparteien genehmigten Wahlrechtsvorlage stehe und sein Kabinett über die Mittel verfüge, das Schicksal der Wahlreform unter allen Umständen sichern zu können. Der neue Ministerpräsident dürfte ein Handschreiben erhalten, in welchem darauf verwiesen wird, daß man an Allerhöchster Stelle nach wie vor auf die Schaffung der Wahlreform das größte Gewicht lege. In dem Allerhöchsten Handschreiben wird ferner erklärt werden, daß die Wahlreform nach einem kurzen Interregnum dringlich erledigt werden wird. Sollte dies im gegenwärtigen Parlament nicht möglich sein, so erhalte die Regierung die Vollmacht zur Hausauflösung.

Im Klub der Achtundvierziger-Verfassungskonferenzpartei, wo die Mitglieder heute in großer Zahl erschienen waren, konnte heute ein auffallender Stimmungsumschwung festgestellt werden. Man betonte mit Genugtuung, daß eine Lösung gelungen sei, welche die Einheitlichkeit der Achtundvierziger-Verfassungskonferenzpartei auch weiterhin aufrecht erhalte. Man rechnet zwar damit, daß die Demokraten unter der Führung Apponyis aus der Partei austreten; weitere Austritte dürften aber nicht erfolgen. Eine starke Unterstützung erhielt die Mission Szterenyis durch die gestrige Stellungnahme der kompromißfreundlichen Mitglieder der Achtundvierziger-Verfassungskonferenzpartei im Landeskasino. Dort waren etwa vierzig Anhänger des Kompromißgedankens erschienen, die sich nachdrücklich gegen alle Kompromißfeindlichen Tendenzen verwahrten.

Die voraussichtliche Zusammensetzung des Kabinetts.

Bisher sind bloß für das Ackerbau- und für das Justizministerium noch keine sicheren Kandidaten gefunden. Als Ackerbauminister wird Graf Ladislaus Almássy, der das Vertrauen der agrarischen Kreise genießt, und als Kandidat für das Justizministerium Staatssekretär Dionys Sebeß genannt.

Das Ministerium würde sich dann folgendermaßen zusammensetzen: Präsidium und Handel: Josef Szterenyi; Minister des Innern: Johann Toth; Finanzen: Dr. Gustav Grass; Ackerbau: Graf Ladislaus Almássy; Justiz: Dionys Sebeß; Kultus- und Unterricht: Graf Johann Zichy; Honvedministerium: Baron Szurmay; Minister a latero: Graf Madar Zichy; Ernährungsminister: Prinz Windisch-Graetz; Ministerium für Kroatien: Dr. Uffelhäuser; Uebergangswirtschaft: Bela Földes.

Der designierte Ministerpräsident Josef Szterenyi hat heute abend dem Monarchen über das Gelingen seiner Mission berichtet. Er dürfte mit der fertigen Ministerliste Freitag oder Samstag vor dem Monarchen erscheinen. Die Vorstellung des Kabinetts im Parlament dürfte aller Wahrscheinlichkeit bereits nächste Woche erfolgen.

Innerpolitisches.

Ministerpräsident v. Seidler beim Kaiser.

Der Kaiser hat heute abend den Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler in besonderer Audienz empfangen.

Christlichsoziale Vereinigung.

Die in Wien anwesenden Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung traten heute zu einer Erörterung der jüngsten politischen Vorgänge, insbesondere zur Besprechung der immer schwieriger gewordenen Ernährungsnot zusammen. Die bäuerlichen Vertreter anerkannten die schwierige Ernährungslage der Städte, schilderten aber auch in sehr erregter Stimmung die Gefahren, die für den gesamten landwirtschaftlichen Betrieb, insbesondere für die Ernährung der Arbeitskräfte und für die Sicherung der Ernte und daher für die künftige Versorgung der gesamten Bevölkerung aus den neu angeordneten Requisitionen erwachsen. Alle Anwesenden waren einig in der Beurteilung der ungeschickten, unzulänglichen Organisation des Ernährungsdienstes und stellten fest, daß die Christlichsoziale Partei wiederholt und rechtzeitig, aber vergeblich auf die Folgen aufmerksam gemacht habe, die sich aus dem grundsätzlichen System unserer Ernährungs politik mit Notwendigkeit ergaben. Die Redner geben weiter der Erbitterung darüber Ausdruck, daß die tschechischen Gebiete vielfach nur einen Bruchteil der von ihnen aufzubringenden Quote geleistet haben sollen, während die deutschen Kronländer in ungleich höherem Maße zur Ablieferung herangezogen wurden. Einmütig wurde daher verlangt, daß die Klubleitung bei der Regierung vorstellig werde, daß vorerst in jenen Gegenden requiriert werde, die der Ausbringungspflicht nicht im gleichen Maße entsprachen, wie die deutschen Kronländer, und daß auch das reichere Ungarn zu einer entsprechenden rascheren Lieferung veranlaßt werde. Ebenso sollen die Nutznießer des blühenden Schleichhandels durch scharfe Maßregeln herangezogen und müsse insbesondere bei reichen Privaten requiriert werden. Namens der Christlichsozialen Vereinigung wird eine Abordnung beim Ministerpräsidenten vorsprechen, um ein energisches Eingreifen der Regierung an den richtigen Stellen zu verlangen.

Im übrigen wurde die parlamentarische Lage sehr eingehend durchberaten, von einer Beschlussfassung jedoch heute abgesehen und dieselbe einer neuerlichen Vollziehung zu Beginn der nächsten Woche vorbehalten.

Der Rücktritt des Präsidenten des Herrenhauses.

Unmittelbar nach den Besprechungen, die heute vormittags im Präsidium des Herrenhauses stattfanden und in denen Präsident Fürst Windischgrätz infolge des Einspruches des Obmannes der Rechten Fürsten Lobkowitz das Verlangen der Mittel- und der Verfassungspartei nach Einberufung einer Herrenhaus-sitzung für Freitag zur Verhandlung einer Kundgebung dieser beiden Parteien ablehnte, wurde offiziell mitgeteilt, daß Präsident des Herrenhauses Fürst Windischgrätz gestern abends an den Ministerpräsidenten Dr. R. v. Seidler das Ersuchen gerichtet hat, seine Enthebung von diesem Amte an Allerhöchster Stelle zu erwirken. In parlamentarischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß der Kaiser diesem Ansuchen des Fürsten Windischgrätz, der seit 1897 Präsident des Herrenhauses ist, nicht Folge geben wird. Fürst Windischgrätz teilte heute dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Doktor

Groß seine Rücktrittsabsicht mit und wohnte der Sitzung nicht mehr bei, die die in Wien weilenden Mitglieder der Rechten mittags abhielten. Man stimmte dort der Haltung des Fürsten Windischgrätz zu, gab jedoch der Erwartung Ausdruck, daß er im Amte bleiben werde, womit ein neuerlicher Vertrauensbeweis der Krone für den Präsidenten verbunden wäre, der nicht ohne Rückwirkung für das gesamte Haus wäre.

Die Mittel- und die Verfassungspartei hielten heute eine Beratung ab, in der beschlossen wurde, infolge der Unmöglichkeit, in einer Sitzung des Herrenhauses die geplante Kundgebung zur Debatte zu stellen, diese Kundgebung dem Ministerpräsidenten zu überreichen und sodann zu veröffentlichen. Da Dr. R. v. Seidler heute nachmittags verhindert war, wird die Ueberreichung morgen stattfinden.

Eine Oppositionsdrohung der Deutschnationalen.

Heute vormittags wurden die Besprechungen der Deutschnationalen Führer mit der Regierung fortgesetzt. Wie verlautet, verlangten diese von der Regierung die Durchführung der nationalen Abgrenzung in Böhmen, die Eindämmung der südslavischen Agitation, die Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest, eine alte Forderung der Christlichsozialen, und die Errichtung des Trautnauer Kreisgerichtes. Nachmittags hielten die Deutschnationalen Parteiberatungen ab.

Die Deutschradikale Vereinigung hat heute, wie parteiamtlich verlautbart wird, beschlossen, bei Zusammentreten des Abgeordnetenhauses eine dringliche Anfrage betreffs der Ernährungsverhältnisse in Deutschböhmen einzubringen, ebenso hinsichtlich des Widerspruchs zwischen der Rede des früheren Ministers des Neuhern Grafen Czernin vom 2. April und der Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. R. v. Seidler an die Vertreter der tschechischen Parteien, ferner die umgehende parlamentarische Behandlung der § 14-Verordnung über den Gerichtsstand des Hauses Warma zu verlangen. Ferner wurde die Haltung der Vertreter im Leitungsausschusse festgelegt und einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

Die deutschradikale Partei kann nur eine solche Regierung unterstützen, die 1. die Bürgschaften bietet, daß die auswärtige Politik vom verantwortlichen Minister des Neuhern unter Ausschluß aller Beeinflussung von unverantwortlicher Seite in der bisherigen Richtung in engerster Fühlungnahme mit dem verbündeten Deutschen Reich weitergeführt werde:

2. die Selbständigkeit und Selbstverwaltung Deutschböhmens unter Durchführung der nationalen Abgrenzung verwirklicht und die

3. die ausreichende Versorgung Deutschböhmens mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln einschließlich der Rohle dauernd sicherstellt.

Abends trat sodann der Leitungsausschuß der deutschnationalen Parteien zusammen. Es waren von den 25 Mitgliedern 24 erschienen. Die Stimmung des Ausschusses erwies sich als sehr erregt. In der Beratung, die bis in die Nachtstunden dauerte, wurde von deutschradikaler Seite der Antrag vorgelegt, in die Opposition zur Regierung einzutreten. In der Debatte wurde erklärt, daß die Zusagen, die Dr. R. v. Seidler gegenüber den Vertretern der Deutschnationalen in den verschiedenen Besprechungen gegeben hat, ungenügend seien und daß keine zureichenden Bürgschaften dafür vorhanden seien, daß selbst diese geringfügigen Zusagen verwirklicht und durchgeführt werden. Die Deutschnationalen könnten daher der Regierung kein Vertrauen mehr entgegenbringen. Der deutschradikale Abg. Teufel machte auf die Folgen eines solchen taktischen Beschlusses aufmerksam und forderte, daß, bevor der Verband seine endgültige Haltung zur Regierung festlege, alle Folgen genau erwogen würden. Im weiteren Verlaufe der Erörterung wurden auch der Rücktritt des Grafen Czernin und dessen Rückwirkung auf die innere Politik, ferner die Ernährungsfragen besprochen, aus denen sich vielfach die Erregung der Deutschnationalen zur Regierung erklärt. Die Stimmung des Ausschusses war im allgemeinen geteilt, doch überwog entschieden die Neigung zur Opposition. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt werden. Ihr Abschluß schien heute schon deshalb nicht angezeigt, da man noch die für morgen angekündigte Kundgebung des Herrenhauses abzuwarten beabsichtigt. Der Beschluß des Ausschusses wird sodann den einzelnen deutschnationalen Parteien des Verbandes zur endgültigen Stellungnahme übermittelt werden.

Eine Gegendrohung der Tschechen und Südslaven.

Die Slav. Korr. teilt folgende parteiamtliche Verlautbarung mit: Heute fanden sich die Abg. Habermann, Dr. Gruban, Dr. Korosec, R. v. Bogacnik, Stanek und Tufar in Vertretung des Tschechischen Verbandes und des Südslavischen Klubs beim Ministerpräsidenten ein und legten ihm die Frage vor, ob die deutschbürgerlichen Parteien tatsächlich der Regierung einseitig nationale und auf Verfolgung der Tschechen und Südslaven gerichtete Forderungen vorgelegt haben und ob der Ministerpräsident gewillt sei, sie zu erfüllen, vielleicht als Prämie dafür, daß im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht nur die deutschbürgerlichen Parteien, sondern auch Herrenhausparteien dem Throne und dem Staate „die Treue kündigen“. Der Ministerpräsident gab zu, daß über bekannte Forderungen der deutschbürgerlichen Parteien auch in der letzten Zeit verhandelt worden sei, erklärte jedoch, daß bisher noch keine Entscheidung getroffen wurde. Von Ungerechtigkeiten gegenüber irgend einem Volksstamme könne hierbei selbstverständlich keine Rede sein. Die Vertreter der obgenannten Parteien ließen den Ministerpräsidenten nicht

im Unklaren, daß jedwede Verfolgung ihrer Volksstämme und die einseitige Lösung der deutschbürgerlichen Forderungen auf ihren stärksten Widerstand stoßen und den Bestand des Parlamentarismus in Frage stellen würde.

I gescheitert.

„Autonomie“ in Oesterreich?

In der reichsdeutschen Öffentlichkeit findet man oft ein recht weites Entgegenkommen gegenüber den Änderungsvorschlägen, die Oesterreich auf Grund der „Autonomie“ „erneuern“ möchten und in Oesterreich selbst eine ziemlich starke und in neuerer Zeit wachsende Anhängerenschaft haben. So stand ihnen Czernin recht nahe. Dabei zeigt es sich oft, daß sowohl in Oesterreich wie noch mehr in Deutschland über den Begriff der „Autonomie“ und die Zusammenhänge der unter diesem Schlagwort geforderten Änderungen mit der Außenpolitik wenig Klarheit besteht. Nur scheinbar sind in diesen Autonomieforderungen verschiedene Parteien und politische Einzelpersonlichkeiten aus verschiedenen Nationalitäten einig: sobald sie daran gehen wollten, das bis jetzt nur in Schlagworten lebendige Programm zu verwirklichen, würden sich alsbald die größten Unterschiede bei denen ergeben, die alle ihre Forderungen mit dem Namen der Autonomie decken. Die sogenannte Länderautonomie bedeutet etwas völlig anderes als die nationale Autonomie, die wiederum in verschiedenen Formen von den Sozialdemokraten, wie Renner, und einzelnen Deutsch-Bürgerlichen, wie v. Lodgman, angestrebt wird. Für die Tschechen verbindet sich jedes Streben nach Autonomie unlösbar mit ihrem sogenannten historischen Staatsrecht, das die zwei Fünftel Deutscher in Böhmen sowie die Deutschen in Mähren und Schlesien ohne weiteres für den tschechischen Staat annettiert — im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker, auf das sich die Tschechen, von den Sozialdemokraten bis zur kapitalträchtigsten Bourgeoisie, in enger Uebereinstimmung mit dem Bieleverder seit Beginn des Krieges berufen. Die Südslawen gehen über das, was ihnen von den Anhängern der Autonomie zugestanden wird, unter Berufung auf diese Zugeständnisse noch weiter hinaus und verlangen, wiederum in mindestens dreierlei Gestalt, das südslawische Reich. Die wirklichen „Autonomisten“ aber, die in der Tat ein Selbstbestimmungsrecht der Völker, die „Konstituierung der Nation“ als verfassungsrechtlicher Größe, verlangen, schwanken zwischen territorialer und personaler Autonomie. Sie denken sich entweder die Nationen als die unumschränkten Besitzer des von ihnen bewohnten Bodens, wobei freilich die Minderheiten im fremden Gebiet geopfert werden müßten: undenkbar für die österreichischen Nationalitäten, vor allem die Slawen. Oder sie denken sich die einzelnen, gleichviel, wo sie wohnen, auf Grund ihres persönlichen Bekenntnisses und auf Grund von Eintragungen in nationale Kataster zu Nationen zusammengefaßt, die auf bestimmten Gebieten, namentlich auf den sogenannten kulturellen, ihre Selbstständigkeit erhalten sollen. Renner denkt sich eine höchst künstliche Verbindung von territorialer und personaler Autonomie. Aber selbst wenn man, seinen geistreichen Theorien folgend, sich die Menschen noch so ausschließlich als leidenschaftslose „Bermunft“-Wesen denkt, so bleibt auch bei ihm, der entchiedenen den Einheitsstaat will, völlig unklar, wo die Befugnisse der Nation aufhören und die des Staates beginnen sollen. Ganz abgesehen davon, daß die Tschechen niemals sich mit einer sogenannten kulturellen Autonomie zufrieden geben würden: auf gewissen Gebieten, wie etwa dem der Schule, ist eine Trennung zwischen staatlicher und kulturell-nationaler Wirksamkeit unmöglich durchzuführen.

Wenn also auch bei näherem Zusehen von dem Begriff der Autonomie wenig Fassbares übrigbleibt, so beherrscht dieses Schlagwort gerade infolge seiner Unklarheit doch sehr stark die Massen und bietet sich schwachen Regierungen, an denen in Oesterreich ja kein Mangel ist, als bequemeres Auskunfts- und Beruhigungsmittel dar, wenn sie übermäßig von den so verschiedenartigen Wünschen nach Verfassungsreform bestürmt werden. Es ist vielleicht kein müßiges Spiel, sich einmal die Folgen einer wie immer gearteten Autonomie, einer Lockerung des Staatsgefüges, für die Deutschen und damit für das Bündnis und Deutschland vorzustellen. Geseht den Fall, es würden alle die Unklarheiten des autonomistischen Programmes von einer starken politischen Persönlichkeit (der Reichsrat ist dazu nicht imstande) überwunden, und in irgendeiner Form die Nationalitäten selbständig gemacht: dann stünde einer tschechischen, slowenischen, kroatisch-serbischen oder auch einer tschechisch-slowakischen und südslawischen, ferner einer ukrainischen, italienischen und vielleicht auch polnischen Einheit, von kleineren Volkssplittern ganz abgesehen, nicht ein einheitliches Deutsch-Oesterreichertum gegenüber, sondern ein Deutschtum in Böhmen, in Mähren, in Innerösterreich, in Südoösterreich, in Tirol, im Küstenlande usw. Oesterreich würde dann in der Tat von einer in sich sehr uneinheitlichen, aber gegen die Deutschen geschlossenen slawischen Mehrheit beherrscht sein und einige miteinander in recht loser Verbindung stehende größere und kleinere, von ihren örtlichen Interessen und Bedingungen stark abhängige deutsche Enklaven enthalten.

Zum Teil würden diese sich nicht halten können und flawisiert oder sonst in ihrer Gesinnung vom Bündnis und von Deutschland abgedrängt werden, zum Teil würde in

27
32

Die Lösung der ungarischen Krise.

Kompromiß und Konzentration.

Budapest, 27. April. (Privattelegramm.) Von einem ungarischen Staatsmann, der sich augenblicklich um die Lösung der Krise bemüht und auch Gelegenheit hatte, die Auffassung des Monarchen kennen zu lernen, erhält Ihr Korrespondent heute abend folgende Mitteilung: Ministerpräsident Dr. Welerle hat den Auftrag, die Wege der Verständigung in der Wahlrechtsfrage, die zur Lösung der Krise führen sollen, zu ebnen, trotzdem Handelsminister Szterenyi seine Mission formell noch nicht in die Hand des Königs zurückgelegt hat. Im Laufe des heutigen Tages hat Dr. Welerle seine Verhandlungen bereits aufgenommen, und sie bezweckten zunächst die Hindernisse des Kompromisses aus dem Wege zu räumen, was in erster Reihe durch die Klärung des Verhältnisses Welerles zur Verfassungspartei erfolgen soll. Trotzdem die Verfassungspartei aus mehreren Gruppen besteht, ist es zweifellos, daß die überwiegende Mehrheit für die Verständigung in der Wahlrechtsfrage Stellung nimmt mit Ausnahme der wenigen persönlichen Anhänger Andrássy's, Apponyi's und Wazsonyi's. Parallel geht damit die Aktion zur Verständigung mit der Arbeitspartei, die bekanntlich einem Kompromiß zuneigt, indem sie schon sehr viel von ihrem ursprünglichen Standpunkte aufgab und voraussichtlich keine Schwierigkeiten bereiten wird, eine Versöhnung herbeizuführen. Sollte die Verfassungspartei Schwierigkeiten machen, so wird die Entwirrung derart durchgeführt werden, daß sich das neue Kabinett hauptsächlich auf die Arbeitspartei stützt. Gelingt es, das Kompromiß zustande zu bringen, dann wird das Wahlrecht so rasch als möglich im Parlament verabschiedet werden, wodurch eine vollständige Klärung der Parteiverhältnisse hervortreten dürfte. Denn es ist zweifellos, daß nach Eliminierung des strittigen Punktes eine kompakte neue Mehrheit entstehen wird, deren Stütz die Arbeitspartei bilden und der sich alle Kompromißfreunde anschließen werden. Die schweren Probleme, die der Krieg im Gefolge hat und die große Aufgaben nach dem Kriege erheischen, stellen uns vor die kategorische Notwendigkeit, über eine einheitliche, kompakte, große Mehrheit im Parlament zu verfügen. Die Devise lautet: Kompromiß und Konzentration. Erst soll das Kompromiß geschlossen werden. Ist es einmal vollständig durchgeführt, dann kann an die Konzentration der arbeitsfreundlichen Kräfte geschritten werden.

Von einer dem Grafen Tisza nahestehenden Seite wird Ihrem Korrespondenten folgendes mitgeteilt: Alle Vorbedingungen zur Schaffung eines Kompromisses sind gegeben, und die Verhandlungen, die im Laufe des heutigen Tages geführt wurden, zeigten, daß bei gutem Willen und wenn man nicht mit einem Ultimatum arbeitet, wie das Wazsonyi getan hat, das Kompromiß auch auf dem Marische ist. Noch kann man nicht mit Bestimmtheit sagen, wer an die Spitze des Verständigungskabinetts treten wird, ob schon Welerle die Verhandlungen selbst leitet und die Arbeitspartei ihn gern als Regierungschef begrüßen würde. Gelingt es ihm aus der einen oder anderen Ursache, die hauptsächlich im Verhalten eines Mitglieds der Verfassungspartei zu suchen ist,

nicht, selbst die Fäden der Entwirrung fortzuführen, so kommt ein anderer Mann als zukünftiger Ministerpräsident in Betracht, wobei in erster Reihe die Person des Grafen Zichy in den Vordergrund tritt. Einem solchen Verständigungskabinett würde dann Graf Serenyi, Graf Bethlen und auch Ludwig v. Kovacs angehören.

Dr. Welerle verhandelte heute den ganzen Tag hindurch, und zwar konferierte er zuerst mit Szterenyi, mit dem Grafen Johann Zichy, dann hatte er eine längere Beratung mit dem Grafen Stephan Tisza, der zum Teil auch Prinz Windischgrätz anwohnte. Nachmittags hatte er eine mehrstündige Besprechung mit dem Grafen Johann Zichy und dem Grafen Bethlen. Dr. Welerle beurteilt die Lage sehr zuversichtlich und glaubt, daß es ihm gelingen werde, falls Apponyi und Andrássy keine besonderen Schwierigkeiten bereiten, die Grundlage eines Kompromisses zu schaffen. Graf Apponyi selbst teilte seinen Freunden mit, daß er den Kompromißbestrebungen Welerles vorläufig nicht hemmend entgegenzutreten wolle. Ueber die Möglichkeit seines Anschlusses wird er erst nach dem Ergebnis der Verständigungsverhandlungen Entscheidungen treffen.

Auffehen erregt die Abgabe, die ein Teil der ehemaligen Apponyipartei gegen ihren Führer richtet. Abgeordneter Kobacsy veröffentlicht eine geharnischte Erklärung, in der es heißt, Apponyi habe nicht das Recht, im Namen seiner ehemaligen Partei zu sprechen, denn sehr viele seiner früheren Anhänger nehmen für die Verständigung Stellung. Wir sind lange genug dem als Halbgott verehrten Apponyi gefolgt, heißt es in der Erklärung. In der Frage der Verständigung aber müssen wir an unsere Ansichten festhalten.

Szterenyi erklärte heute den Pressevertretern folgendes: Sobald ich eine Berufung vom Monarchen erhalte, was heute oder morgen der Fall sein dürfte, werde ich mich zur Audienz begeben. Bisher wurde ich meiner Mission nicht enthoben. Ueber die Gründung eines Kabinetts verhandle ich nicht mehr.

Audienz Szterenyis.

Wie die „Ungarische Rundschau“ meldet, trifft Geheimrat Josef Szterenyi heute früh in Wien ein, um dem Monarchen mündlich ausführlichen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen zu erstatten, die er mit leitenden ungarischen politischen Persönlichkeiten in den letzten Tagen geführt hat.

Eine Rede Welerles.

Budapest, 27. April. (Privattelegramm.) Zu Ehren des Ministerpräsidenten Dr. Welerle veranstalteten heute abend seine Wähler ein Partysouper. Der Ministerpräsident hielt bei diesem Anlaß eine längere Rede, in der er unter anderem auch aktuelle politische Fragen berührte. Er trat für die Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich ein, allein er erklärte, es liege im Interesse Ungarns, dafür zu sorgen, daß es die Unabhängigkeit des Landes auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete durch die volle Entfaltung seiner eigenen Kraft gewährleisten könne, daß es seinen gleichwertigen politischen Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ausüben und daß es zur Wahrung der nationalen Interessen einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung des Meeres nehme. Es wäre nicht zweckmäßig, unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechtes aus dem Wege zu gehen. Nicht vergeblich habe er in dem Augenblicke, da er an die Verwirklichung des Wahlrechtes schritt, gleichzeitig die Verwirklichung der ungarischen selbständigen Armee gefordert. Nur durch die Verwirklichung des ungarischen Meeres kann der eventuelle Nachteil, der für das Ungarn durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes entstehen könnte, paralytisch werden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können wir nur dann unsere Interessen voll vertreten, wenn wir alle nationalen Kräfte in einem Lager vereinigen. Wir dürfen unsere Kraft nicht zersplittern. Wir müssen alle modernen Ideen auf jedem Gebiete rechtzeitig verwirklichen, um jeder revolutionären Entwicklung einen Damm zu setzen. Alle persönlichen Momente müssen jetzt in den Hintergrund gedrängt werden, und wenn es persönliche Ambitionen gibt, so müssen diese auf dem Gebiete der Arbeit und der schöpferischen Kraft, nicht aber auf dem Gebiete der Politik geltend gemacht werden. Auf dem Gebiete

der Arbeit und der Schöpfung können sich aber alle, die das Interesse des Landes im Auge haben, vereinigen. Diese Gesichtspunkte leiteten ihn bei seinem Bestreben, für eine Verständigung in der Wahlrechtsfrage einzutreten.

Meldungen über die Ernennung von Kreis- hauptleuten in Böhmen.

Kritische Lage im Parlament.

Wien, 2. Mai.

Im Abgeordnetenhaus entwickelt sich eine kritische Situation. Die nächste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses sollte am kommenden Dienstag stattfinden. Die Frist, die der Ministerpräsident nach den Vorgängen der vorigen Woche zu den Verhandlungen mit den Parteien über eine Arbeitsmehrheit zur Verfügung hat, ist kurz. Der Angelpunkt der Situation liegt bei den deutschen Parteien, die vorläufig über ihre Haltung zur Regierung noch keine Beschlüsse gefaßt haben. Von czechischer Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung den deutschen Parteien gewisse nationale Zugeständnisse in Böhmen und in den Alpenländern gemacht habe. Es wird behauptet, der Ministerpräsident habe den Deutschen in Böhmen die Ernennung von Kreishauptleuten zugesichert, die bereits in der allerersten Zeit erfolgen soll. Ebenso seien den alpenländischen Deutschen Zusicherungen über die Eindämmung der südslawischen Agitation und über die Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest gemacht worden. Der Sturmlauf der Czechen wird bereits in der czechischen Presse vorbereitet und wie im Abgeordnetenhaus verlautet, werden sich in den allernächsten Tagen die czechischen und südslawischen Parteien mit diesen Meldungen befassen.

Der Obmann des Czechischen Verbandes Abgeordneter Stanek hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler. Es scheint, daß die von czechischer Seite verbreiteten Mitteilungen auf diese Besprechung zurückzuführen sind. Daß die deutschen Parteien einmütig an die Regierung gewisse Forderungen gestellt haben, ist nicht neu und diese Forderungen entspringen der Stimmung in der gesamten deutschen Bevölkerung, sowohl der Subetenländer wie der Alpenländer, die in vielen Kundgebungen ihrer Erregung darüber Ausdruck gegeben hat, daß gerade jene am wenigsten Berücksichtigung finden, die die schwersten Opfer für den Staat gebracht haben. Die Meraner Resolution, die letzte Innsbrucker Kundgebung, die Kundgebungen in Steiermark und Kärnten, in Mähren und Deutschböhmen sind Mahnzeichen, an denen die deutschen Abgeordneten nicht vorübergehen können. Es ist mehr als fraglich, ob es eine Regierung auf sich nehmen kann, die deutschen Parteien von sich abzustößen.

Die Enttäuschung der Czechen, die jetzt schon angekündigt wird, ist nicht recht begreiflich. Die Czechen haben das einfachste Mittel zur Verfügung, um eine ihnen unangenehme Verordnung zu verhüten. Sie brauchen sich bloß mit den Deutschen an den Verhandlungstisch zu setzen und im gegenseitigen Einvernehmen die Ordnung in Böhmen herzustellen. Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler hat wiederholt Versuche gemacht, die Parteien des Abgeordnetenhauses zu einer Aussprache über nationale Angelegenheiten zu bewegen. Diese Versuche sind nicht an dem Widerstand der Deutschen, wohl aber an dem Einspruch der Czechen und Südslawen gescheitert. Die czechische Enttäuschung ist nicht begründet, sie will nur eine kritische Situation im Parlament herbeiführen, was angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse im Abgeordnetenhaus nicht schwer wäre. Die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus sind unsicher, und es bedürfte einer Vorbereitung des neuen Sessionsabschnittes. Der czechische Sturmlauf kann diese Verhandlungen stören und hindern. Es ist daher begreiflich, daß die Situation im Abgeordnetenhaus bereits von vielen als sehr kritisch angesehen wird.

Die Möglichkeit einer Verschiebung der Abgeordnetenhausitzungen.

In Parteikreisen wird erwogen, ob es angesichts der Verhältnisse im Parlament nicht zweckmäßig wäre, den für den 7. Mai in Aussicht genommenen Wiederverzammentritt des Abgeordnetenhauses zu verschieben.

Einberufung der Obmännerkonferenz.

Auf Wunsch des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler hat der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß auf telegraphischem Wege die Obmänner der Parteien für morgen Freitag, 11 Uhr vormittags, zu einer Konferenz eingeladen.

Ministerrat.

Der Obmann des Czechischen Verbandes Abgeordneter Stanek hatte gestern mittag eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, über deren Ergebnis er heute im Präsidium des Czechischen Verbandes berichtet wird. Unmittelbar nach der Besprechung mit dem Abgeordneten Stanek fand gestern ein Ministerrat statt, der über drei Stunden dauerte.

Czechische Meldungen über die Einsetzung von Kreishauptleuten in Böhmen.

Die Prager czechischen Blätter veröffentlichen gleichlautende Wiener Berichte über die Absicht der Regierung, noch vor dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses durch Ordonanzen Kreishauptleute in Böhmen einzusetzen und hierdurch die nationale Teilung des Landes und die Kreisverfassung einzuleiten. Es wird an das Ultimatum erinnert, das die Deutschradikalen in der verflochtenen Woche dem Ministerpräsidenten beim Ueberreichen ihrer Postulate bis Samstag gegeben und später bis zum 7. d. verlängert haben, an deren Erfüllung, sie werden dem halbjährigen Budgetprovisorium gegenüber ihre patriotische Pflicht erfüllen und ihm ihre Stimmen nicht verweigern, und an den vorgezogenen Ministerrat. Alle diese Dinge stehen in ursächlichem Zusammenhang, führen „Narodni Listy“ aus, wir sind im Besitze genauer Informationen, deren zufolge abermals ein Oktroi vorbereitet wird. Es betrifft nicht die deutsche Staatsprache. Der Inhalt des geplanten Oktrois ist die administrative Teilung Böhmens die durch kein Gesetz, sondern durch einen Erlass angebahnt werden soll, für welchen Preis die Deutschradikalen das provisorische Budget bewilligen würden. Sie verlangen, es solle demnächst, vor dem 7. Mai, eine Verordnung erlassen werden, durch welche sogenannte Kreishauptmannschaften als Vorstufe für die künftige Kreisorganisation auf Grundlage der nationalen Teilung des Königreiches Böhmen errichtet werden. Die Kreishauptmänner im Range von Hofräten hätten die Revision in mehreren Sprengeln von Bezirkshauptmannschaften. Diese Maßnahme erhält ihre Bedeutung durch die Absichten, mit denen sie verbunden wird. Sie soll die erste Station werden auf dem Wege der Erfüllung der bekannten deutschnationalen Forderungen und zugleich das äußere Anzeichen dafür, daß die Wiener Regierung sich entschlossen hat, ein Präzidium als erste Abzahlung auf nichtparlamentarischem Wege zu bezahlen, durch die fundgegeben wäre, daß das Kabinett Seidler bereit ist, den bürokratischen Apparat gegenüber den Deutschnationalen in Bewegung zu setzen. Die Czechen sollen aus dieser Aktion ersehen, daß ihr Widerstand eine solche Verfügung nicht zu stemmen vermag und daß ihnen bloß erübrige, sich mit den Deutschen auseinanderzusetzen und sich am grünen Tische einer Ausgleichskonferenz mit ihnen niederzulassen, wenn sie nicht wollen, daß durch ihre Widerständigkeit und Opposition dem czechischen Volke ein noch größerer Schaden erwachse. Es hat den Anschein, daß die Deutschnationalen dem Ministerpräsidenten dieser Aufnahme der Barzahlungen geneigt gemacht haben. Sie brauchen einen äußerlich sichtbaren Erfolg. Sie wollen ihn jetzt durch eine Novelle zu den im Vorjahre zurückgestellten Oktrois erreichen. Herr v. Seidler ist hierbei die Rolle des Beschlichtigers der Czechen zugedacht, der ihnen einreden soll, die Sache, um die es sich handle, sei ebenso harmlos wie es seiner Meinung nach die letzte Rede des Grafen Czernin

gewesen ist. Der Kabinettschef muß sich jedoch bemüht sein, daß er durch die Erfüllung einseitig deutscher Postulate die Linie verlege, die er selbst unlängst und vor ihm ein noch höherer Faktor dahin festgelegt hat, es sei ein jedes Oktroi und eine jede einseitige, wenn auch nur administrative Maßnahme nationaler Natur ausgeschlossen, und daß er durch sein Vorgehen die Czechen zur Vergeltung veranlasse, welche das Parlament selbst treffen kann.

Der „Bidský Denník“ veröffentlicht folgende zensurierte Mitteilung: Wie wir erfahren, hat der letzte Ministerrat sich fast ausschließlich mit Fragen der Verwaltungsreform in Böhmen beschäftigt, wobei dem Standpunkt der Deutschen Rechnung getragen werden soll. Vorläufig sollen Kreishauptmannschaften in Böhmen gebildet werden, wodurch die Grundlagen für die geplanten Kreisregierungen in Böhmen geschaffen würden. Die den größeren Bezirkshauptmannschaften in Böhmen zugeteilten Hofräte, wie zum Beispiel in Pilsen, Smichow usw., sollen zu Kreishauptleuten ernannt und mit der Amtsführung der betreffenden Kreise betraut werden. Die Regierung ist der Ansicht, daß dadurch den Czechen kein Unrecht zugefügt wird, weil es sich nicht um eine Aenderung der tatsächlich bestehenden Verhältnisse handelt und die Czechen zu Verständigungskonferenzen mit den Deutschen veranlassen würde. Nachdem aber, wie das Blatt weiter meldet, es sich auch um die nationale Abgrenzung der einzelnen Bezirke Böhmens handeln soll, so wurde die obige Mitteilung im czechischen Lager mit der größten Erregung aufgenommen. Die czechischen Blätter erklären bereits, daß die Durchführung des erwähnten Planes die sofortige Rahmlegung des Abgeordnetenhauses zur Folge haben würde.

Beratung der czechischen und südslawischen Klubvorstände.

Die Obmänner des Czechischen Verbandes und des Südslawenklubs, die Abgeordneten Stanek und Dr. Korošec, berieten ihre Stellvertreter zu einer heute nachmittags stattfindenden wichtigen Beratung über die politische Lage.

Vertagung des Parlaments.

Wien, 3. Mai. Der Reichsrat wird vertagt. Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler hat die Vertagung des Abgeordnetenhauses in der heutigen Obmännerkonferenz angekündigt und sie damit begründet, daß die Regierung entschlossen sei, die Kreishauptmannschaften in Böhmen auf nationaler Grundlage zu errichten, und auch im Süden die für die Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Verfügungen zu treffen, welche Maßnahmen eine gewisse Erregung hervorrufen werden, weshalb die Regierung bis zum Abflauen dieser Erregung eine kurze Verschiebung der Sitzungen des Hauses vornehmen wird.

Ob die Ausschaltung des Parlaments in den gegenwärtigen krisenhaften Zeiten der Ernährungsnotwendigkeiten die richtige Maßnahme ist, muß erst abgewartet werden, und es wird sich erst zeigen müssen, ob die von der Regierung gehoffte und gewünschte Vermittlung wirklich eintreten wird.

Falls das Haus — wie es heute heißt — erst in der zweiten Hälfte des Juni wieder

Die Zeit *Abendblatt*
3./V. 1918

zusammentreten wird, wird die Situation vielleicht geklärt sein, aber der Verlauf der Sitzungen wird kaum ruhiger sein, als es heute der Fall wäre. Nachstehend der Sitzungsbericht über die Obmännerkonferenz:

Präsident Dr. Groß erklärt, gestern habe ihm der Ministerpräsident telephonisch den Wunsch geäußert, für heute eine Obmännerkonferenz einzuberufen, da er für gewisse Mitteilungen zu machen habe, weshalb er die Obmännerkonferenz für heute einberufen habe. Der Präsident behauptet, daß die Tschechen und Südslawen heute nicht vertreten seien; aber dies könne kein Grund sein, die Besprechung nicht durchzuführen.

Die Erklärung der Regierung.

Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß zwei große Parteien heute nicht erschienen sind. Er habe den Präsidenten um die Einberufung der heutigen Besprechung ersucht, um den Herren Mitteilungen über gewisse Absichten zu machen, die die Regierung in nächster Zeit auszuführen gedenkt, und andererseits die Vertreter der einzelnen Parteien zu ersuchen, ihn darüber aufzuklären, welche Haltung sie am nächsten Dienstag und fernherin — er wolle nicht so sehr sagen zur Regierung als im Parlament, zum Parlament, einzunehmen gedenken.

Es handelt sich um zweierlei. Er habe bekanntlich schon vor mehr als drei Viertel Jahren nach Rücksprache mit allen Parteien die Frage der Verfassungsrevision und zwar auf Grundlage der nationalen Autonomie, auf die Tagesordnung der öffentlichen und parlamentarischen Diskussion zu stellen versucht und er könne wohl sagen, daß die Regierung seither sich unablässig bemüht habe, diese Angelegenheiten aus dem Stadium interner Beratungen in dasjenige der parlamentarischen Verhandlung hinüberzuführen. Das sei bisher trotz aller eifrigsten Bemühungen nicht gelungen, da eine Partei — der tschechische Verband — zu einem Beschluß über die Beteiligung an den Verhandlungen nicht gelangt war. Die Regierung habe es wahrhaftig nicht an Bemühungen fehlen lassen, diese Angelegenheit auf dem Wege allgemeiner Verhandlungen durchzuführen. Er habe in einer seiner Reden auch schon angedeutet, daß, wenn es mit der generellen Behandlung der Verfassungsrevision nicht glatt vorwärts gehen sollte, die Regierung sich vorbehalten müsse, ihr Programm soweit selbstständig durchzuführen, als dies eben auf Grund der bestehenden Gesetze möglich sei. Eine weitere Sinausschiebung dieser Angelegenheit, ein gänzlich passives Verhalten gegenüber der Verfassungsrevision sei kaum mehr möglich, und die Regierung möchte daher einen ersten Schritt tun.

Die Ernennung von Kreishauptleuten.

Es soll demgemäß baldigt eine Verordnung des Gesamtministeriums erlassen werden, die, da ja die Verhältnisse in Böhmen am meisten geklärt sind, die Ernennung von Kreishauptleuten vorsehen wird, und zwar mit nationalabgegrenzten Sprengeln bei Uebertragung gewisser Kompetenzen der Statthalterei an die Kreishauptleute. Das würde ganz im Programm der Regierung hinsichtlich der nationalen Autonomie liegen und ist etwas, das sie schon heute auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1868 machen könne. Die Regierung habe die deutliche Empfindung, daß dem tschechischen Volk damit nicht der geringste Schaden zugefügt wird. Die Kreise sind ja auch ein Teil des tschechischen Programms, und deswegen allein, weil dieser Plan den Deutschen sympatisch ist, kann doch die Sache nicht als den Tschechen gefährlich betrachtet werden. Das ist also die Absicht der Regierung in Bezug auf Böhmen.

Die südslawische Frage.

Was den Süden anlangt, so besteht die südslawische Frage, und sie bedarf einer Behandlung. Redner wisse nicht, ob ein südslawischer Staat einmal entstehen werde, ausgeschlossen sei dies wohl nicht. Aber hier darüber zu sprechen, sei unmöglich, weil nicht bloß Oesterreich, sondern auch Ungarn und Bosnien in Betracht kommen. Von einem Vorgriffen könne also nicht die Rede sein. Redner wolle auch darüber nicht sprechen, ob einzelne österreichische Gebiete angeschlossen werden könnten; aber eines sei ziemlich klar: daß, wenn ein solches staatliches Gebilde entsteht — selbstverständlich könne nur von einem solchen die Rede sein, das unter dem Rector seiner Majestät stünde und einen integrierenden Bestandteil der Monarchie bilden würde —, es nicht aus den Friedensbedingungen herauswachsen wird, und daß vor allem nicht jene Teile des österreichischen Staatsgebietes einbezogen werden könnten, die auf dem Wege zur Abria liegen und die in inniger Verbindung mit dem deutschen Sprachgebiet stünden. Indes auch in diesen Gebieten bestehen nationale Aspirationen, und es sei selbstverständlich, daß diese nationalen Wünsche der Südslawen mit aller Berücksichtigung behandelt werden müssen.

Redner gebe ohne weiteres an, daß gegenüber den Südslawen auch kulturelle und wirtschaftliche Zugeständnisse möglich wären. Eines aber ist sicher. Alle darauf abzielenden wohlwollenden Bestrebungen können durch Agitationen, die die Nationalitäten untereinander verhetzen, das Verhältnis der Völkergemeinschaften beeinträchtigen und gefährden, nicht gefördert, sondern nur geschädigt werden. Solche Agitationen müssen im Staatsinteresse eingedämmt werden. Er wolle nicht von solchen ruhigen Erörterungen über einen südslawischen Staat, aber verhetzende Agitationen sind unmöglich, sie gefährden die Ruhe des Staates. Derartigen Agitationen, die eine Gefährdung des Friedens unter den Nationalitäten bedeuten, wolle er daher mit gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten, wobei es selbstverständlich sei, daß

gleiche Agitationen von deutscher Seite auch nicht geduldet werden können: Gleiches Recht für alle!

Dies, sage er offen und ehrlich, sei die Absicht der Regierung, und er habe Wert darauf gelegt, zu hören, wie die einzelnen Parteien des Hauses sich angesichts dieser Intentionen der Regierung verhalten werden. Von zwei Parteien werde man heute diesbezüglich keine Aufklärung bekommen. Doch scheine ihm eigentlich die Antwort schon gegeben zu sein.

Wir leben in einer sehr ernsten Zeit und gehen in eine noch viel ernstere Zeit hinein. Unsere ganze militärische und politische Lage ist auf einen Höhepunkt angelangt. Die Spannung ist die höchste. Die nächsten Monate werden große Entscheidungen bringen. Er sei fest überzeugt, daß die auf dem Schlachtfelde zu treffenden Entscheidungen zu unseren und unserer Verbündeten Gunsten ausfallen werden. Gleichzeitig sind begreiflicherweise im vierten Kriegsjahre die wirtschaftlichen und namentlich die Ernährungsverhältnisse kritische, durchaus nicht verzweifelte, aber sehr ernste geworden. Jetzt durchzuhalten bis zur endgültigen glücklichen Entscheidung ist eine Existenzfrage des Staates. Es wäre der Regierung ganz unmöglich, sich diesen Aufgaben, die von der unheimlichsten Bedeutung seien, mit ganzer Kraft widmen zu können, wenn sie inmitten parlamentarischer Wirrnisse sich bewegen müßte.

Ellenbogenfreiheit für die Regierung.

Die Regierung muß unter allen Umständen Ellenbogenfreiheit haben, sonst würde sie die schwerste Verantwortung auf sich nehmen gegenüber allen Völkern Oesterreichs und gegenüber der Geschichte. Vor dem Wiederbeginn der parlamentarischen Tätigkeit müsse also die Regierung gewisse Garantien dafür haben, daß sie in dem erwähnten Sinne sich frei bewegen kann. Sind diese Garantien vorhanden? In einem gewissen Sinne sei diese Frage schon verneint. Wenn zwei Parteien — nicht der Regierung, sondern dem Präsidenten des Hauses eine Abgabe schiden und die Anwendung eines Instruments zu verhindern trachten, das ja nichts anderes bedeutet als die Sicherung des technischen Fortganges der parlamentarischen Arbeiten, so ist das allerdings für die Dienstag beginnenden Verhandlungen eine sehr traurige Perspektive. Da kann von Garantien nicht die Rede sein, und man müsse sich sagen: Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Vertagung auf einige Wochen.

Bei dieser Sachlage schiene dem Ministerpräsidenten eine Sinausschiebung des Wiederbeginnes der parlamentarischen Arbeiten, beziehungsweise eine Fortsetzung der gegenwärtigen Pause, das Zweckmäßigste zu sein. Er wisse nicht, ob der Präsident sich entscheiden könnte, auf Grund des Votums der erschienenen Parteien in eine weitere Sinausschiebung zu willigen, wie er es für acht Tage schon getan habe. Falls dies nicht möglich wäre, so — dies sage er wieder ganz offen — müßte eine Vertagung von Seiten der Regierung ins Auge gefaßt werden, natürlich nicht eine Vertagung auf lange Zeit, aber auf einige Wochen.

Während dieser Zeit müßte der Versuch gemacht werden, den politischen Kräfte zu lösen, eine parlamentarisch mögliche Situation zu schaffen und gewisse politische Fäden fortzuführen, die vorhanden sind. Dann müßte während der Zeit, wie erwähnt, die Regierung ihre volle Kraft darauf verwenden, die wirtschaftlichen und namentlich die Ernährungsfragen, so gut es in der gegenwärtigen Situation möglich ist, zu lösen, um über den kritischen Moment hinwegzukommen. Es wäre möglich, daß in einigen Wochen die Lage sich als eine gebesserte darstellt wird. Von einer Ausschaltung des Parlamentarismus kann natürlich nicht die Rede sein. Der Zeitraum der Vertagung würde so bemessen werden, daß noch genug Spatium bis zum Beginn der Sommerferien bleibt, um die Staatsnotwendigkeiten parlamentarisch zu erledigen.

Keine Anwendung des § 14.

An eine Anwendung des § 14 denke die Regierung selbstverständlich nicht. Es handle sich lediglich um einen Befehl, um über die momentane Situation hinwegzukommen. Der Ministerpräsident sehe fast keinen anderen Ausweg als diesen und glaube, daß er zum auten Ende führen würde. Wenn momentanen parlamentarischen Verhandlungen nicht möglich seien, so liege die Schuld an denselben Parteien, die nach allem, was man in den letzten Tagen gehört habe, den ruhigen Fortgang der parlamentarischen Arbeiten nicht zu garantieren geseint zu sein scheinen.

Präsident Dr. Groß bemerkt, er habe die bisher eingetretene Verschiebung der Sitzungen im Einvernehmen mit sämtlichen Parteien eintreten lassen und wäre nicht in der Laue, unter den heutigen Verhältnissen, wo bereits von großen Parteien ein diesbezüglicher Protest vorliegt, eine weitere Verschiebung der Sitzungen vorzunehmen. Seine persönliche Meinung in der Angelegenheit spiele hier keine Rolle.

Die Erklärungen der Parteien.

Dr. Waldner (deutschnational) führt aus, er teile die Anschauungen des Ministerpräsidenten und betrachte nichts als so beweiskräftig, als die in den heutigen Morgenblättern erschienene Grundlegung der slawischen Parteien an den Präsidenten. Dadurch zeigen sie, daß sie die Hand zur Gewährung eines ruhigen Ganges der parlamentarischen Arbeiten nicht bieten.

Dr. Adler (deutscher Sozialdemokrat) erklärt, seine Partei warne auf das ernsteste vor dem Schritt, den der Ministerpräsident in Aussicht gestellt habe. Eine Verschlagung des Hauses, die bejährt werde, würde von niemand anders angedeutet, außer als Folge, wenn Schritte zur Ausschaltung des Hauses gemacht werden sollten.

Wenn man das Haus auf vier oder sechs Wochen vertage, dürfe man sich nicht der Hoffnung hingeben, daß man den Debatten, die jetzt befürchtet werden, entgegen könne. Die Hoffnung, daß sich bis dahin die Parteien beruhigen würden, könne man nur als eine beneidenswerte Naivität ansehen. Von der Regierung werde nun eine Maßregel geplant, die den Deutschen nichts gibt und die Tschechen reizt. Nach vier Wochen werde durch diese Maßregel ein Gegenstand mehr zur Debatte stehen. Redner verweist schließlich auf die Wirkungen einer Vertagung des Parlaments im Auslande und erklärt, die Sozialdemokraten erheben von den gekennzeichneten Gesichtspunkten aus ihre Einsprache und ihre Warnung gegen eine solche Maßregel.

Wolf (deutschradikal) erklärt, die Kreiseinteilung in Böhmen sei nicht eine Begünstigung der Deutschen, sondern nur eine Staatsnotwendigkeit. Der Regierung bleibe, um der Öffentlichkeit das Schamspiel einer Verfahrenheit im Parlament zu ersparen, nichts anderes übrig, als neben dem Parlament das durchzuführen, was sie nun durchzuführen willens scheint, weshalb es die Deutschen nichts gäbe und das Parlament für einige Zeit ausgeschaltet werde. In dem Augenblick, wo alle in Frage kommenden Faktoren des Staates wieder ihre Bereitwilligkeit zeigen, mitzuarbeiten, werden die Deutschen die ersten sein, die auf die Wiederberufung des Parlaments drängen. Er sei der zuverlässigen Hoffnung, daß dies schon in einigen Wochen möglich sein wird. Eine völlige Ausschaltung des Parlaments liege auch nicht im Interesse der Deutschen.

Dr. Dfner (deutschfreihlich) protestiert namens seiner Gruppe gegen eine Vertagung des Hauses, die er für eine unglückliche Maßregel halten würde. Es sei durchaus nicht zu fürchten, daß die Tschechen oder Südslawen das Parlament zerschlagen, das ihnen die einzige Möglichkeit bietet, das sagen zu können, was sie wollen.

Seib (deutscher Sozialdemokrat) bemerkt, die deutschen Sozialdemokraten müßten energisch dagegen Einspruch erheben, wenn man den Deutschen einreden wolle, daß diese Ernennungen irgendwelche Bedeutung haben. Wenn die Regierung erklärt, sie könne trotz aller Vermittlungen keine Garantien für die normale Tätigkeit des Parlaments finden, dann gibt es für sie nur eine Konsequenz, nämlich abzutreten. Vielleicht hat ein anderer die Möglichkeit, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Sozialdemokraten verlangen, daß das Parlament zusammenkomme und einer normalen Arbeit zugeführt werde. Die Ausschaltung des Parlaments könnte nur neue Reizungen hervorrufen.

Dr. Dinghofer (deutschnational) bedauert er unendlich eine Verschiebung der Sitzungen mit Rücksicht auf die vielen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen, die einer Erörterung unbedingt bedürften.

Dr. Conci (Italiener) erklärt, er müsse sich entschieden gegen eine allfällige Vertagung des Hauses aussprechen.

Teufel (deutschradikal) bemerkt, er und seine Partei empfinden ebenso innig für das Parlament wie die Vertreter der Sozialdemokratie, und eben von diesem Gesichtspunkt verlangen sie solidarisch mit der Regierung Garantien für eine arbeitsreiche Session. Die Regierung sei andererseits im Recht, wenn sie eine Unterbrechung der Sitzungen auf so lange verlange, als die Gewähr für eine solche arbeitsreiche Tätigkeit des Parlaments nicht geboten sei.

Rufel (österreichischsozial) erklärt, seine Partei sei der Meinung, daß es besser wäre, von einer Einberufung des Hauses vorläufig abzusehen, er betone aber ausdrücklich und wiederholt, daß sie unter gar keiner Bedingung der Ausschaltung des Parlaments auf längere Zeit zustimmen könnte.

Zieleniewski (Pole) bemerkt, wiewohl der Polenklub eine frei bestimmte kurze Unterbrechung zu einer gegenseitigen Aussprache und Verständigung für empfehlenswert erachtet würde, müßte er sich mit Rücksicht auf seine grundsätzlichen Richtlinien mit aller Entschiedenheit gegen jede Regierungsmaßregel aussprechen, die geeignet wäre, das Parlament, wenn auch nur vorübergehend, auszuschalten, dadurch das Vertrauen der Bevölkerung in die verfassungsmäßige Sicherung der parlamentarischen Kontrolle zu erschüttern und so die ohnehin schon bestehende Erregung in der Bevölkerung zu vergrößern.

Präsident Dr. Groß bemerkt, der Zweck der Besprechung, die Regierung über die Stimmung der Parteien in der Frage einer Verschiebung des nächsten Abgeordnetenhauses zu reformieren, sei erreicht worden.

Der Präsident erklärte sodann die Besprechung für beendet.

Bevorstehende Erklärungen.

Die Regierung wird, wie es heißt, noch heute eine Erklärung veröffentlichen, in der sie ihr Vorgehen begründen und rechtfertigen wird. — Die deutschnationalen Abgeordneten beabsichtigen, sich morgen mit einer Kundgebung an ihre Wähler zu wenden. Heute nachmittags hält der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien eine Sitzung ab.

Die Ernennung der Kreishauptleute.

Die von der Regierung angekündigte Maßnahme wird die Ernennung von fünfzehn Kreishauptleuten für Böhmen vornehmen. Zudem die Regierung nicht Kreishauptmannschaften errichtet, sondern Kreishauptleute ernannt, hält sie sich streng an den Wortlaut des § 9 des Gesetzes vom 19. Mai 1868 über die Errichtung von politischen Verwaltungsbehörden. So wird es dem Ministerpräsidenten auch möglich sein, sein Versprechen, während der kurzen Vertagung des Parlaments keine § 14-Berordnung zu erlassen, erfüllen zu können, indem er nur auf Grund eines alten Gesetzes Kreishauptleute ernennen wird.

Aussehen der Verhandlungen der Kriegswirtschaftlichen Kommission.

In der heutigen Vormittagsitzung der Kriegswirtschaftlichen Kommission erklärte Obmann Seib, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige politische Situation es psychologisch unmöglich sei, die notwendige Ruhe zur Fortsetzung der sachlichen Verhandlungen in der Kommission zu finden. Die Nachrichten über Pläne, die sich gegen das Parlament richten, haben nicht nur hier im Hause, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit große Beunruhigung hervorgerufen. Er sei daher mit den Kommissionsmitgliedern aller Parteien übereingekommen, daß bis auf weiteres die Beratungen der Kommission ausgesetzt seien. Die nächste Sitzung wird in schriftlichem Wege einberufen.

Sonntag, 4. Mai 1918

Zeitung

1704

In gelehrten Sachen

Der Morgen-Ausgabe aufgeführt

-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

land.

- Starker Artilleriekampf am Kessel.

Die letzten Vorgänge in Oesterreich.

Von

Heinrich Friedjung, Wien.

Nicht die Sorge um die äußere Politik der Monarchie war der zwingende Grund der Bewegung, welche aus Anlaß des Kaiserbriefes durch die deutschen Parteien Oesterreichs ging und auch die Mehrheit des Herrenhauses in ihre Kreise zog. Denn so auffällig auch die Verhandlung mit Frankreich, besonders aber die Uebergehung des verantwortlichen Ministers des Aeußern war, so wurde dem Ganzen doch durch die Erklärungen des Monarchen wie durch sein Telegramm an den Deutschen Kaiser die Spitze abgebrochen. Die Festigkeit des deutschen Bündnisses wurde aufs neue bekräftigt, deshalb hoben auch bedächtige Politiker in Paris und London hervor, wie ungewöhnlich Clemenceau gehandelt hatte, als er Kaiser Karl zu dem Telegramm veranlaßte, daß seine Kanonen der französischen Regierung die gebührende Antwort geben werden. Auch der Versuch des Hofrats Lammasch, die österreichisch-ungarische Regierung schon während des Krieges zu einer öffentlichen Erklärung zu veranlassen, sie gedente mit Hinblick auf den kommenden Weltbund nach dem Frieden die Allianz mit Deutschland nicht mehr zu erneuern, ist damit gescheitert; seine vielbesprochene Denkschrift hat durch die geschilderten Ergebnisse ihre Erledigung erhalten. Ehre und Notwendigkeit sind der Ritt zwischen den Mittelreichen; je glücklicher der Krieg sich gestaltet, je mehr Erfolg ihnen der endgültige Friede bringen wird, desto straffer müssen sie in Verteidigung des in Rußland, in Rumänien und sonstwie Errungenen zusammenstehen. Schon jetzt sind das Königreich Polen, die Petroleumquellen Rumäniens, die Brotversorgung durch die Ukraine gemeinsame Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, die sich vermehren werden, wenn die Ergebnisse des Krieges auch an der Westfront, in Italien und in Serbien eingeehmt sind. Große Reiche werden weniger durch Sympathien aneinander geschlossen als durch gemeinsame Interessen. Wären die Mittelmächte besiegelt und ausgeplündert worden, so würde vielleicht jede ihr Heil in neuen Verbindungen gesucht haben. So aber gilt es die Verteidigung einer neugeschaffenen Weltordnung — im Osten muß von einer solchen gesprochen werden gegen den Einbruch feindseliger Mächte. Vorübergehende Entgleisungen werden nicht hindern, daß das Doppelgespann der Zukunft in gemeinsamer Fahrt zu steuert.

Stärker war und ist die Nachwirkung der Rolle des Prinzen Sixtus von Parma auf die inneren Verhältnisse der Monarchie. Sachlich richtig wäre es gewesen, wenn nicht bloß der Minister des Aeußern und der ungarische Kabinettschef, sondern auch der österreichische Ministerpräsident erklärt hätten, daß Unterhandlungen mit dem Ausland nicht ohne Wissen der verantwortlichen Ratgeber geführt werden sollten. Indem Graf Czernin den Vorgang zum Anlaß seiner Demission nahm — die letzten Gründe seines Rücktritts liegen allerdings tiefer — erwies er allen seinen Nachfolgern einen erheblichen Dienst. Der junge Herrscher, der, dem Zuge seines zum Frieden drängenden Herzens nachgebend, seinen Schwager nach Paris schickte, weiß jetzt, welche unerwarteten Folgen ein aus eigenem Ermessen unternommener Schritt nach sich ziehen kann. Seine Absicht war die beste, aber das Ziel entwich den Augen umso schneller, je ungestümer es verfolgt wurde. Die gemonnenen Erfahrungen werden als Hemmung wirken: dem Grafen Czernin wird es gutzuschreiben sein, wenn der Herrscher fortan regelmäßig dem Räte seiner verantwortlichen Minister sich anzuvertrauen für richtig findet.

Daran ändert auch die Antwort nichts, die der österreichische Ministerpräsident vor ein paar Tagen der Abordnung des Herrenhausmajorität gab, als sie ihm besorgt darlegte, daß das Ansehen der Krone darunter leide, wenn der Herrscher in schwierigen Umständen nicht durch seine Minister gedeckt werde. Herr Dr. v. Seidler erwiderte, er nehme die Verantwortung für das Geschehene auf sich. Nun war er im März 1917, zur Zeit der Abendung des Kaiserbriefes, noch nicht im Amte, es ist daher belanglos, ob er für das damals Geschehene mit seiner Person einstehen will oder nicht. Ebenso könnte er die Versicherung geben, daß er die Verantwortung für den Staatsbankrott von 1811 oder für den Verlust der Schlacht von Königgrätz auf sich nehme. Daß er den Kaiser decken will, ist ehrenwert, aber seine Bürgschaft zählt doch nur für die Zeit seiner Amtsführung.

Biel näher läge es, daß Prinz Sixtus sich melde und Zeugnis dafür ablege, daß die Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung über den Kaiserbrief sich mit dem Inhalt des von ihm überreichten Briefes decken. Wenn dies nicht geschieht, dann liegt die Vermutung nahe, daß der von seinen Anhängern in Paris übergebene Brief sich nicht mit dem deckt, ihm anver-

Die Vertagung des Reichsrates.

Wie wir erfahren, hat der Kaiser den Ministerpräsidenten ermächtigt, den Reichsrat zu vertagen und behufs Ermöglichung der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit sofort die erforderlichen Verhandlungen einzuleiten. Auf Grund dieser kaiserlichen Ermächtigung hat der Ministerpräsident an die Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrates eine vom heutigen Tage datierte Zuschrift gerichtet, mittels welcher die Vertagung des Reichsrates mit 4. Mai d. J. ausgesprochen wurde.

Der amtliche Kommentar.

Die heutige „Wiener Zeitung“ schreibt:

Wir stehen in der letzten, entscheidenden Phase des Krieges.

Im Osten bedroht uns kein Feind mehr; aber es gilt, in festem und treuem Zusammenschlusse mit dem Deutschen Reiche und unseren anderen Verbündeten auch die übrigen Gegner zum Verzicht auf ihre feindseligen Absichten zu zwingen. In der kraftvollen Erzielung eines ehrenhaften, guten und dauernden Friedens gipfelt die ungeheure Aufgabe, vor die das Schicksal uns und unsere Waffengefährten gestellt hat. Sie erheischt nach der harten Erprobung in vier Kriegsjahren die höchste endgültige Anspannung.

In militärischer Beziehung dürfen wir stolz auf die bereits erzielten Erfolge zurückblicken; in wirtschaftlicher Hinsicht aber haben sich mit der langen Dauer des Kriegeszustandes naturgemäß die Schwierigkeiten immerfort gesteigert. Wir gehen jetzt durch die Zeit der ernstesten Prüfung. Eine fühlbare Erleichterung wird erst eintreten, wenn die Hilfsquellen, die uns die Kraft unseres Schwertes und der versöhnliche Geist unserer Friedensbestrebungen im Osten erschlossen, ungehemmt einströmen und wenn fernerhin die neue Ernte uns die Früchte eines emsigen Arbeitsjahres bringt. In der gegenwärtigen, hoffnungsreichen aber schweren Zeit muß auch Oesterreich seine volle Kraft in den Dienst der großen Sache stellen; alles muß unterbleiben, was die freie Betätigung dieser Kraft hindert, was in nutzlosen Reibungen einen Teil von ihr aufzehrt.

Kein guter Staatsbürger wird die Wahrheit dieses Satzes bezweifeln. Dennoch vermochte bisher trotz aller hingebungsvollen Bemühungen der für die staatlichen Interesseneintretenden Parteien der Gang der parlamentarischen Arbeit sich den Bedürfnissen der Zeit nicht hinlänglich anzupassen. Immer wieder hemmte die Nachwirkung alter Streitfragen und das Hervortreten unerfüllbarer Zukunftswünsche die volle Bewertung der reichen staatlichen Energien. Die Befriedigung der elementarsten Staatsnotwendigkeiten, die anderwärts zum Selbstverständlichen des verfassungsmäßigen Lebens gehört, war vielfach nur unter geradezu krisenhaften Spannungen durchzusetzen. Parlamentarische Zwistigkeiten banden die Wirksamkeit der Regierung und behinderten sie in der Sorge für die brennendsten Fragen der Wirtschaft.

Die Regierung hat es diesen Erscheinungen gegenüber nicht an Versuchen fehlen lassen, in inniger Gemeinschaft mit dem Reichsrat Wandel zu schaffen. Sie wollte die innerpolitischen Probleme auf den Boden einer systematischen Behandlung hinüberführen, wo sie, ohne die erfolgreiche Entwicklung der aktuellsten Aufgaben zu gefährden, ihrer endgültigen, allseits befriedigenden Lösung näher gebracht werden könnten. Sie bemühte sich, durch einen lebhaften Kontakt mit allen Parteien jene Atmosphäre des wechselseitigen Vertrauens zu schaffen, die eine Ausschaltung staatsrechtlicher Gegensätze aus der laufenden parlamentarischen Arbeit und die Zusammenfassung aller Kräfte auf ein großes angelegtes wirtschaftliches Programm ermöglichen sollte.

Leider ist der Erfolg bisher ausgeblieben. Trotz einzelner aussichtsvoll scheinender Ansätze vermochte die Volksvertretung vorläufig noch nicht eine gefestigte Orientierung zu finden. Wie die Dinge liegen, würde momentan die

Wiederaufnahme der Verhandlungen des Reichsrates keineswegs eine Erleichterung der Lage mit sich bringen, sondern aller Boraussicht nach nur zu einer Verschärfung der politischen Gegensätze führen. Zugleich würden die Schwierigkeiten des parlamentarischen Betriebes die Erfüllung jener wirtschaftlichen Aufgaben gefährden, von deren erfolgreicher Lösung gegenwärtig alles abhängt.

Unter diesen Umständen ist auf Grund kaiserlicher Ermächtigung die Vertagung des Reichsrates erfolgt.

Sie knüpft an die Verhandlungspause an, die beide Häuser bereits autonom haben eintreten lassen, und wird jedenfalls auf eine so kurze Dauer beschränkt bleiben, daß es möglich sein wird, noch vor der Sommerpause die Staatsnotwendigkeiten ohne Anwendung des Notverordnungsrechtes zu erledigen.

Bis zum Wiederezusammentritt des Parlaments, der nach ihrer festen Absicht sobald als nur irgend möglich erfolgen soll, wird die Regierung ihre ganze Kraft den wirtschaftlichen Problemen der Zeit, vor allem den Aufgaben der Volksernährung zuwenden. Sie wird es sich angelegen sein lassen, der Bevölkerung jede Erleichterung zu bieten, auf welche diese dank ihrer aufopfernden Haltung vollen Anspruch hat; sie wird in jeder Richtung die Vorbedingungen für das erfolgreiche Ausharren zu schaffen trachten. Zugleich aber wird sie sich eifrigst bemühen, vorhandene Möglichkeiten der Verständigung zu pflegen und zur Reife zu bringen, damit das Vaterland sich nach dem Wiederezusammentritt des Reichsrates aufs neue eines ungehemmten Verfassungslebens erfreuen dürfe. Ihr Ziel ist und bleibt, das glorreiche alte Oesterreich aus den Stürmen des Krieges glücklich herauszuführen und ihm innerhalb der versöhnten Welt einen Platz zu sichern, auf dem es sich ruhmreich behaupten und kraftvoll entwickeln soll als ein friedlicher, starker und treuer Hort für seine Völker und alle ihre Schichten.

tung staatsrechtlicher Gegensätze aus der laufenden parlamentarischen Arbeit und die Zusammenfassung aller Kräfte auf ein großangelegtes wirtschaftliches Programm ermöglichen sollten.

Leider ist der Erfolg bisher ausgeblieben. Trotz einzelner, aussichtsvoll scheinender Ansätze vermochte die Volksvertretung vorläufig noch nicht eine gefestigte Orientierung zu finden.

Wie die Dinge liegen, würde momentan die Wiederaufnahme der Verhandlungen des Reichsrats keineswegs eine Erleichterung der Lage mit sich bringen, sondern aller Voraussicht nach nur zu einer Verschärfung der politischen Gegensätze führen. Zugleich würden die Schwierigkeiten des parlamentarischen Betriebes die Erfüllung jener wirtschaftlichen Aufgaben gefährden, von deren erfolgreicher Lösung gegenwärtig alles abhängt.

Unter diesen Umständen ist auf Grund kaiserlicher Ermächtigung die Vertagung des Reichsrats erfolgt.

Sie knüpft an die Verhandlungspause an, die beide Häuser bereits autonom haben eintreten lassen, und wird jedenfalls auf eine so kurze Dauer beschränkt bleiben, daß es möglich sein wird, noch vor der Sommerpause die Staatsnotwendigkeiten ohne Anwendung des Notverordnungsrechtes zu erledigen.

Bis zum Wiederezusammentritte des Parlaments, der nach ihrer festen Absicht so bald als nur irgendmöglich erfolgen soll, wird die Regierung ihre ganze Kraft den wirtschaftlichen Problemen der Zeit, vor allem den Aufgaben der Volksernährung, zuwenden. Sie wird es sich angelegen sein lassen, der Bevölkerung jede Erleichterung zu bieten, auf welche diese dank ihrer aufopfernden Haltung vollen Anspruch hat; sie wird in jeder Richtung die Vorbedingungen für das erfolgreiche Ausharren zu schaffen trachten.

Zugleich aber wird sie sich eifrig bemühen, vorhandene Möglichkeiten der Verständigung zu pflegen und zur Reife zu bringen, damit das Vaterland sich nach dem Wiederezusammentritte des Reichsrats aufs neue eines ungehemmten Verfassungslebens erfreuen dürfe. Ihr Ziel ist und bleibt, das glorreiche alte Oesterreich aus den Stürmen des Krieges glücklich herauszuführen und ihm innerhalb der vereinigten Welt einen Platz zu sichern, auf dem es sich ruhmreich behaupten und kraftvoll entwickeln soll — als ein friedlicher, starker und treuer Hort für seine Völker und alle ihre Schichten.

Die Vertagung und die Parteien.

Wien, 3. Mai.

Die Regierung hat sich zur Vertagung des Reichsrates entschlossen. Die Parteien des Abgeordnetenhauses sind vom Ministerpräsidenten in der heutigen Obmännerkonferenz von dieser Absicht verständigt worden. Der Ministerpräsident hat in der Obmännerkonferenz auch die Gründe angeführt, die ihn veranlassen, das Haus zu vertagen. Es fehlen, wie er ausführte, die Bürgschaften für einen ruhigen und ordnungsgemäßen Verlauf der Session. Czechen und Südslawen drohen mit der Sprengung des Abgeordnetenhauses, weil die Regierung die Absicht hat, Kreishauptleute mit einem genau umschriebenen Wirkungskreise zu bestellen, und weil sie Vorkehrungen für die Ordnung der Verhältnisse im Süden des Reiches treffen will. Die Czechen bezeichnen die Ernennung von Kreishauptleuten als einen einseitigen Eingriff der Regierung zugunsten der Deutschen in die künftige Ordnung der Verhältnisse in Böhmen. In Wirklichkeit werden durch die Ernennung von 15 Kreishauptleuten mit einer entsprechenden nationalen Gruppierung der Bezirkshauptmannschaften in Böhmen keinerlei nationale Ansprüche der Czechen verletzt. Die Verordnung der Regierung kommt ihnen im Gegenteil ebenso zugute wie den Deutschen, da durchwegs einsprachige Kreishauptmannschaften errichtet werden sollen. Der Ministerpräsident hat heute in der Obmännerkonferenz festgestellt, daß die Czechen jeden Versuch zu einer Aussprache über Verfassungsänderungen zurückgewiesen haben. Die Czechen haben es auch jetzt noch in der Hand, die Verordnung hintanzuhalten, wenn sie sich bereit erklären, sich mit den Deutschen an den Verhandlungstisch zu setzen.

Von einer solchen Bereitwilligkeit ist jedoch nichts zu spüren. Ihre Führer haben es sogar abgelehnt, in der heutigen Obmännerkonferenz zu erscheinen. Unter solchen Umständen ist die Enttäuschung, die die Czechen zur Schau tragen, schwer verständlich. Die Südslawen haben mit ihrer Agitation für ihre staatsrechtlichen Aspirationen die ganzen Alpenländer in Erregung gebracht. Eine Agitation für die staatsrechtlichen Ziele, die von den südslawischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus wiederholt aufgestellt wurden, ist schon vom rein staatlichen Standpunkt unzulässig. Sie ist es noch weniger, wenn dadurch die deutsche Bevölkerung der Alpenländer sich bedroht fühlt. Solche Uebergriffe einzudämmen, ist Aufgabe des Staates, auch wenn es von keiner Partei verlangt wird. Es wird damit keine nationale Forderung der Deutschen erfüllt. Die südslawische Enttäuschung ist ebenso unbegründet wie die czechische. Beide beweisen nur, wie sehr die Selbstherrlichkeit und Annäherung dieser beiden Gruppen schon überhand genommen hat.

Die Regierung hat sich für eine terminierte Vertagung des Reichsrates entschieden. Es soll weder in Abgeordnetenkreisen noch in der Bevölkerung der Gedanke aufkommen, daß mit der Vertagung des Reichsrates eine längerdauernde Ausschaltung des Parlaments verbunden sei. Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, als ob ein Rückfall in die parlamentslose Ära Stürgkh bevorstehe. Der Reichsrat wird bis zum 18. Juni vertagt sein. Der Ministerpräsident will diese Frist benützen, um die Sommer-session vorzubereiten. Vom § 14 wird nach der ausdrücklichen Erklärung des Ministerpräsidenten in der Obmännerkonferenz während der Vertagung kein Gebrauch gemacht werden. Czechen und Südslawen erklären die Vertagung über die Ernennung von Kreishauptleuten und die geplanten Maßnahmen der Regierung in den südländlichen Alpenländern als einen Kriegszustand. Die Vertagung und die Maßnahmen werden kommen und Czechen und Südslawen werden darüber schlüssig werden müssen, ob sie auch nach dem 18. Juni das Abgeordnetenhaus in die Luft sprengen wollen oder ob es nicht hoch an der Zeit wäre, zu dem einzig möglichen Mittel zu greifen: zur Auseinandersetzung mit den Deutschen. Die Czechen wariieren offenbar die Direktive aus Prag ab, wo in den nächsten Tagen wieder eine Versammlung der czechischen Abgeordneten stattfinden soll. Die czechischen Mitglieder des Herrenhauses haben heute eine besondere Kundgebung beschlossen, die jedoch erst morgen veröffentlicht werden soll. Während sich die Rechte des Herrenhauses in ihrer heutigen Besprechung darauf beschränkte, dem Präsidenten des Herrenhauses Fürsten Windisch-Grätz das Vertrauen und ihrem Obmann Prinzen Lobkowitz Dank und Anerkennung auszusprechen, von einer politischen Kundgebung jedoch abfiel, übt die Kundgebung der czechischen Herrenhausmitglieder dem Vernehmen nach nicht nur Kritik an dem Grafen Czernin, sondern auch an dem Kabinett Seidler.

Den Standpunkt der deutschen Parteien hat heute der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien Professor Dr. Waldner in der Obmännerkonferenz festgestellt. Vor die Wahl gestellt, durch eine weitere Verschiebung der Sitzungen des Hauses eine erhöhte Gewähr für die ruhige Behandlung der Staatsnotwendigkeiten in der nächsten Session zu erreichen oder durch eine Forcierung der Session den Boden des Parlaments vollständig zerschlagen zu lassen und der § 14-Ära mit Sicherheit zuzusteuern, haben sich die deutschen Parteien für eine weitere Verschiebung der Sitzungen auf kurze Zeit, sei es durch das Präsidium oder durch Vertagung, entschieden.

Die Vertagung des Reichsrates schädigt das Ansehen der Volksvertretung. Sie erfolgt in einem Augenblick, in dem wichtige und in die Lebensfragen der Bevölkerung einschneidende wirtschaftliche und finanzielle Fragen der Erledigung harren. Die Steuervorlagen, deren Beratung im Abgeordnetenhaus im Zuge war, sind ein dringendes Bedürfnis der Finanzverwaltung. Für die Regelung des Staatshaushaltes kommt wieder nur ein Budgetprovisorium in Betracht, das die Regierung noch heute im Abgeordnetenhaus eingebracht

hat. Die Nahrungsmittelpolitik wird besonders in der nächsten Zeit die Unterstützung durch das Parlament schwer vermissen. Die Vertagung erfolgt, weil Czechen und Südslawen einen Angriff auf das Abgeordnetenhaus angekündigt hatten. Die Regierung will die Maßregel mildern durch eine kurze Frist, durch die Vermeidung jedes Eingriffes mit Hilfe des § 14 und durch ihre Ausnützung zu weiteren Verhandlungen mit den Parteien. Die Einhaltung dieser drei Bedingungen hat der Ministerpräsident in der heutigen Obmännerkonferenz zugesagt.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler in der Obmännerkonferenz.

Die Rede, mit der Ministerpräsident Dr. v. Seidler in der heutigen Obmännerkonferenz die Vertagung des Abgeordnetenhauses ankündigte, lautet nach dem Berichte der „Reichstatshorrespondenz“:

Ministerpräsident Dr. v. Seidler gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß zwei große Parteien heute hier nicht erschienen sind. Er sei kein Freund eines Spieles mit versteckten Karten, er gehe immer offen und gerade vor und lege auch großen Wert darauf, daß ihm gegenüber ganz offen vorgegangen werde. Er habe den Präsidenten um die Einberufung der heutigen Besprechung ersucht, um den Herren Mitteilungen über gewisse Absichten zu machen, welche die Regierung in nächster Zeit auszuführen gedenke, und andererseits die Vertreter der einzelnen Parteien zu ersuchen, ihn darüber aufzuklären, welche Haltung sie am nächsten Dienstag und fernerhin — er wolle nicht so sehr sagen zur Regierung als im Parlamente — zum Parlamente einzunehmen gedenken.

Der Umstand, daß die Vertreter des Cesky Svaz und des Südslawischen Klubs heute nicht erschienen sind, könne die Besprechung dieses von ihm ins Auge gefaßten Programms nicht hindern und er werde den Herren die Mitteilungen machen, die zu machen er sich vorgenommen habe. Es handelt sich dabei um zweierlei. Er habe bekanntlich schon vor mehr als drei Vierteljahr nach Rücksprache mit allen Parteien die Frage der Verfassungsrevision, und zwar auf Grundlage der nationalen Autonomie, auf die Tagesordnung der öffentlichen und parlamentarischen Diskussion zu stellen, versucht und er könne wohl sagen, daß die Regierung seither sich unablässig bemüht habe, diese Angelegenheiten aus dem Stadium interner Beratungen in dasjenige der parlamentarischen Verhandlung hinüberzuführen. Das sei bisher trotz aller eifrigsten Bemühungen nicht gelungen. Die Herren wissen, warum. Schon im Herbst seien die Verhandlungen des Subkomites der Verfassungsausschusses dadurch vereitelt worden, daß eine Partei — der Cesky Svaz — zu einem Beschlusse über die Beteiligung an den Verhandlungen nicht gelangt war. Vor einigen Wochen war die Obmännerkonferenz hier versammelt und der Ministerpräsident habe damals einen politischen Waffenstillstand hauptsächlich zu dem Zwecke proponiert, damit man sich den Fragen der Verfassungsrevision endlich energisch zuwenden könne. Es war fruchtlos. Es ist auch diesmal wieder nicht zu einer Beteiligung aller Parteien gekommen, was er sehr bedauere.

Die Regierung habe es wahrhaftig nicht an Bemühungen fehlen lassen, diese Angelegenheit auf dem Wege allgemeiner Verhandlungen durchzuführen. Er habe in der bereits erwähnten Rede auch schon angedeutet, daß, wenn es mit der generellen Behandlung der Verfassungsrevision nicht glatt vorwärts gehen sollte, die Regierung sich vorbehalten müsse, ihr Programm so weit selbständig durchzuführen, als dies eben auf Grund der bestehenden Gesetze möglich ist. Eine weitere Hinausschiebung dieser Angelegenheit, ein gänzlich passives Verhalten gegenüber der Verfassungsrevision sei kaum mehr möglich und die Regierung möchte daher einen ersten Schritt tun.

Es soll demgemäß baldigst eine Verordnung des Gesamtministeriums erlassen werden, welche, da ja die Verhältnisse in Böhmen am meisten geklärt sind, die Ernennung von Kreishauptleuten vorsehen wird, und zwar mit national abgegrenzten Sprengeln bei Uebertragung gewisser Kompetenzen der Statthalterei an die Kreishauptleute.

Das würde ganz im Programm der Regierung hinsichtlich der nationalen Autonomie liegen und ist etwas, was sie schon heute auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1868 machen könne. Die Regierung habe die deutsche Empfindung, daß dem czechischen Volk damit nicht der geringste Schaden zugefügt wird. Die Kreise sind ja auch ein Teil des czechischen Programms, und deswegen allein, weil dieser Plan den Deutschen sympathisch ist, kann doch die Sache nicht als den Czechen gefährlich betrachtet werden. Das ist also die Absicht der Regierung in bezug auf Böhmen.

Die Verhandlungen der Regierung mit den Parteien.

Wien, 4. Mai.

Der Ministerpräsident hat bereits heute die Verhandlungen mit den Parteien aufgenommen. Die Vertagung des Reichsrates wurde damit begründet, daß sie zur Einleitung der erforderlichen Verhandlungen dient, um die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit zu ermöglichen. Diese Verhandlungen haben am selben Tage, an welchem die Vertagung veröffentlicht wurde, begonnen. Der Ministerpräsident hatte bereits heute Konferenzen mit führenden deutschen Abgeordneten und wird diese Konferenzen in der kommenden Woche auch mit anderen Parteiführern fortsetzen. Gelegenheit zu diesen Aussprachen werden die Parteiberatungen bieten, die im Laufe der kommenden Woche stattfinden. Besondere Wichtigkeit kommt der Sitzung des Polenklubs zu, die für Montag einberufen ist. Seit der Abstimmung über das Budgetprovisorium sind im Polenklub geänderte Verhältnisse eingetreten. Die polnischen Sozialdemokraten und die Altpolen sind ausgeschieden, die Volkspartei hat ihr Verbleiben an gewisse Bedingungen geknüpft. Eine neue Orientierung wurde auf den Beginn der Sommerferien verschoben. Unterdessen ist die Vertagung des Reichsrates eingetreten. Für die Konsolidierung der Verhältnisse im Abgeordnetenhaus ist das Verhalten des Polenklubs von großer Bedeutung. Der Gang der Verhandlungen, die der Ministerpräsident in der kommenden Woche mit den Parteien führen wird, dürfte wesentlich davon beeinflusst sein, wie die Neuorientierung im Polenklub ausfällt.

Auch die meisten übrigen Parteien halten in der kommenden Woche Klubitzungen ab, in welchen die neue Situation besprochen werden soll. Tschechen und Südslawen haben ihre Verbände für Dienstag einberufen, um gemeinsame Beschlüsse zu fassen. Es soll ein scharfer Protest gegen die von der Regierung angekündigten Verordnungen und Maßnahmen sowie gegen die Vertagung des Reichsrates beschlossen werden. Die Kundgebung der czechischen Herrenhausmitglieder wird heute veröffentlicht. Sie enthält die bereits gestern angekündigten Proteste gegen die Reden des Grafen Czernin und gegen das Kabinett Seidler.

Den Verlauf der Verhandlungen, die der Ministerpräsident jetzt mit den Parteien beginnt, stellt man sich in parlamentarischen Kreisen ungefähr folgendermaßen vor: Der Ministerpräsident dürfte zunächst mit jenen Parteien in Fühlung treten, die bei der Bildung einer Mehrheit in Betracht kommen. Das sind der Verband der deutsch-nationalen Parteien, die Christlichsoziale Vereinigung, der Polenklub und die Ukrainer. Diese Parteien sollen nicht nur für die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten, sondern auch für die Abwehr oppositioneller Vorstöße gewonnen werden. Gelingt es, eine geschlossene Mehrheit für die Regierungspolitik zu gewinnen, so ist dadurch eine Grundlage geschaffen, von der aus die Fühlungnahme mit der Opposition möglich ist. Das wäre dann das zweite Stadium der Verhandlungen.

Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Verordnung der Regierung über die Ernennung von Kreishauptleuten in Böhmen Ende der nächsten Woche veröffentlicht werden wird. Die im Parlament gestern verbreiteten Gerüchte von einer erfolgten Demission des Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca und des Ministers Dr. Horbaczewski bestätigten sich nicht. Minister Dr. Ritter v. Solger dürfte in den nächsten Tagen aus dem Kabinett ausscheiden.

Die Mitteilung von der Vertagung an die Mitglieder des Herrenhauses.

An die Mitglieder des Herrenhauses wurde heute folgende Aufschrift gerichtet: Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben den Herrn Ministerpräsidenten allergnädigst zu ermächtigen geruht, den Reichsrat zu vertagen und bezugs Ermächtigung der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit sofort die erforderlichen Verhandlungen einzuleiten. Auf Grund dieser a. h. Ermächtigung ist laut Aufschrift des Herrn Ministerpräsidenten vom 3. Mai d. J. 4690/M. P., der Reichsrat mit 4. Mai d. J. vertagt. Das Präsidium des Herrenhauses beehrt sich hieron die Mitteilung zu machen. Wien, 4. Mai 1918. Vom Präsidium des Herrenhauses des Reichsrates."

Die Kundgebung der czechischen Herrenhausmitglieder.

Parteilich wird heute mitgeteilt:

Die Mitglieder des Herrenhauses des Reichsrates czechischer Nationalität: Bartna, Doubrava, Goll, Glava, Krizil, Kulp, Karl Voblowitz Friedrich, Mettal, Ott, Radimsky, Prinz Schwarzenberg Friedrich, Trnka, Velsil, Erba, Wozanfa, Jaczel benötigen nach einer am 3. d. abgehaltenen Sitzung die Gelegenheit, um den Gefühlen unüberbrückter Treue an die erhabene Person des Kaisers und Königs Ausdruck zu verleihen und ergebenen Dank abzusprechen für die edelsten Bestrebungen Sr. Majestät, seinen Völkern die Segnungen des Friedens mit allen Vorzügen erneuerter Beziehungen zu allen Völkern und Staaten zu besitzen. Festhaltend an den Grundsätzen der Integrität der Monarchie betonen sie neuerdings die staatsrechtlichen Forderungen in Verbindung mit dem natürlichen und wechselseitigen Selbstbestimmungsrechte der Völker.

Einmütig und entschieden protestieren sie gegen die unerhörten Angriffe auf das czechische Volk und gegen die Fäufschungsverdächtigungen dessen Angehörigen in der Rede des ehemaligen Ministers des Äußern Grafen Oskar Czernin vor dem Wiener Stadtrate.

Unter einem verwahren sie sich nachdrücklich gegen alle Gerüchte und eventuelle Absichten der Reakerna, auf einseitige

und verfassungswidrige Art und Weise in den Komplex der nationalen und staatsrechtlichen Streitfragen im Königreiche Böhmen nach den Wünschen und im Interesse des einen Volkes einzugreifen.

Indem sie die Regierung vor einem jeden solchen Schritte angelegentlich warnen, verweisen sie auch auf die jetzige außerordentlich ernste Zeit, in der sich alle Gedanken mit der Sorge um die Ernährung der Gesamtheit befassen, und erklären, daß die unseligen Folgen eines derartigen Beginns weder vor dem Richterstuhl der Gegenwart, noch vor jenem der Zukunft bestehen könnten.

Dr. Mattusch, Dr. Forst und Professor Zeithammer sowie Graf Sternberg und Graf Kolowrat, die ihr Fernbleiben von der gestrigen Beratung der czechischen Pairs entschuldigt haben, werden sich dieser ihnen schriftlich zugesandten Kundgebung anschließen, ebenso einige Mitglieder der czechischen Herrenhausmitgliedervereinigung, die deren nachmittägiger Besprechung nicht beiwohnen konnten. Der Obmann Geheimer Rat Dr. Jaczel überreichte die Kundgebung dem Obmann der Rechten Prinzen Ferdinand Voblowitz.

Besprechung des Abgeordneten Dr. Waldner mit dem Ministerpräsidenten.

Heute vormittag hatte der Obmann des Verbandes der deutsch-nationalen Parteien Dr. Waldner eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten.

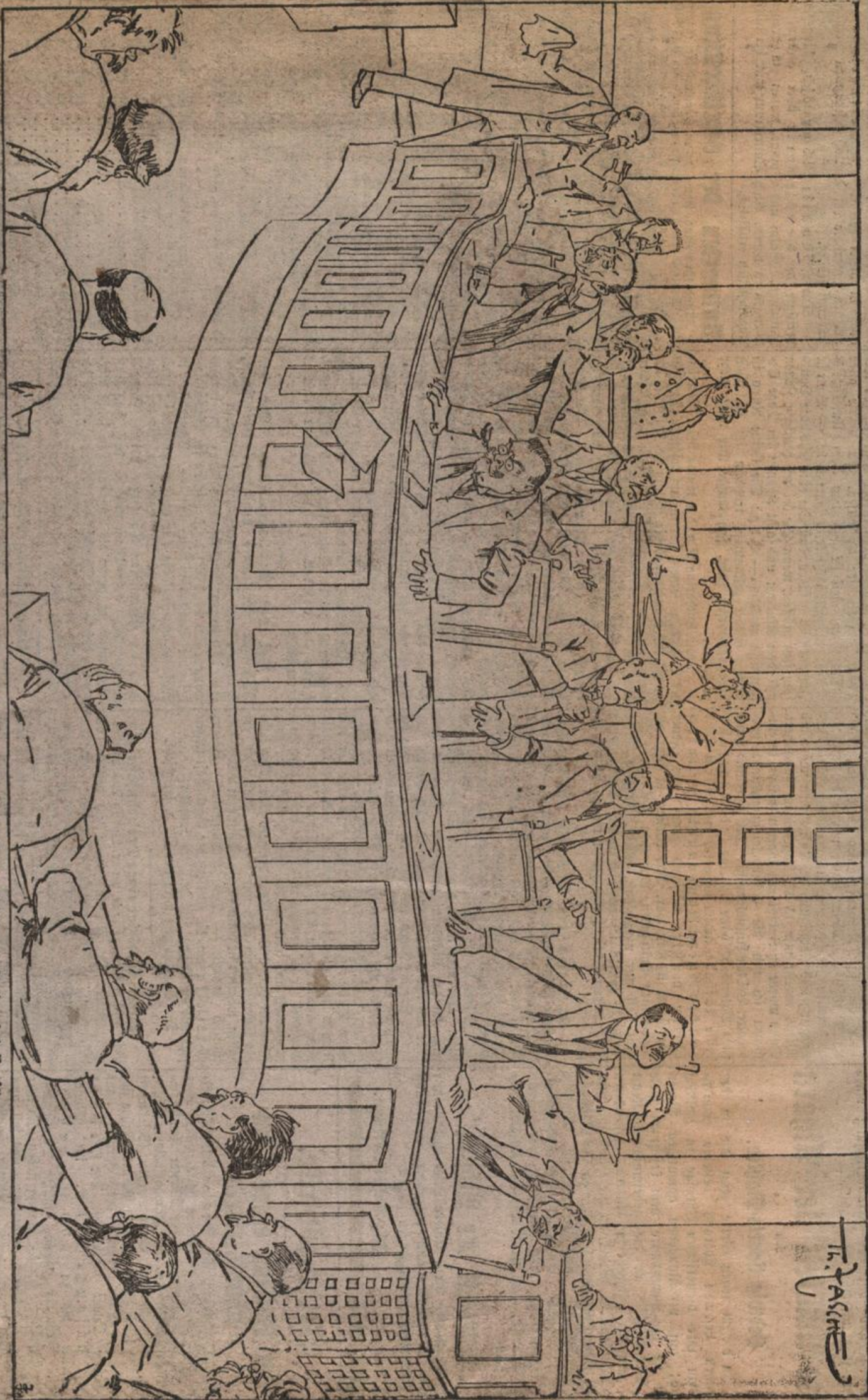
Eine Kundgebung des Deutschen sozialdemokratischen Klubs.

Der sozialdemokratische Parteivorstand und das Präsidium des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hielten heute eine Sitzung ab, in der die Stellung zur Vertagung des Parlaments erörtert wurde. Es wurde beschlossen, ein Manifest an die Arbeiterklasse zu richten. Das Manifest verweist darauf, daß durch die Vertagung des Parlaments der Einfluß des Abgeordnetenhauses auf die Organisation des Verpflegungsdienstes und auf die auswärtige Politik ausgeschaltet, die Umarbeitung des Hilfsdienstgesetzes und die Beratung einer Reihe anderer wichtiger Gesetze verhindert werde. Das Parlament werde vertagt, weil die Regierung unfähig sei, es zu führen, und weil sie die Debatte über den Kaiserbrief und über die Entlassung des Grafen Czernin fürchte. Verantwortlich seien insbesondere die deutsch-nationalen Parteien, die, von ihren Wählern bedrängt, den Schein eines Erfolges brauchen. Deshalb werde eine bürokratische Scheinreform verfügt, die eine Verhöhnung wirklicher nationaler Autonomie sei, deshalb werde die Befolgung „hochverräterischer“ Bewegungen in den südslawischen Gebieten versprochen, als ob nicht schon die Vera Stürgkh gezeigt hätte, wie solche Verfolgungen dem Staate und dem deutschen Volke frommen. Die deutsch-nationalen Parteien steuern bewußt auf den Absolutismus zu, weil sie ihre Ziele nur durch Otrvi erreichen können. Noch beteuere die Regierung, sie wolle nicht zum § 14 greifen, als sie meine. Wenn man den Absolutismus können sie weiter treiben, als sie meine. Wenn man den alldeutschen Kriegsverlängerern zuliebe den Absolutismus wieder aufrichten, Oesterreich wieder stürgisch regieren wolle, werde die Arbeiterklasse zum Kampf für die Volksrechte gezwungen sein. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Arbeiter und Arbeiterinnen, wachsam zu sein und sich bereit zu halten, in den Kampf zu treten, wenn es notwendig werden sollte.

Fortdauer der Enthebung und Beurlaubung der Reichsratsmitglieder während der Vertagung.

Der Minister für Landesverteidigung hat den Präsidium des Abgeordneten- und des Herrenhauses mitgeteilt, daß die Mitglieder beider Häuser, die auf die Dauer der Tagung des Reichsrates vom militärischen Dienste entlassen oder beurlaubt wurden, ungeachtet der eingetretenen Vertagung des Parlaments auch fernerhin entlassen oder beurlaubt bleiben. Jenen Mitgliedern, welche die Zeit der Vertagung zur Fortsetzung ihrer militärischen Dienstleistung benötigen wollen, steht es frei, sich zu diesem Zwecke bei ihrem zuständigen Kommando zu melden.

Vertagung des Parlaments. (Originalzeichnung von Theo Salfer.)



Präsident Dr. Groß: „Da Brandt's! wir wollen erst ein bißchen frische Luft hereinlassen!“

Theo Salfer

Dienstag, 7. Mai 1918

Zeitung

104

gelehrten Sachen

ch 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungs- 1 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. In SW 68, Kochstr. 22-28, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Randglossen zum parlamentarischen System.

Von

Unterstaatssekretär Dr. August Müller-Berlin.

Wir sind in der Lage, aus dem in den nächsten Tagen erscheinenden Heft von „Schmollers Jahrbuch“ auszugswelse einen Vortrag wiederzugeben, den Unterstaatssekretär Dr. Müller im Januar in der Deutschen Gesellschaft von 1914 hielt.

Die Lobredner des parlamentarischen Systems sind vor allem fasziniert durch das englische Beispiel. Die hervorragende politische Leistung, die darin besteht, daß die Beherrscher der kleinen Inseln, die da vor dem Kanal liegen, ein Reich aufgebaut haben, wie es die Welt noch nicht gesehen hat, diese ungeheure Leistung ist aber nicht die Frucht des parlamentarischen Regiments. Die Gruppe von führenden Persönlichkeiten in den großbritannischen Inseln, die in jahrhundertelanger Arbeit dieses Reich aufgebaut haben, bilden allerdings zugleich auch den Apparat des Parlamentarismus aus. Aber dieselben Familien, dieselbe engbegrenzte Gruppe von Grundbesitzern und Kapitalisten, die durch die Kabinettsregierung im Parlament herrschte, die hat auch in der Zeit, in der das britische Weltreich erbaut wurde, den entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung des Parlaments ausgeübt. Das darf man nicht vergessen, daß England nicht ein auf Grund eines allgemeinen Wahlrechts zusammengesetztes Parlament besaß, sondern ein politisches System, das der Herrenkaste, der regierenden Schicht, die sich immer in dem bekannten Schachspiel abspielte, ermöglichte, das Kabinett nach ihrem Willen zusammenzusetzen, weil auch die Zusammensetzung des Parlaments ganz vom Willen dieser, zahlenmäßig nicht sehr großen Schicht abhing. Die Basis, auf der die britische Kabinettsregierung aufgebaut ist, ist ja erst in einer gar nicht lange zurückliegenden Zeit verbreitert worden. Auch unter der Herrschaft eines ausgedehnteren Wahlrechts hat der Einfluß des britischen Adels und der britischen Industrieherrn auf die Zusammensetzung des Parlaments nicht aufgehört.

Was wir in Frankreich, Italien und in sonstigen Ländern mit der Herrschaft des Parlamentarismus erleben, das ist keineswegs derart, daß es zur Nachahmung verlockt. Hier herrscht im Parlament meistens eine mehr oder minder verhüllte kapitalistische Interessenten-Clique. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie lange es in Frankreich gedauert hat, bis man sich dazu entschloß, die Einkommensteuerfrage in Angriff zu nehmen. Die ganze Wut, der ganze Haß und Ingrimm, der sich gegen Caillaux in Frankreich aufgeschichtet hat, ist nicht auf seine angebliche Deutschfreundlichkeit, sondern darauf zurückzuführen, daß er der Mann war, der die Einkommensteuer zuerst durchführte. Ich brauche nur an die Sozialreform Belgiens und an sein Schulwesen zu erinnern. Wo sind da die Leistungen des parlamentarischen Systems? Nahezu überall ist mit ihm die Couloirintrige und ein widriges Geschäftspolitiktum verbunden, dem das Mandat ein Mittel zu persönlicher Bereicherung ist. Wenn nicht, wie in England, die kapitalistischen Interessenten die Herrschaft dadurch ausüben, daß sie selbst im Kabinett sitzen, dann laufen sie sich die Parlamentarier.

Gewiß finden wir in jedem dieser Parlamente eine Opposition ehrlicher und aufrichtiger Männer — ich erinnere nur an Jaurès in Frankreich —, aber das ändert am Gange der Dinge nichts. Diese Opposition ist das Schmuckstück, hinter dem sich das übrige verbirgt, das sonst mit dem System verbunden ist und keineswegs zur Nachahmung verlocken kann.

Ich weiß, was man mir antworten wird. Man wird sagen: auch unser Beamtentum ist nicht frei von kapitalistischen Einflüssen, und ich gebe zu, meinem Ideal entspricht die Art der Auslese der Beamenschaft bei uns nicht. Ich weiß so gut wie einer, daß bei uns die Karriere der Verwaltungsbeamten das Privileg einer Kaste ist, daß die Zugehörigkeit zu gewissen Gesellschaftsschichten, zu studentischen Korps usw. von größerer Bedeutung dabei ist, als im Interesse der Sache zu wünschen wäre. Aber daneben verlangt man doch auch vom Verwaltungsbeamten Kenntnisse, man unterwirft ihn einer besonderen Schulung, und es besteht doch auch — immer von Ausnahmen abgesehen, die sich vielleicht im Krieg vermehrt haben, aber im Grunde doch nichts an der Sache ändern — bei uns eine Vorstellung von der Pflicht des Beamten, die verhindert, daß er zum eindeutigen Interessenvertreter wird, wie wir es bei manchen westeuropäischen Ministern sehen. Ich glaube daher, daß man die Behauptung, auch bei uns herrschten kapitalistische Interessenten, wesentlich einschränken muß. Bei uns herrscht nicht der Kapitalismus, sondern bei uns herrscht tatsächlich die Bürokratie.

Run ist aber das das Wichtigste: Ich bin ja auch der Meinung, daß es so, wie bei uns verwaltet und regiert wird, nicht bleiben darf, glaube aber, daß man dazu nicht das parlamentarische System einführen muß. Es gibt dazu noch andere Mittel, in erster Linie eine andere Auslese und Ausbildung der Verwaltungsbeamten. Auch mir scheint wesentlich zu sein das Aufheben der Exklusivität der Verwaltungsbeamten, und nirgends halte ich es für notwendiger als auf diesem Gebiete, daß das Wort Bethmann Hollwegs verwirklicht wird: „Freie Bahn jedem Tüchtigen.“

Wenn ich nicht irre, war es Balzac, der zur Reform des französischen Beamtentums vorgeschlagen hat, man solle ihre Bezahlung

in Tirol und in Deutschböhmen, wo sie auch politische Nachwirkungen haben, sehr dringend sind.

Der Polenklub hat heute nachmittag eine Beratung abgehalten. Die Aussprache war eine mehr informierende. Die Stellungnahme des Polenklubs zur Regierung ist noch nicht festgestellt. Eine solche Stellungnahme wird erst erfolgen, nachdem das Präsidium des Polenklubs mit dem Ministerpräsidenten Rücksprache gepflogen hat. Das dürfte bereits morgen der Fall sein.

Deutschradikale Vereinigung.

Die Deutschradikale Vereinigung des Abgeordnetenhauses hielt heute nachmittag eine fünfstündige Beratung über die innerpolitischen Ereignisse ab. Insbesondere wurden die Vertagung des Abgeordnetenhauses und die nationalpolitischen Angelegenheiten, die in der nächsten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigen werden, besprochen. Auch die Stellung, welche von den deutschen Parteien gegenüber dem Kabinett Seidler zu beziehen sei, wurde eingehend erörtert. Wie verlautet, ist über die Stellung zur Regierung ein Beschluss gefasst worden, der dem Verbandsausschusse der deutschnationalen Parteien unterbreitet werden soll. Diesem Beschlusse zufolge soll die Regierung Seidler unter der Voraussetzung unterstützt werden, daß sie ihre Absicht, eine Ordnung der Verhältnisse in Oesterreich herbeizuführen, verwirklicht.

Deutsch-sozialdemokratischer Klub.

Der Klub der deutschen Sozialdemokraten hielt heute vor- und nachmittag im Parlament Sitzungen. Nach ausführlicher Erörterung der politischen Lage beschloß der Klub einstimmig, das vom Klubpräsidium und dem Parteivorstand im Einvernehmen veröffentlichte Manifest zu genehmigen und das Präsidium zu beauftragen, alles anzubieten, um die eheige Einberufung des Parlaments zu erwirken.

Die Beratung des Polenklubs.

Der Polenklub hielt heute nachmittags eine mehrstündige Beratung über die innerpolitische Lage ab. Fast alle Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß die vom Ministerpräsidenten angekündigte Absicht, in den inneren Verhältnissen Ordnung schaffen zu wollen, es den Mitgliedern des Polenklubs zur Pflicht mache, die Interessen des Königreiches Galizien nachdrücklich gegen jeden gewaltsamen und ungesetzlichen Eingriff zu schützen. Namentlich wurde die Notwendigkeit betont, die Unteilbarkeit Galiziens, die von den Polen stets als etwas Selbstverständliches betrachtet wurde, unverändert aufrechtzuerhalten. Auch die Haltung des Klubs zur gegenwärtigen Regierung und zum Kabinetschef Dr. Ritter v. Seidler wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen. In diesem Punkte hat die Debatte bisher nur eine Richtlinie gezeitigt, daß nämlich die bisherigen Handlungen der Regierung den Polenklub nicht befriedigten. Ein Beschluss wurde heute nicht gefasst. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt werden.

Ueber die Beratungen des Polenklubs wird noch gemeldet: Unter Vorsitz des amtsführenden Obmanns Grafen Paworowski fand heute eine Sitzung des Polenklubs statt, an der die Mitglieder des Herrenhauses Graf Badeni, Ritter v. Bilinski, Ritter v. Tendorzewicz, Ritter v. Korytowski, v. Kozmian und Ritter v. Starzynski teilnahmen. Nach Verlesung der Zuschrift des Abgeordneten Dr. Glombinski, mit der der Austritt der nationaldemokratischen Gruppe aus dem Polenklub angezeigt wurde, ist eine Kommission, bestehend aus den Abgeordneten Paworowski, Pasocki, Tertil und Brobel mit dem Auftrage eingesetzt worden, die einzelnen Punkte dieser Zuschrift zu beantworten. Im Laufe der Debatte über diesen Gegenstand wurde vom amtsführenden Obmann Grafen Paworowski festgestellt, daß vor der Abstimmung über das letzte Budgetprovisorium das Präsidium des Polenklubs zur Audienz berufen wurde. Sodann wurden zu der am 11. d. im Ministerium für öffentliche Arbeiten stattfindenden Konferenz über die Preisbestimmung für galizisches Rohöl die Abgeordneten Angermann, Pugno, Löwenstein, Strohhaus und Karanski als Delegierte des Polenklubs bestimmt. Der Vizeobmann Kendorzior erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums seit der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses bis zu dem heutigen Tage, mit besonderer Berücksichtigung der letzten politischen Ereignisse. Von den in der Sitzung anwesenden polnischen Mitgliedern des Herrenhauses beteiligten sich an der Debatte Ritter v. Starzynski, Ritter v. Bilinski, v. Kozmian. Die Sitzung wird morgen fortgesetzt.

Südslawische Protestkundgebung.

In Adelsberg fand eine südslawische Versammlung statt, in der die Abgeordneten Dr. Korosec, Dr. Kavanhar, Dr. Rybar und Dr. L. Pogačnik gegen die Vertagung des Parlaments sprachen. Es wurde eine Reihe von Resolutionen angenommen, in denen der mit der südslawischen Deklaration vom 30. Mai 1917 eingeleitete Kampf für einen selbständigen Staat der Slowenen, Kroaten und Serben begrüßt und dem südslawischen Klub das vollste Vertrauen ausgesprochen wird. Der Versuch Dr. Ritter v. Seidlers, durch einseitige Konzessionen an die Deutschen zu deren Gunsten die nationale Frage im Norden anders zu lösen als wie im Süden sowie die angekündigte Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest wird auf das schärfste verurteilt.

Kundgebung der deutschen Fortschrittspartei über die Kreisbehörden.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 6. Mai.

In der heute abgehaltenen Sitzung der erweiterten Präsidialkommission der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen wurde einstimmig folgende Kundgebung beschlossen:

Unter dem Druck der unhaltbaren Verhältnisse hat sich die Regierung zur Ernennung von Kreishauptleuten entschlossen. Eine Besserung der nationalen Verhältnisse kann aber dadurch allein nicht herbeigeführt werden. Vielmehr ist es unbedingt notwendig, die längst geforderte und vorbereitete nationale Abgrenzung der Gerichts- und politischen Bezirke unter vollem Schutz der hodenständigen deutschen Minderheiten endlich durchzuführen, den Kreishauptmannschaften nationale Kreisvertretungen zur Seite zu stellen und die Landesbehörden national zu rekonstruieren. Nur eine derartige durchgreifende Umgestaltung der gegenwärtigen Organisation kann das deutsche Volk in Böhmen befriedigen. Die Landeshauptstadt Prag kann, sofern die Regierung, wie angekündigt, auf dem Boden des Gesetzes vom 13. Mai 1888 verbleiben will, in die Kreis-einteilung überhaupt nicht einbezogen werden, denn eine Entlastung der Statthalterei im Sinne dieses Gesetzes darf nur durch Beamte, die außerhalb Praas bleibend besetzt sind,

Die Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit den Parteien.

Wien, 6. Mai.

Eine Woche der Verhandlungen beginnt. Die einzelnen Parteien werden in den nächsten Tagen zu der Vertagung des Hauses und der dadurch geschaffenen neuen Situation Stellung nehmen. Der Ministerpräsident hat heute in Fortsetzung seiner Verhandlungen mit den Parteien mit dem Obmann der Christlichsozialen Vereinigung Prälaten Hauser und mit dem Obmann des Rumänenklubs Hofrat Dr. v. Sypescul-Grecul konferiert.

Infolge der bevorstehenden Parteiberatungen sind heute schon zahlreiche Abgeordnete aus allen Parteien im Abgeordnetenhause erschienen. Die deutschen Parteien beabsichtigen eine Kundgebung für die Regierung. Diese Kundgebung soll jedoch erst erfolgen, wenn die von der Regierung angekündigte Verordnung über die Errichtung von Kreishauptmannschaften in Böhmen veröffentlicht ist. Man rechnet damit, daß die Verordnung Ende dieser Woche erscheinen wird. Der Ministerpräsident hat amtslich der letzten Besprechungen, die er mit führenden deutschen Abgeordneten gehabt hat, abermals erklärt, daß die Befürchtungen, die Parlamentspause werde lange hinausgezogen werden, vollkommen unbegründet sind. Neben den politischen Verhandlungen finden auch Verhandlungen über die Ernährungsfragen statt, die insbesondere

Die Lösung der ungarischen Krise

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters
Dr. Alexander Reblisch.

* Budapest, 7. Mai.

Die Lösung der Krise ist eine der merkwürdigsten, die Ungarn je erlebt hat. Sie endet, wenn man will, mit einem doppelten Siege und mit einer doppelten Niederlage. Graf Tisza hat in seiner persönlichen Taktik gesiegt, seine Gegner eigentlich zum größten Teil in der Sache. Tiszas Sieg besteht darin, daß er heute wieder der stärkste Mann im Lande ist. Aber nur dadurch konnte er es werden, daß er der gemäßigten Gruppe, namentlich der 48er Verfassungspartei, in grundsätzlichen Punkten bis zu einem ungeahnten Grade entgegengekommen ist, so daß man also von einem stattlichen Siege dieser Gruppe sprechen könnte, wenn es hier ausschließlich auf die Sache anläm. Das Kompromiß in der Frage der Wahlreform erfüllte fast alle grundsätzlichen Wünsche der Parteien Andrássy und Apponyi, wenn auch natürlich nicht die der Sozialdemokraten. Der einzige wesentliche Punkt, in dem Welerle dem Grafen Tisza eine Konzession gemacht hat, ist die fast völlige Streichung des Wahlrechts der jugendlichen Wähler auf Grund des Rechtsmittels der Teilnahme am Krieg. Der praktische Unterschied läßt sich mit einem Abstrich von etwa 300 000 Wählern auf mehr als 3 Millionen beziffern.

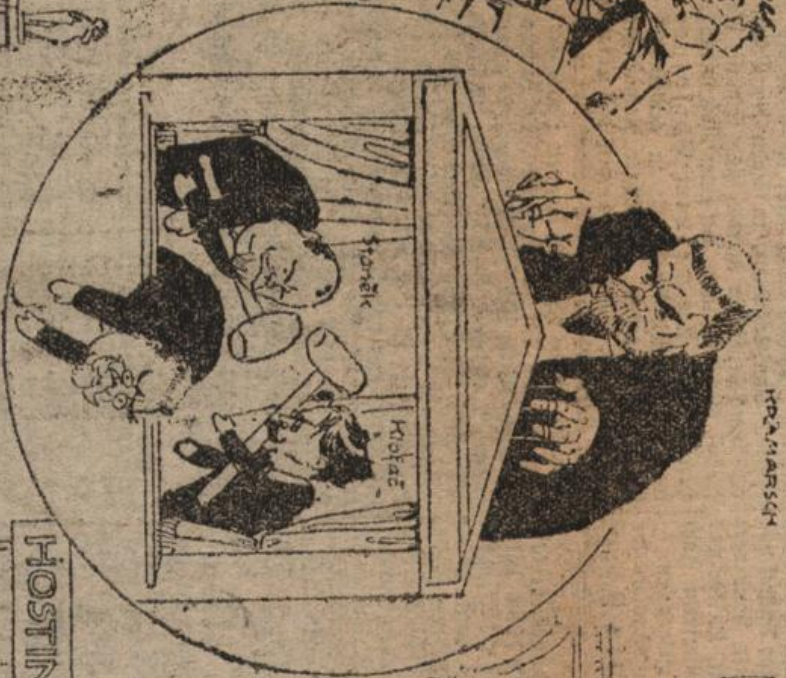
Der weit größere Erfolg der 48er Verfassungspartei ist darin zu finden, daß manche Jahrzehnte gehegte Wünsche in bezug auf das Verhältnis zu Oesterreich, die bis vor kurzem als fast undenkbar galten, jetzt in Erfüllung gehen. Es darf vor allem als Tatsache angesehen werden, daß die Frage der nationalen ungarischen Armee grundsätzlich so gut wie entschieden ist. Die von uns wiedergegebene, darauf bezügliche Nachricht des „Az Est“ war in bezug auf die unmittelbar bevorstehende offizielle Veröffentlichung verfrüht, im Kern aber richtig. Endlich wird es der gegenwärtigen Minderheitsregierung vorbehalten sein, eine erhebliche Gebietsvergrößerung des Königreichs herbeizuführen. Ich habe schon mitgeteilt, daß die Angliederung der bisherigen Reichsländer Bosnien und Herzegowina an Ungarn nahe bevorsteht und daß auch eine Veränderung des Zugehörigkeitsverhältnisses von Dalmatien beabsichtigt ist. Es ist hinzuzufügen, daß Dalmatien — entsprechend dem bisherigen theoretischen Rechtszustande — nunmehr auch praktisch zu Kroatien und Slavonien und damit — und zwar im gleichen Verhältnis wie diese Länder — zu den Ländern der ungarischen Stefanskronen kommen soll. Dagegen sollen Bosnien und die Herzegowina dem ungarischen Staate, und zwar ohne Zugehörigkeit zu Kroatien und Slavonien, also auch ohne Teilnahme an den autonomen Sonderrechten dieser Gebiete, angegliedert werden. Der Sinn dieser getrennten Behandlung ist ohne weiteres klar. Die erwähnten Gebietsveränderungen sollen nicht den Grundstock eines geschlossenen südslawischen Staatsgebietes innerhalb des Gebietes der Stefanskronen bilden.

Vielleicht darf man auch die zweifellos bevorstehenden Abmachungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland in bezug auf das künftige Bündnis gewissermaßen als einen Sieg der 48er Verfassungspartei auffassen. Scheint es doch so, als ob durch die ungarischen führenden Mitglieder dieser Partei der Wunsch nach einer Vertiefung und dauernden Festigung des Bündnisses in politischer, wirtschaftlicher und vielleicht auch anderer Hinsicht demnächst in Erfüllung gehen, und daß die jetzige Gruppierung in Ungarn mit bewußter Rücksicht auf diese bevorstehenden Ereignisse geschaffen werden soll. Graf Tisza und seine Gefinnungsgenossen haben hinter den Mitgliedern der 48er Partei an Bündnistreue selbstverständlich nie zurückgeblieben, aber bisher waren sie, soviel man weiß, nicht geneigt, eine wesentliche Veränderung des Bündnisses in bezug auf seine Dauer zu begünstigen. Hier ist zweifellos eine der wichtigsten Konzessionen zu finden, die sowohl Graf Tisza, wie vor allem auch der neue Minister des Auswärtigen Baron Burian gemacht haben, nicht nur ihren Parteigegnern in Ungarn, sondern auch den Verbündeten.

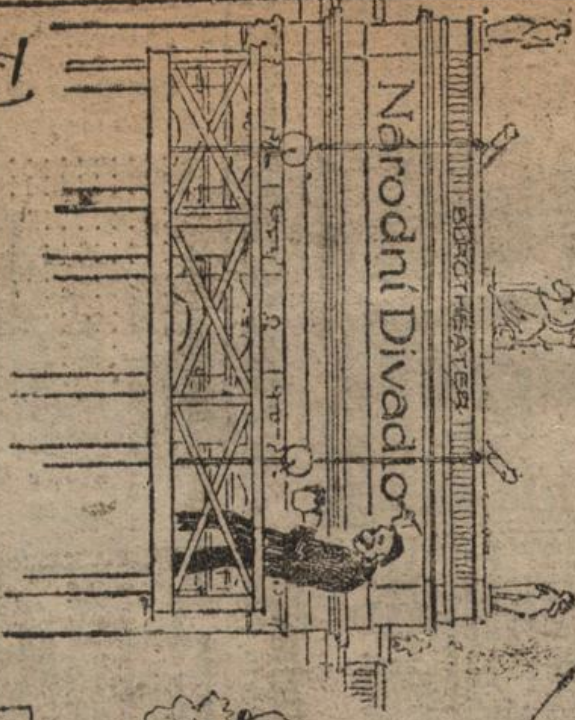
Aber alles dieses hat nicht die 48er Verfassungspartei zur Verwirklichung gebracht, sondern Graf Tisza. Das merkwürdige Schauspiel vollzieht sich, daß dieser stärkste Parteiführer Ungarns durch die Unterstützung eines ihm eigentlich fremden Programms seine beherrschende Stellung, wenn auch nicht offiziell, wiedererlangt und gleichzeitig die Möglichkeit, diese Stellung auch offiziell einzunehmen, wenn eine günstige Gelegenheit sich bietet. Auf der andern Seite treten die gegnerischen Parteiführer merklich zurück, gerade in dem Augenblick, wo einige ihrer wesentlichsten politischen Forderungen der Erfüllung nahe sind. Denn die Grafen Andrássy und Apponyi mit ihren ältesten Getreuen werden zweifellos noch heute abend nicht nur ihre führende Stellung in der Partei, sondern diese Partei selbst verlassen.

Daß die Spaltung in der 48er Verfassungspartei unvermeidlich ist, steht für ihre Mitglieder bereits fest. Ebenso aber auch, daß Ministerpräsident Welerle, der der heutigen Parteikonferenz über das Wahlkompromiß berichten soll, die Mehrheit auf seiner Seite haben wird. Der zähe Widerstand aber, der Andrássy und Apponyi zum Austritt aus ihrer Partei veranlaßt, wird von ihnen damit begründet, daß sie den Sozialdemokraten ihr Wort für die Uneingeschränktheit der Wahlreform gegeben haben, so wie es die Vorlage jetzt will, so daß sie nicht an einem Kompromiß teilnehmen können. Tatsächlich gibt es aber noch einen zweiten und wohl wichtigeren Grund. Er ist in der persönlichen Niederlage zu finden, die die beiden Führer dem Grafen Tisza gegenüber erlitten haben und die sie darum nicht weniger hart trifft, weil sie, wie gesagt, in der Sache eigentlich bis zu einem erheblichen Grade recht behielten.

Sichedliches Raiferltheater. (Originalzeichnung von Theo Saffke.)



HERMARSCH



Das Theater

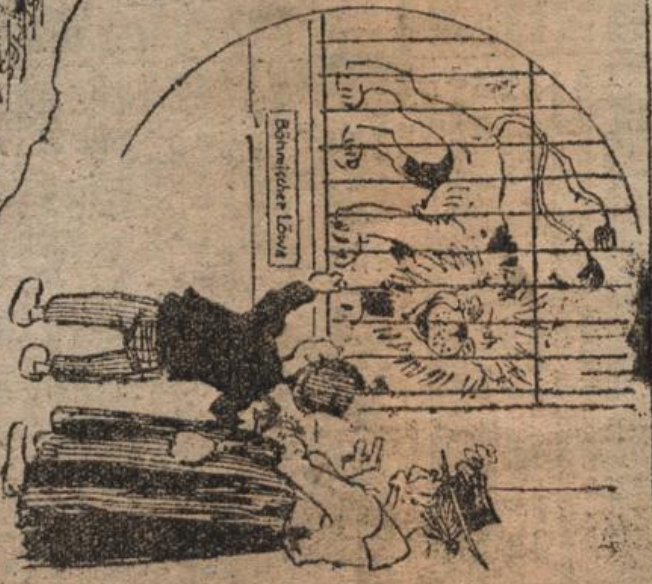


Nur für geachtliche Kinder!

HOSTINECSACHER



Ceske Moze



Böhmisches Löwe



LADKOVITZ

TRANKA

HACKER

Die Wahlrechtsvorlage.

Beginn der dritten Lesung.

In der dritten Nachmittagsstunde hat die dritte Lesung der Verfassungsvorlage begonnen.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns über die Stimmung der einzelnen Fraktionen vor Beginn der Sitzung folgendes mitgeteilt: Die Konservativen sind entschlossen, sich auf keinerlei Kompromiß einzulassen. Sie halten an dem Pluralwahlrecht, das die Kommission ausgedacht hat, fest und sind auch der Überzeugung, daß die Rechnung auf das Herrenhaus, die in manchen Regierungskreisen aufgestellt wird, falsch sei. Das Zentrum ist zu einer Verständigung nach allen Seiten geneigt. Auch die Kreise um den Grafen Spee erklären, daß sie nicht nach doktrinären Gesichtspunkten handeln werden, sondern nach praktischen Erwägungen. Der Bohmann-Flügel hofft noch immer auf eine Verständigung im Anschluß an seinen Zweistimmen-Antrag. Dabei erklären die Herren Bohmann und Fuhrmann, daß sie für den Fall, daß eine ihnen genehme Einigung nicht zustande kommt, sich vorbehalten, diesmal nicht mit gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen, sondern auch gegen das in der Kommission vereinbarte Pluralwahlrecht, das sie für zu reaktionär halten. In diesem Falle bestände die Möglichkeit, daß überhaupt kein Beschluß über die Wahlrechtsfrage in dritter Lesung zustande kommt.

Von anderer Seite wird uns gemeldet: Wenn man die Stimmung im Abgeordnetenhause vor der heute nachmittag beginnenden dritten Lesung der Verfassungsvorlagen richtig bezeichnen will, kann man nicht anders als von Teilnahmslosigkeit sprechen. Zurückzuführen ist diese Teilnahmslosigkeit darauf, daß auch heute die Entscheidung über das Schicksal der Vorlagen und damit über das Schicksal des Hauses noch nicht fallen wird. Man erwartet allerdings, daß im Namen der Staatsregierung der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg sofort bei Beginn der allgemeinen Debatte die Erklärung abgeben wird, daß die Staatsregierung zu dem Zeitpunkte, den sie für geeignet halten wird, nicht davor zurückschrecken wird, auch während des Krieges auszulösen. Diese Drohung auf weite Sicht wird aber die bevorstehenden Abstimmungen kaum beeinflussen.

Die Fraktionen werden im allgemeinen wie in der zweiten Lesung stimmen. Das trifft auch für die Nationalliberalen zu, die nunmehr auch äußerlich erkennbar in zwei Flügel geteilt aufzutreten. Der stärkere Flügel der Fraktion, der über 87 Stimmen verfügt und damit die Mehrheit in der Fraktion hat, wird durch den Abgeordneten Lucas seine Haltung darlegen lassen, während die Minderheit durch Dr. Bohmann, der noch immer, obwohl er an der Spitze der Minderheit steht, auch die Fraktion führt, seine Abstimmungen motivieren lassen wird. Heute vormittag haben die beiden Flügel der Nationalliberalen, die gestern getrennt debattierten, eine gemeinsame Sitzung abgehalten ohne daß bis zur Stunde ein erkennbares Resultat aufzuweisen wäre.

Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen.

Im Vordergrund des Interesses stehen die Sicherungsanträge des Zentrums, die in folgender Fassung vorgelegt wurden:

Es soll vor Artikel 1 gesetzt werden:

Artikel A. Der Artikel 14 der Verfassungsurkunde erhält folgenden Absatz 2: Die nach der gegenwärtigen rechtlichen Ordnung des Verhältnisses des Staats zur evangelischen und römisch-katholischen Kirche diesen Kirchen zustehenden Befugnisse und Einkünfte werden dauernd aufrechterhalten.

B. In die Verfassungsurkunde wird folgender Artikel 15 eingefügt: Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft, bleiben im Besitze und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

C. Der Artikel 28 der Verfassungsurkunde erhält folgenden Absatz 2: Der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschulen wird entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, vom 28. Juli 1906 gewährleistet.

Ferner wird beantragt in Artikel 2 Abs. 4, die Sätze 2 und 3 wie folgt zu fassen: Tritt die Erste Kammer dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses nicht bei, so findet nach vorausgegangener Beratung in einem aus Mitgliedern beider Häuser gebildeten Verständigungsausschusse die für beide Häuser bindende Abstimmung über den Vorstoß in einer vereinigten Sitzung beider Häuser statt. Nach dieser endgültigen Beschlußfassung wird in jedem der beiden Häuser über den Gesamthaushalt abgestimmt.

Der Bohmanngruppe der Nationalliberalen hat ihren Zweistimmen-Antrag in folgender Form eingebracht, die offenbar darauf berechnet ist, die Zustimmung der Konservativen und Freikonservativen zu erlangen:

Jeder Wähler hat eine Grundstimme. Eine Zusatzstimme erhält:

a) wer 50 Jahre alt ist, sowie

b) wer entweder:

1. seit mehr als zehn Jahren, vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet, in der Gemeinde, in der er wahlberechtigt ist, seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, oder

2. wer mehr als 10 Jahre (einschließlich der Militärdienstzeit) vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet, im Reichs-, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst hauptamtlich angestellt ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinargerichtlich aus dem Amte entfernt worden ist, oder

3. wer mehr als 10 Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet als Mitglied einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechtes oder in deren Verwaltung ehrenamtlich oder als fest angestellter Beamter tätig ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinargerichtlich aus dem Amte entfernt worden ist, oder

4. wer in Land- oder Forstwirtschaft, Fischerei, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel oder im freien Berufe selbstständig oder als leitender Beamter oder sonstiger Geschäftsleiter seit mindestens einem Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet, tätig ist.

c) Bei den in b) genannten Fristen gilt für Kriegsteilnehmer (Allerhöchster Erlaß vom 7. September 1915, Reichsgesetzbl. S. 509) der Kriegsdienst nicht als Unterbrechung der Tätigkeit oder des Wohnsitz- oder Aufenthaltsdauer, an welche die Zusatzstimme geknüpft ist.

Die dritte Lesung der Verfassungs-Vorlagen.

Ablehnung der Sicherungen.

Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 13. Mai.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten und teilt mit, daß der Präsident leider durch Krankheit verhindert ist, die Verhandlungen zu leiten.

Zunächst findet also eine allgemeine Besprechung statt.

Abg. Dr. Porsch (Ztr.):

Es ist nicht möglich, irgend etwas Neues zu sagen. Wir wollen daher nur unsere Abstimmung rechtfertigen. Das wird uns einigermassen erschwert, weil die Dinge noch im Flusse sind, weil sich noch nicht übersehen läßt, wohin sie laufen. Das wird erst möglich sein, wenn die Vorlagen, falls sie überhaupt so weit gedeihen, aus dem Herrenhause an uns zurückgelangen.

Der von weiten Kreisen des Volkes mit großer Dankbarkeit aufgenommene Juni-Erlaß ist mehr als die Ankündigung einer Vorlage oder sogar die unterstrichene Ankündigung einer Vorlage in einer Rede. (Sehr richtig! v. einem Teile des Ztr. und der Linken.) Nach den Umständen, unter denen er zum Osterfest in einer schweren Zeit einem schwergeprüften Volke gegeben wurde, ist er als ein königliches Wort aufzufassen. Wir Volksvertreter haben die Pflicht, die Vorlagen sorgfältig zu prüfen und uns danach zu entscheiden, wir haben aber auch zu prüfen, was geschieht, wenn die Einlösung des königlichen Wortes abgelehnt wird. Wir waren bereit, auf dem Boden des gleichen Wahlrechts zu einer Verständigung mit einer möglichst großen Mehrheit dieses Hauses und mit der Regierung zu gelangen. Wir werden auch in Zukunft dazu bereit sein.

Da sich nicht übersehen läßt, ob bei einer Aenderung des Wahlrechts im Sinne des gleichen Wahlrechts nicht unter Umständen radikale Mehrheiten in dieses Haus einzutreten werden, müßten wir uns die Frage der Sicherung der Grundlagen des Staates vorlegen. Daraus sind die Sicherungsanträge entstanden. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen Staat und Kirche kann sicher nicht als eine Schwächung des Staates durch die Kirche aufgefaßt werden. Ebenso wenig ist die grundsätzliche konfessionelle Schule unerträglich. Wir wollen uns davor sichern, daß diese Grundlagen des staatlichen Lebens nicht leichtsin durch eine plötzlich auftauchende Mehrheit verändert werden. Evangelische Kreise hegen die gleichen Wünsche. So hat sich der evangelische Arbeiterverein Deutschlands (166 000 Mitglieder) in einer Eingabe in gleichem Sinne geäußert.

Die Folgen einer Ablehnung.

Wenn Sie jetzt die Vorlage des gleichen Wahlrechts ablehnen, dann ist diese Vorlage aus der Welt geschafft, aber die Verhältnisse, die die Einbringung der Vorlage gezeitigt haben, sind nicht aus der Welt geschafft. (Sehr richtig! bei einem Teile des Ztr. u. d. Linken.) Dann haben Sie nicht etwa Ruhe, sondern spätestens bei den nächsten normalen Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Reichstag kommt die gleiche Forderung. (Lebh. Zustimmung bei einem Teile des Ztr. u. d. Linken.)

Die Folgen der Ablehnung der Vorlage und damit der Nicht-Einlösung des königlichen Wortes können idealer und realpolitischer Natur sein. Auf die ideale Rückwirkung unter dem Gesichtspunkt der Erschütterung des monarchischen Bewußtseins will ich nicht eingehen. Zweifellos werden realpolitische Folgen eintreten. Nachdem in dieser feierlichen Form der Träger der Krone dem Volke ein Versprechen abgegeben hat, ist die verantwortliche Regierung verpflichtet, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln auf die Einlösung des königlichen Wortes hinzuwirken, ob in Form einer Auflösung, lasse ich dahinstellen. Sehr wohl kann aber die Entwicklung der Dinge dazu führen, was ich befürchte, daß auch noch im Laufe des Krieges eine Auflösung erfolgt. Ein solcher Fall wäre ein Unglück für unser ganzes Vaterland, für unsere ganze innere Politik. (Lebh. Zustimmung im Ztr. u. links.)

Wenn es sein muß, werde ich auch in einem neuen Wahlkampf mein Gewissen vor dem neuen Volk vertreten. Viele werden dabei fallen, aber kein Mitglied des Hauses klebt an seinem Mandat. (Zurufe rechts: Na, na! und Heiterkeit.) Wenn der eine oder andere eine andere Meinung haben sollte, will ich ihm das nicht verwehren. (Erneute Heiterkeit.) Ich fürchte, der Wahlkampf wird an sich unangenehm und nicht im Interesse unseres Vaterlandes sein. Zweifellos wird die aus diesem Wahlkampf hervorgehende Mehrheit ganz anders aussehen als die heutige. (Zustimmung.) Bei einer abermaligen Vorlage des gleichen Wahlrechts werden dann die Dinge nicht so geordnet sein, wie wir sie mit unseren Anträgen ordnen wollen. Wir würden vielleicht heute noch weitere Sicherungen verlangen müssen, aber wir wollen die

Vorlage nicht übermäßig bepacken. Deswegen haben wir nur das Allernotwendigste in unseren Anträgen zum Ausdruck gebracht. Von diesem Standpunkt aus wird die überwiegende Mehrzahl meiner Freunde bei den folgenden Abstimmungen Stellung nehmen. Ich wiederhole, wir werden bereit sein, im Rahmen und auf dem Boden des gleichen Wahlrechts zu einer Verständigung zu gelangen. (Lebh. Beifall i. Ztr. und links.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (konl.):

Die grundsätzliche Stellungnahme aller meiner politischen Freunde ist in der zweiten Lesung zum Ausdruck gekommen. Wir haben daran nichts zu ändern. Von wenigen Einzelheiten abgesehen, werden wir auch in dieser Lesung für die Beschlüsse zweiter Lesung stimmen. Was insbesondere unsere Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf wegen des Herrenhauses anlangt, so trägt dieser in gewisser Hinsicht ja doch nur provisorischen Charakter, denn wir wollen doch abwarten, wie sich das Herrenhaus selbst seine Zusammenfassung gestalten wird. Das wird jedenfalls für meine politischen Freunde von erheblichem Einfluß sein. Was den § 3, also den Hauptstreitgegenstand der Wahlrechtsvorlage, anbelangt, so kann ich auch hier nur sagen, daß wir für die Beschlüsse zweiter Lesung stimmen werden. (Hört, hört! links.) Wir sind, wie ich in der vorigen Lesung schon gesagt habe, nach wie vor bereit, an einer Verständigung auf der Grundlage des Mehrstimmenrechts mitzuarbeiten, um ein positives Resultat aus dieser ganzen gesetzgeberischen Aktion herbeizuführen, vorausgesetzt, daß sich diese Versuche im Rahmen des für unsere Auffassung Erträglichsten und des nach unserer Auffassung für das Land Nützlichsten bewegen. Eine solche Grundlage können wir allerdings in dem Antrag Lohmann nicht erblicken.

Abg. Ludewig (natl.):

Wir werden für die vom Zentrum gestellten Sicherungsanträge stimmen, und zwar unsere ganze Fraktion. (Bravo.) Die Majorität, für die ich spreche, tut das in der Erwartung und Hoffnung, daß dadurch das Zustandekommen des gleichen Wahlrechts noch in diesem Hause gefördert werde und dadurch das Land im gegenwärtigen Augenblick vor einer Neuwahl bewahrt wird. Wir haben volles Verständnis dafür, daß die Regierung grundsätzlich vor einer Neuwahl auch während des Krieges nicht zurückschreckt, wenn sich angesichts des hartnäckigen Widerstandes der Majorität dieses Hauses gegen das gleiche Wahlrecht zur Vermeidung innerer Erschütterungen eine Neuwahl als staatsnotwendig herausstellen sollte. Wenn sich aber die Auflösung vermeiden läßt, so halten wir es für unsere patriotische Pflicht, alles dazu zu tun, was wir mit unserem Gewissen und unserer politischen Überzeugung irgendwie vereinbaren können. Zwei Wege gehen nach dieser Richtung. Der eine geht darauf hinaus, gewisse Modifikationen des Wahlrechts in den Rahmen des gleichen Wahlrechts hineinzuarbeiten. Wir haben uns Mühe gegeben, dies zu tun, haben aber seitens der rechtsstehenden Gruppen dabei keinerlei Entgegenkommen gefunden. Wir sehen in diesem Stadium davon ab, mit solchen Vorschlägen hervorzutreten. Den in der zweiten Lesung abgelehnten Antrag Lohmann können wir nicht Folge geben, weil er den von mir angedeuteten Rahmen verläßt; dasselbe gilt von dem neuen Antrag Lohmann zum Pluralwahlrecht.

Der zweite Weg bewegt sich in der Richtung der Zentrumsanträge. Wenn wir ihm zustimmen, so folgen wir dabei dem Appell, den der Ministerpräsident in der zweiten Lesung an dieses Haus gerichtet hat. Daß wir dabei weder Staatshoheitsrechte, noch Rechte der evangelischen Kirche, deren Interessen uns ebenso hoch stehen, wie dem Zentrum diejenigen der katholischen Kirche, preisgeben, dafür bürgt uns die Erklärung des Ministers des Innern in der zweiten Lesung und auch die Tatsache, daß die Konservativen erklärt haben, daß diese Anträge des Zentrums ihnen an sich durchaus sympathisch seien, und daß sie ihnen nur aus taktischen Erwägungen nicht Rechnung tragen können. Ueber die Fassung der Zentrumsanträge im einzelnen wird noch in einem späteren Stadium zu beraten sein, für jetzt halten wir es im Staatsinteresse für geboten, aber auch für genügend, grundsätzlich auf diese Anträge einzugehen. Selbstverständlich erwarten wir, daß das Zentrum auch für das gleiche Wahlrecht stimmen wird, und wir hoffen auch, daß unsere Proporzanträge freundlichere Aufnahme finden, als in der zweiten Lesung. Uns leitete bei unserem Vorgehen die Überzeugung, daß das gleiche Wahlrecht eine absolute politische Notwendigkeit ist, dem die Wege zu ebener wir für unsere Pflicht halten. Es gilt in großer Zeit den Flügel Schlag der innerpolitischen Zukunft rechtzeitig zu erkennen. Die Zukunft gehört denjenigen, die stark national empfinden, zugleich aber auch bereits sind, der großen Masse des Volkes ein weitgehendes gleiches Wahlrecht einzuräumen. Das hat die Krone richtig erkannt und diejenigen dienen der Monarchie am besten, die ihr darin folgen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Lüdicke (fk.):

Wir haben vorläufig keinen Grund, um unserer Stellungnahme in der zweiten Lesung abzugehen. Unsere endgültige Stellungnahme zu den Sicherungsanträgen behalten wir uns vor, bis im Hause eine Einigung über § 3 stattgefunden hat. Alle Sicherungen haben nur bedingten Wert. Ein machungstüchtiges Parlament wird sich sehr leicht über Verfassungsbedenken hinwegsetzen. Nicht die Sicherungen sind entscheidend, sondern das Wahlrecht. Wir stimmen für Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse zu § 3. Der Antrag Lohmann kann die Brücke zu einer Verständigung zwischen der Staatsregierung und uns bilden. (Hört! hört! links.) Wenn die Staatsregierung bereit ist, auf dieser Grundlage mit der Krone zur Vermeidung eines Verfassungskonflikts zu verhandeln, so sind wir gern bereit, in eine nähere Prüfung des Antrags Lohmann einzutreten. Es bestünde dann die Hoffnung auf eine Verständigung auf Grund dieses Antrags, der dann allerdings abzuändern wäre. Wir wollen gern etwas Positives schaffen für unser Volk und für unser preußisches Vaterland. Das Wahlrecht, das wir schaffen, muß aber geeignet sein, die Grundfesten des preußischen Staates zu erhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Pachnicke (F. Up.):

Wir lehnen die Sicherungsanträge der Zentrumspartei auch in dritter Lesung ab. Eine Begründung dafür hatten wir nach dem, was wir erst vor wenigen Tagen darüber gesagt haben, nicht mehr für erforderlich. Jetzt ist keine Zeit für Worte mehr, das Land will eine Entscheidung haben. (Sehr wahr! links.) Das Land will sehen, wer unbeliebt bleibt, unbeliebt auch durch das große Erleben dieses Krieges. Das Land will sehen, wer die Opfer nicht bringen will, die für seine Partei in der Aufgabe eines abgestuften Wahlrechts liegen, und das Land will sehen, wer die Verantwortung dafür trägt, daß die Massen, die in ihrer Hoffnung auf Erfüllung eines königlichen Versprechens — das war es — getäuscht sind, radikalisiert, und daß Strömungen dadurch verstärkt werden, die gerade gegenwärtig besonders unerwünscht und geradezu bedrohlich sind. (Lebhafte Zustimmung links, ironische Zustimmung rechts.)

Die Krone wandelte nur in den Spuren des Fürsten Bismarck (Oh! rechts), als sie den Gedanken des gleichen Wahlrechts in die Kriegszeit hineinwarf, wie damals in die Kriegszeit von 1866; wenn sie auf Widerstand stößt, wie bei Ihnen, der nicht anders zu brechen ist, so ist sie genötigt, die Folgerungen daraus zu ziehen. (Sehr richtig! links.) Wir werden den Wahlkampf im Lande selbst ertragen ohne sonderliche Erschütterung. In den Augen des Auslandes aber ist dieser Wahlkampf nur ein Beweis überlegener Stärke des preußischen und deutschen Volkes. (Zustimmung links.) Wir fühlen uns so stark, daß wir sogar der Austragung dieses inneren Streites nicht aus dem Wege zu gehen brauchen. Wir sind gewiß, aus einer solchen Wahlbewegung wird zuletzt das gleiche Wahlrecht hervorgehen und damit ein verjüngtes und verstärktes Preußen. Damit wird vielleicht, indem wir die staatsrechtlichen Grundlagen in Preußen und im Reich zu denselben machen, auch eine innere Geschlossenheit im Reich erzielt werden, die unser aller Ziel ist, und die wir gerade dadurch glauben sicherzustellen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.):

Jeder, der die Fähigkeit und den Willen hat, gerecht zu urteilen, kann nicht verkennen, daß mein Antrag ein Entgegenkommen gegen die Vorlage der Staatsregierung bedeutet. Die besondere Zustimmung für die Vollendung des 50. Lebensjahres ist ein starkes Entgegenkommen gegen die Gefühle der großen Volksmenge. Wenn die Sozialdemokratie behauptet, daß das arbeitende Volk hierdurch verhöhnt werde, weil es seltener dieses Alter erreiche als die Wohlhabenden, so ist das nicht durchschlagend. Es trifft nur für gewisse Berufe zu, aber auf der anderen Seite sind diejenigen, denen eine solche Zustimmung zugute kommen wird, viel zahlreicher auf Seiten der Arbeiter als der Besthenden. Das sächsische Pluralwahlrecht beweist, daß die Altersstimme neutral wirkt. Eine Ungerechtigkeit besteht dabei auf keinen Fall. (Abg. Adolf Hoffmann, U. Soz.: Wenn es so wäre, würden Sie es nicht beantragen!) Zu einer solchen Herabsetzung sind Sie nicht berechtigt! (Beifall.) Wenn meine Voraussetzungen richtig sind, dann ist die Altersstimme zu begrüßen, denn erstlich wird nicht bestritten werden, daß mit fortschreitendem Alter gerade vom 25. bis zum 50. Lebensjahr eine erhebliche Zunahme der politischen Reife und der politischen Kenntnisse eintritt. Also wird diese Stimme populär und allgemein willkommen sein; sie ist auch nicht zu beanstanden vom Standpunkt der königlichen Hofhaltung. Die in meinem Antrag aufgenommene Bedingung der Unfähigkeit trifft in gewissem Maße die Arbeiter; weil mein Antrag

Mein „Vorstoß“ im Hauptauschuß.

Von

Dr. Erzberger, Mitglied des Reichstages.

Der Abgeordnete Erzberger schickt uns die nachfolgenden Ausführungen mit der Bitte, sie zu veröffentlichen. Wir drucken sie nachstehend ab, betonen aber ausdrücklich nochmals die von uns mehrfach eingenommene abweichende Stellung gegenüber den ukrainischen Vorgängen. Wenn das neue Kabinett sich aus Russen und nicht aus Ukrainern zusammensetzen soll, so entspricht das eben den Verhältnissen im Lande, die unseres Erachtens die deutschen politischen Behörden verkannt haben. Wenn der Abgeordnete Erzberger jetzt fordert, man hätte Ukrainer und keine Russen ins Kabinett nehmen sollen, so wäre es angebracht gewesen, auch gleich Anweisung dafür zu geben, wie man so schnell da Ukrainer hernimmt, wo es keine gibt.

Die Unrichtigkeiten, Entstellungen und freien Erfindungen, die auf dem Wege der Presse über die Vorgänge bei der Beratung der Ostfragen im Haushaltsauschuß in die Öffentlichkeit gelangt sind, zwingen mich zu einigen Worten der Aufklärung und Abwehr.

Vor dem Eintritt in die Beratung hielten die Kommissionsmitglieder der Zentrumsfraktion eine Besprechung ab, in der sie sich einmütig auf die Leitsätze einigten, welche ich meinen Ausführungen am ersten Tag der Kommissionsberatung zu Grunde legte. Bizekanzler v. Payer meinte in seiner Rede, daß diese Leitsätze „offene Türen einsteifen“, während der konservative und nationalliberale Redner einerseits erklärte, daß sie teilweise Selbstverständliches enthielten, andererseits Bedenken äußerten über die Forderung, daß in den politischen und wirtschaftlichen Fragen der Ostländer der Reichskanzler das entscheidende Wort zu sprechen habe.

Zu den Ausführungen des Bizekanzlers und den Äußerungen der einzelnen Fraktionen nahm ich Stellung am Mittwoch, den 8. Mai. Nach dem amtlichen Sitzungsprotokoll und nach den mir vorliegenden Notizen war der Kern meiner Ausführungen folgender:

„Die Ursache, warum der Reichstag sich so oft mit den Ostfragen zu befassen habe, liege darin, daß die Regierung vorerst keine klare Stellung eingenommen habe und daß bisher als einzige Richtschnur der praktischen Politik Maßnahmen zugunsten des Großgrundbesitzes in der Ukraine und dem Baltikum sich ergeben hätten. Durch die Ausführungen des Bizekanzlers von Payer sei aber erfreulicherweise Klarheit geschaffen worden, und zwar in drei entscheidenden Leitätzen, denen er zustimme:

1. Herr von Payer habe als Ziel der Ostpolitik die Unterstützung und Förderung der Nationalitätenpolitik in Rußland bezeichnet. Darin liege eine klare Absage an jene Bestrebungen, welche ein Großrußland schaffen wollten, welche aber nicht berücksichtigt, daß das künftige Großrußland ein anderes sein würde als das ehemalige zaristische, das durch die Rabatten imperialistisch regiert wurde und daß Deutschfeindlichkeit der Grundgedanke der neuen russischen Politik sei. Die Nationalitätenpolitik zu fördern liege im Interesse Deutschlands; darin sei er mit Bizekanzler von Payer einig.

2. Der Bizekanzler habe als Weg zu diesem Ziel bezeichnet, den Weg der Verständigung, nicht den der Vergewaltigung. Diese Absage an die Gewaltpolitik unterstreiche er (Redner) doppelt.

3. Wie der Bizekanzler erklärte, sei die Regierung entschlossen, ihre Zuständigkeit auf dem Gebiete der Ostfragen zu wahren. Diese Erklärung, die erstmals im Haushaltsauschuß abgegeben wurde, begrüße er deshalb besonders, weil bei früheren Debatten über die Ostfrage in der Regel niemand von der Regierung dagewesen sei, der Antwort gegeben und die Verantwortung für die getroffenen Maßnahmen übernommen hätte.

Mit diesen drei Grundsätzen der Rede des Bizekanzlers sei er vollumfänglich einverstanden.

Es erhebe sich aber die Frage, inwieweit die tatsächlichen Vorgänge mit den vom Bizekanzler gesteckten Zielen und von ihm bezeichneten Weg übereinstimmen. Da müsse er zu seinem lebhaften Bedauern feststellen, daß eine Reihe von Maßnahmen der letzten Zeit getroffen worden seien, welche den vom Bizekanzler bezeichneten Weg verließen, wie von den von ihm gesteckten Zielen sich entfernten.

Was zunächst Polen betreffe, so erinnere er an die Rede des preussischen Landwirtschaftsministers im Herrenhaus, welche für eine Verständigung mit Polen wenig Platz lasse, aber einer Vergewaltigung sehr nahe komme. Darüber mehr im Plenum.

Die Vorgänge in der Ukraine lösten besonders großes Bedauern aus. Es sei ein hielbendes Versehen des Auswärtigen Amtes, die Wichtigkeit der Ukraine schon vor Jahren erkannt und konsequent die Ukrainepolitik betrieben und unterstützt zu haben. Dabei sei man sich immer klar gewesen darüber, daß jede Regierung in dem jungen Staat der Ukraine schwach sei. Wie aber sei bisher unser Verhalten gegenüber der Ukraine gewesen? Es sei ein großes Versehen unseres Unterhändlers in Brest-Litowsk, daß er alsbald erkannt habe, daß der Punkt, von dem aus er die Ostfrage lösen könne, ein Friedensvertrag mit der Ukraine sei.

Kaum sei der Friedensvertrag mit der ukrainischen Regierung abgeschlossen gewesen, so habe diese aus Kiew Klüchten müssen. Sie habe die Deutschen zu Hilfe gerufen und sei unter deutschem Schutz wieder in Kiew eingezogen. Kurze Zeit nachher aber hätten deutsche Truppen die Regierung, mit welcher wir Frieden geschlossen und welche uns zu Hilfe gerufen hatte, eingesperrt und abgesetzt. Das könne kein Vertrauen erwecken. Noch unangenehmer seien die einzelnen Vorgänge bei diesen Aktionen, die wohl vorbereitet gewesen seien und welche man als einen von militärischer Seite ausgeführten deutschen Staatsstreich bezeichnen müsse.

Der Erlaß des Generalfeldmarschalls von Eichhorn habe praktisch nichts genutzt, politisch aber sehr geschadet. Das Verhalten der deutschen Behörden in der Frage der Entsendung des ukrainischen Staatsbürgers Dobry sei eine Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten dieses Staates; er hoffe und wünsche, daß die deutschen Behörden sich jetzt nicht einmischen, wenn der neue Hetman seine politischen Gegner, die frühere Regierung, nimmere entfernen oder einsperren lasse. Die Art und Weise, wie durch deutsches Militär die bisherige Regierung gestürzt und eine neue Regierung ins Leben gerufen wurde, war, wie mit Recht der Bizekanzler erklärte, ein Mißgriff. Von einem zuverlässigen

Augenzeugen der ganzen Vorgänge sei ihm folgende Schilderung zugegangen:

In der Rada bekämpften sämtliche Parteien den Eichhornschen Frühjahrserlaß. Während der Nachmittags Sitzung gegen 3 Uhr fuhr deutsches Militär mit Panzerautos, Maschinengewehren und Kanonen vor dem Gebäude der Rada auf, um diese abzuschließen. Ein deutscher Offizier erschien mit deutschen Soldaten im Sitzungssaal und beschl in russischer Sprache: „Im Namen der deutschen Regierung: Die Hände hoch!“ Auf wiederholte Aufforderung kamen die Abgeordneten diesem Befehl nach. Der Präsident Gruschewski, welcher derselben nicht Folge leistete, wurde mit dem Revolver bedroht. Sämtliche Abgeordnete wurden untersucht. Mitglieder der Rada wurden nicht verhaftet, wohl aber Mitglieder der ukrainischen Regierung. Diese Vorgänge wurden in den Wiener Zeitungen eingehend geschildert.

An diesem Abend hielten sämtliche Fraktionen der Rada Sitzungen ab, um Maßnahmen zum Schutz gegen den deutschen Angriff zu besprechen.

Während der Rada Sitzung am Tage der heiligen Sofia wurde General Skoropacki zum Hetman ausgerufen. Der Tag war vor deutschen Soldaten umstellt. Die Teilnahme des ukrainischen Volkes war eine ganz klägliche. Der Kongreß der „Brotmacher“ (nicht Bauernkongreß) tagte in zwei Abteilungen. Bayerndelegierte waren sehr wenig erschienen. Der Rest bestand aus russischen und polnischen Großgrundbesitzern. Die Verhandlungssprache war russisch, nicht ukrainisch. Die Redner schlossen mit dem Ruf „Auf Rußlands Wohl und der Ukraine“. Eine Einigung zwischen den beiden Parteien dieses Kongresses, d. h. zwischen Bauern und Großgrundbesitzern, konnte nicht erzielt werden.

General Skoropacki ist wohl von Geburt Ukrainer, diente aber in der russischen Armee. Er wird von guten Kennern als der „kleine Boulanger“ bezeichnet. Der Ministerpräsident Ustimowitsch ist ein Großgrundbesitzer, Russe durch und durch und für den unbedingten Anschluß der Ukraine an Rußland.

In diesen Tagen kam eine Delegation der Rada zum Vorkammerer von Mumm, um mit ihm Verhandlungen einzuleiten wegen Zurücknahme der kommunikativen Dekrete über den Bodenbesitz. Vorkammerer von Mumm erklärte, es sei zu spät.

Die Folgen seien aber sehr bedauerlich für Deutschland. In Kiew kann sich kein deutscher Soldat mehr unbewaffnet zeigen. Deutsche Soldaten seien bereits niedergeschossen worden. Die Erbitterung gegen Deutschland nehme zu. Die Eisenbahner und Arbeiter planen einen Generalkrieg. Die ganze Bauernbevölkerung sei im höchsten Grade unzufrieden, weil die neuen Dekrete Skoropackys zum Vorteil der Großgrundbesitzer erlassen seien. Die Bauern würden kein Getreide liefern, und bei Requisition müsse man mit Blutvergießen rechnen. Der erste Zweck unseres Einschreitens, den Getreideüberschuß für das deutsche Volk zu sichern, werde hierdurch nicht erreicht.

Die politischen Folgen seien aber noch schlimmer. Der Haß gegen Deutschland nehme zu. Die russophilen Elemente freuten sich, daß diejenigen Minister, welche den Frieden mit uns abgeschlossen haben, von uns verhaftet seien. Weiter sei zu befürchten, daß die neue Regierung den Anschluß an Rußland schnellstens suchen werde. So entsiehe ein neues Großrußland unter deutschem Schutz von Kiew aus. Die Dekrete, welche Skoropacky erlassen habe, seien nahezu wörtliche Abschriften der russischen Verfassung aus der Zeit vor 1906. Die Minister, die bisher genannt worden seien, seien Großgrundbesitzer und ausgesprochen großrussischer Gesinnung. Es frage sich nun, was man aus der jetzigen, nicht günstigen Situation für Deutschland noch herauszuholen könne. Da gebe es nur zwei Wege:

- 1. Der sofortige Zusammentritt der ukrainischen Konstituante, welcher ohnehin schon am 12. Mai geplant gewesen sei.
- 2. Bildung eines Koalitionskabinetts aus Nationalukrainern, nicht aus Großrussen.

Die gestrige Depesche über die Unterredung von General Gröner mit Sozialisten zeige bereits erfreulicherweise, daß die deutschen Behörden in dieser Richtung vorgingen. Es wäre interessant, zu erfahren, welche Antwort die Sozialisten gegeben hätten. Die Verantwortung für die Politik in der Ukraine und für alle daraus entstehenden nachteiligen Folgen für Deutschland müsse er ablehnen. Die Forderung, den Getreideüberschuß gegen die Stellung von Tauschartikeln möglichst bald dem deutschen Volk zur Verfügung zu stellen, und dabei doch eine dauernde Verständigungspolitik zwischen der Ukraine und Deutschland zu treiben, ließe sich sehr gut vereinigen. Das sei eben Aufgabe einer richtigen Staatskunst.

Was Estland und Livland betreffe, so sei zu bedauern, daß von deutscher Seite zugesagt worden sei, man werde die Loslösungsbestrebungen der Esten und Livländer „wirksam unterstützen“. Die Zentrumsfraktion habe die Reichsleitung ihren Standpunkt in dieser Frage wissen lassen und er gehe dahin: Estland und Livland stünden nach dem Friedensvertrag unter russischer Oberhoheit. Sie hätten aus eigenem in korrekter Weise eine Loslösung von Rußland durchzusetzen. Sei diese dann erfolgt, so sei das Zentrum gern bereit, an den Voraussetzungen für ein engeres Verhältnis mit Deutschland mitzuarbeiten. An diesem Standpunkt müsse das Zentrum gegenüber anderen Auffassungen festhalten, damit niemand in der Welt sagen könne, wir legten einen Friedensvertrag infolge militärischer Ermügenschaften im Westen nach Osten anders aus, als vor Ostern.

Was endlich Litauen betreffe, so sei sehr bedauerlich, daß man immer wieder dieselben Klagen vorbringen müsse. Akt Tage vor Ostern sei Litauen als selbständiger und unabhängiger Staat anerkannt worden. Die Delegation des Landestats habe bei ihrer Anwesenheit dem Kanzler eine Reihe von Wünschen vorgetragen wollen. Es sei ihr aber gesagt worden, sie müsse alsbald abreisen, da in Wilna eine große Unabhängigkeitsfeier geplant sei. Man habe ihr im Reichskanzlerpalais auf das Bestimmteste in Aussicht gestellt, daß sie bereits am 4. April wieder nach Berlin berufen würde. Die Delegation sei abgereist, die Unabhängigkeitsfeier habe nicht stattgefunden; der Delegation sei bis heute die Reise nach Berlin nicht gestattet worden, auch nicht einer Delegation des Landestats zu dem Zweck, mit den zuständigen kirchlichen Behörden Verhandlungen über Celibit dringender kirchlicher Angelegenheiten zu pflegen. Selbst Abgeordneten sei die Reise nach Litauen verboten worden.

Der einseitige Wunsch des ganzen Landes ginge nach einem katholischen Fürsten ohne jegliche Personalunion. Gewisse Stellen arbeiten mit Rücksicht dahin, das katholische Land zu einer Personalunion mit dem Deutschen Kaiser zu drängen. Die früher vorgebrachten Klagen bestehen heute noch zu Recht. Die 3000 litauischen Kriegsgefangenen dürften nicht zurückkehren. Arzten und Gymnasten, welche in Rußland weilten, werde die Rück-

kehr auch nicht gestattet. Requisitionen gingen mit großer Härte vor sich. Für einen Liter Milch bekomme der litauische Bauer nur 5 Pfennig, und wenn er nicht genügend abliefern, werde er bestraft. Mit aufrichtiger Freude begrüße er daher die Zusage des Bizekanzlers, daß eine eigene litauische Regierung gebildet und eine eigene litauische Zivilverwaltung eingeführt würde. Er hoffe und wünsche, daß diese so notwendigen Schritte nunmehr bald vor sich gehen würden.

Eine starke Regierung müsse dem als richtig erkannten Ziel auf dem als richtig erkannten Weg, unbestimmt um jede Einflüsse, energisch entgegenstreben. Seine politischen Freunde wünschten die Einhaltung folgender Richtlinien für die Behandlung der Ostfragen:

Entscheidungen in allen die Ostländer betreffenden politischen und wirtschaftlichen Fragen dürften nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers getroffen werden.

Die Friedensverträge von Brest-Litowsk sind in vollem Umfange sowohl dem Wortlaut, als auch dem Sinne nach aufrecht zu erhalten.

Zur Erreichung einer raschen und genügenden Getreidelieferung sind die in Artikel 7, Ziffer 1 des zu Brest-Litowsk mit der Ukraine abgeschlossenen Friedensvertrages vorgesehenen Austauschartikel der Ukraine mit tunlichster Beschleunigung zur Verfügung zu stellen.

Die politischen und militärischen deutschen Stellen haben sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ukraine zu enthalten.

Soweit der Kern meiner Ausführungen. Die Kritik, die hierin enthalten ist, halte ich wohlbegründet aufrecht und angesichts des Gesamtmaterials für mäßig. Keiner der nachfolgenden Redner aus den Parteien konnte meine Angaben entkräften. Es ist auch nicht zureichend, daß Abg. Stresemann diejenigen Ausführungen gegen mich gemacht hat, welche die „Nationalliberale Korrespondenz“ verbreitet. Ich hätte sie dann sicher nicht unbeantwortet gelassen. Daß in diesen Ausführungen kein „Vorstoß“ gegen den Grafen Hertling oder die Oberste Heeresleitung enthalten ist, wird jeder objektiv Urteilende zugestehen müssen. Aber noch mehr. Wenn ein solcher Vorstoß in dieser Rede gelegen hätte, so würde Bizekanzler von Payer, den ich seit vielen Jahren kenne und schätze, nicht geschrieben haben und hätte nicht schweigen können. Es hat aber kein einziger Vertreter der Regierung gegen irgend eine meiner Ausführungen protestiert oder Einwendungen erhoben. Schon diese eine Tatsache ergibt, daß der tatsächliche Vorgang im Haushaltsauschuß ein wesentlich anderer war, als wie er von einer Reihe von Zeitungen dargestellt wird. Darum hat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion mit Recht erklärt, daß alle Darstellungen, welche von einem Vorstoß gegen den Grafen Hertling und die Oberste Heeresleitung sprechen, als falsch bezeichnet werden müssen.

Es liegt mir gegenüber den häßlichen Unterstellungen, denen mein Verhältnis zur Armee und zu ihren glorreichen Führern ausgesetzt ist, daran, in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Oberste Heeresleitung in keiner Weise in meine Artikel einbezogen worden ist, Hindenburg und Ludendorff, zu denen unser ganzes Volk mit Recht in Dankbarkeit und Zuversicht emporschaut, sind für mich so große und verehrungswürdige Gestalten, wie für irgendeinen anderen deutschen Mann. Der Name Eichhorn ist mit dem Gedächtnis an eine Reihe militärischer Großtaten in schweren Jahren des russischen Krieges für immer verbunden. Jetzt aber stehen wir nicht mehr im Krieg mit Rußland und insbesondere mit der Ukraine, sondern wir sozusagen in einem „Friedens- und Grundrechtsverhältnis“.

Wenn ich also die Maßnahmen kritisiert habe, die militärische Stellen jüngst in Kiew getroffen haben, so habe ich ausschließlich politische Fragen im Auge gehabt, mit denen infolge der gegebenen Verhältnisse in der Ukraine vorerst überwiegend die Militärs befaßt sind. Maßnahmen rein politischer Natur aber, wie die von mir am 8. d. M. besprochenen, können unmöglich deswegen, weil sie von militärischen Stellen ausgehen, jeder Erörterung entzogen sein. Zu ihnen Stellung zu nehmen ist das Recht und die Pflicht jedes Abgeordneten. Ich lasse mich an Liebe zu unserem großen deutschen Vaterland von niemandem überbieten, aber ich habe auch für das, was unser Volk an Sorgen beschwert, ein offenes Auge. Mir Feindseligkeit gegen das Militär vorzuwerfen, ist eine bewusste Verleumdung meiner Absichten, die nicht weniger als die Tugend eines meiner lauten und stillen Gegner auf die Größe des Deutschen Reiches und auf die Herbeiführung eines ehrenvollen, dauernden Friedens gerichtet sind, der die kulturelle, politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sichert.

Nun zu dem sogenannten Antrag Erzberger. Die bisherigen Darlegungen erwiesen bereits, daß ein solcher Antrag von mir nicht angekündigt wurde, nicht eingebracht wurde, und daß er daher auch nicht zurückgezogen, und daß er nicht für das Plenum angekündigt werden konnte.

Der wahre Sachverhalt ist folgender: Von mehreren Seiten und Parteien trat man am Mittwoch an mich heran, man möchte die längere Debatte mit einem Beschluß endigen; hierzu würden sich vorzüglich eignen die Richtlinien, welche ich bereits am Samstag dargelegt habe. In Verbindung mit meinen politischen Freunden in der Kommission arbeitete ich nun den Entwurf zu einem Antrag aus. Dieser Entwurf fand die Unterschrift sämtlicher anwesenden Kommissionsmitglieder der Zentrumsfraktion (Erzberger, Gröber, Raden, Dr. Pfeiffer und Freiherr von Reden-berg). Der Entwurf wurde den Mitgliedern der Volkspartei und Sozialdemokratie zur Mitunterzeichnung vorgelegt. Die Herren unterzeichneten den Antrag.

Darauf wurde von einem Mitglied der Volkspartei mit Bizekanzler von Payer über den Antrag selbst in privater Unterredung gesprochen. Dieser äußerte Bedenken und wünschte einige redaktionelle Änderungen, auf welche eingegangen wurde. Im weiteren Verlauf der privaten mit dem Bizekanzler geführten Verhandlungen erklärte dieser, daß er es lieber sehen würde, wenn der Antrag überhaupt nicht eingebracht würde. Darauf zogen die Herren der Volkspartei ihre Unterschrift zurück. Als sie mir dies mitteilten, erklärte ich sofort: „Dann wird der Antrag überhaupt nicht eingebracht.“ Und ich hat, die anderen Herren, die unterzeichnet hatten, davon zu benachrichtigen. Sämtliche Herren erklärten sich mit dem Nichteinbringen des Antrages einverstanden.

Das ist eben der große Vorteil des jetzigen Regierungssystems in Deutschland, daß zuerst die Mehrheitsparteien unter sich einig zu werden suchen und dann mit der Regierung verhandeln, ehe sie Anträge einbringen. Gerade dieses Nichteinbringen des Antrags besagt am deutlichsten, daß es sich um eine tendenziöse Entstellung der ganzen Vorgänge handelt, wenn man von einem Vorstoß gegen den Grafen Hertling und die Oberste Heeresleitung spricht. Es ist zu bedauern, daß die Beratung solch hochwichtigen Angelegenheiten im Halbdunkel des Ausschusses stattfindet, wodurch sich mangels einer objektiven und umfassenden Berichterstattung für gewisse Kreise anscheinend erwünschter Anlaß zu politischer Drumenvergüstung ergibt.

Herrenhaus als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu dieser grundlegenden Frage Stellung nehmen muß. Demgemäß wird sich auch das Herrenhaus mit der Vorlage befassen. Sollte dieses dem geordneten Gang der Gesetzgebung entsprechende Verfahren entgegen der Erwartung der Staatsregierung innerhalb angemessener Frist nicht zur endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechtes führen, so wird die Auflösung des Hauses zu dem ersten Zeitpunkte erfolgen, zu dem dies nach pflichtgemäßem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage vereinbarlich ist.

Die weitere Behandlung der Wahlrechtsreform.

Berlin, 14. Mai.

In parlamentarischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß die Vorlagen über das allgemeine Wahlrecht samt der Lücke, die durch die heutigen Abstimmungen entstanden ist, an das Herrenhaus gehen werden, wo über die Lücke die notwendige Entscheidung getroffen werden wird.

Vor der Verlautbarung der Kreisverordnung.

Vorschläge in der Ernährungsfrage.

Wien, 14. Mai.

Das Präsidium des Czechischen Verbandes hat es gestern demonstrativ abgelehnt, beim Ministerpräsidenten zu einer Besprechung parlamentarischer Fragen zu erscheinen. Heute haben die Abgeordneten Stanek, Dr. Stranský, Dr. Körner und Habermann spontan beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler vorgeschlagen. Wie von czechischer Seite behauptet wird, in Ernährungsfragen. Unmittelbar nach dieser Besprechung verbreitete sich im Abgeordnetenhaus das Gerücht, daß die Verlautbarung der Verordnung über die Errichtung von Kreishauptmannschaften in Böhmen bis nach Pfingsten verschoben worden sei. Manche Gerüchte gingen auch noch weiter und behaupteten, daß die Regierung überhaupt eine Verschiebung auf längere Zeit plane. Der Ursprung dieser Gerüchte ließ sich sehr leicht auf czechische Quellen zurückführen. In deutschen parlamentarischen Kreisen, die über die Absichten der Regierung besser unterrichtet sein dürften, werden diese Gerüchte als unrichtig bezeichnet. Die Verordnung über die Errichtung von Kreishauptmannschaften in Böhmen ist fertig ausgearbeitet und dürfte in den nächsten Tagen, jedenfalls noch vor Pfingsten, veröffentlicht werden. Von einer Verschiebung auf längere Zeit ist mithin keine Rede.

Der Ministerpräsident befaßt sich eingehend mit Ernährungsfragen. Außer der erwähnten Konferenz mit den czechischen Abgeordneten fanden bereits eingehende Besprechungen mit dem Obmann der deutschen Agrarpartei Professor Dr. Waldner und dem Landespräsidenten in Kärnten Grafen Lodron statt. Gestern fand eine eingehende Besprechung im Ministerratspräsidium über die Approvisionierungsverhältnisse in Galizien statt, an der außer dem Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler auch der Minister für Galizien Dr. v. Twardowski, der Statthalter von Galizien Graf Huhn, der Präsident des Ernährungsamtes Dr. Paul und der Vertreter des Generalstabes anwesend waren. Es verlautet, daß in diesen Konferenzen die Ernährungsfragen kronländerweise durchgenommen wurden. Die Ernährungskonferenzen werden auch in der nächsten Zeit fortgesetzt. Von den deutschen Agrariern wurde ein Vorschlag ausgearbeitet, der ein neues Aufbringungs-system enthält und nach ihrer Meinung den Mindestbedarf der Nichtselbstversorger decken würde. Es sollen von den Landwirten per Hektar Boden 5 1/2 Meterzentner abgeliefert werden.

Ernährungskonferenzen beim Ministerpräsidenten.

Wien, 14. Mai.

Anschließend an die bereits in den letzten Tagen gepflogenen Vorbesprechungen erschien heute neuerlich beim Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler eine aus den Abgeordneten Hofrat Dr. Schoepfer, Geheimrat

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 J. Abendblatt 30 J. Reichsanzeiger
 A 2.50 Abendbl. A 1.— 30% Teuerungszuschlag.
 Stellungsangebote 10% Teuerungszuschlag. Familien-
 anzeigen, Sonderart. Platz- u. Datenvorsch., ohne
 Verbindlichk.—Anzeig. beim an-Geschäftsstelle
 Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-
 str. 20. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Manasterstr. 16/18
 Bremen: A. Waisenhausstr. 26. München: Pommstr. 5.
 Osnabrück: Bleherstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:
 Nordstr. 62. Unser Agenturen u. d. Ann.-Expedit.
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerei G. m. b. H.
 Postschekkonto Frankfurt (Main) 1136.

Süddeutschland und die preußische Wahlreform.

Von D. Friedrich Holtermann (Köln).

Ob irgendwo in Deutschland außerhalb unserer Landesgrenzen, in Sachsen oder in Braunschweig oder sonstwo eine Wahlreform gemacht wird, dem stehen wir im Süden u. d. der Aufmerksamkeit des politisch interessierten, aber nicht beteiligten Zuschauers gegenüber. Wir wissen, unsere Angelegenheiten und Interessen werden davon nicht berührt. Es läßt auf den Gang der Dinge weiter keinen Einfluß aus. Ganz anders liegt das für uns in Süddeutschland bei der preußischen Wahlreform. An ihr sind wir innerlich und politisch mitbeteiligt. Und zwar nicht nur so, wie man eben Anteil nimmt, weil es uns aus unsern politischen Überzeugungen heraus nicht gleichgültig sein kann, wie im größten deutschen Bundesstaat das Wahlrecht gestaltet wird. Nein! Die preußische Wahlreform berührt unmittelbar auch unsere süddeutschen Interessen. Ob sie gemacht wird oder nicht, ob sie eine befriedigende oder unbefriedigende Lösung findet, das trifft auch uns. Wir empfinden sie in Süddeutschland in stärkstem Maß als eine deutsche Frage. Sie ist uns die wichtigste innerpolitische deutsche Angelegenheit.

Den Zustand, der durch die Gleichheit des Wahlrechts in Preußen beseitigt werden soll, empfinden wir im Süden als das Haupthindernis einer modernen, eines großen, starken Volkes würdigen Entwicklung des deutschen Staatslebens, für deren endliche Verwirklichung die letzte Stunde gekommen ist. Wir empfinden die Herrschaft einer bevorrechteten Schicht, einer kleinen Minderheit über den Staat und die Entrechtung der großen Masse des Volkes, wie das die tatsächliche Wirkung des in Preußen zu Recht bestehenden Wahlrechts ist, um so mehr als eine Unmöglichkeit und einen Fremdkörper im Gegenwartsstaat, als uns in Süddeutschland ein derartiger Zustand längst fremd geworden und überwunden ist. Dieser Zustand gibt durch das Gewicht Preußens, in dem eben vermöge dessen jene Minderheit herrscht, dieser einen Einfluß auf das Reich und seine politische Entwicklung, den wir als schädlich beurteilen müssen. Deutschland kann nicht mehr nach den Anschauungen der preußischen Feudalkaste und des Herren- und Beamtenstaates regiert werden. Weder nach innen noch nach außen. Ihre Machtstellung war der Alp, der Jahrzehnte auf die innerpolitische Entwicklung des Reichs gedrückt hat. Durch die notwendige Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten hatten sie bis vor kurzem stets einen der Thürigen auf dem ersten Posten des Reichs, und wenn einer nicht tat, wie sie wollten, dann hat man ihm das Leben so sauer wie möglich gemacht. Sie haben nicht geruht, bis der Erste, der, obwohl aus ihren Kreisen gekommen, an dem überwältigenden Erleben der Kriegszeit es einsehen lernte, daß Deutschland nicht mehr nach den junkerlichen Rezepten regiert werden kann und eheilich die Folgerungen daraus ziehen wollte, Bethmann Hollweg, zu Fall gebracht war. Auch nachdem sie längst nicht mehr eine maßgebende Stellung im Reichstag besaßen, hat das konservative Übergewicht in Preußen und in allen einflussreichen Stellen doch für die innere Entwicklung der Reichspolitik jene zahllosen Reibungen und Hemmnisse verursacht, die unser innerpolitisches Leben lange Jahre so unfruchtbar gemacht und so viel gute Kraft verbraucht haben. Dieses Spiel sind wir in Süddeutschland gründlich müde. Sie verlangen endlich Schluß.

Zu diesen innerpolitischen Folgen der Herrschaft einer Minderheit in Preußen, die wir auch in Süddeutschland und das ganze Reich zu tragen bekommen haben, gehört nicht zuletzt die damit verbundene Züchtung einer radikalsten staatsverneinenden Sozialdemokratie. Das ist ja eine immer wieder sich bestätigende Erfahrung: rechtzeitige Gewährung von Rechten, die reif geworden sind, wirkt mächtig, erziehend, Verantwortlichkeitsgefühl erzeugend; Vorenthaltung dagegen radikalisiert, zerreißen, aufreizend. Wir haben ja in Süddeutschland in unserer Sozialdemokratie je und je auch radikale Elemente, auch die Spielart der Herren Haase und Genossen ist heute vertreten. Aber insgesamt ist die süddeutsche Sozialdemokratie nicht auf den schroffen Ton des Extremis gestimmt. Ihre Entwicklung nach einer staatsbejahenden, positiv mitarbeitenden Richtung hat viel früher eingesetzt als in Norddeutschland; schon lange vor dem Krieg. Hier ist die Stellung der Sozialdemokraten zu den Staatsnotwendigkeiten im Parlament eine ganz andere als im preußischen Landtag. Auch der Verkehr zwischen Regierung und sozialdemokratischen Vertretern bewegt sich auf der Basis der Gleichachtung mit den anderen Parteien. Darum hat auch der jüngste törichte, verderbliche Streik in Süddeutschland nur ganz vereinzelt Boden gefunden. Er hat sich durchweg in den ruhigsten Formen abgewickelt. Wenn in Süddeutschland das möglich war, und wenn es hier so steht mit unserer Sozialdemokratie im großen Ganzen, so verdanken wir das in erster Linie der demokratischen Entwicklung unseres Staatslebens, der politischen Rechtsgleichheit, die schon längst und überall im Süden eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Ihr Fehlen, die politische Entrechtung der Massen hat in Preußen eine ähnliche Entwicklung der Sozialdemokratie unterbunden. Sie vor allem hat dort die Massen so lange in der Verneinung des Staates gehalten. Damit ist aber auch die Entwicklung der ganzen deutschen Sozialdemokratie auf lange Zeit in verhängnisvoller Weise aufgehalten und dadurch wiederum auch der ganze Gang des innerpolitischen Lebens des Reichs aufs schwerste beeinflusst worden. Es hat des ungeheuren Leidens dieses Krieges bedurft, um die Zerreißen des Volkes, die zum guten Teil dadurch verschuldet war, zu überwinden. Niemand wird sich wundern, wenn sie auch heute noch nachwirkt. Die Ausschüttung dieses Risses ist bei der heutigen Lage Deutschlands und seiner schweren Zukunft nach dem Krieg für uns in Süddeutschland ein so dringendes nationales Interesse wie für irgend jemand in Preußen. Sie ist nur möglich durch die Gewährung der politischen Rechtsgleichheit dort.

Ihre Gegner in Preußen sind zugleich auch die parteipolitischen Hauptstützen der Agitation in Sachen der Kriegsziele, die unser Volk zerreißen; ein Zusammenhang, der immerhin zu denken gibt. In Süddeutschland hat diese Agitation weniger Boden gefunden als im Norden. Das entspricht der mehr demokratischen Art unserer innerpolitischen Bodenverhältnisse. Dem süddeutschen Geiste liegt, aufs Ganze angesehen, nicht eine einseitig auf Machtinteressen und Eroberungspolitik eingestellte Außenpolitik. Darum erscheint wozu Kreisen im Süden die Machtstellung der durch die Klassenwahl bevorzugten Schicht in Preußen auch wegen ihrer Auswirkung auf die Außenpolitik des Reichs als schädlich. Sie hat uns auch tatsächlich geschadet, nicht nur durch die Sprache und die Forderungen einzelner ihrer Vertreter. Wer nicht Bedenken trägt, auch heute noch, nach so unermeßlichen Opfern des Volkes, die große Mehrheit der eigenen Volksgenossen, sei es auch in neuen Formen, weiter zu vergewaltigen oder zum mindesten ihnen die Gleichheit des Rechtes vorzuenthalten, der erweckt unwillkürlich draußen in der Welt Argwohn und Mißtrauen auch bezüglich seiner Absichten gegen fremde Völker. Wie das gegen uns gewirkt hat und wie es von unseren Feinden gegen uns ausgeschaltet worden ist, das haben wir zur Genüge erfahren. Wir wissen im Süden, was wir dem Reich und seiner von Preußen erzogenen militärischen Macht zu verdanken haben. Der Krieg hat es uns erst recht gelehrt, und hier in der Süddeutsche mahnt uns daran täglich sein Dröhnen von der nahen Vogelfront. Aber an den Opfern für das Vaterland hat heute der Süden den gleichen Anteil wie der Nor-

V. 1918
13
107

bereits, daß die größeren Provinzen in Kreise zerlegt werden, wobei die Siedlung der Nationen maßgebend sein soll. Die Behördenorganisation des Jahres 1868 stützte sich auf die Bezirke; die Kreise, die Böhmen in früherer Zeit hatte, wurden damals nicht wiedererrichtet. Aber mit der Verschärfung der nationalen Kämpfe in Böhmen in den neunziger Jahren wurde von deutscher Seite immer wieder das Verlangen nach nationaler Selbstverwaltung durch Errichtung von Kreisregierungen und Kreisvertretungen aufgestellt. Aber auch die Regierungen, so Dr. Körber, erkannten die Errichtung von Kreisverfassungen als Voraussetzung zur Vereinfachung der Verwaltung an. Die Einführung von Kreisen wurde bei allen Ausgleichsversuchen im Parlament und im böhmischen Landtage in Aussicht genommen, ohne daß es freilich zur Verwirklichung kam.

Nunmehr wird die Verordnung über die Kreisregierungen in Böhmen veröffentlicht. Sie trägt das Datum vom 19. Mai 1918. Das Gesetz über die Verwaltungsorganisation, auf das sie sich beruft, stammt vom 19. Mai 1868. Um das Gesetz durchzuführen, dauerte es mithin auf den Tag fünfzig Jahre. Man sieht: Gut Ding braucht Weile in Oesterreich. Und ein gutes Ding sind die Kreisregierungen, vor allem vom Standpunkte der Verwaltung. Sie werden die Statthalterei entlasten und eine raschere Erledigung von Eingaben zur Folge haben. Es ist also ein Stück Verwaltungsreform, das beiden Volksstämmen Böhmens gleichermaßen zugute kommt. Dadurch aber, daß eine Scheidung der deutschen und tschechischen Bezirke eintritt, werden zugleich die nationalen Reibungsflächen vermindert.

Die Wünsche der Deutschen in Böhmen sind freilich noch lange nicht erfüllt. Diese gehen dahin, daß Kreisvertretungen zusammen mit dem Kreishauptmann in allen nationalen, kulturellen und Wohlfahrtsangelegenheiten entscheiden sollen. Abgesehen davon, daß schließlich die Zusammenfassung der deutschböhmischen Bezirke und Kreise zur Provinz Deutschböhmen zu erfolgen hätte, könne diese notwendige Ergänzung nicht im Wege der Verordnung, sondern nur im verfassungsmäßigen Wege zustande kommen. Wohl aber kann die Verordnung als ein Ansatz gelten für die wahre Selbstbestimmung in Böhmen, die Deutschen wie Tschechen die eigene nationale Verwaltung gibt. Allerdings sehen die Tschechen als Selbstbestimmungsrecht nur die Errichtung des tschechischen Staates an, in dem die Deutschen ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wären. Und eben darum werden sie die Verordnung bekämpfen.

Die Kreisregierungen in Böhmen.

Durch Verordnung vom Pfingstsonntag eingeführt.

Heute wird die Verordnung im Reichsgesetzblatt erscheinen, durch die Kreisregierungen in Böhmen errichtet werden. Seit dem Jahre 1890, in dem Landeschulrat und Landeskulturrat in Böhmen in nationale Sektionen geteilt wurden, geschieht damit der erste Schritt, um in den nationalen Streitfragen in Böhmen einen Weg zur künftigen Lösung anzubahnen. In der Geschichte der Kämpfe zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen wird darum die heute zur Verlautbarung gelangende Verordnung einen wichtigen Markstein bilden.

Die Idee, die Verwaltung der Länder durch die Errichtung von Kreisen zu erleichtern, blüht freilich auf ein recht ehrwürdiges Alter zurück. Schon das alte deutsche Recht kennt sie. Mit den ersten Regierungen des Verfassungslebens in Oesterreich taucht sie wieder auf, und die Verfassung, die der Krensfierer Reichstag im Jahre 1849 ausarbeitete, bestimmte

Aus dem Inhalt der Verordnung.

Brag, 18. Mai. (Privat.) Aus dem Inhalt der Ministerialverordnungen über die Errichtung von Kreisregierungen in Böhmen teilt die „Bohemia“ folgende Grundsätze mit:

Die Organisation der Kreisregierungen wird derart durchgeführt, daß die Landeshauptstadt Prag mit den vier großen Vorstädten Karolinenthal, Smichow, Weinberge und Jizlow auch weiterhin unmittelbar der Statthalterei unterstellt bleiben werden, während für das übrige Land Kreisregierungen eingeführt werden. In diese Kreise wird die gesamte Geschäftsführung, die bisher der Statthalterei oblag, übergehen, mit Ausnahme jener Angelegenheiten, die entweder das ganze Land betreffen oder über die Kompetenz eines Kreises hinausreichen. Es sind dies unter anderem die Hochschulen, die Adels- und Lebensangelegenheiten, die Besserungsanstalten, die Ausschreibung von Reichrats- und Landtags-

Mir war ganz grauslich zumute; ich lag auf der Veranda, der Stopp brummte wie ein Ventilator und ich sah ganz ruhig zu, wie die anderen die Bachhühner und den Gurkensalat verzehrten, nur als die Palatschinken aufgetragen wurden, ward mir angst und bange. Da fuhr der Doktor in den Hof, alle eilten ihm entgegen — dem alten Herrn war ein Bein eingeschlafen, er konnte nicht gleich aufsteigen — da setzte ich mich hin und legte mir das

schuldig werden zu lassen, wurde damals nicht benutzt; dies war eine Kundgebung des Willens zur Verfassung an maßgebendem Orte. Aus den letzten Empfängen verschiedener Politiker ist durchgesickert, daß die Krone auch diesmal alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten abwägt, um diesen ihren Willen durchzuführen. Allein dafür ist der Wille des Parlaments selbst zum Leben erste Voraussetzung und die Bewilligung der Staats- und Kriegsnotwendigkeiten Vorbedingung. Ein Parlament, das Budgetprovisorium und Kriegskredite vertweigert, macht seine eigene Ausschaltung zur Staatsnotwendigkeit.

Als Mittel, um den Reichsrat zu seiner Pflicht zurückzuführen, ist mancherlei empfohlen und erprobt worden. Die Personenfragen stehen nicht im Vordergrund, da die Schwierigkeiten durch eine Aenderung in der Regierung nicht beseitigt werden können, sondern sachlicher Natur sind. Wie künstlich sie von mancher Seite in den letzten Tagen vorgeschoben worden sind, beweist das jähe Abbrechen der Gerüchte und Vorstöße über „Treuhand“-Regierungen und Parlamentarisierungen in dem Augenblicke, da von führender christlich-sozialer Seite in der „Reichspost“ festgestellt worden ist, daß diese Art der Lösung derzeit weniger denn je geeignet erscheint, die Arbeitsfähigkeit des Hauses herzustellen. Das einzige Mittel ist die Verständigung zwischen den Parteien auf sachlicher Grundlage zur Arbeit. Die bisher darüber geführten Verhandlungen haben wenig erfreuliche Ergebnisse gezeitigt. Die Aufnahme der Kreiseinteilungsverordnung, die endlich den Willen der Regierung zur Ordnung und Abgrenzung des böhmischen Streites verkündet, wird für die nächste Zeit das politische Bild bestimmen. Die Umrisse einer Verständigung, die das Parlament aus dem tiefen Verfall herausführen könnte, sind nirgends sichtbar.

Die Regierung hat erklärt, daß sie an eine Anwendung des Notparagrafen nicht denke; dies bezog sich auf die Zeit, die durch die Vertretung dem Hause zur Ueberlegung und zur Entwirkung gegeben worden ist. Die Benützung des § 14 für den Fall, daß die parlamentarische Erledigung der Staatsnotwendigkeiten nicht gelingen sollte, steht aber wohl außer Zweifel. Seine Anwendung während einer Vertagung hat aber bei den Parteien selbst große Anfechtungen erfahren. Außerdem wäre die Nichtbewilligung der Staatsnotwendigkeiten durch das Parlament eine derartige Herausforderung, daß darüber man mit neuerlicher Vertagung oder Sessions-schluß kaum hinwegkommen könne. Endlich würde sich damit das Haus in einen ausgesprochenen Gegensatz zu der Bevölkerung setzen, die für den Bestand ebendesselben Staates alle Opfer trägt. Es ist daher, wie man uns in parlamentarischen Kreisen versichert, die Meinung verbreitet, daß das neuerliche Verjagen des Hauses die Auflösung des Abgeordnetenhauses zur Folge hätte.

Der Ernst der Lage ist damit gekennzeichnet. Im Juni sind es sieben Jahre, seit das gegenwärtige Abgeordnetenhaus voll der größten Versprechungen zum erstenmal zusammengetreten ist. Ein Jahr länger als die Verfassung einräumt, war ihm Zeit gegeben, seinen guten Willen zu betätigen; aber es war auch stets schwach in der Tat und zaghaft in den Mitteln sich selbst zu behaupten. Diese innere Schwäche führt es neuerlich einer schweren Gefahr entgegen. Wird es diesmal die Kraft aufbringen, ihr zu widerstehen?

Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus.

Die christlichsoziale Parteikorrespondenz gibt über die kommenden Partei-Verhandlungen im Abgeordnetenhaus folgendes Stimmungsbild:

Nach den Feiertagen werden die Verhandlungen zur Bildung einer Arbeitsmehrheit fortgesetzt werden, deren Hauptträger bekanntlich die deutschen Parteien und der Polenklub sein sollen. Die Polen verlangten von den Vertretern der deutschnationalen Parteien Bürgschaften für die Erfüllung ihrer Forderungen, an die Christlichsozialen wurde nicht herangetreten. Dieses Begehren geht über die Macht einzelner Parteien weit hinaus, da die wichtigsten Punkte in das Gebiet der auswärtigen Politik fallen und Deutschland, aber auch die Ukraine und Litauen dabei die Entscheidung zusteht. Graf Burian kehrt am Freitag, den 24. d. von Konstantinopel zurück und wird einige Tage später die Verhandlungen in Berlin über den Bündnisausbau weiterführen, wobei auch die polnischen Wünsche zur Sprache kommen werden. Voraussichtlich im ersten Drittel des Juni also wird Graf Burian dem Polenklub die geforderten Auskünfte geben können. Danach wird der Polenklub seine Stellung im Parlament beziehen. Gleichzeitig soll die Arbeit in den Delegationen wieder aufgenommen werden, und zwar werden wahrscheinlich der Ausschuss für Aeußeres — wahrscheinlich teilweise in vertraulichen Sitzungen — und der Heeresauschuss, dieser vielleicht etwas früher ihre Beratungen fortsetzen. Befriedigen die Auskünfte des Grafen Burian und dann die Antworten Dr. v. Seidlers den Polenklub, dann können die Deutschnationalen und Christlichsozialen mit ihm eine etwa 220 Mitglieder umfassende Gruppe bilden, der sich also noch einige Duzend Abgeordnete angliedern müßten, um eine tragfähige Mehrheit sicherzustellen. Da es sich hierbei in hervorragendem Maße auch um die Erhaltung des Parlaments handelt, ist anzunehmen, daß die Polen ihre Ansprüche in möglichen Grenzen halten. Und auch die deutschen Sozialdemokraten werden wieder die Pflicht, das Parlament zu erhalten, in ernster Rücksicht ziehen müssen. Im gemeinsamen Vorgehen mit den deutschnationalen

Parteien werden die Christlichsozialen wie bisher das möglichste aufbieten, um das Parlament zu fruchtbarerem Schaffen für Volk und Staat zu bringen.

Die Beratungen der Polen.

Für Donnerstag, den 23. wurde „zur Prüfung der polnischen Lage“ das Präsidium einberufen. Die für diesen Tag geplante Beratung der parlamentarischen Kommission wurde verschoben.

Die Kulturkampfgefühle der Wiener Liberalen.

Die Wiener liberalen Reichsratsabgeordneten haben an den Kriegsminister, der ihnen gar nicht verantwortlich ist, einen „Protest“ gegen die Meldung gerichtet, daß die jugendlichen Arbeiter der Kriegsleistungsbetriebe an zwei Nachmittagen eines jeden Monats zu religiösen Übungen angehalten werden. Sachlich wäre diese Maßnahme der Kriegsverwaltung zweifellos ebenso berechtigt, wie die Vornahme religiöser Übungen, wie z. B. des Kirchenganges, in der Armee selbst, da die Kriegsleistungsbetriebe und ihre Arbeiter unter militärischem Kommando stehen. Und über den moralischen Wert solcher Aufklärung dürfte niemand im Zweifel sein, der die Verwahrlosung der Jugend im Kriege beobachtet.

Innerpolitisches.

Schicksalstage des Abgeordnetenhauses.

Das Parlament hat sich tief im Grunde verfahren. Die letzte Lebensäußerung des Abgeordnetenhauses, die Obmännerkonferenz, zu der die mit Obstruktion drohenden tschechischen Parteien gar nicht zu erscheinen für nötig hielten, hat die Unmöglichkeit der parlamentarischen Zustände klar dargestellt. Keine Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten, zwischen den Parteien, zwischen den geschlossenen nationalen Gruppen kein Vertrauen und keine Aussicht auf Verständigung, innerhalb der Parteien mit wenigen Ausnahmen Zerfahrenheit und Führerlosigkeit, von den Parteien zur Regierung kein Weg und kein Zusammengehörigkeitsgefühl, das radikale Schlagwort überall oben auf, so bietet das Haus ein trostloses Bild der Selbstzerfleischung.

Das Gesetz über die verfassungsmäßige Fortführung des Staatshaushaltes läuft mit Ende Juni ab. Bis dahin haben die radikalen Parteien Bedenkzeit, ob sie dem Staate gegenüber ihre Pflicht erfüllen oder das Parlament vollständig dem Untergange überantworten wollen. Der Ernst der Wahl steht außer aller Frage und eben darum wird gewiß noch ein letzter Versuch gemacht werden, die letzten Notwendigkeiten auch sichtbar vor aller Augen aufzuzeigen. Die Pflichtarbeiten des Hauses konnten in diesem einen Jahre parlamentarischer Aera nur mit immer größeren Schwierigkeiten erfüllt werden und beim letzten Budgetprovisorium mußte sogar ein zwölfstägiger Ex-lex-Zustand zugestanden werden. Eine einwandfreie Gelegenheit, das Parlament

Die Kreiseinteilung in Böhmen.

Wien, am 18. Mai.

Die Notwendigkeit einer Verfassungs- und Verwaltungsreform, welche auch die schwierige nationale Frage endgültig zu lösen hätte, ist heute zum Gemeingut aller Oesterreicher geworden. Als Ziele dieser Reformen sind die Schaffung national einheitlicher Verwaltungs- und Vertretungsgebiete, eine zweckmäßige Verbindung der autonomen mit der staatlichen Verwaltung, eine Verbesserung und gleichzeitig auch eine Verbilligung der Verwaltungstätigkeit bezeichnet worden.

Die Regierung gibt durch ihre Verordnung über die Kreiseinteilung in Böhmen zu erkennen, daß sie diese Fragen staffelweise zu lösen gedenkt. Sie hat aus dem schwierigen und großen Programm nur jenen Punkt herausgegriffen, dessen Erledigung ihr einerseits am dringendsten erschien und wozu sie andererseits ohne Mitwirkung des Parlamentes und Landtages berufen ist.

Nach § 11, lit 1, des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867, RGBl. Nr. 141, gehört die Gesetzgebung über die Grundzüge der Organisierung der Gerichts- und Verwaltungsbehörden zu den Aufgaben des Reichsrates und nach der anlässlich der Reichsratswahlreform vom Jahre 1907 erfolgten Neutextierung des § 12 dieses Gesetzes unter bestimmten Voraussetzungen auch zu denen der Landtage. Diese grundlegenden Bestimmungen regelt das Gesetz vom 19. Mai 1868, RGBl. Nr. 44, welches im § 9 besagt: „Zur Erleichterung des Geschäftsganges können ausnahmsweise Beamte, welche außerhalb des Sitzes der Statthalterei bleibend bestellt sind, mit der Beforgung von Statthaltereigeschäften im Namen des Statthalters, insbesondere mit der Ueberwachung unterstehender Organe oder mit der Vertretung der Regierung gegenüber einer Landesvertretung oder, wo besondere Verhältnisse es erheischen, mit der administrativen Entscheidung in zweiter Instanz beauftragt werden. Die näheren Bestimmungen erfolgen von Fall zu Fall im Verordnungswege.“ Die Einteilung der Kronländer in politische Bezirke erfolgte in Durchführung des eben bezogenen Gesetzes mit der Verordnung des Ministeriums

des Innern vom 10. Juli 1868, RGBl. Nr. 101. Diese Verordnung wird mit andern späteren Verordnungen nun, soweit sie sich auf Böhmen beziehen, durch die neue Kreiseinteilungsverordnung aufgehoben, wozu die Regierung im Verordnungswege zweifellos kompetent ist. Die Verordnung reguliert jedoch nur die Einteilung der politischen Verwaltungsgebiete, die autonomen Verwaltungsgebiete bleiben hiedurch vollkommen unberührt. Die Bezirksvertretungsgebiete, welche zum Großteile mit den Gerichtsbezirken zusammenfallen, können nach § 2 des Gesetzes vom 25. Juli 1864, RGBl. Nr. 27, über die Bezirksvertretungen in Böhmen nur durch ein Landesgesetz geändert werden.

Es ist also nur ein kleiner Teil aus dem großen Aufgabentris und nur für ein Kronland herausgegriffen worden, aber die Reform ist in Gang gebracht. Dies bedeutet nun schon einen großen Fortschritt, zumal, wenn man sich daran erinnert, wie oft allein diese Frage schon erörtert wurde und wie oft sie schon gelöst werden sollte, wie es aber schließlich und endlich immer beim alten blieb. Ob die Frage glücklich und für die Deutschen günstig gelöst wurde, kann nicht beurteilt werden, bis der Wortlaut der Verordnung vorliegt, eine Ungevißheit, die in den Pfingsttagen durch das Reichsgesetzblatt gelöst werden wird.

Vorläufig sei darauf verwiesen, daß die Kreiseinteilung nicht selbständig in Kraft treten kann, ohne einem andern fast ebenso wichtigen Teile des ganzen Reformplanes direkt entgegenzuarbeiten. Die Errichtung von neuen Behörden hat zur zwingenden Folge, daß die Geschäftseinteilung und Kanzleiordnung bei den politischen Behörden neu geregelt werde, wenn die Errichtung von Kreisbehörden nicht eine erschreckende Vermehrung der Zahl der Konzepts- und fachkundigen Beamten mit sich bringen soll. Wie leicht hier Abhilfe zu schaffen wäre, weiß jeder, der die innere Amtierung der Bezirkshauptmannschaften kennt. Es ist schier ungläublich, mit welcher veralteten Einrichtungen der Staat verwaltet. Schon der Anblick eines Einlaufprotokolles und eines Index genügt, um sich ein Bild von der

Schwerfälligkeit unseres Amtsschimmels zu machen. Die Teilung der politischen Bezirksbehörden in Abteilungen nach den verschiedenen Ämtern mit eigenen Kanzleien und selbständiger Aktenregistrierung in Form von Kartotheken wird die Geschäftsführung vereinfachen und beschleunigen. Durch die Kanzleien erhalten die Konzeptsbeamten ihre eigenen Schreibkräfte, denen sie jede Arbeit übertragen können, welche nur ein geistloses Abschreiben von Schimmeln, ein Ausfüllen von Druckformen bedeutet. Die Sparsamkeit in der Verwaltung hat sich bisher nur auf eine Einschränkung des Papierverbrauches und häufig auch auf eine Vermeidung von Anschaffung moderner Kanzeihilfsmittel, wie Schreibmaschinen und dergleichen beschränkt, dafür wurden die Arbeitskräfte sorglos von Jahr zu Jahr vermehrt. Es gibt noch heute Bezirkshauptmannschaften, bei denen Konzeptsbeamte die Stellungslisten eigenhändig schreiben, die Zuwartebescheinigungen bei Enthebungen, Zählblätter in Gewerbesachen, die unendlichen Exekutionsaufträge, zum Beispiel bezüglich der Unfallversicherungsbeiträge selbst ausfüllen und dergleichen geisttötende und äußerst zeitraubende Schreibarbeiten mehr auftraggemäß zu leisten haben. Es gibt ferner auch noch Kenner, bei welchen gleichlautende Erledigungen mehrmals fein säuberlich mit der Feder abgeschrieben werden, weil nicht genügend Schreibmaschinen zur Verfügung stehen, auf welchen sie mittels Kopierpapiers abgeklopft werden können. Es gibt schließlich auch noch Bezirkshauptleute, deren wichtigste Sorge sich der Vermehrung der Nummern des Akteneinlaufes zuwendet. So werden Empfangs- und Rückscheine mit neuen Nummern versehen, die massenhaft einlangenden Anmeldungen zum Unterhaltsbeitrage werden trotz der eigenen und viel moderneren Registrierung der Anmeldungen bei den Unterhaltsbezirkskommissionen zu allem Ueberflus auch bei den Bezirkshauptmannschaften in das Einlaufprotokoll und in den Index eingetragen. Kurz und gut, was kommt — und wären es auch nur Amtsblätter — wird präsentiert, exhibiert und indiziert, denn je mehr Zahlen der Bezirkshauptmann in seinem Tätigkeitsbericht ausweisen kann, desto mehr Beamte werden ihm zugewiesen.

Mit diesem alten System muß nun endlich einmal gebrochen werden, auch in die Verwaltung muß endlich ein frischer, moderner Zug kommen, der Staat muß lernen, seine Arbeitskräfte nach ihren Fähigkeiten zu verwenden. Niemand wird ihm dafür dankbarer sein als seine Beamten selbst, welche unter dem alten Bureaucratismus am meisten zu leiden haben. Für Böhmen ist durch die Kreiseinteilung der Zeitpunkt gekommen, in welchem mit dieser Reform eingeseht werden muß.

Die Errichtung von Kreishauptmannschaften bietet ferner noch die günstige Gelegenheit, sich über die Frage schlüssig zu werden, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Stellen der Bezirksärzte und Amtstierärzte bei den Kreishauptmannschaften aufzulassen und nur den Kreishauptmannschaften Sanitäts- und Veterinärbeamte zuzuweisen. Die amtliche Tätigkeit dieser Fachbeamten bei den Bezirkshauptmannschaften ist eine so geringfügige, daß sie zweifellos zu den kostspieligsten Angestellten des Staates zählen.

Die Geschäfte und Aufgaben der Verwaltungsbehörden werden nach dem Kriege noch eine gewaltige Vermehrung erfahren. Es ist daher schwer daran zu denken, die absolute Ziffer der Kosten der Verwaltung zu vermindern, nur eine unnütze, vollkommen unökonomische Hinausschraubung der Kosten muß vermieden werden.

Der Inhalt der Kreiseinteilungsverordnung.

Die Verordnung wird am Pfingstsonntag im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Eine gleichzeitige Veröffentlichung durch die Tagespresse findet infolge technischer Hindernisse nicht statt; es scheint sich also um eine sehr umfangreiche Verordnung zu handeln, deren Druck nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnte, um noch an die Tagespresse verteilt zu werden.

In parlamentarischen Kreisen verlautet über die Grundsätze der Verordnung:

Böhmen wird in „reine Kreise“ eingeteilt, das heißt die Verordnung kennt nur deutsche und tschechische Kreise, keine gemischtsprachigen. Eine Ausnahme macht nur Budweis, wo die nationale Sektionierung durchgeführt wird. Prag erscheint der Statthalterei direkt unterstellt. Eine Sektionierung von Pilsen, die auch begehrt wurde, findet nicht statt. Die Scheidung nach reinen Kreisen soll eine möglichst klare Scheidung der nationalen Gebiete und dadurch eine Verringerung der nationalen Reibflächen erreichen. Natürlich kann durch die Ziehung örtlicher Scheidelinien nicht jeder im geschlossenen Sprachgebiet noch eingeschlossene andersnationale Partikel erfasst werden; über das Recht dieser im geschlossenen Sprachgebiet des andern Teiles verbliebenen nationalen Minderheiten kann diese Verordnung ihrem Wesen nach nichts bestimmen; das wird Sache eines eigenen Minoritätenschutzgesetzes sein.

Die Verordnung ist überhaupt nicht als ein abgeschlossenes, etwa das nationale Problem in Böhmen schon erledigendes Ganze, sondern als eine Teilreform zu betrachten, die eine allgemeine Sprachenordnung für Böhmen einleitet.

Die Kreisverordnung erscheint deshalb als erste, weil die Regierung diese Reform vollständig verfassungsmäßig aus eigener Befugnis durchführen kann und dazu nicht eines Aktes der Gesetzgebung bedarf. Die Verordnung ist kein Konflikt mit dem Parlamentarismus. Schwieriger in dieser Beziehung werden die weiteren Schritte in der Sprachenordnung sein.

Mittagsblatt

Reichspost.

8 Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bezugspreise

Für Wien:
 Täglich zweimalige Zustellung
 monatlich K 6.00
 vierteljährlich 16.50
 halbjährlich 32.—

Für Oesterreich-Ungarn:
 bei täglich zweimaliger Postver-
 sendung
 monatlich K 6.40
 vierteljährlich 19.—
 halbjährlich 36.—

**bei täglich einmaliger Postver-
 sendung**
 monatlich K 5.20
 vierteljährlich 17.—
 halbjährlich 34.—

Für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsend. K 20.—
 und durch die Postämter laut dort
 anliegender Postzustellungsliste.

Änder des Weltpostvereins:
 vierteljährlich Kreuzbandsend. K 25.—

Wien, Dienstag, den 21. Mai 1918 XXV. Jahrgang

Abreise des Kaiserpaares in Konstantinopel. Parlamentarier Irlands verhaftet. — Die Reichsregierung über die böhmischen Kreise verlautbart.

In der letzten Nacht wurden London, Dover und andere englische Küstenorte erfolgreich mit Bomben angegriffen.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Berlin, 20. Mai. (Amtlich.)

„20. Mai 1918, abends.“

Starke französische Angriffe gegen den Kemmel sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Die Kreisverordnung für Böhmen.

Wien, am 20. Mai.

Höflich umkämpft vor ihrer Entstehung, kaum in den Umrissen bekannt, schon stürmisch umstritten, ist die Verordnung für die Schaffung der politischen Kreiseinteilung in Böhmen nunmehr erschienen. Ihre Bescheidenheit steht in keinem Verhältnis zu ihrer politischen Vorgeschichte. Sie enthält eine rein administrative Maßregel, sagt weder etwas über den Sprachgebrauch bei den staatlichen Organen innerhalb der neugeschaffenen Kreise, noch etwas über eine Rückwirkung auf die autonomen Körperschaften oder über die nationalen Minoritäten — sie ist eine bloße Umlegung von Gemeinden und Gerichtsbezirken zu dem Zwecke, um zwölf möglichst einheitliche Verwaltungsgebiete, die Kreishauptmannschaften, zu bilden. Fünf von den zwölf sind fast ausschließlich deutsch, sieben vorwiegend tschechisch, aber in mehreren dieser Kreise finden sich nationale Minderheiten verstreut, die soweit von ihrem Stamm abgelegen sind, daß sie durch die Grenze ihres nächsten Kreises nicht erreicht werden könnten. Die zwölf Kreishauptmannschaften bleiben der Prager Statthalterei unterstellt, eine Reihe wichtiger politischer Agenden sind dem Statthalter überhaupt vorbehalten, nur im Instanzenzuge der den Kreishauptmannschaften anvertrauten Geschäfte tritt die Bestimmung ein, daß Rekurse direkt an die staatlichen Zentralstellen, nicht an die Prager Statthalterei gehen. Es liegt dies im Wesen des gewollten Zweckes, der erstrebte Erleichterung der Prager Statthalterei, die bisher eine zweite Instanz für einen riesigen Raum darstellte; sie gibt diese Rechte in zahlreichen Belangen künftig an die Kreise ab, die so zwischen Bezirkshauptmannschaft und staatliche Zentralstelle organisch eingegliedert werden, ohne aber von der Statthalterei losgelöst zu sein, da dieser die Oberaufsicht über die Kreishauptmannschaften zukommt.

Zu nationaler Beziehung liegt die einzige Veränderung darin, daß die Verordnung national möglichst einheitliche Verwaltungsgebiete zu bilden trachtet, etwas so Naheliegendes und Zweckensprechendes, das unsere verschrobeneren politischen Verhältnisse dazu gehörten, bis zum heutigen Tage einen anderen Zustand aufrechtzuerhalten. Daß tschechische Gemeinden bei einer deutschen Bezirkshauptmannschaft, deutsche bei einem politischen Bezirk mit vorwiegend tschechischer Bevölkerung bleiben, daß daraus zahllose Erschwernisse und Reibungen sich ergeben, Staat und Bevölkerung in gleicher Weise dabei zu kurz kommen sollen, ist ein solcher Konsens, daß nur rettungslose Verbohrtheit oder Bosheit gegen eine Abstellung dieser Rückständigkeiten etwas einzuwenden haben können.

Etwas anderes ist es, ob diese Kreisverordnung als eine Befriedigung, als eine Sicherstellung der Deutschen

in Böhmen betrachtet werden könne. Von dem kann nicht die Rede sein. Und gerechterweise muß auch gesagt werden, daß die Regierung in der bloßen administrativen Verordnungsgewalt nicht die Befugnisse dazu besitzt. Die Bestimmung über den Sprachgebrauch bei den staatlichen Behörden und über den Schutz der Minoritäten kann nur aus Gesetzen oder einem — Dekret erfließen. Deshalb kann und darf aber auch der Staat nicht bei dieser Kreisverordnung stehen bleiben, die für sich allein noch gar nichts für die nationale Ordnung für Böhmen bedeutet, sondern höchstens eine wichtige administrative Verordnung dafür darstellt, einen Rahmen, zu dem das Bild fehlt. Eine Tat für das bedrängte Deutschtum in Böhmen ist die Pfingstverordnung des Ministeriums Seidler deshalb keinesfalls und wenn jemand hochgespannte nationale Erwartungen daran geknüpft hat, so werden Sinn und Wortlaut der Verordnung ihm eine harte Enttäuschung bringen. Wird das aufgeregte, mißtönige Konzert tschechischer Kritik, das der Verordnung vorausgegangen ist, jetzt noch fortgesetzt, so müssen ganz andere Ursachen dafür maßgebend sein als sachliche Gründe, die mit der Verordnung zusammenhängen, Ursachen, die offenbar die gleichen sind wie jene, die zu den traurigen Prager Vorgängen der letzten Tage, aus denen Hochverrat züngelt, geführt haben.

Die Pfingstverordnung wird gut sein, wenn sie die erste Stufe zu dem großen Werke der nationalen Ordnung in Böhmen bildet, sie ist wertlos, wenn sie allein bleibt. Bedeutet sie eine ehrliche Kundgebung des Willens der Regierung, aus der bisherigen Passivität gegenüber den staatsbewegenden nationalpolitischen Fragen herauszutreten und die Reform zu beginnen — dann gut. Aber das wollen wir erst abwarten, ehe wir uns daran freuen.

Ein Regierungskommentar.

Amtlich wird hiezu verlautbart:

Am 19. Mai l. J. wurden im Reichsgesetzblatt die Ministerialverordnungen verlautbart, welche die Einführung von Kreisregierungen im Königreich Böhmen zum Gegenstande haben.

Nach diesen Verordnungen, welche sich durchaus im Rahmen des von der Regierung wiederholt vertretenen Programmes bewegen, sollen in Böhmen zwölf Beamte außerhalb des Sitzes der Statthalterei bleibend bestellt und mit der Besorgung von Statthaltereigeschäften im Namen des Statthalters betraut werden. Sie führen in dieser Dienstverwendung die Bezeichnung „Kreishauptmann“, das Gebiet, auf das sich ihr Wirkungsbereich erstreckt, wird als „Kreis“ und das ihrer Leitung unterstellte Amt als „Kreisregierung“ bezeichnet. Die ersten Kreisregierungen sollen mit 1. Jänner 1919 in Leitmeritz für den Kreis Leitmeritz und in Königliche Weinberge für den Kreis Prag Umgebung zur Aufstellung gelangen.

Den Kreishauptmännern wird für ihr Amtsgebiet im allgemeinen jener sachliche Wirkungsbereich zugewiesen, der nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen dem Statthalter zukommt, insbesondere die Aufsicht über die untergeordneten Behörden und Organe, die Erlassung amtlicher Verfügungen und Anordnungen und die Kompetenz zu Entscheidungen in zweiter Instanz.

Dem Statthalter bleibt die Oberaufsicht über die Geschäftsführung der Kreisregierungen und der diesen unterstehenden Behörden erster Instanz gewahrt und eine Reihe von Agenden vorbehalten, die vermöge ihrer sachlichen Eigenart — sei es im Interesse einer ökonomischen Amtsgebarung, sei es aus Gründen ihrer Bedeutung für das ganze Land oder ihrer Rückwirkung auf dasselbe — eine Verplößerung nicht wünschenswert erscheinen lassen.

Gegen die südslawischen Bestrebungen.

Eine Landeskundgebung in Kärnten.

Klagenfurt, 20. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Im großen Wappensaal des Kärntner Landhauses fand heute die vom Landesauschusse veranstaltete feierliche Kundgebung der öffentlichen freigewählten Vertreter des Landes gegen die südslawische Propaganda und gegen die Pläne auf Abänderung der Verfassung im Sinne der Teilung Kärntens statt. Fast aell Gemeinden waren durch ihre Bürgermeister oder Gemeinderäte vertreten. Dann waren anwesend die Reichsratsmitglieder und Landtags-Abgeordneten, Vertreter der Handels- und Gewerbelammer, des Landeskulturates, der katholischen und evangelischen Geistlichkeit und andere hervorragende Persönlichkeiten. Im Landhause hatte sich eine leuchtend bunte Menge versammelt.

Landeshauptmann Geheimer Rat Leopold Freiherr v. N i e l b u r g - L a b i a eröffnete um 11 Uhr die Versammlung, der eine Besprechung aller parlamentarischen Vertreter vorangegangen war, mit einer Ansprache, in der er auf die große Bedeutung der Kundgebung des gesamten Kärntner Landes hinwies. Hieraus ergriff zur Begründung der Kundgebung Landesauschusseits Reichsrats-Abgeordneter F. W. D o b e r n i g das Wort und führte aus: An die Spitze der Begründung stelle ich den Satz: Das Treueverhältnis zwischen dem Kärntner Volke und seinem Kaiser ist für uns kein Gegenstand des Feilschens. Unsere Gesinnung verträgt jede Probe, aber... (Zensurstraße)... Will man uns einreden, daß wir auch dem Staate die Treue unbedingt zu wahren haben, so muß vorher die Frage beantwortet werden, wie dieser Staat aussieht. Der alte zentralistische regierte Einheitsstaat ist in der Umbildung begriffen. Diese kann lange Zeit dauern, Jahrzehnte vielleicht. Aber über das eine sind wir klar, daß wir uns nicht mehr oder nur gegen sichere Gewähr zu einer Gefolgschaft in der bisherigen Weise hergeben dürfen. Denn für die fragwürdige Rolle eines Vermittlers zwischen den verschiedenen Völkern Oesterreichs haben die Deutschen zu große Opfer geleistet. Durch Bescheidenheit und Selbstlosigkeit sind wir auf den Weg der Selbstpreisgebung geraten. Entsteht aus der Särgung heraus ein vom slawischen Übergewicht befreiter und in sich gefestigter Staat oder gar ein Gebilde Deutschösterreich, mit dem unser seit halb 600 Jahren mit Habsburg vereinigt ungeteiltes Kärntnerland verbunden ist, so werden wir wieder von unbedingter Staatsstreue reden können.

Zur Selbsthilfe ruft uns wieder die politische und völkische Not der Gegenwart. Es drohen allerlei Anschläge auf die Einheit des Kärntner Landes, sie sind in gewissen Reformwürfen, die unter der Objsorge der Regierung ausgearbeitet wurden enthalten, und sie liegen im Kampfe der südslawischen Politik um die Herstellung eines selbständigen südslawischen Staates. In Wahrung seiner Pflicht hat der Landesauschuss von Kärnten die Vertreter fast sämtlicher Gemeinden Kärntens in diesem altherwürdigen Räume vereinigt, um von hier aus eine Warnung bis in die Reichshaupt- und Residenzstadt erschallen zu lassen. Bereits haben von den 263 Gemeinden des Landes nicht weniger als 236, und darunter 63 gemischtsprachige, gegen die Zerstücklungspläne schriftlich Verwahrung eingelegt. Neun Zehntel aller wollen nichts wissen von einer künstlichen, durch nichts begründeten Teilung des Landes. Und wenn ich heute diese Versammlung von echten deutschen und slowenischen Kärntnern — nicht etwa eingewanderten Deutschen, wie der Süslawenklub behauptet — frage: Wollen Sie, daß im Kärntner Landtag eine slowenisch-nationale Kurie entstehe, die auf slowenischen Volkstagen, wie der Gesandtenwurf sie vorzieht, gemeinsam mit den Slowenen in K r a i n über die Sicherstellung der Mittel für kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben Kärntens berät,

so wird mir ein vielhundertstimmiges „Nein“ entgegenklingen.

Die Wiener Stubengelehrten, unkundig des Landes und ohne nähere Kenntnis von den Leuten in Kärnten, mögen uns mit ihren Reformplänen verschonen, des Ansturmes der Süslawen werden wir uns selbst erwehren. Der größte Teil der Kärntner Slowenen will von einem Süslawenstaate, in dem einige Striche Kärntner Boden ein unbeachtetes Anhängsel bilden würden, nichts wissen. Sie und die Deutschen Kärntens sind durch mehr als tausend Jahre in Brüderlichkeit ineinander gewachsen, wir bilden ein Volk und wir wollen — dies schwören wir heute — ein einheitliches, treugesamtes Kärntnervolk in aller Zukunft bleiben.

Das Entstehen eines südslawischen Staates wird sich vollziehen. Das ist in der Natur der Dinge begründet. Zum führenden Volke dieses Staates sind ohne Zweifel die Kroaten berufen. Doch die und nimmer darf es geschehen, daß dem südslawischen Staate die österreichischen Gebietsteile zwischen Drau und Adria angegliedert werden, nie und nimmer kann ein auf seine Lebensfähigkeit bedachter Staat es zugeben, daß T r i e s t und die ganze Küste in der südslawischen Flut verschwindet, niemals wird das deutsche Volk in Oesterreich und werden die Deutschen im Reiche die völlige Absperrung vom Südmeere zugeben. Ungeheure Werte, welche die Deutschen dort geschaffen haben, gingen verloren und der Weg in die Welt bliebe uns Deutschösterreichern versperrt. Schon unser bescheidener Wunsch auf Errichtung einer Schiffahrtsschule in Triest, die den Slowenen nicht schadet, begegnet bei ihnen schroffer Abweisung, obwohl sie kein Geschenk an die Deutschen ist. Auf erhebend verlaufenen Kärntner Volkstagen ist die leidenschaftliche Erbitterung gegen die Begünstigung der Slawen durch die Staatsgewaltigen zum Ausdruck gekommen. Es heißt zwar, daß ein neuer Kurs eingeschlagen wird, mit dem wir zufrieden sein könnten. „Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“

Zum Schlusse seiner Ausführungen sprach Abgeordneter D o b e r n i g über das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn, das in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht ausgebaut werden müsse. Auch zu diesem Gedanken, sagte Abg. D o b e r n i g unter großem Beifalle, wollen wir uns heute offen bekennen.

Die Ausführungen D o b e r n i g s gipfelten in der Beantwortung der folgenden

Kundgebung:

„Die vom Kärntner Landesauschusse zur Tagung am Pfingstmontag den 20. Mai 1918 in den Wappensaal des Landhauses zu Klagenfurt einberufenen Vertreter der Gemeinden Kärntens erklären in Anwesenheit und mit Zustimmung der Mitglieder der beiden Häuser des Reichsrates aus Kärnten und der Kärntner Landtagsabgeordneten das unverbrüchliche Festhalten an der Einheit und Unteilbarkeit des Landes Sie wissen sich eins mit dem größten Teile des Kärntner Volkes und sind Willens, den jahrhundertelangen Freundschaftsbund zwischen den Deutschen und Slowenen auch weiter treu nachbarlich zu pflegen. Dagegen werden von ihnen die Versuche, ihn zu lockern, entschieden zurückgewiesen und alle Bestrebungen auf Errichtung eines selbständigen Süslawenstaates, dem auch Teile von Kärnten und Steiermark angegliedert werden sollen, ihrem schroffsten Widerstand begegnen. Die berufenen Vertreter Kärntens geloben, daß sie den ihnen heiligen Heimatboden mit allen Kräften zu verteidigen entschlossen sind. Zum Besten des Staates treten die Versammelten auch dafür ein, daß der Weg zur Adria nicht durch ein neues künstliches Staatsgebilde verlegt werde, und allen Völkern Oesterreichs, in erster Linie den Deutschen, frei zugänglich bleibe. — Von größtem Werte für unsere Monarchie ist die Erhaltung eines ungetriebten Bundesverhältnisses mit dem Deutschen Reiche, auf Grund dessen der Krieg einem siegreichen Ende entgegengeführt werden wird. Wenn in der Kaiserbegegnung vom 12. Mai 1918 die politische, militärische und wirtschaftliche Vertiefung dieses Bündnisses als notwendig erkannt worden sein sollte, so wird diese Erkenntnis auch in Kärnten freudig begrüßt. Darin liegt die beste Antwort auf die planmäßigen, gegen das Deutsche Reich gerichteten Hehereien, die von unverantwortlichen Stellen geschürt, geradezu den Bestand der Monarchie zu gefährden drohten. Nur ein enges Bündnis Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches verbürgt die Unüberwindlichkeit beider Reiche und eine bessere Zukunft für Europa. Von diesem Geiste erfüllt, werden die Kärntner in Südoesterreich treue Wacht halten, als ein einzig Volk für ein auf immerdar ungeheiltes Kärntnerland!“

Die Ausführungen des Abg. D o b e r n i g, der, obwohl seit einiger Zeit kankelnd und schließlich angegriffen, trotzdem mit echter Wärme und tiefer heimatlischer Begeisterung sprach, wurden oft durch stürmische Zustimmungsrufe unterbrochen und machten einen tiefen Eindruck, der sich zum Schlusse in begeisterten Kundgebungen äußerte.

Nach Abg. D o b e r n i g ergriff Herrnhausmitglied, L. L. Statthalter a. D. Geheimrat Leopold Graf G o e s s und eine Reihe anderer Redner das Wort, worauf die vom Abgeordneten D o b e r n i g beantragte Entschliebung unter großem Beifalle einstimmig angenommen wurde.

Erklärungen des Ministers Prinzen Windisch-Grätz im Abgeordnetenhaus. Die Vorlage über die Vermögensübertragungsgebühren. Budapest, 23. Mai.

Präsident Karl v. Szász eröffnete die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses mit einer sehr traurigen Nachricht: die lebenswürdigen Mitglieder des Hauses Philipp Darvai und Johann Madi-Rovacs sind aus dem Leben geschieden.

Dann unterbreitete der Ministerpräsident die Regierungsberichte über die Inanspruchnahme der Ausnahme-gewalt.

Das Haus erledigte hierauf zustimmend die in seiner letzten Sitzung verabschiedete Vorlage in dritter Lesung und nahm ein sehr eingehendes Referat des Abgeordneten Samuel Balonhi über die Vorlage betreffend die Vermögensübertragungsgebühren entgegen. Der Bericht-erfasser betonte, daß die Vorlage den Anfang eines um-fassenden Reformwerkes bedeute und daß sein System der Progressivität dem Entwurfe als Vorzug anzurechnen sei.

Die Vorlage wurde ohne Debatte in beiden Lesun-gen angenommen.

Nach einer Pause folgte eine Rede des mit der Lei-tung des Volksernährungsamtes betrauten Ministers Prinzen Ludwig Windisch-Grätz, der über den Stand unseres Ernährungswesens berichtete. Auf der Tribüne hörten Staatssekretär v. Nagy und Ministe-rialrat v. Marich, sowie Oberforstrat Tersch die Aus-führungen des Ministers an. In seiner Rede, die das ganze Gebiet der Volksernährungsfragen in sichwoller Weise umfaßte, ausgehend von der letzten Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten Dr. v. Seid-ler, betonte Prinz Windisch-Grätz, daß we-der die ungarische Regierung, noch die Leitung unserer auswärtigen Angele-genheiten in irgendeiner Richtung Ver-pflichtungen betreffend die Verwen-dung der nächsten Ernte übernommen haben. Es sind allerdings Verhandlungen im Zuge, die in Berlin begonnen, nunmehr hier fortgesetzt werden sollen. — Verhandlungen, die von dem einzigen Ziele geleitet seien, die Ernährung der Zentralmächte sicherzu-stellen. Wenn sich in Oesterreich heute Bestrebungen zei-gen, die auf die Schaffung eines gemeinsamen Ernäh-rungsgebietes gerichtet seien, so können wir feststellen, daß wir in der Vergangenheit in Oesterreich Ueberschüsse abgeben konnten und auch in der Zukunft die Hoffnung hegen dürfen, Oesterreich auszuhelfen zu können. Darauf aber kommt es heute an. Es ist selbst-verständlich, daß bei den Verhandlungen be-treffend die Ueberlassung dieser Ueber-schüsse wir unseres eigenen Import-bebedarfes nicht vergessen dürfen, son-dern bestrebt sein müssen, unsere Inter-essen auf dem Gebiete des Imports zu wahren.

Der Minister erörterte dann die unumgängliche Not-wendigkeit der Schaffung eines Wirtschaftsplanes, für die jedoch nur gesorgt werden kann, wenn der Regierung in aller Klarheit das Ergebnis der Ernten zur Disposition steht. Schon aus diesem Umstande erklärt sich die Not-wendigkeit, die Requirierungen schon bei der Dreischmaschine vorzunehmen. Diese Notwendigkeit steht in keinem Zusammenhange mit dem Bestreben, Oesterreich auszuhelfen. Wir müssen den Oesterreichern helfen mit Rücksicht auf den Krieg, dessen fleckige Beendigung in unser aller Interesse gelegen ist. Dennoch ist bis heute ein Abkommen betreffend die Ueber-lassung unserer landwirtschaftlichen Produkte nicht ge-schlossen worden. Der Minister ist entschlossen, hier den Weg zu wandeln, den seine Vorgänger gegangen sind. Was die Ausichten für Ungarn betrifft, kann heute fest-gestellt werden, daß wir bis Ende dieses Wirtschafts-jahres der Notwendigkeit entsprechend versorgt sind.

Auf die Einzelheiten übergehend, betont dann der Minister, daß er bestrebt sei, Wege zu finden, damit die Versorgung des Bedarfs der Gemein-den erfolge. Und zwar sollen die Lebensmittel für die Gemeinden in diesen selbst untergebracht und möglichst auch aufgebracht werden. Fürst Windisch-Grätz erörterte dann die Frage der Sicherung des Fett-bedarfs, verteidigte die Kriegsprodukten-A.G. gegen ungerechte Angriffe, sagte eine Anpassung der Kartoffel-zentrale an die Verkehrsnotwendigkeiten zu und begrün-dete das Prinzip der gleichen Behandlung von Groß- und Kleinbesitz, überhaupt der Gleichmäßigkeit der Be-handlung aller Volksklassen, also das Prinzip eines Staatssozialismus. So soll der Zusammenschluß aller nationalen Kräfte ermöglicht werden, die sich vereinigen sollen im Inter-esse einer möglichst günstigen Versor-gung aller Volksschichten und Mit-streiter, damit das große Ringen zu unseren Gunsten entschieden werde.

Eine Bemerkung des Ministers, daß uns die Armee Industriematerial gegen 5000 Wagon Getreide, die sie noch benötigt und die nicht auf dem Requisitionsweg aufgebracht werden sollen, zur Verfü-gung stelle, und zwar in einer den Wert des Getreidequantums überschreiten- den Menge, löst im Hause lauten Beifall aus, ebenso die Feststellung, daß die am 20. d. M. beendeten Requi-sitionen nicht nur durch tschechische, sondern durch ungarische Truppen vorgenommen wurden. Der Minister erklärt noch, daß er der Depu-tation der notleidenden Tiroler, die gestern und heute bei ihm vorsprach, größere Mengen an sauren Rüben zur Linderung der Notlage zugesagt habe. Bis zum Ende folgt das Haus in gespannter Aufmerksamkeit der Rede des Ministers.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Grafen Michael Karolyi, Stefan Tiska, Theodor Batthyány, Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle und Ivan Rakovszky beteiligten, beschloß das Haus, eine Debatte über die Erklärung des Ministers nicht einzuleiten, sondern die Frage der Volksernährung im Anschluß an die allgemeine politische Debatte über die heute vorgelegten Berichte der Regierung zu erledigen. Das Haus lehnt es auch ab, zu gestatten, daß Abgeord-nete Ladislaus Fényes eine dringende Interpellation betreffend die Verwendung der Lebensmittel durch die Armee an die Regierung richte.

Schluß der Sitzung dreieiertel 2 Uhr.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Karl v. Szász eröffnete um 11 Uhr die Sitzung. Schriftführer: Jolan Ver-mes, Felix Szinpei-Merje, Sza Kovanyi.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle, die Minister Fürst Windisch-Grätz, Popovics, Töry.

Präsident Karl v. Szász teilt mit, daß Abgeordneter Philipp Darvai heute früh nach langem Leiden gestorben ist. Er sollte seinem lebenswürdigen, konzilianteren Wesen Anerkennung, würdigen seine langjährigen Verdienste um die Entwicklung der Hauptstadt, auf dem Ge-biete der juristischen Gesetzgebung und in zahlreichen An-schüssen des Hauses, sein großes Fachwissen, seine Selbstlosig-keit und seinen Patriotismus.

Das Haus beschließt im Sinne des Präsidialantrages, seinem Beileid protokolllarisch Ausdruck zu verleihen und einen Kranz an der Bahre des Verbliebenen niederzulegen.

Präsident widmet hierauf dem verstorbenen Abgeordneten Johann Madi-Rovacs einen warmen Nachruf und unterbreitet den Einlauf.

Abgeordneter Ladislaus Melzer unterbreitet als Präsident des VII. Gerichtsausschusses dessen Bericht über das Mandat des Abgeordneten Ladislaus Szala-h, das für endgültig verifiziert erklärt wird.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle unterbreitet den VII. und VIII. Regierungsbericht über die Anwen-dung der Ausnahme-gewalt im Kriege und bittet um die gleichzeitige Verhandlung beider Berichte.

Die Berichte werden an den Verwaltungs- und den Justizauschuß geleitet.

Folgt die Tagesordnung.

Der Gesetzentwurf über die Mobifizierung der Einkom-men- und Vermögenssteuer, über die Ertragssteuer der Stellung der Kriegsgewinnsteuer und über die Kriegszuschläge nach einzelnen Steuergattungen wird in dritter Lesung votiert.

Folgt der Gesetzentwurf betreffend die Vermögensüber-tragungsgebühren.

Referent Samuel Balonhi: Zwei Hauptgesichtspunkte haben die Regierung bei der Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Vermögens-übertragungsgebühren geleitet. Der erste Standpunkt war, daß die bedeutende Zunahme der Lasten der Steigerung der staatlichen Einnahmen auch auf diesem Gebiete der öffentlichen Leistungen unvermeidlich gemacht hat; der zweite Standpunkt war, daß die noch im Jahre 1868 versprochene, aber bis zum heutigen Tage nicht durchgeführte Reform der Gebühren eine dringende Notwendigkeit bildet. Auch der Finanzauschuß mußte anerkennen, daß die Lage in dieser Beziehung unhalt-bar zu werden begann. Er weiß, daß die Steigerung der Ein-nahmen auch auf diesem Gebiete unvermeidlich ist, und ist sich bewußt, daß die einfache Steigerung der Sätze oder die Aus-weisung von Kriegszulagen die schon heute bestehende Dis-propor-tion nur noch steigern würde. Er begrüßte aus letzterem Grunde mit Freude den Plan der Regierung, in Verbindung mit der Steigerung der Einnahmen auch die noch immer nicht verwirklichte Reform der Gebührenvorschriften durchzuführen.

Der Plan der Regierung geht dahin, das ganze Material der verschiedenen, unter dem Titel Gebühren und Taxen zusammengefaßten öffentlichen Leistungen verschiedener Natur in vier Teile zu gruppieren. Hierdurch soll ein einheitliches, klares, übersichtliches und den Anforderungen des praktischen Lebens entsprechendes Gesetz geschaffen werden. Der vor-liegende Gesetzentwurf bildet den ersten Teil dieses radikalen Reformwerkes. Und da der Entwurf im allgemeinen wohl-durchdacht, konsequent und systematisch aufgebaut und leicht übersichtlich ist, nimmt der Finanzauschuß ihn im allgemeinen bereitwillig an. Er kann sich aber bei aller Anerkennung der guten Seiten des Entwurfes auch der Einsicht nicht ver-schließen, daß der Entwurf die sozialen Rücksichten nicht ge-nügend vor Augen hält. Wohl konnte die Regierung bei der gebieterischen Staatsnotwendigkeit nicht alle Gesichtspunkte, die wir von einer modernen finanziellen Gesetzgebung vor Ausbruch des Krieges mit Recht fordern durften, ent-sprechend berücksichtigen; unter dem Zwange dieser Staatsnotwen-digkeit hat auch der Ausschuß zahlreiche Verfügungen des Ent-wurfes angenommen, die er in Friedenszeiten nicht für an-nehmbar gehalten hätte.

Das Schwergewicht des Entwurfes fällt auf die Erb-schaftsgebühren, die bisher kaum zehn Millionen Kro-nen jährlich ergeben haben, weil unser Gesetz entgegen der Praxis des Auslandes bisher die stufenweise Steigerung nicht gekannt hat. Der Entwurf folgt auf diesem Gebiete dem Bei-spiele des Auslandes und führt die der Größe des geerbten Vermögens entsprechende Progression ein. Um auch der bis-herigen leichteren Möglichkeit, daß ein beträchtlicher Teil des mobilen Vermögens der Erbschaftssteuer entzogen wird, einen Riegel vorzuziehen, führt der Entwurf in betreff des mo-bilen Vermögens den Offenbarungszeit ein und stellt für die Wertbemessung der Immobilien neue entsprechende Regeln auf. Der Finanzauschuß billigt wohl beide Verfügungen, will aber gleichzeitig eine große Ungerechtigkeit unserer heuti-gen Rechtsordnung aufheben. Bisher hatte der Erbe von Un-beweglichkeiten außer der Erbschaftsgebühr, deren Basis der reine Wert der Hinterlassenschaft bildete, auch die Immobilien-übertragungsgebühren nach dem vollen Werte der Unbeweglichkeit zu entrichten. Dieses System nun — das nebenbei bemerkt nur noch in Oesterreich besteht — will der Finanzauschuß beseitigen, weil einerseits die damit verbunde-nen übermäßigen Lasten den Erben zur Veräußerung der Im-mobilien veranlassen könnten, was gewiß nicht im nationalen Interesse gelegen sein kann, und weil andererseits der Aus-schuß es nicht mit dem Prinzip der gerechten Besteuerung vereinbar findet, daß das nicht vererbte immobile Ver-mögen einer bedeutend empfindlicheren Gebühr unterworfen werde, als das mobile Vermögen, von dem ein beträchtlicher Teil selbst bei den größten Vorsichtsmäßigkeiten der Gebüh-renbemessung entzogen werden kann. Der Ausschuß fand es für richtiger, den Schlüssel der Erbschaftsgebühr für das mobile wie für das immobile Vermögen zu erhöhen, hingegen die Vermögensübertragungsgebühr bei den erbten Immo-bilien gänzlich fallen zu lassen.

nügend vor Augen hält. Wohl konnte die Regierung bei der gebieterischen Staatsnotwendigkeit nicht alle Gesichtspunkte, die wir von einer modernen finanziellen Gesetzgebung vor Ausbruch des Krieges mit Recht fordern durften, ent-sprechend berücksichtigen; unter dem Zwange dieser Staatsnotwen-digkeit hat auch der Ausschuß zahlreiche Verfügungen des Ent-wurfes angenommen, die er in Friedenszeiten nicht für an-nehmbar gehalten hätte.

Das Schwergewicht des Entwurfes fällt auf die Erb-schaftsgebühren, die bisher kaum zehn Millionen Kro-nen jährlich ergeben haben, weil unser Gesetz entgegen der Praxis des Auslandes bisher die stufenweise Steigerung nicht gekannt hat. Der Entwurf folgt auf diesem Gebiete dem Bei-spiele des Auslandes und führt die der Größe des geerbten Vermögens entsprechende Progression ein. Um auch der bis-herigen leichteren Möglichkeit, daß ein beträchtlicher Teil des mobilen Vermögens der Erbschaftssteuer entzogen wird, einen Riegel vorzuziehen, führt der Entwurf in betreff des mo-bilen Vermögens den Offenbarungszeit ein und stellt für die Wertbemessung der Immobilien neue entsprechende Regeln auf. Der Finanzauschuß billigt wohl beide Verfügungen, will aber gleichzeitig eine große Ungerechtigkeit unserer heuti-gen Rechtsordnung aufheben. Bisher hatte der Erbe von Un-beweglichkeiten außer der Erbschaftsgebühr, deren Basis der reine Wert der Hinterlassenschaft bildete, auch die Immobilien-übertragungsgebühren nach dem vollen Werte der Unbeweglichkeit zu entrichten. Dieses System nun — das nebenbei bemerkt nur noch in Oesterreich besteht — will der Finanzauschuß beseitigen, weil einerseits die damit verbunde-nen übermäßigen Lasten den Erben zur Veräußerung der Im-mobilien veranlassen könnten, was gewiß nicht im nationalen Interesse gelegen sein kann, und weil andererseits der Aus-schuß es nicht mit dem Prinzip der gerechten Besteuerung vereinbar findet, daß das nicht vererbte immobile Ver-mögen einer bedeutend empfindlicheren Gebühr unterworfen werde, als das mobile Vermögen, von dem ein beträchtlicher Teil selbst bei den größten Vorsichtsmäßigkeiten der Gebüh-renbemessung entzogen werden kann. Der Ausschuß fand es für richtiger, den Schlüssel der Erbschaftsgebühr für das mobile wie für das immobile Vermögen zu erhöhen, hingegen die Vermögensübertragungsgebühr bei den erbten Immo-bilien gänzlich fallen zu lassen.

Die Gesichtspunkte, die den Finanzauschuß bei dieser Regelung der Erbschaftsgebühr leiteten, sind bei Schenkungen nicht mehr anwendbar. Hier hängt es vom Besonderen ab, ob er das Geschenk annehmen will oder nicht; andererseits können die Parteien bei der Annahme des gleichen Systems einen großen Teil der Schenkungsgebühren durch fiktive Schulden oder Bedingungen ersparen. Deshalb hat der Ausschuß für die Schenkungsgebühren das System des Entwurfes beibehalten.

Der Ausschuß billigt auch den Standpunkt der Regierung, daß sie mit allen Mitteln bestrebt ist, die Hinterlassenschaft möglichst vollständig zu erübrigen. Trotzdem kann er die Ver-fügungen des § 77, der die Banken, Bankiere usw. verpflichtet will, die bei ihnen deponierte Werte nicht früher auszufolgen, als bis die Erben die Entrichtung der Gebühr nachgewiesen haben, nicht billigen. Der Ausschuß will statt dessen der Fi-nanzbehörde nur das Recht einräumen, solche Depots — in-sofern sie während des Hinterlassenschaftsverfahrens von ihnen Kenntnis erhält — zur Sicherstellung der Gebühren voran-gehend noch vor der Einleitung des exekutiven Verfahrens zu beschlagnahmen.

Von diesen Änderungen abgesehen, hat sich der Finanz-auschuß die prinzipiellen Verfügungen des Entwurfes zu eigen gemacht. Referent empfiehlt zum Schluß die Annahme des Entwurfes in der vom Finanzauschuß unterbreiteten Fassung.

Der Entwurf wird hierauf ohne Debatte im allgemeinen angenommen.

In der Detailberatung nimmt das Haus die vom Referen-ten beantragte Modifizierung zum § 21 an. Im übrigen votiert das Haus den Entwurf auch in zweiter Lesung.

Nach der Pause ergreift

Minister Prinz Ludwig Windisch-Grätz das Wort.

Gehörtes Haus! Der österreichische Ministerpräsi-dent Dr. Seidler hat in seiner Ansprache an die Deputation der Partei der deutschen Agrarier eines gemeinsamen Ernährungsgebietes Erwähnung getan. Bevor ich auf diese Frage eingehe, will ich mich kurz darüber äußern, daß derzeit weder die ungarische Regierung, noch die Organe des auswärtigen Dienstes der Monarchie Verpflichtungen betreffend die Verwen-dung der nächstjährigen Ernte übernommen haben. Wohl sind zwischen den Regierungen der zentralen Mächte Verhandlungen im Zuge, deren Zweck die Sicherstellung der unbehinderten Ver-pflegung der verbündeten Staaten im näch-sten Wirtschaftsjahre bildet. Diese Verhand-lungen haben vergangene Woche in Berlin begonnen und werden in den nächsten Tagen hier fortgesetzt werden. Diese Bespre-chung der allgemeinen Verpflegslage der zentralen Mächte ist schon aus dem Grunde notwendig, weil der Friede im Osten ganz neue Verhältnisse geschaffen hat.

Die Bestrebungen Oesterreichs, die auf die Schaffung eines gemeinsamen Ernährungsgebietes gerichtet sind, sind auf die schwierigen Verhältnisse zurückzuführen, die in den frühe-ren Kriegsjahren die feindliche Blockade tatsächlich geschaffen hat. Wenn wir aber unter diesen schwierigen Verhältnissen die Lebensmittelbedürfnisse Oesterreichs aus den Ueberschüssen unseres Vaterlandes, wenn auch um den Preis von Schwierig-keiten, einigermaßen zu beden vermöchten, so können wir jetzt mit vollster Berechtigung der Zukunft entgegenblicken. Die Frage ist nach meiner Anschauung nicht die, ob wir den ber-zeit unter unserem militärischen Einfluß stehenden Gebiets-komplex ein gemeinsames Verpflegsgebiet nennen, sondern die,

Empfang im Ministerratspräsidium.

Wien, 23. Mai. 7

Nach den ernstlichen Beratungen im Laufe des heutigen Tages folgte am Abend eine gesellige Veranstaltung in den Räumen des Ministerratspräsidiums. Der Kabinettschef Ritter v. Seidler und seine Gemahlin Frau Thea v. Seidler sahen eine große Zahl von Gästen — es waren etwa dreihundert Einladungen ergangen — in ihren Empfangsräumen. Die Liebenswürdigkeit der Gastgeber und ein sorgfames, von jedem Zwange freies Arrangement führten rasch zu einer belebten und ungezwungenen Unterhaltung der Gäste. Einen besonderen Glanz erhielt der Abend durch die Anwesenheit des Herzogs Günther von Schleswig-Holstein, des Bruders der deutschen Kaiserin. Derselbe sprach, nachdem er vom Ministerpräsidenten und seiner Gemahlin begrüßt worden war, angelegentlich mit verschiedenen Würdenträgern, so dem Kriegsminister Freiherrn v. Stöger-Steiner, und unterhielt sich auch lange mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß. Die deutschen Gäste erfreuten sich der besonderen Aufmerksamkeit der österreichischen und ungarischen Teilnehmer und äußerten sich überaus befriedigt über den herzlichen Empfang. An kleinen Tischen fanden sich alte Freunde zusammen, neue Bekanntschaften wurden angeknüpft und der Abend wird manche wertvolle Anregung gebracht, manche Dauer versprechende Beziehung zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Teilnehmern herbeigeführt haben. Ueber den Empfang liegt ein Bericht vor, dem folgendes zu entnehmen ist:

Die mitten in den unruhigen Zeiten des Weltkrieges tagenden und in eine ruhigere und glücklicher wirtschaftliche Zukunft vorausblickenden deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftskonferenzen gaben heute abend dem Ministerpräsidenten Dr. Ernst Ritter v. Seidler und Frau Thea v. Seidler willkommenen Anlaß, die Teilnehmer an diesen Konferenzen aus dem untrennbar verbündeten Deutschen Reich und aus den beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie sowie einen Kreis hervorragender Persönlichkeiten bei sich zu Gast zu sehen. Bei aller Schlichtheit, die der Krieg gebietet, bei dem Ernst der Zeit und der Gegenstände der Beratungen, war doch über die gesellschaftliche Veranstaltung ein Hauch der gastlichen Gemütlichkeit gebreitet, der den Ruf der Kaiserstadt in der ganzen Welt begründet hat. Das historisch bedeutende und prunkvolle Pflaß des Ministerratspräsidiums in der Herrngasse war ein würdiger Rahmen für den Empfang, und der Hausherr Dr. Ritter v. Seidler und Frau v. Seidler weitestgehend unterstützt von den Herren des Ministerratspräsidiums, den Gästen den Aufenthalt an der gastlichen Stätte so angenehm als möglich zu gestalten.

Zum heutigen Empfang waren etwa dreihundert Einladungen ergangen und es gab fast gar keine Absagen. Schon bald nach 8 Uhr waren die Salons mit ihrem schönen künstlerischen Schmuck von den Gästen gefüllt. Dr. v. Seidler und Frau v. Seidler hießen jeden neuen Gast herzlich willkommen.

Unter den Anwesenden bemerkte man den Kriegsminister Freiherrn v. Stöger-Steiner, die Minister Graf Loggenburg, Freiherrn v. Vanhans, Dr. Ewilkinski, FML. v. Czapp, Doktor Horbaczewski, Ritter v. Homann, Dr. Mataja, Grafen Silva-Larouca, Ritter v. Schaner, v. Twardowski und Freiherrn v. Wimmer, die ungarischen Minister Szerenyi, Teleszky und Grafen Zichy, Ministerpräsidenten a. D. Freiherrn v. Beck, Statthalter Freiherrn v. Pleyleben, Bürgermeister Weisfirchner, Polizeipräsidenten Gayer, den Präsidenten des Herrenhauses Fürsten Windisch-Grätz, die Herrenhausmitglieder Freiherrn v. Plener, Baernreither, Grner, Sieghart, Schoeller und Wittel, Freiherrn v. Chlumetz, Dreher, Sinzky, Gutmann, Root, Ruf, Baron Engel, die Reichsratsabgeordneten Präsidenten Groß, Licht, Nedlich, Seidl, Friedmann, Schreiner, Rozkoshny.

Im Mittelpunkt des Interesses standen die deutschen Teilnehmer, die mit dem Herzog Günther von Schleswig-Holstein, der in Begleitung des Majors v. Wurmb und des ihm zugeteilten Oberleutnants im k. u. k. Kriegsministerium v. Obst gekommen war, vollzählig erschienen waren, und zwar: Geheimrat Professor Aereboe, Geheimrat Aufs, Generaldirektor Professor Dr. Dade, Rittergutsbesitzer Dr. Dyhrenfurth, Bankier Doktor v. Eichhorn, Syndikus Dr. Freymark, Regierungsrat Grunes,

Der Kampf Deutsch-Oesterreichs.

Von unserem Berichterstatter.

Wien, im Mai. Seit dem Beginne des Krieges führen die Deutschen in Oesterreich den Kampf um den Bestand des Staates und ihres eigenen Volkstums nach zwei Fronten. Sie sind unter den Völkern der zisleithanischen Reichshälfte das einzige, das sich bedingungslos und mit schrankenloser Aufopferung für die Verteidigung des Reiches nach außen einsetzt; und gerade darum sind sie auch das Ziel des unmittelbarsten, wütendsten und giftigsten Hasses für die inneren Staatsfeinde, die unverhohlen als Diener der englischen Absichten auf die Balkanisierung Oesterreich-Ungarns, auf die völlige Lähmung von Mitteleuropa, die Abriegelung des Volkstums von der Adria und damit auf die tödliche politische Umkreisung und wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands und alles Deutschen hinarbeiten. Zugleich vom äußeren und vom inneren Feind bedroht, hat sich das deutsche Volk Oesterreichs auf seine eigene Kraft als das letzte — und einzig zuverlässige — Mittel der Abwehr besinnen müssen. Von keiner Seite sonst war ausgiebiger Schutz zu erwarten. Die Regierung mochte oder durfte lange Zeit nicht sehen, daß nur mit der Stellung der Deutschen im Staate die Wurzel des staatszerhaltenden Willens gestärkt oder abgegraben werden kann. Nach allerlei kindischen Versuchungen, die inneren Verneiner des Reiches durch Ueberredung umzustimmen oder durch verfehlte Nachgiebigkeit zu überzeugen, mußte sie sich in den Erklärungen der slawischen Parteien vom 30. Mai 1917 und vom 6. Januar 1918 unumwunden sagen lassen, daß diese Gruppen keine zlei Rücksicht auf das österreichische Staatsganze zu nehmen gesonnen sind und daß sie nicht mehr zu ihm gehören wollen. Auch dann blieb sie — hauptsächlich wohl unter den Einflüssen, die nie ganz zu übersehen und nie ganz auszuschalten sind — noch so unentschieden, daß die Besorgnis und Erbitterung der staats-treuen Deutschen übermächtig anwuchs. Dazu kam, daß die Stellung der deutschen Abgeordneten, die dem Staat nicht verweigern wollten, was diese Regierung in seinem Namen verlangte, dadurch oft zweideutig und unsicher werden mußte. So blieb ihre parlamentarische Gruppe, die an Zahl bedeutend ist, ohne den politischen Einfluß, den ihr ein entschiedenes Auftreten vielleicht, eine geschlossene innere Einheitslichkeit gewiß gesichert hätte. Aber auch diese fehlt bisher; der Eigensinn einzelner Fraktionen und manche Zwiempätigkeit, die in der verschiedenen geographischen und geschichtlichen Stellung der Alpen- und Sudetendeutschen ihren Grund hat, verhindern sie.

Das Volk sah mit Bewunderung, dann mit tiefem Kummer zu und brach schließlich in helle Entrüstung aus. Es konnte nicht begreifen, daß die fürchtbaren Opfer, die es dem Staate gebracht hatte, und die entsetzlichen Leiden, die es für ihn trägt, nicht anders als mit dauernder Bedrohung des eigenen nationalen Daseins und mit einer unverdienten Minderung seines politischen Ansehens beantwortet werden sollten. Da unter her brach eine Bewegung los, die zunächst nur den Trieb hat, dem wahren Volkswillen, dem Verlangen nach Einheit der Abwehr und nach würdiger Geltung im Staate kräftigen Ausdruck zu geben. In der politischen Bedrängnis kommt — vielfach im Zusammenhang mit ihr — das unjüngliche Elend der Ernährungsverhältnisse, die in den deutschen Gebieten Oesterreichs weit trostloser sind als in den anderen; denn dem inneren nationalen Krieg entspricht die innere nationale Notlage: das deutsch-böhmische Erzgebirge hungert, während der tschechische Bauer Scheune und Keller voll hat. Und in den Alpen liegen diese Dinge wohl nicht viel anders. Wer jetzt noch für die politische und nationale Bedrohung keinen Blick haben wollte, der würde einfach durch körperlichen Zwang, durch Hungerqual und Entbehrung auf die Erkenntnis gestoßen, wo die höchste Gefahr und wo die einzige Errettung ist. Der erste Schritt zu dieser Rettung heißt: Zusammen-schluß. In den österreichischen Deutschen vom Norden Böhmens bis nach Südtirol und von Bregenz bis nach Teichen ist das Bewußtsein lebendig, daß sie ihren Willen und ihre Kräfte besser als bisher zusammenfassen

Die Beratungen der parlamentarischen Parteien.

Zu Laufe der kommenden Woche wird Ministerpräsident Dr. v. Seidler die auf die Flottmachung des Abgeordnetenhauses und die Schaffung einer Mehrheit abzielenden Besprechungen mit den Führern der parlamentarischen Gruppen wieder aufnehmen. Er wird in seinen Bemühungen von den beiden Parteien der Linken tatkräftig unterstützt werden, die die Bildung einer festgelegten Majorität anstreben, die stark genug wäre, alle Vorstöße der oppositionellen Parteien abzuweisen. Man muß für den Fall des Wiederzusammentrittes des Reichsrates damit rechnen, daß Tschechen und Südslawen, wenn sie es auch nicht auf das Allerernste werden ankommen lassen, doch einen scharfen Kampf gegen die Regierung und die ihr nahestehenden Parteien eröffnen und im Wege demagogischer Anfragen und Anträge wieder jene Zufallsmehrheiten herbeizuführen versuchen werden, die der Arbeitsfähigkeit des Hauses zu wiederholtenmalen in so hohem Grade Abbruch getan haben.

Was den angestrebten Eintritt der Polen in die Mehrheit anlangt, so wird derselbe vom Polenklub bekanntlich von der Garantie der Deutschnationalen und Christlichsozialen für die Erfüllung der politischen Forderungen der Polen abhängig gemacht. Neu ist aber eine Gegenforderung der Deutschen, die nun auch ihrerseits gewisse Bürgschaften seitens der Polenklubs verlangen. Sie verweisen darauf, daß das Verhalten einiger polnischer Politiker beim Theaterjubiläum in Prag verstimmend gewirkt habe, und wünschen, daß derlei polnische Demonstrationen für den tschechischen Staat in Zukunft unterbleiben. Der Umstand, daß die jüngst aus dem Polenklub ausgetretenen Herren Glombinski, Starbek und Genossen sich an den Prager Demonstrationen beteiligten, falle weniger ins Gewicht als daß auch die Mitglieder des Polenklubs Witos und Tetmajer den allslawischen Kundgebungen beiwohnten. Im Polenklub sei bis jetzt kein Wort der Mißbilligung darüber gefallen, was die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Polen und Deutschen sicherlich erschwere. In dieser Hinsicht bedürfte die Situation also einer Klarstellung, denn die Deutschen würden für eine Politik mit doppeltem Boden nicht zu haben sein und könnten sich auch nicht mit einem disziplinosen und unverlässlichen Partner verbinden.

Der Standpunkt der Polen.

Was die Entschließungen der Polen anlangt, so werden dieselben von den Darlegungen abhängen, die ihnen der Minister des Aeußern Graf Burian nach Abschluß seiner Verhandlungen in Berlin machen wird.

In Ergänzung der Mitteilungen unsres gestrigen Abendblattes wird uns von polnischer Seite mitgeteilt: Die polnische Regierung in Warschau wie die Politiker des Wiener Polenklubs stimmen im Wesen desjenigen überein, was ihnen als das Mindestmaß der Vorbedingungen für eine bestimmte Art der Lösung der polnischen Frage erscheint. Die Integrität des Kongreß-Königreiches und die Unteilbarkeit Galiziens stehen in einer Linie. Die Vereinigung des ungeteilten Galiziens mit dem territorial nach keiner Seite hin geschmälerten Königreich Polen wird sowohl von der Warschauer Regierung wie vom Polenklub zur Hauptforderung erhoben, sobald die sogenannte austropolnische Lösung in den Vordergrund der Möglichkeiten treten sollte. Die Gestaltung des polnisch-ruthenischen Verhältnisses in Ostgalizien erscheint den Polen für den Fall einer solchen Regelung genau so als Frage zweiten Ranges, wie ja bei Festlegung der Grundsätze für das neue deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis auch die polnische Frage in die zweite Reihe rücken mußte. Die austropolnische Lösung ist noch nicht grundsätzlich entschieden — wenn sie auch, wie jüngst die „Polnische Presseagentur“ andeutete, von der gemeinsamen Regierung angestrebt wird. Angesichts dieser Lage wird die ostgalizische Frage außer dem einen Postulat der Unteilbarkeit noch nicht von den polnischen Politikern zum Gegenstande genau umschriebener Programme gemacht. In der Helmer und Bodlachier Frage sind schon aus Rücksicht auf strategische Erwägungen die Warschauer Regierung und der Wiener Polenklub völlig gleicher Anschauung. Der jüngste Aufenthalt des gewesenen polnischen Ministerpräsidenten Dr. von Ruzarszewski in Wien hat wesentlich zur Vereinheitlichung der Ansichten beigetragen.

Die polnischen Führer beim Minister des Aeußern.

Auf Einladung des Ministers des Aeußern erschien gestern nachmittag das Präsidium des Polen-

registriert worden wurde aus starker Sicherung, ein anderer großer

Der Kaiser über die Verfassungsreform und die Stellung der Deutschen.

Ansprachen beim Empfange von Abordnungen aus den südlichen Alpenländern.

Wien, 25. Mai.

Der Kaiser empfing heute in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler eine Deputation aus Kärnten, bestehend aus dem Landeshauptmann Leopold Freiherrn v. Michelburg-Labia, dem Landesauschussbeisitzer und Präsidenten des Landeskulturrates Alois Hönlinger, dem Landesauschussbeisitzer Hofrat Karl Winkler, dem Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, Landesauschussbeisitzer Josef Wolfgang Dobernig, dem Landtagsabgeordneten Hofrat Franz Freiherrn v. Michelburg-Labia, dem Landtagsabgeordneten Professor Dr. Hans Angerer, dem Präsidenten der kärntnerischen Handels- und Gewerkekammer Landtagsabgeordneten Max Ritter v. Burger, dem Dekananten Josef Habernig in Spittal, dem kaiserlichen Rat Vizepräsidenten des Landeskulturrates und Landtagsabgeordneten Franz Kirchner in Maria-Rain, dem Landtagsabgeordneten Simon Michor in Nötsch, dem Bürgermeister Karl Scherian in Bräkal, dem Gutsherrn Stephan Kulterer in Thon bei Grafenstein, dem Grundbesitzer Josef Blantschnig in Hainburg, dem Gutsherrn Karl Ritter v. Mettnig in Bleiburg, dem Bürgermeister Ludwig Pipp in Egg, dem Reichsratsabgeordneten Jakob Putschmann, dem Reichsratsabgeordneten Alois Pirker, dem Bürgermeister Friedrich Freiherrn v. Weklar in Klagenfurt, dem Bürgermeister Ludwig Kmann in Willach und dem Pfarrer in Holz und Obmann des Deutschen Priesterbundes in Kärnten Valentin Marklet.

Ansprache des Landeshauptmannes von Kärnten Freiherrn v. Michelburg-Labia.

Der Sprecher der Deputation, Landeshauptmann Freiherr v. Michelburg-Labia, hielt folgende Ansprache: „Eure Majestät! Allergnädigster Herr und Kaiser! Vertreter beider das Land Kärnten beherrschenden Volksstämme sind vor Eurer Majestät erschienen, um ihre schweren Bedenken gegen die südslawischen Bestrebungen, welche weit über den Rahmen der Deklaration vom 30. Mai 1917 hinausgehen, vorzubringen. Das Herzogtum Kärnten, in seiner jetzigen Gestalt seit 1335 unter dem Jopex unserer glorreichen Dynastie unserem geliebten Vaterlande fest verbunden, seit alters her treu und unverbrüchlich zu Kaiser und Reich haltend, sieht sich infolge des südslawischen Vorstoßes in seinem Bestand und seiner Einheitlichkeit arg bedroht.“

Während der Großteil der Männer, die zum Urteil über ihre öffentlichen Angelegenheiten reis sind, im Felde

steht, werden Unterschriften im Sinne der südslawischen Begeherschrift gesammelt, und leider muß als feststehend bezeichnet werden, daß die Zustimmung der einzelnen oft durch die verschiedensten Vorspiegelungen zu erreichen getrachtet wird.

Die wahre Gesinnung des überwiegenden Teiles der slowenischen Bevölkerung Kärntens wird dadurch gekennzeichnet, daß die politische Vertretung im Reichsrat wie im Landtage nahezu ausschließlich Deutschen und solchen Slowenen anvertraut ist, welche das allfreundliche Verhältnis zwischen beiden Teilen und den nationalen Frieden im Land aufrechterhalten wissen wollen. Viele Gemeinden mit 70, 80, 90 Prozent slowenischer Umgangssprache, wo von einer Majorisierung der Slowenen nicht die Rede sein kann, besitzen deutschfreundliche Gemeindevertretungen.

Geruhete Eure Majestät zur Kenntnis zu nehmen, daß von 262 Gemeinden Kärntens beinahe alle, darunter 56 gemischtsprachige, gegen diese Bestrebungen Stellung genommen haben.

Schon in der denkwürdigen Sitzung am 17. August 1848 hat der Kärntner Landtag über Antrag des Slowenen Dr. Matthias Kuliz einstimmig erklärt, daß die Kärntner, ob windisch oder deutsch, bis jetzt ein einziges Volk waren und es bleiben wollen, und daß die Verschiedenheit der Sprache nie ein trennendes Element ihrer Zusammengehörigkeit sein soll.

Ich darf wohl hervorheben, daß Kärnten von den gemischtsprachigen Kronländern jenes ist, das nach der Natur seiner Bevölkerung und durch seine Landespolitik seinem erlauchten Herrscherhause und dessen Regierungen bisher die geringsten Sorgen gemacht hat. Die ruhigen Verhältnisse im Lande würden aber ernstlich gefährdet, wenn die staatszerstörende Deklarationspolitik auch auf die Zerreißen der natürlichen Einheit Kärntens und die Zerstörung seines nationalen Friedens hinarbeitet.

Wie immer, so hat Kärnten auch im Weltkriege in vorbehaltloser Anhänglichkeit zu Kaiser und Reich gestanden; es hat alle Opfer, die zur Selbsterhaltung Österreichs und zur Erringung eines siegreichen, ehrenvollen Friedens notwendig sind, freudig auf sich genommen. Von den 387.000 Einwohnern stehen ungefähr 60.000 wehrfähige Männer, unter diesen unser letztes Blut, als freiwillige Schützen unter Waffen, und zwar vielfach an den heißesten umkämpften Punkten der Front. Auch was Kärnten hinter der Front, insbesondere durch klaglose Erfüllung der in unverhältnismäßiger Höhe angeforderten Lieferungen geleistet hat, ist durch wiederholte huldvolle Worte Eurer Majestät und das übereinstimmende Urteil der militärischen und zivilen Stellen anerkannt worden.

Ein Fünftel der Bewohner Kärntens sind Slowenen, die aber ihren Sprachverwandten in Krain und Unter-Steiermark bis heute ziemlich fremd geblieben sind, von denen sie der Grenzwall unserer Randgebirge und die selbständige Entwicklung der heimischen Mundart scheiden. Die durch Jahrhunderte fortgesetzte Vermischung deutschen und slowenischen Blutes, die gemischte Siedlung und die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit beider Volksstämme und nicht zuletzt die friedliche Veranlagung des Kärntners beider Jungen haben das Schicksal der zwei Volksstämme so innig miteinander verknüpft, daß der Sprachenkampf, der anderswo gleich nach Beginn der verfassungsmäßigen Ära aufzulackern begann, in Kärnten bis in die jüngste Zeit keinen Boden fand.

Eure Majestät! Es ist durchaus freudig anzuerkennen, daß auch die Slowenen der anderen Kronländer mit geringen Ausnahmen auf dem Schlachtfelde vorbildlich gekämpft haben; aber ihre Treue ist die Frucht des altösterreichischen Denkens und Fühlens, das im einfachen Volke noch fortlebt und ihm die Verteidigung des Gesamtstaates zur Selbstverständlichkeit macht, nicht aber die Frucht der vorerwähnten südslawischen Deklarationspolitik, welche im Parlament dem Staat Österreich eine Schwierigkeit um die andere bereitet, ihm die nötigen Mittel zur ehrenvollen Beendigung dieses schrecklichen Weltkrieges verweigert, den Krieg verlängern hilft und Österreich und sein Allerhöchstes Kaiserhaus im letzten Augenblick um die Erfolge seiner heldenhaften Selbstverteidigung zu bringen droht. Dieses Gift wollen wir in unserem Heimatlande nicht zur Wirkung kommen lassen.

Wir wollen unser Heimatland weder politisch zerrissen sehen, wodurch das schmale gemischtsprachliche südliche Randgebiet Kärntens über die Grenzalpen hinüber als lebensunfähiges Anhängsel an einen deutschfeindlichen Kleinstaat angegliedert würde; wir ertragen aber auch keine Sonderstellung des gemischtsprachigen Gebietes im Rahmen der Kronlandsgrenzen, weil die regellos vermischten deutschen und slowenischen Elemente gar nicht in verwaltungsfähige Bezirke einzuordnen sind und weil keine Scheidung zwischen Deutschen und Slowenen eintreten, sondern im gemischtsprachigen Gebiete der nationale Haß erst recht entbrennen würde.

Ueber die Grenzen unseres Heimatlandes hinaus wollen wir Angehörige eines großen und starken Österreich bleiben. Wir betrachten jede weitere Lockerung des Staatsgefüges als den Anfang vom Ende des Großstaates Österreich, des Glanzes der altösterreichischen Habsburgerkrone, als das Ende der gesamtösterreichischen Flagge und Macht auf der Adria. Der Zugang zum Meere muß vielmehr vollkommen gesichert, die Geltung Gesamtösterreichs in Triest vor jeder Störung geschützt werden.

Seit Beginn der verfassungsmäßigen Ära und auch früher lebten beide Volksstämme in Kärnten in Frieden und Eintracht miteinander, das Wohl ihrer Heimat fördernd, und so soll es auch bleiben. Nun aber, wo die unerhörten Forderungen nach dem Südslawenstaat unser harmonisches Zusammenwirken gefährden und hierdurch auch die bewährte staatliche Einheit in Frage gestellt, ja geradezu zerrissen werden soll, durchbraust eine laute Empörung unsere sonst so ruhige Heimat, auf welche wir Eure Majestät ehrsüchtig aufmerksam zu machen uns gedrängt fühlen.

Wir denken und fühlen altösterreichisch; diesem patriotischen Fühlen folgend, sprechen wir aus, das Herzogtum Kärnten solle ungeteilt bleiben wie

bisher. Die Bestrebungen der Deutschen in Österreich decken sich mit den Interessen unserer angestammten Dynastie und des Reiches, wie wieder die letzte Abstimmung über Kriegskredite im Reichsrat schlagend erwiesen hat.

Somit unterbreite ich Eurer Majestät, unserem allergnädigsten Landesherrn, die untertänigste Bitte, alles abzuwehren, was unser unteilbares, geliebtes Vaterland sowie unsere Heimat gefährden könnte.

Wir deutsche Alpenländer, welche immer zu den getreuesten Staatsbürgern gehören, müssen dringendst die ehrsüchtige Bitte stellen:

Geruhete Eure Majestät, diese unsere sorgenvolle Ausführung huldvollst zu würdigen und mit majestätischer Kraft und Stärke ein „Bis her und nicht weiter“ zugeben.

Gott erhalte, Gott schütze, Gott segne Eure Majestät!

Die Erwiderung des Kaisers.

Der Kaiser erwiderte auf diese Ansprache folgendes:

„Vor allem danke ich Ihnen für den warmen Ausdruck altösterreichischer patriotischer Gefühle, den Sie im Namen Meines geliebten Landes Kärnten an mich gerichtet. Es hat mich herzlich gefreut, in Ihren Worten den Hauch des Geistes zu verspüren, der in der wackeren und enträtigen Bevölkerung jenes schönen Landes lebt. Den Wünschen und Bedenken, die Sie in politischer Hinsicht vorgebracht haben, sage ich die ernsthafteste und wohlwollendste Erwägung zu. Ein Land, dessen Bewohner sich durch ihre Treue für Kaiser und Reich stets trefflich bewährten und dank ihren unvergleichlichen Leistungen an der Front und daheim an den herrlichen Erfolgen dieses Krieges ruhmvollen Anteil haben, besitzt den vollen Anspruch auf die Berücksichtigung der in seinem Namen geltend gemachten Interessen.“

Meine geehrten Herren! Schon in den letzten Jahrzehnten hat sich das unabwiesliche Bedürfnis herausgestellt, die noch offenen nationalen Fragen des Staatswesens einer Lösung zuzuführen. In uneren Tagen aber ist dieses Bedürfnis noch dringender geworden. Wenn das Vaterland nach der ihm auferlegten und glänzend bestandenen Prüfung die ganze Fülle seiner reichen Hilfsmittel in den Dienst eines neuen wirtschaftlichen und geistigen Aufschwunges stellen soll, müssen die immer wiederkehrenden Anlässe zu unerquicklichen und kraftverzehrenden Reibungen beseitigt werden. Darum gilt es, die Bedingungen für das Zusammenleben der einzelnen Völker im Staate zu klären und zu verbessern.

In welchen Formen und mit welchen Einzelheiten dies schließlich geschehen wird, dem will ich heute nicht vorgehen. Aufgabe Meiner Regierung wird es sein, in innigem Zusammenwirken mit den berufenen Vertretern der Bevölkerung die richtigen Grundlagen dafür zu ermitteln. Eines steht aber schon heute fest: Welche Änderungen immer in den Einrichtungen des Staatswesens Platz greifen werden, die Festigkeit seines Gefüges darf keine Lockerung erfahren. Ebenjowenig dürfen die historischen Rechte und Ueberlieferungen der Länder beeinträchtigt, die Besonderheit der Verhältnisse in jedem einzelnen von ihnen außer acht gelassen werden.

Dies ist Mein fester Wille und dies ist die Richtschnur, die sich Meine Regierung für ihre Arbeiten vor Augen hält. Bei allem Bestreben, einer gesunden und förderlichen Entwicklung die Wege zu ebnen, wird sie doch immer auf Seiten derjenigen stehen, die das heilige Erbe einer glorreichen Vergangenheit hochhalten und es den kommenden Geschlechtern unversehrt bewahren wollen. Sie wird daher auch nicht verabsäumen, Agitationen, die die Kraft und Geschlossenheit des Staatswesens zu gefährden drohen, mit allen ihr gesetzlich zustehenden Mitteln entgegenzutreten.

Sagen Sie denjenigen, die Sie zu mir gesendet haben, Meinen kaiserlichen Gruß und geben Sie ihnen in Meinem Namen die Versicherung, daß sie für ihre Bedürfnisse und berechtigten Wünsche auf volle Berücksichtigung zählen dürfen.“

Empfang der Abordnung aus Untersteiermark, Krain, Triest und dem Küstenlande.

Hierauf empfing der Kaiser eine vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner geführte Deputation aus Untersteiermark, Krain, Triest und dem Küstenlande. Neben den deutschen Vertretern dieser Gebiete waren insbesondere auch zahlreiche Gemeindevorsteher und andere Vertreter der slowenischen Stajere-Partei erschienen. Der Deputation gehörten an: der Grundbesitzer und Regierungskommissär der Bezirksvertretung Mann an der Save Alfred Freiherr v. Moscon, der Bürgermeister der Stadtgemeinde Mann an der Save Apotheker Mag. pharm. Hans Schneiderisch, der Gemeindevorsteher in Montpreis Ludwig Schejchert, namens der Bezirksvertretung Marburg deren Obmannstellvertreter Julius Pfiemer, namens der Stadtgemeinde Marburg der Bürgermeister, Bezirksobmann Dr. Johann Schmieberec sowie die Rechtsanwälte Dr. Ernst Wroblag und Doktor Oskar Drosel, der Bürgermeister in Brunnndorf Doktor Jurisch, der Gemeindevorsteher in Ljezen Jozef Löffnig, der Gemeindevorsteher in Sulzthal Josef Pasolo, der Erste Gemeindevorsteher in St. Ober-Stunigund Franz Baumann, der Gemeindevorsteher in Speiserberg G. Josef Leber, der Gemeindevorsteher in Zirkniz Karl Fischer, der Gemeindevorsteher in Kanitscha Hans Kramberger, der Gemeindevorsteher in Leitersberg Franz Gitsmaier, der Gemeindevorsteher in Böznitz Alexander Goinigg, der Gemeindevorsteher in Bergenthal Josef Krainer, der Gemeindevorsteher in Stemen Alois Laurentschisch, der Erste

Gemeindevorsteher in Gams Georg Haas, namens der Gemeinde Kofschwein der Oberlehrer Ernst Jost, der Gemeindevorsteher in Lorenzen ober Marburg August Löffnig, der Gemeindevorsteher in Wolfsthal Alois Zammerig, namens der Stadtgemeinde Schönstein der Bürgermeister Franz Wofschnag und der Prokurist Eduard Schmidt, für Kofschich-Sauerbrunn der Bürgermeister August Stoinischegg und der Bauunternehmer Ingenieur Ludwig Miltich, namens des Marktes Kofschich der Bürgermeisterstellvertreter Josef Sporn, namens der Bezirksvertretung Kofschich der Distriktsarzt Dr. Franz Schuster, namens der Stadtgemeinde und des Bezirkes Pettau der Bürgermeister, Landtagsabgeordneter, Bezirksobmann Josef Drnig, der Gemeindevorsteher Hermann Kersche, der Stadtmittelschul-Lehrer Leopold Girtler und der Gemeindevorsteher Anton Masten, als Bevollmächtigter der Gemeinde Draßan Hans Schoferisch, der Gemeindevorsteher in Dreifaltigkeit Robert Krainz, der Gemeindevorsteher in Karcja Josef Semlak, der Gemeindevorsteher in Karthowina Josef Sava, namens der Gemeinde Steindorf der Sekretär der Bezirksvertretung Pettau Walter Tracon, der Gemeindevorsteher in Werthe Johann Rogina, der Bürgermeister in Sauritsch, Herrschaftsbesitzer Maximilian Ullm, der Gemeindevorsteher in Lichtenegg Jakob Fegusch, der Gutsverwalter in Neustich Johann Kollar, der Bürgermeister in Mann Anton Kofschich und das Mitglied des dortigen Gemeindeauschusses Karl Simma, der Gemeindevorsteher in Dolitschen Josef Scheiner, der Erste Gemeindevorsteher in Pöbrsch Franz Berdenig, der Erste Gemeindevorsteher in Zubanzen W. Cvetko, als Bevollmächtigter der Gemeinde Woronow Alois Reppa, als Bevollmächtigter der Gemeinde Sabojzen der Betreuer der Güter der Steiermärkischen Sparkasse Franz Rudl, als Bevollmächtigter der Gemeinde Pernenzen Josef Schampa, der Erste Gemeindevorsteher in Ober-Pistowa Josef Marfo, namens des Marktes Sonobitz der Bürgermeister Fabritschbischer Lorenz Lauritsch und der Erste Gemeindevorsteher Lorenz Hofenbüchel, für die Stadtgemeinde Windisch-Felzitz der Bürgermeister Chesarz Dr. Max Murmayer und der Großgrundbesitzer Franz Zubart, namens der Gemeinde Hölldorf der Baumeister und Fabrikbesitzer Anton Kofschich, der Gemeindevorsteher in Kerschbach Georg Kofschich, der Gemeindevorsteher in Oberrain Ludwig Krefnit, der Erste Gemeindevorsteher des Marktes Döflitz, Bezirksobmann, Notar Dr. Adolf Wroblag, für Oberfelzitz der Gemeindevorsteher Alois Kanzer, namens der Stadtgemeinde Windischgraz der Bürgermeisterstellvertreter Mag. Pharm. Karl Rebul und der Altbürgermeister Franz Pototschnigg, der Bürgermeister in Luttenberg Notar Julius Thurn, der Bürgermeister der Stadtgemeinde Friedau Othmar Diermaier, namens der Stadtgemeinde Gili der Bürgermeister Advokat Dr. Heinrich Zabornegg Eder v. Alenfels, der Vizebürgermeister kaiserlicher Rat Karl Teppey und der Gemeindevorsteher Gustav Stiger, namens der Bezirksvertretung Ober-Radkersburg der Bezirksobmann Großgrundbesitzer Franz Wrahscho, der Bürgermeister in Ober-Radkersburg Alotat Bouvier, der Gemeindevorsteher in Pöllitschberg Anton Wrahscho, der Gemeindevorsteher in Nußdorf Großgrundbesitzer Josef Hammler, der Gemeindevorsteher in Kerschbach Franz Krempl, der Gemeindevorsteher in Weigelsberg Franz Bucher, der Gemeindevorsteher in Stanzthal S. Krizan, der Bürgermeister in Wahrenberg Hans Kutas, der Gemeindevorsteher in Begenthal Franz Janisch, der Gemeindevorsteher in Remschnigg Georg Boglar, der Gemeindevorsteher in Frejen Josef Hernaus, namens der Stadtgemeinde Radkersburg der Bürgermeister Landtagsabgeordneter Oswald Kofschich Eder von Neumehnsberg und zum Rath, der Gemeindevorsteher in Laafeld Josef Martovitsch, der Gemeindevorsteher in Pöblich Johann Fajching, der Gemeindevorsteher in Altnöblich Franz Koller, der Gemeindevorsteher in Zellnitz Jakob Hinterisch, der Gemeindevorsteher in Windisch-Gortz Franz Rofmann, der Gemeindevorsteher in Siedeldorf Josef Zweisler, der Erste Gemeindevorsteher in Pöblichberg Josef Kofschich, der Gemeindevorsteher in Dedenitz Josef Kojdar, für Gottsdorf der Bürgermeister kaiserlicher Rat Alois Laj und der Stadtpfarrer Dechant geistlicher Rat Ferdinand Erler, für Kiez der dortige Pfarrer Josef Kraker, der Bürgermeister in Seele Matthias Miltich, der Bürgermeister in Rensel Josef Ostermann, der Bürgermeister in Mitterdorf Matthias Siegmund, aus Laibach der Direktor Obmann des dortigen deutschen Gemeindevorsteherausschusses Kamillo Kammer, als Bevollmächtigter der Gemeinde Larnobitz der Oberlehrer Karl Sorok, namens der deutschpolitischen Arbeitsstelle für Stadt und Bezirk Pettau Obmann Valerian Spruschna, Schriftleiter Karl Linhart und das Mitglied Josef Furbach, namens der Deutschen aus Triest Rechtsanwalt Gutsbesitzer Doktor Gustav Krauseneck, Großkaufmann Mitglied der Handels- und Gewerbekammer Hermann Hausbrand und Rechtsanwalt Dr. Viktor Wiltshinsky.

Ansprache des Bürgermeisters Drnig namens der Deutschen Untersteiermarks.

Nach einleitenden Worten des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner hielt Bürgermeister Drnig als Vertreter der Deutschen Untersteiermarks folgende Ansprache:

„Eure Majestät! Zunächst bitte ich Eure Majestät, mir zu gestatten, namens aller Teilnehmer, namens der bedrängten Untersteiermark, ja namens des ganzen einheitlichen steirischen Kronlandes den tiefuntertänigsten Dank auszusprechen dafür, daß Eure Majestät die Gnade gehabt haben, die Abordnung der Untersteier zu empfangen und deren Wünsche zu hören.“

Ich spreche im Namen der obgenannten Masse und halte mich hiezu für um so berechtigter, als in dieser Massenabordnung neben den drei autonomen Städten Untersteiermarks (Marburg, Gili und Pettau) sämtliche Städte und nahezu sämtliche Märkte des Unterlandes, außerdem aber auch eine ganz städtische Reihe slowenischer Gemeinden vertreten sind und schließlich die Entschließungen der größten Orte, Gemeinden, Märkte und Städte der Steiermark hier vorliegen.

Das Interesse der bürgerlichen Klassen an der Lokalverwaltung.

Von Karl Renner.

Das nationale Schlagwort, das im Kriege bis zum Fanatismus gesteigert worden ist, hat seit Jahrzehnten die politische Vernunft der österreichischen Bourgeoisien ausgehöhlt. Sonst wäre es nicht verständlich, wie sie sich mit unserer bisherigen Verwaltung begnügen, wie sie fünfzig Jahre lang die Organisation des Staatsdienstes unverändert lassen konnten. Die noch halb ständische, halb kleinbürgerliche Gesellschaft des Vormärz, die sich in den Märztagen 1848 vom patriarchalischen Absolutismus befreit, in den Fünfzigerjahren mit dem bürgerlichen Absolutismus begnügt hatte und in den Sechzigerjahren sich an dem Schmerlingschen Scheinparlamentarismus erbaute, möchte mit dem rein bürokratischen Verwaltungsapparat, mit der dreistufigen Amtshierarchie „Minister, Statthalter, Bezirkshauptmann“ ein Genüge finden. Aber eben nach 1867 setzte die industriestaatliche Entwicklung ein und wälzte alle Bedingungen des Lebens wie des Verwaltens um. Bis dorthin war die staatliche Verwaltung beinahe ausschließlich im Dienste der Macht und des Rechtes gestanden, Heer, Polizei und Justiz waren beinahe die einzigen Verwaltungszweige, alles andere war dem außerstaatlichen und privaten Leben überlassen geblieben. Die Wirtschaft galt als reine Privatsache, die soziale und kulturelle Verwaltung als Sache der Kirche. Erst im Jahre 1869 erfasste der Staat die Aufgabe der Volkserziehung, die bis dorthin dem Elternrecht und bestenfalls dem Kirchenrecht unterstand. Daß der Staat die Volkswirtschaft zu fördern und zu bestimmen habe, dieser Gedanke setzte sich im Widerspruch mit der herrschenden liberalen Staatslehre erst nach 1879 durch. Und erst seit 1888, seit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung, und vollends nach der internationalen Arbeiterversammlung, die Kaiser Wilhelm im Jahre 1890 veranlaßt hatte, brach die Erkenntnis von den sozialen Aufgaben des Staates allgemein durch. An der Hand unserer Verwaltungsgeetze ließe sich im einzelnen zeigen, in welchen Stufen sich der Staat und seine Verwaltung der neuen Aufgaben bemächtigte, an der Hand unseres Budgets, in welchem Grade die wirtschaftlichen und sozialen Aufwendungen neben den hoheitlichen wuchsen. Freilich nimmt das Militärbudget noch den Hauptteil der Staatsmittel in Anspruch, aber die Wirtschaftsverwaltung ist in ständigem Vordringen. Für diese Wirtschaftsverwaltung aber war die bürokratische Hierarchie kein geeigneter Träger mehr. Anstatt einen solchen zu schaffen, griff man bei uns zu mancherlei Auskunftsmitgliedern. Man überwältigte die Förderung der Landeskultur auf die Landtage, man überließ wichtige Wirtschaftsaufgaben den Gemeinden — beide ganz ungeeignete Organe — oder man schuf neben der bürokratischen Hierarchie zusammenhanglose Einzelseinrichtungen, die in ihrer Zerissenheit ebenso kostspielig wie untauglich waren. An Stelle einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung sah man mancherlei Beiräte vor, die sich auf Gutachten zu beschränken hatten. Indessen gibt es außer den Handels- und Gewerbebeiräten, die auf ältere Zeiten zurückgehen, heute noch keine Wirtschaftskammern. Alle Kammern und Beiräte aber sind nur Berater, haben nicht die Macht und nicht das Recht der Wirtschaftsführung und der Wirtschaftsförderung mit eigenen Mitteln.

Die industriellen und die agrarischen Unternehmer klagen allerdings seit vielen Jahren darüber, daß unsere Verwaltung nicht tauglich und die Zwecke, die sie ihr stellen, nicht zu erfüllen vermöge. Mit Recht betonen sie, daß die Bürokratie auch dort nicht zu lange, wo sie die bloße Wirtschaftspolizei zu üben habe, geschweige denn dort, wo sie selbst wirtschaftlich zu verwalten habe. Man erinnert sich an die schweren Vorwürfe, die man gegen die Gewerbeverwaltung erhob, die bei der Genehmigung gewerblicher Betriebsanlagen die industrielle Entwicklung auf das unerträglichste hemme. Ein formaljuristisch gebildeter Bezirkshauptmann habe die Entscheidung über die Anlage von Fabriken und fälle sie in einem Verfahren, das so langwierig und kostspielig ist, daß selbst tatkräftige Unternehmer lieber auf das Unternehmen verzichten, als sich solcher Drangsal aussetzen. Die Landwirte beschwerten sich tausendfach, daß die Beamten, die zumeist aus bürgerlichen Häusern stammen, von der Bedingung der Bodenkultur keine klare Vorstellung haben. Die viel zu spät herablangenden Entscheidungen der Behörden strogen im besten Falle von formaler Juristengelehrsamkeit, aber widersprechen ganz und gar den Voraussetzungen praktischen Wirtschaftens. Die Verwaltungsgelehrten suchen dem Uebel, das sie nicht leugnen, beizukommen, indem sie von den Beamten eine gründlichere nationalökonomische Vorbildung verlangen. Alle Erhebungen und Vernehmungen, welche die Verwaltungsreform zum Gegenstand haben, laufen auf die Forderung einer anderen und besseren Vorbildung der Beamten hinaus. Höchst selten aber ist die Erkenntnis anzutreffen, daß die Bürokratie an sich das hier verlangte niemals mehr erreichen und erfüllen kann. Man will sich nicht einbekennen, daß die Aufgaben der Verwaltung selbst über die bürokratische Ordnung hinausgewachsen sind.

Vor allem wendet die Bürokratie selbst ein: Wie, der für den Staatsdienst beruflich vorgeschulte Beamte sollte nicht zulangend? Er sollte schlechter verwalten als der Laie, der vom Ganzen des Rechtes und Staates keine ausreichende Kenntnis besitzt, der den Einflüssen privater Interessen ohne Zweifel leichter zugänglich ist? Die Bürokratie, welche in den letzten Jahrhunderten den Staaten so ausgezeichnete Dienste geleistet hat, sollte hinter den Privaten zurückstehen? Heißt das nicht den Fachmann durch den Laien, den Berufsspezialisten durch den Sachunkundigen, den Selbstlos-Objektiven durch den privaten Interessenten ersetzen? Dieser Einwand stellt eine falsche Frage und beantwortet sie falsch. Denn erstens handelt es sich bei der Municipalisierung der Verwaltung gar nicht um die Beseitigung und Ersetzung des Berufsbeamten, eher um das Gegenteil; und zweitens gibt die bürokratische Ordnung gar nicht die Möglichkeit, Spezialisten in der Lokalverwaltung zu beschäftigen.

Die englischen Grafschaften beschäftigen erstklassige Spezialisten und bezahlen sie glänzend. Das tun selbst unsere größeren Städte schon zum Teil. Der Wirkungskreis und die Besoldung der Municipalbeamten befriedigen heute vielfach schon mehr als jene des Staates. Was aber den Spezialisten der Verwaltung betrifft, so gibt die bürokratische Ordnung für ihn gerade in der Lokalverwaltung keinen Raum. Da der Beamte in jüngeren Jahren und als noch unerfahrener Anfänger in der Lokalstelle eintritt und, wenn er Tüchtigkeit und Ehrgeiz besitzt, zur Statthaltereier oder ins Ministerium emporstrebt, so bleibt der staatliche Lokaldienst immer ein bloßer Durchgang und nur für den Minderbefähigten die Endstation der Karriere. Außerdem aber muß gerade die Bezirkshauptmannschaft als die eine sämtlichen Ministerien unterstellte Lokalstelle einen universalen und nicht fachlichen Dienst leisten, muß also zugleich die Staatspolizei, die militärischen, die Schul- und Unterrichtsangelegenheiten, die Ackerbau-, Gewerbe-, Industrie- und Arbeiterverwaltung, Verkehrsweisen, Wasserrechtsstreitigkeiten und so fort in einem führen. Sie kann sich nicht spezialisieren, kann Spezialisten nicht ausbilden und nicht ausreichend beschäftigen. Da ein und derselbe Mensch, und wäre er noch so gelehrt, nicht zugleich Berufsmilitär, Schulmann, Agronom, Techniker, Mediziner und so weiter sein kann, muß sich der Verwaltungsbeamte bescheiden, Jurist und nichts als Jurist zu sein, das heißt also in allen Verwaltungszweigen bloß das Formalrechtliche des Falles ins Auge zu fassen, um sich nach oben juristisch zu decken. Daher kommt es, daß unsere Verwaltungsbehörde erster Instanz im Grunde gar nicht verwalte, das heißt persönliche und sachliche Mittel zu bestimmtem Erfolg verwendet, sondern bloß Verwaltungsjurist ausübt. In wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen haben wir daher im Grunde überhaupt keine Verwaltung, sondern bloße Verwaltungspolizei und Verwaltungsjustiz. In diesen Dingen sind wir niemals verwalte, sondern polizeilich überwacht und juristisch eingeschränkt worden. Das ist kein Vorwurf gegen die Verwaltungsbeamten, sondern die notwendige Folge unserer Verwaltungseinrichtungen selbst. Wollte aber der Verwaltungsbeamte erster Instanz wirklich verwalten, so würde es sofort offenbar, daß er bei den besten persönlichen Fähigkeiten hierzu gar nicht berufen ist. Denn außerhalb der Mauern des Amtes überwiegt heute schon auch in dem gottverlassensten Bezirk die Laienintelligenz den Amtsverstand. Der nächste Gutsverwalter ist ein besserer Agronom, der nächste Fabrikdirektor ein besserer Techniker, der nächste Privatarzt ein besserer Sanitätsverwalter und so fort als der jugendliche Beamte der ersten Instanz, der eben daran ist, einige Erfahrungen zu sammeln. Und selbst in Rechtsfragen ist ihm der nächste Advokat oder Notar selbstverständlich überlegen. Es ist aus diesen Gründen irgend eine bürokratische Ordnung gar nicht mehr denkbar, die eine geeignete Lokalverwaltung schaffen könnte. Das bürgerliche Leben außerhalb des Amtes ist weit über das Amt hinausgewachsen. Dazu kommt, daß die technische Differenzierung der Wirtschaft heute auch weitaus ihre rechtliche Seite überwiegt. Daraus folgt: Die Lokalverwaltung kann bürokratisch nicht mehr bewältigt werden. Also bleibt nichts anderes übrig, als die Gesellschaft selbst ins Amt zu führen, ihre geistigen Kräfte unter der Kontrolle von Wahlen innerhalb der Amtsmauern zu verlegen und ihnen, damit der Zusammenhang mit dem Ganzen des Staates und Rechtes aufrecht erhalten werde, verantwortliche Berufsbeamte beizugeben. Die Lokalverwaltung muß municipalisiert werden, wenn sie sachlich tüchtig und praktisch wirksam sein soll.

Gilt das schon für die Aufgaben, die die Verwaltung bisher zu führen hatte, so umso mehr nach dem Kriege. Durch seine lange Dauer zehrt dieser den Wirtschaftskörper der Länder aus und also wird die Wiederherstellung der Volkswirtschaft, die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geradezu die erste und höchste Aufgabe der inneren Staatsverwaltung. Das Problem ist mit aller Deutlichkeit wie folgt gestellt: Wie soll der Staat von einer Volkswirtschaft, die dermaßen geschwächt und auf einen Bruchteil ihrer alten Leistung zurückgeschraubt ist, das Vielfache an Steuern und sonstigen Diensten eintreiben? Es erübrigt sich wohl, das im einzelnen zu veranschaulichen. Gut bürgerliche Denker wie Walter Rathenau kommen zu

dem Schluß: Wir müssen gut das Doppelte produzieren, um fortzubestehen. Ohne unsere allgemein-wirtschaftliche Erdtüchtigkeit können wir einem Zusammenbruch gar nicht entrinnen! Wir können uns nicht fassen, wenn Ackerbau und Viehzucht ihre Leistungen nicht ins Ungemessene steigern, wir können uns nicht kleiden und einrichten, wenn unsere industrielle Erzeugung nicht vervielfacht wird. Wir können vor allem unsere Schulden nicht bezahlen, wenn wir nicht viel gewaltigere Warenmengen ausführen als vor dem Kriege. Wie aber wäre das alles zu bewerkstelligen? Ob es überhaupt gelingt, ist fraglich; aber wenn es gelingen soll, so kann es nur durch die Kraft staatlicher Einwirkung geschehen. Für diese bieten sich mancherlei Wege; aber was immer der Staat anfängt und betreibt, immer braucht er dazu eines lokalen Amtes, das in erster Linie das Wirtschaftsamtsamt ist, das alle wirtschaftlichen Energien der Bevölkerung entbindet und zusammenfaßt, das jeden Antrieb, der vom Staate ausgeht, aufnimmt und in Volkstätigkeit umsetzt. Geseht den Fall, unsere zentralen Ämter wären ebenso vorzüglich, ebenso reich an Ideen, an Initiative, an hinreichender Kraft, als sie es nicht sind, das alles geübt nicht, denn dann hätten wir wohl einen Kopf der Wirtschaftsverwaltung, die arbeitenden Hände aber fehlten ihr. Die vollziehende Arbeit des Staates geht immer dort vor sich, wo der Staat und der Bürger, wo Verwaltung und Wirtschaft sich berühren, das ist in der Lokalstelle. Dort aber haben wir heute eine Juristenbehörde und kein Wirtschaftsamtsamt, Befehlsgewalt, aber keine eigene Besteuerung und Wirtschaftsgebarung, dort haben wir eine Instanz über dem Volke und wider den Bezirk, aber keine Zusammenfassung der Kräfte des Volkes selbst.

Wir werden Straßen, Wege, Lokalbahnen, elektrische Anlagen bauen, den Boden meliorieren, den Anbau fördern, Vieh züchten, das Saatgut verbessern, Kunstbänder fabrizieren müssen und so fort. Verfehlt wäre es, zu erwarten, daß die Landwirte aus eigenem Ansporn ihre Betriebsweise ändern, wir werden sie dazu anlernen müssen. Wir werden mit öffentlicher Hilfe Werkstätten und Fabriken ins Leben rufen, Wohnhäuser bauen, den Verkehr beschleunigen, den inneren Markt pflegen müssen. Auch hierbei haben wir nicht Zeit, die private Initiative abzuwarten. Von dem raschen Zugriff, von der planmäßigen Durchführung, von der machtvollen Geschlossenheit im Vorgehen im ganzen Umfang unseres Staatsgebietes wird unsere wirtschaftliche Zukunft abhängen. Zentralen tun es nicht, wenn ihnen ein lokaler Unterbau von Wirtschaftsamtern fehlt. Jedenfalls haben wir keine Zeit zu verlieren, denn die Welt ist daran, uns zu vorzujucken. Wie soll unser wirtschaftlicher Wiederaufbau bewerkstelligt werden, wenn die Genehmigung der nächsten Betriebsanlage zwei bis drei Jahre dauert, wenn der Staat dem ringenden, schaffenden Bürger keinen anderen Beistand leistet als — die engherzigen Schranken formalen Rechtes und eine allerdings sehr weitherzige Besteuerung?

Der Staat! Er taugt wenig zur Wirtschaftsförderung und nichts zur Wirtschaftsführung, wenn man ihn als abstrakte Gewalt über den Bürger aufsaßt. Aber sobald diese Gewalt den Bürgern nur den Dienst tut, sie in der Lokalverwaltung zusammenzufassen und mit der Rechtsmacht der Verwaltung auszurufen, besorgen sie sich selbst, was sie brauchen. Das beweisen die englischen Grafschaftsräte: sie verwalten nicht bloß die Polizei, die Besteuerung und jene Angelegenheiten, die unsere Hauptmannschaften beschäftigen, sondern auch die Volksschulen (seit 1902) bauen und verwalten gewerbliche, technische und landwirtschaftliche Fachschulen, errichten Volksbibliotheken (Public Libraries Act) und Anstalten des Kinderschutzes (Gesetz von 1908), Sanitätsanstalten, Besserungsanstalten für Jugendliche, Irrenanstalten, ferner bauen sie Straßen, Wege, Kleinbahnen, elektrische Ueberlandzentralen, fördern den Ackerbau durch Vieh- und Samenstationen, durch innere Kolonisation (Small Holdings Act), handhaben die Tierseuchengesetze, pflegen den Arbeitsmarkt und bekämpfen die Arbeitslosigkeit, schaffen Wasserwerke, kanalisieren, regulieren Bäche und Flüsse, kurz sie führen Gemeinwirtschaft jeder Art und befruchten so und steigern die Privatwirtschaft. Im Kriege ist die Wirtschaftstätigkeit der Grafschaften noch überaus gesteigert worden. Ein Blick in den Jahresbericht einer rührigen englischen Grafschaft erschließt uns eine andere Welt, wir erkennen beschämt, daß uns für diese höchst wichtigen, das ganze Volksleben ergreifenden Aufgaben einfach der Träger fehlt.

Die bürgerlichen Klassen werden auch bei uns den Kreis als den Träger der municipalen Lokalverwaltung fordern, sobald sie's nur verstehen. Kame es auf sie allein an, dann käme die Reform freilich zu spät. Denn niemals haben sie in Oesterreich ihre Pflicht zur rechten Zeit erfüllt. Zum Glück gibt es noch andere Interessenten.

PESTER LLOYD

Patriotische Spenden.

Bisheriges Gesamtergebnis k 7.585.339.76.

Für das Elisabethheim der Offizierswitwen und -waisen (Erzsebet-Othón) erhielten wir:

von Armin Goldstein, Raab-Regulierungs-Gesellschaft, Győr je k 100 (k 200), Armin Fall und Komp., Debrecen k 50, Adolf Bödy und Komp., Szeged k 25, Ingenieur Karl Schaffer, Gebrüder Farago, Johann Fiedler, Eszög je k 10 (k 30), zusammen k 305, hiezu die im Abendblatte vom 10. Juni ausgewiesenen k 175.269.94, Totale k 175.574.94.

Für die Kriegsinvaliden an das Landes-Kriegspatronageamt, VI., Wilmos-észár-ut 37, erhielten wir:

als Kranzablösung für Karl Kulla: von István u. Magdalena Friedmann k 25.

Für den Hilfsverein der Budapester Getreidemanipulanten, V., Rudolfstrasse 8 erhielten wir:

als Kranzablösung für Ludwig Kalmár: von Mag Schilling k 50.

Für den Hilfsverein der Budapester Waren- und Effektenbörse erhielten wir:

als Kranzablösung für Ludwig Kalmár: von Mag Schilling k 50.

| | | |
|--|---|--------------|
| Demnach für die Familien der Reservisten und Hinterbliebenen unserer gefallenen Soldaten | k | 377.489.20 |
| den Verein vom Roten Kreuz | k | 819.452.48 |
| die stellenlosen Privatbeamten und Handelsangestellten | k | 639.002.12 |
| das Elisabethheim der Offizierswitwen und -waisen (Erzsebet-Othón) | k | 175.574.94 |
| Diverses | k | 4.973.791.02 |

Das bisherige Gesamtergebnis beträgt k 7.585.339.76

Für die Kriegserblindeten.

Für die Kriegserblindeten an das Landes-Kriegspatronageamt, VI., Wilmos-észár-ut 37, sind uns heute zugegangen: von A. B. k 100, als Kranzablösung für Karl Kulla: von István und Magdalena Friedmann k 25, zusammen k 125, hiezu die im Abendblatte vom 10. Juni ausgewiesenen k 618.232.67, Totale k 618.357.67.

Für „Grühtüt für die armen Schulkinder“

erhielten wir: von der Proffalvaer Graf Ladislaus Csáky'schen Eisen- und Stahlhütte A.-G. k 20, hiezu die im Abendblatte vom 7. Juni ausgewiesenen k 92.982.03, Totale k 93.002.03.

Für den Alexander-v.-Szurmah-Fonds.

Für die Honvédinvaliden und für die Wäwen und Waisen der Honvéd- und Landsturmoffiziere erhielten wir: von Frau Alois Dauhmann von Selence k 300, hiezu die im Abendblatte vom 7. Juni ausgewiesenen k 122.162.40, Totale k 122.462.40.

Interpellationstag im Abgeordneten-hause.

Budapest, 12. Juni.

Nach Erledigung der kurzen Tagesordnung nahm das Abgeordnetenhaus heute eine Reihe von Interpellationen entgegen. Eine Anfrage des Abgeordneten Josef Zábrazty über das unerhörte Verhalten des Obersten Badjura, der in Czerjes die Bürgerschaft brüskierte, bot dem Honvédminister Baron Szurmah Gelegenheit, in tadellos aufrechter Weise dem Hause mitzuteilen, daß Oberst Badjura bereits den Weg zur wohlverdienten Pensionierung gefunden hat. Hoffentlich bleiben ihm fürderhin die ihm so unbequemen Empfänge in ungarischen Städten erspart.

Abgeordneter Dezider Abraham führte dann scharfe Angriffe gegen die Zentralen und ihr Geschäfts-gewaren.

Handelsminister Josef Szterényi antwortete sofort. Seine Stimme, die laut und stark durch den Saal hallt, läßt die Spuren der verflochtenen Krankheit kaum irgendwie erkennen. Von Anfang bis zu Ende hatte der Minister die volle Aufmerksamkeit des Hauses. Fehler — so führte er aus — mögen in der Organisation vorgekommen sein, doch diese Fehler können nur durch Regierungskontrolle bekämpft werden. Die Sistierung der Zentralen könne nur stufenweise in den Massen erfolgen, die die Möglichkeit bietet. Es ist eine Organisation des Gewerbes beabsichtigt, in der die einzelnen Branchen ihre Angelegenheiten selbständig und autonom, unter entsprechender staatlicher Leitung und Kontrolle erledigen können.

Die Auffassung, daß die Zentralen im allgemeinen auf Mißbrauch gegründet seien, fordert — so stellt der Minister fest — den Protest auf der Regierungsbank heraus. Die rasche Arbeit der Presse kann keine Grundlage bieten für solche Anklagen. Einige Zentralen und manches industrielle Unternehmen haben der Nation im Kriege unvergeßliche Dienste geleistet. Wenn aber Klagen vorgebracht werden, wird die Regierung nie säumen, die Untersuchung einzuleiten. Der Kontrolle wird eine neuerrichtete amtliche Organisation dienen.

Die Rede des Handelsministers fand vielfach die laute Zustimmung des Hauses. Nur die Stelle, in der der Minister die großen Verdienste erwähnte, die sich die Industrie in der Niederkämpfung des Feindes erworben hat, löste auf den Banken der Karolypartei Proteste aus und die Abgeordneten Hof und Baehne bezeichneten die Bemerkung des Ministers in Zwischenrufen als unangehörte Beeinträchtigung der Ruhmestitel der kämpfenden Armee. Handelsminister Josef Szterényi wies diese Umkehrung seines wirklichen Gedankenganges zurück. Wir aber erinnern daran, daß z. B. der deutsche Generalquartiermeister Ludendorff im deutschen Heeresbericht wiederholt die entscheidende Bedeutung der Industrielleistungen im Kriege hervorgehoben und im Namen der Armee bedankt hat. Warum sind die Herren Hof und Baehne militärischer Gesinnung als der deutsche Generalquartiermeister?

Eine Interpellation des Abgeordneten Wilhelm Sámegi gab, warm und eingehend begründet, dem

Handelsminister Josef Szterényi: Es fällt wohl nicht ein, die Geldentlasten der ungarischen Honvéd nicht Gebuhr einzuschlagen. Allein, auch der tapferste Soldat nicht schießen, wenn er keine Munition hat. Die staats- und Munitionsfabriken haben nicht ein Drittel der ungarischen Munitionsverzeugung hergestellt.

Abgeordneter Georg Blathy: Die Fabrikanten haben Millionen dafür erhalten.

Handelsminister Josef Szterényi: Sie sehen nur die Millionen, die sie erhalten haben und nicht die Millionen, die in der Staat schon weggenommen hat. Ich verteidige nicht Großkapital, sondern ich spreche nur die Wahrheit und ich habe das Haus, um populärer Phrasen willen nicht das Ideal zu verfolgen, das wir in Anspruch nehmen müssen, wir unsere Wirtschaft, unsere Landwirtschaft ebenso wie die Industrie fördern wollen. (Lebhafte Beifall.)

Abgeordneter Ladislaus Fényes: So spricht der Minister des demokratischen Kabinetts.

Handelsminister Josef Szterényi: Wenn der Herr Abgeordnete Fényes an die russische Demokratie denkt, so nur er sie vertreten. (Lebhafte Beifall rechts und links.) In der aber von der ungarischen Demokratie die Rede ist, die besteht, ehrlich zu arbeiten und bestrebt zu sein, daß ehrliche Arbeit auch ihre Früchte trägt, so fühle ich mich berufen, diese Demokratie zu vertreten. (Lebhafte Beifall auf beiden Seiten des Hauses.) Der Herr Abgeordnete Gám hat in seiner Rede auch angeführt, daß für die Stellung von Transportzertifikaten 20.000 Kronen gefordert werden. Ich bitte den Herrn Abgeordneten, mir auch konkrete Daten zur Verfügung zu stellen. Was die Rede in der Lebensmitteltransport-Gesellschaft betrifft, so ich nur darauf hinweisen, daß weder diese Regierung die vorangegangene irgendeiner Gesellschaft Respekt hat. Die seit zehn Jahren gültigen Respektiven wurden von den früheren Regierungen stufenweise reduziert, habe gerade gestern dem geehrten Hause einen Bericht Handelsministeriums über die letzten Respektiven unterbreitet, um die Kontrolle des Parlaments über diese Tätigkeit Regierung zu ermöglichen. Was die übrigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten betrifft, so gebe ich auch zu, daß er häufig vorkommt, daß die Waren der Zentralen in unzulässiger Weise hin- und hertransportiert werden. Ich mit Dank konkrete Tatsachen entgegenzunehmen, um Unzulänglichkeiten für die Zukunft zu verhindern.

Was nun die konkreten Fragen des Herrn Abgeordneten ist, so habe ich bereits erklärt, daß die notwendigen Änderungen bereits getroffen worden sind, daß die Zentralen seinen einzigen Tag länger wirken werden, als es Krieg oder die Uebergangswirtschaft unbedingt notwendig sein lassen. Was die Kontrolle der Zentralen betrifft, so die Regierung sofort nach ihrem Amtsantritt zum Ende dieser Kontrolle beschloß, ein besonderes, vollständiges Organ zu schaffen. Dieses Organ wird in der Zeit seine Tätigkeit beginnen. Es wird die ganze Zeit der Zentralen zu kontrollieren haben. Es wird die Verwaltung der Zentralen zu kontrollieren, zu prüfen, ob die Zentralen nicht allzu teuer sind, dem Beruf entsprechen, für den sie organisiert sind, ob sie das Heer in ausreichender Weise versorgen, ob sie mit dem verbleibenden die Bedürfnisse der Privatwirtschaften decken, zu kontrollieren, ob die Zentralen bei ihrem Gewinn dem Gesetze treu und ihren altruistischen Charakter nicht verleugnen, ob sie den verbleibenden Gewinn tatsächlich den öffentlichen Zwecken zuführen, zu prüfen, ob die Agenten und Missionäre der Zentralen keinen Mißbrauch treiben.

Kommission wird die Tätigkeit der dem Handelsministeriums gehörenden 33 Zentralen und Organisationen, sowie die Tätigkeit der neun, in den Wirkungsbereich des Ernährungsministers gehörenden Institutionen kontrollieren. Was parlamentarische Kontrolle betrifft, so habe ich Abgeordneter feinerzeit einen hierauf bezüglichen Beschlus Antrag eingebracht, der damals abgelehnt worden ist. Heute liegen die Verhältnisse anders. Es ein derartiges Kontrollamt errichtet, das vollständig unabhängig von allen Einflüssen arbeiten wird. Ich werde Bericht dieses neuen Amtes unverzüglich, nachdem er festgestellt sein wird, dem geehrten Hause unterbreiten. Der Bericht wird ein Material enthalten, das sich auf alle Einsprüche erstrecken wird. Sollte dann das Haus es für notwendig finden, durch die Entsendung einer parlamentarischen Kommission sich von der Richtigkeit der zur Verfügung bereit Daten zu überzeugen, so wird die Regierung gegen Entsendung einer derartigen parlamentarischen Kommission keine Stellung nehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Ein weiteres Vorgehen ist nicht denkbar. Auch in Oesterreich Deutschland gibt es keine parlamentarische Kontrollkommissionen. Zum Schluß will ich darauf hinweisen, daß der Abgeordnete von noch bis drei Milliarden gesprochen ist angeblich von den Zentralen gesammelt worden sind. Zahl ist entschieden zu hoch gegriffen. Die Reserven der Zentralen höchstens hundert Millionen betragen. Allein, auch ein solcher Betrag, der nicht ohne Kontrolle gelassen werden kann und für dessen öffentliche Verwendung die Regierung Sorge tragen wird. (Lebhafte Beifall und Beifall auf beiden Seiten des Hauses.)

12. Juli 1918

Der Rücktritt des Grafen Toggenburg.

Wien, 11. Juni.

Der Rücktritt des Ministers des Innern Grafen Toggenburg ist für die parlamentarischen Kreise überraschend gekommen. Es war in Abgeordnetenkreisen bekannt, daß Graf Toggenburg seit einiger Zeit den Wunsch geäußert habe, von seinem Amte zurückzutreten, und zwar wegen abweichender politischer Meinungen. Insbesondere war Graf Toggenburg ein Vertreter jener Auffassung, die die Anwendung des § 14 perhorresziert. Man hatte in parlamentarischen Kreisen jedoch erwartet, daß der Rücktritt des Grafen Toggenburg erst nach erfolgter Klärung der parlamentarischen Situation erfolgt.

Von anderer Seite erfahren wir:

Graf Toggenburg hat schon früher, als der Plan der Vertagung des Abgeordnetenhauses auftauchte, dagegen entschieden Stellung genommen und war auch entschlossen, an einem Regime der Anwendung des § 14 nicht teilzunehmen. Graf Toggenburg ist ferner bei den Tirolern vielfach auf Widerspruch gestoßen.

Graf Friedrich Toggenburg ist in Bozen am 12. Juli 1866 geboren. Er war lange Jahre im Verwaltungsdienste in Tirol und Böhmen tätig und wurde dann zur Dienstleistung ins Ministerium des Innern berufen. Im März 1913 wurde er an Stelle des Grafen Spiegelfeld zum Statthalter in Tirol ernannt, zu jener Zeit, wo die Südtiroler Abgeordneten wegen der Fleimstalbahnvorlage den Landtag obstruierten und das Landesverteidigungsgesetz und die Schießstandordnung für Tirol beraten werden sollten. Graf Toggenburg, der mehrere Jahre auch die Bezirkshauptmannschaft Trient leitete und im Jahre 1909 aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand getreten war, brachte, zum Statthalter ernannt, im Landtag ein Kompromiß zustande und ermöglichte die Annahme der Wehrvorlage und die Landtagswahlreform für Tirol im Jahre 1910. Damals wurde ihm die Geheime Rats-Würde verliehen. Als der Krieg ausbrach, betätigte sich der Statthalter in hervorragender Weise an der Landesverteidigung und der Kriegsfürsorge und wurde im August 1916 mit dem Großkreuz des Franz Josefs-Ordens mit der Kriegserkennung ausgezeichnet. Am 23. Juni 1917 wurde Graf Toggenburg bei Bildung des Kabinetts Seidler zum Minister des Innern ernannt. Er hat eine Reihe von Vorträgen, insbesondere über die Flüchtlingsfürsorge, im Reichsrate mit rednerischer Gewandtheit vertreten. Im Mai dieses Jahres erhielt er die Eisene Krone erster Klasse. Anlässlich eines Rücktrittes wurde er nun mit dem Großkreuze des Leopold-Ordens ausgezeichnet. Auch hat sich der Kaiser seine Wiederverwendung im Dienste vorbehalten. Graf Toggenburg entstammt einem alten Tiroler Adelsgeschlecht und ist seit 1907 mit Gräfin Leopoldine Ledebur-Wicheln vermählt.

Minister des Innern Ritter v. Gayer.

Der neue Minister des Innern Edmund Ritter v. Gayer, der als Nachfolger des Barons Gorup genau vor einem Jahre zum Polizeipräsidenten von Wien ernannt worden war, steht im 58. Lebensjahre. Zu Mährisch-Weißkirchen im Jahre 1860 geboren, absolvierte er das Gymnasium in Olmütz und studierte dann an der Wiener Universität die Rechte. Im Jahre 1884 trat er als Konzeptspraktikant bei der Wiener Polizeidirektion ein und war zunächst auf den Kommissariaten Landstraße, Margareten, Neubau und Meidling tätig. Seine Fähigkeiten für den politischen Dienst, die später zu seiner Berufung in das Staatspolizeireferat führten, brachten es mit sich, daß er der Bezirkshauptmannschaft Sechshaus zugeteilt wurde und dann ins Polizeipräsidium kam. Hier arbeitete Gayer in den meisten

politischen Ressorts, war im Administrationsbureau und im Vereinsbureau tätig, fungierte eine Zeitlang als Armenreferent und fand dann das eigentliche Gebiet seines Wirkens im Staatspolizeireferat, das schon Brzesovsky zu großer Bedeutung ausgestaltet hatte und dessen weitere Organisation und erhöhte Aktionsfähigkeit sich Gayer sehr angelegen sein ließ.

Ritter v. Gayer führte dieses Ressort in einer politisch bewegten Zeit. Nicht nur soziale Aufgaben gab es zu lösen, auch die Kriegsergebnisse der letzten Zeit warfen Schatten voraus. Er habe beispielsweise die ebenso traurige wie aufsehenerregende Affäre des Vaterlandsverrätters Oberst Rebl durchzuführen. Besondere Schwierigkeiten waren in der Zeit der Annexion Bosniens zu lösen. Der Ausbau des wichtigen Referats, das konstante Fühlung mit allen politischen und militärischen Zentralstellen hat, war seine Haupttätigkeit und sein Haupterfolg. Derzeit hat Regierungsrat Schober die Leitung dieses Amtes inne.

Nach der Ernennung Gorups zum Präsidenten wurde Ritter v. Gayer zum Hofrat und Polizeipräsidentenstellvertreter ernannt, und nach Baron Gorups Rücktritt wurde er am 13. Juni 1917 an die Spitze der Polizeidirektion berufen. Seine zielbewußte Amtsführung verschafften ihm die hohe Schätzung der vorgeetzten Minister, seine Gerechtigkeit und Beamtenfreundlichkeit die Zuneigung seiner Untergebenen. Vom Kaiser ist sein Wirken wiederholt anerkannt worden. Nach kurzer Tätigkeit als Polizeipräsident wurde er in den Ritterstand erhoben. Minister Ritter v. Gayer ist verheiratet. Seine Gattin, Frau Marie v. Gayer, und seine einzige Tochter betätigen sich im freiwilligen Sanitätsdienste und bei der Kriegsfürsorge.

Ritter v. Gayer war für heute, halb 10 Uhr vormittags, in Audienz zum Kaiser beschieden. Am Nachmittag erschien Ritter v. Gayer beim Ministerpräsidenten Ritter v. Seidler, worauf abends seine Ernennung erfolgte.

Die Nachfolge Ritter v. Gayers im Wiener Polizeipräsidium.

Ueber die Nachfolgerschaft des neuen Ministers im Amte des Polizeipräsidenten ist noch nicht entschieden. Es verlautet, daß zunächst ein Provisorium eintritt. Da Polizeipräsidentenstellvertreter Hofrat Born derzeit beurlaubt ist, wird der Vorstand des Präsidialbureaus Hofrat Rudolf Waldorf die Geschäfte führen.

Minister Ludwig Paul.

Der neue Minister und Leiter des Ernährungsamtes Ludwig Paul ist am 26. Februar d. J. zum Präsidenten des Amtes für Volksernährung ernannt worden, nachdem der Kaiser die vom Minister Gm. Anton Höfer erbetene Erhebung von der Leitung dieses Amtes gewährt hatte. Der neue Minister, ein gebürtiger Wiener, steht gegenwärtig im 54. Lebensjahre und hat seine frühere Karriere im Staatsdienst zum großen Teil in der Staatsbahnenverwaltung zurückgelegt, deren Vizedirektor er im Jahre 1909 geworden war. Schon im Frieden war er vom Eisenbahnministerium mit der Führung und Leitung speziell der Approvisionierungsangelegenheiten betraut und kam dabei in ständige Berührung mit allen für die Ernährungsfragen maßgebenden Funktionären Oesterreichs und vielfach auch Ungarns.

Als Gm. Höfer demissionierte und der damalige Hofrat Ludwig Paul zum Präsidenten des Amtes für Volksernährung ernannt, gleichzeitig auch in die dritte Rangklasse der Staatsbeamten eingereiht wurde, besagte eine amtliche Verlautbarung, daß der neue Präsident außerhalb des Kabinetts verbleibe. Das Amt für Volksernährung untersteht im Sinne des § 1 der Gesamtministerialverordnung vom 13. November 1916, R. G. Bl. Nr. 383, unmittelbar dem Ministerpräsidenten. Dadurch, daß an seine Spitze kein Minister, sondern ein Präsident trat, wurde das Amt natürlich in einen besonders innigen Kontakt mit der Persönlichkeit des Kabinettschefs gebracht, hingegen war von irgendeiner organischen Angliederung an das Ministerratspräsidium nicht die Rede; das Amt für Volksernährung blieb vielmehr in seiner Organisation selbständig.

Durch die Ernennung des Präsidenten Paul zum Minister ist nunmehr derselbe Zustand hergestellt worden, der bis zur Demission des Ministers Gm. Höfer vorhanden war.

Die Auffassung in deutschen Parteikreisen.

In den deutschnationalen Parteikreisen äußerte man sich über die gestrigen Beschlüsse des Polenklubs in folgender Weise:

Bei der Beurteilung der Beschlüsse, welche die parlamentarische Kommission des Polenklubs gestern in Krakau gefaßt hat, müssen wir Deutschen uns nicht nur an den Wortlaut, sondern auch an die offenkundige Tendenz, die diesen Beschlüssen zugrunde liegt, halten. Die Beschlüsse enthalten eine Reihe von Punkten, die ganz klar gegen die politischen Bestrebungen der deutschen Parteien geltend sind; wie anders soll es verstanden werden, wenn behauptet wird, die Regierung Seidler habe die Grundlagen der Erhaltung des Friedens zwischen den Nationalitäten zerrüttet? Das kann sich doch nur auf jene Maßnahmen beziehen, die die Regierung Seidler in der letzten Zeit in wohlverstandener Interesse des Staates getroffen hat. Auch der erste Absatz, in dem in so heftigen Worten gegen die „Annexionsabsichten“ gesprochen wird, ist nicht geeignet, die Verhandlungen, die seit längerer Zeit durch die Vermittlung des Ministers v. Twardowski zwischen dem Polenklub und den deutschbürgerlichen Parteien stattfanden, zu einem günstigen Abschlusse zu führen. Die Forderungen der deutschen Parteien betreffen doch in erster Linie das Eintreten der Polen für die Bündnispolitik mit Deutschland und für die Abwehr der czechischen und südslawischen Bestrebungen. Schon aus diesen Gründen wäre zu erwarten gewesen, daß die Polen in dem Deutschland betreffenden Teile ihrer Beschlüsse gewisse Rücksichten üben. Unter diesen Umständen werden die Deutschen wohl vor die Frage gestellt sein, ob angesichts der im Polenklub herrschenden Stimmen die Fortführung der Verhandlungen überhaupt noch einen Zweck habe.

Von Wichtigkeit bei der Beurteilung der Beschlüsse ist aber auch die Absicht, der gerade die die Deutschen am meisten berührten Teile entsprangen. Mit überraschender Schärfe richten sie sich gegen das Kabinett Seidler, obwohl es den Polen doch wohl bekannt sein mußte, daß die überwiegende Mehrheit der deutschnationalen Parteien diesem Kabinett ein gewisses Maß von Vertrauen entgegenbringt. Wenn der Polenklub dennoch sich über die dadurch gebotenen Rücksichten hinwegsetzen zu müssen glaubte, so müssen wir Deutsche darin die Absicht erblicken, die für uns ohnehin schon schwierige Lage noch weiter zu erschweren.

Allerdings darf man sich bei Beantwortung der Frage, welche Wirkungen diesen Beschlüssen auf die innerpolitische Gesamtlage und auf das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen haben werden, nicht vom ersten Eindruck bestimmen lassen. Freitag werden die deutschnationalen Parteien über ihre weitere Haltung schlüssig werden. Das ist ja auch der Termin, bis zu welchem Dr. v. Seidler zuzuwarten erklärt hat. An diesem Tage dürfte Klarheit darüber geschaffen werden, ob und unter welchen politischen Voraussetzungen eine Sommertagung des Reichsrates möglich sein wird. Die Aussichten hiefür wurden durch die Beschlüsse der Polen in Krakau keineswegs gebessert.

Außerung eines führenden polnischen Politikers.

Ein hervorragender konservativer Führer des Polenklubs äußerte sich zu den gestrigen Beschlüssen in Krakau, wie folgt:

Ich glaube, daß das Hauptgewicht auf den ersten Teil der Beschlüsse zu legen ist, der in so uningeschränkter Form von der Anknüpfung von Verhandlungen mit den parlamentarischen Parteien über die Unteilbarkeit Galiziens spricht. Da unter diesen parlamentarischen Gruppen zunächst nur die deutschen Parteien verstanden werden können, glaubte die parlamentarische Kommission des Klubs dadurch ihre ja auch schon bisher bekundete Absicht in solennere Form festzulegen, das in den bisherigen Besprechungen angebahnte enge Bündnis mit den Deutschen tatsächlich abzuschließen. Dieses Hauptziel müßte doch für die Deutschen wichtiger sein als eine doch mehr untergeordnete Personenfrage. Die wertvolle Erkenntnis, daß Deutsche und Polen im Interesse

13. VI. 1918

Die innere Krise nach dem jetzigen Stande.

Wien, 12. Juni.

Die heutige Sitzung des Ministerrates hat keine formellen Entscheidungen in der Krise gebracht. Es ist zu vermuten, daß die politische Krise den Gegenstand einer allgemeinen Besprechung bildete, aber zu Beschlüssen dürfte es schon aus formellen Gründen nicht gekommen sein.

Der Polenklub hat aber die in Krakau gefassten Beschlüsse der parlamentarischen Kommission sich noch nicht ausgesprochen.

Die Vollversammlung der deutschen Abgeordneten wird erst am nächsten Freitag stattfinden.

Die Frist vom 15. Juni, die der Ministerpräsident ursprünglich den Parteien für die Mitteilung ihrer Beschlüsse gegeben hat, dürfte schwerlich genau eingehalten werden und so ist auch die Zeit für weitere Verhandlungen zu gewinnen.

Die Polen haben jetzt erfahren, welchen Eindruck die Krakauer Beschlüsse hervorgerufen haben. Es mag sein, daß sie ein Bedürfnis zur Auseinandersetzung mit den Deutschen haben, die zur Klärung führen könnte. Auf ein Bündnis zum Sturze des Ministeriums der Kreisverordnung werden sich die Deutschen nicht einlassen. Diese Politik werden auch die Polen begreifen.

Wenn das Ministerium einen Beschluß über die Nicht-einberufung des Reichsrates in Erwägung ziehen sollte, würde es vorher die Gesamtdemission überreichen. Wenn der jetzige Ministerpräsident mit der Neubildung des Ministeriums betraut werden sollte, würden einige von den jetzigen Ministern ausscheiden, vermutlich der Ackerbauminister, der Handelsminister, der Eisenbahnminister und der Minister für Galizien.

Die Parlamentslosigkeit würde mit dem Ex-lex-Zustande beginnen, aber die ernsteste Gefahr des Wiederanflutens der Politik mit dem Paragraph Vierzehn in sich schließen.

Der Ministerrat über die politische Lage.

Der Ministerrat, der heute abend unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler stattfand, hat keine Beschlüsse gefaßt. Es wurde die politische und parlamentarische Lage durchgesprochen, aber eine Entscheidung ist nicht gefallen, weil derzeit nur ein Beschluß der parlamentarischen Kommission des Polenklubs vorliegt und abgewartet werden soll, ob das Plenum der Partei diesem Beschlüsse beitreten wird. Weiter wird ein entscheidender Faktor für den Ausgang der Krise der Beschluß sein, den die deutschen Parteien in ihrer Vollversammlung am Freitag fassen werden. Bei den deutschen Parteien überwiegt die Meinung, daß der Beschluß des Polenklubs keinen Systemwechsel zur Folge haben dürfte. Es besteht die Absicht, in der Vollversammlung der deutschnationalen Parteien am Freitag einen Beschluß zustande zu bringen, der dem Kabinett Seidler das Vertrauen ausspricht und zugleich feststellt, daß ein Regierungswechsel im gegenwärtigen Augenblick von den deutschen Parteien als ein Kriegsfall angesehen werden müßte. Nach Äußerungen führender deutscher Abgeordneter würde bei einem Regierungswechsel unter den jetzigen Verhältnissen mit einer oppositionellen Stellung der deutschen Parteien zu rechnen sein. Gegen die Opposition der deutschen Parteien könnte jedoch eine neue Regierung, wer immer auch an der Spitze stehen würde, nicht aufkommen.

Die Regierung dürfte demnach erst nach den Vollversammlungen der deutschen Parteien und des Polenklubs ihre definitiven Entschlüsse fassen und an maßgebender Stelle unterbreiten. Die Entscheidung wird nicht vor dem 15. d. fallen. Das ist der Termin, den der Ministerpräsident den Parteien ursprünglich gestellt hat. Es gilt als zweifellos, daß der Ministerpräsident das Ergebnis seiner bisherigen Verhandlungen mit den Parteien und eine Begründung für die Nicht-einberufung des Reichsrates in irgendeiner Form der Öffentlichkeit bekanntgeben wird.

In parlamentarischen Kreisen gilt es nicht für ausgeschlossen, daß das Kabinett Seidler zugleich auch der Krone die Gesamtdemission anbieten wird. In deutschen Abgeordnetekreisen ist man der Meinung, daß eine solche Gesamtdemission, wenn sie tatsächlich erfolgen sollte, nur eine formelle sein und daß der Ministerpräsident Dr. v. Seidler weiter an der Spitze der Regierung bleiben würde. Man verweist dabei auf den gestern erfolgten Wechsel im Ministerium des Innern und auf die Ernennung des bisherigen Präsidenten des Ernährungsamtes Paul zum Minister, was davon schließen läßt, daß die Position des gegenwärtigen Kabinetts keineswegs erschüttert sei. Die heute im Abgeordnetenhaus verbreiteten Gerüchte, daß der Demission des Grafen Toggenburg auch der Rücktritt anderer Mitglieder des Kabinetts folgen werde — genannt wurden insbesondere Graf Silbatarouca, Dr. Freiherr v. Banhaus, Dr. v. Twardowski — haben sich bisher nicht bestätigt. Wohl aber nimmt man an, daß einige Minister, wenn für den Fall der Nicht-einberufung des Reichsrates das Auskommen mit dem Ex-lex-Zustande nicht gefunden werden könnte und es zur Anwendung des § 14 käme, aus dem Kabinette scheiden würden. Es gilt auch nicht für unmöglich, daß es bei einer formellen Gesamtdemission des Kabinetts zum Rücktritt einiger Minister komme.

An eine Schließung oder Auflösung des Hauses wird, soweit man in parlamentarischen Kreisen informiert ist, jetzt nicht gedacht. Es soll auch in der parlamentarischen Zeit stets die Möglichkeit offen bleiben, die Einberufung des Reichsrates zu ermöglichen. Zeigt es sich, daß Ausichten für eine ungestörte Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses zu einem späteren Zeitpunkt bestehen, so kann der Reichsrat auch während des Sommers zu einer, wenn auch nur kurzen Session einberufen werden. Das hängt in erster Linie von den Polen ab, die durch ihre Krakauer Beschlüsse die Krise hervorgerufen haben, ohne sich dadurch irgendwie genützt zu haben.

Audienzen des Ministerpräsidenten und des Unterrichtsministers.

Der Kaiser hat heute die üblichen Vorträge entgegengenommen und den Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler sowie den Minister für Kultus und Unterricht Dr. Cwiklinski in besonderen Audienzen empfangen.

Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den Ukrainern.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler hatte heute nachmittag zuerst eine Besprechung mit dem Obmann der ukrainischen Abgeordneten aus der Bukowina Abgeordneten Ritter v. Wasilkow; sodann konferierte er mit dem Obmann der ukrainischen parlamentarischen Vertretung Dr. Petruszewycz.

Weitere Beschlüsse der parlamentarischen Kommission des Polenklubs.

Die „Neue Lemberger Zeitung“ berichtet aus Krakau: Die parlamentarische Kommission des Polenklubs hat ein Redaktionskomitee eingesetzt, der die Abgeordneten Graf Paworowski, Steinhans, Textil, Witos, Tetmajer und Stapiński angehören. Die parlamentarische Kommission faßte auf Antrag dieser Redaktionskommission außer den bereits gemeldeten vier Beschlüssen noch folgenden Beschluß: „Das Präsidium des Polenklubs wird nach eigenem Ermessen zu den Konferenzen mit dem Minister des Innern in allen gemein polnischen Angelegenheiten drei Mitglieder des Delegationsausschusses für äußere Angelegenheiten einladen.“

Hierauf wurde eine Diskussion auf Grund eines Memorandums durchgeführt, das sich mit dem Polenproblem in Litauen befaßt. Das Präsidium des Polenklubs überwies diese Angelegenheit den Mitgliedern der Delegation.

Weiter wurde ein Antrag angenommen, der sich für die Selbständigkeit der weißrussischen Gebiete ausspricht. Schließlich wurde beschlossen, die Forderungen der Staatsbeamten zu unterstützen.

Die Unterbrechung der Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen.

Die Nachricht, daß die Verhandlungen der deutschen Parteien mit den Polen infolge der Krakauer Beschlüsse voll-

ständig aufgegeben wurden, ist, wie die „Deutschböhmisches Korrespondenz“ erfährt, vorläufig bestätigt. Die Verhandlungen sind allerdings unterbrochen, weil die Krakauer Beschlüsse in deutschen Kreisen tiefe Verwirrung und auch Mißtrauen hervorgerufen haben. Man erklärt sich die Verschiedenheit zwischen den Krakauer Beschlüssen und dem Ton, mit welchem die Verhandlungen zwischen Polen und Deutschen geführt wurden, auch damit, daß die Zusammensetzung der parlamentarischen Kommission des Polenklubs eine ganz andere ist als jenes Komitee, das mit den deutschen Parteien verhandelt hat. In der gestrigen Sitzung des Verbandsausschusses der deutschnationalen Parteien sind allerdings auch Meinungen laut geworden, daß die Verhandlungen mit den Parteien überhaupt abzubrechen seien; ein direkter Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt; es ist daher nicht ausgeschlossen, daß diese Verhandlungen in einem späteren Zeitpunkte, wenn die parlamentarische Situation sich geklärt hat, wieder aufgenommen werden.

Czechische Stimmen über die polnischen Beschlüsse.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 12. Juni.

„Denkov“ meint, daß Dr. v. Seidler nach der scharfen Entschließung der Polen nicht mehr darauf rechnen könne, eine Mehrheit aufzutreiben, und daß ihm nichts anderes übrig bleibe, als das Parlament aufzulösen oder zurückzutreten. Daß man sich dafür entscheiden könnte, das Parlament aufzulösen, müsse bezweifelt werden. Das erste Opfer der Krise sei Graf Toggenburg, der das Ostron unterzeichnet hat.

„Pravo Lidu“ sagt, daß die Polen viel weiter gegangen seien als die übrige slawische Opposition und daß ihr Beschluß viel schroffer sei.

„Narodni Politika“ meint, daß der Beschluß des Polenklubs noch weitere Wirkungen haben werde. Eine Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten im Parlament stehe derzeit Dr. Seidler nicht zur Verfügung. Dafür aber sei das Kabinett der drohenden Gefahr ausgesetzt, daß sich im Parlament eine Mehrheit für die Aufhebung der Kreisregierungen in Böhmen und gegen die süd-slawischen Verfolgungen bilden könnte.

Minister des Innern Ritter v. Gayer.

Wien, 12. Juni.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dem neuen Minister des Innern in einem Schreiben seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Minister v. Gayer das Entgegenkommen, das er als Polizeipräsident der Stadt Wien bewiesen hat, auch in seiner neuen Funktion zuteil werden lassen wird.

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe aufgeführt

2-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800.
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

der Aisne.

er Savières-Grund vom Feinde gesäubert.

Oesterreich ohne Parlament.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters
Dr. Alexander Redlich.

* Wien, 12. Juni.

Das österreichische Parlament wird vermutlich nicht zusammentreten. Der Widerspruch zwischen dieser Meldung und der vor wenigen Tagen übermittelten gegenteiligen Nachricht fällt nicht zu Lasten des Berichterstatters. Alle Welt vom Ministerpräsidenten bis zu dem Wiener Parlamentsgebäude hat nach gestern den bevorstehenden Zusammentritt des Abgeordnetenhauses erwartet. Derselben Meinung war auch der Minister für Galizien, von Twardowski, der unermüdet zwischen seinen polnischen Landsleuten und den Deutschen vermittelte und jene Ausgleichsbasis schuf, die ich vor kurzem mitgeteilt habe.

Die polnische Tagung in Krakau hat nun allen diesen schönen Hoffnungen ein Ende bereitet. Die begeisterten Anhänger einer österreichischen Politik auf Grund der deutsch-polnischen Verständigung sind tief betriibt und wissen sich das Krakauer Rätsel nicht zu deuten. Daß es sich um einen eigentlichen Stimmungsumschwung bei den Polen handelt, glaube ich nicht. Dagegen spricht eine Beobachtung, die ich schon vor zwei Monaten hier während der letzten Krise des Ministeriums gemacht habe. Damals waren die Polen, wenigstens in vertraulichen Kreisen, besonders entzückt über die Aussicht, daß Herr v. Seidler durch die Deutschen gestürzt werden sollte. Die Deutschen haben inzwischen eingelenkt, aber die Polen haben eigentlich nie ausdrücklich erklärt, daß sie diese Schwankung mitmachen wollten. Als Grund für ihre Gegnerschaft gegen Seidler führen sie an, daß er sich heimlich bereit erklärt habe, im Falle der austropolnischen Lösung das ukrainische Galizien abzutrennen und ihm die Autonomie zu gewähren. Wie es heißt, hat Graf Czernin in Brest-Litowsk mit der ukrainischen Regierung einen geheimen Zusatzvertrag beschloffen und darin die erwähnte Zusage gemacht. Herr v. Seidler habe sich zur Einhaltung seiner Zusage verpflichtet. Eine hierauf bezügliche Stelle kommt auch in dem vorgestrigen Beschluß vor (siehe „Bosnische Zeitung“ vom 12. Juni abds.), sie ist aber in der Wiedergabe der Wiener Blätter unterdrückt. Ich vermag nicht zu entscheiden, ob diese den Polen vermutlich schon seit längerer Zeit bekannte Tatsache gerade jetzt auf ihre Haltung ausschlaggebend gewirkt hat.

Ebenso gut ist es allerdings auch möglich, daß die wachsende Unwahrscheinlichkeit der austropolnischen Lösung, die man ja in der letzten Zeit immer deutlicher zu erkennen vermochte, den galizischen Polen jede weitere Rücksicht überflüssig erscheinen ließ. Man muß, um die Lage zu verstehen, bedenken, daß ein sehr erheblicher Teil des Polenklubs nicht so sehr vom Standpunkt einer österreichischen Partei als vielmehr hauptsächlich vom national-polnischen Standpunkte Politik treibt und im besten Falle nur aus Gründen der Opportunität gelegentlich österreichische Staatsinteressen fördert. Diese Feststellung trifft natürlich nicht alle Mitglieder des Polenklubs. Viele von ihnen, besonders auch der jetzige Landmannsminister, Twardowski, suchen zweifellos zwischen den polnischen und österreichischen Interessen zu vermitteln, aber die Krakauer Beschlüsse zeigen nicht nur das wirkliche Verhältnis im galizisch-polnischen Bande, sondern auch die Methoden, die man dem loyalen Flügel gegenüber anwenden zu dürfen glaubt. Herr v. Twardowski und die anderen in Wien verhandelnden Polen scheinen durch den Beschluß glatt überrumpelt worden zu sein. Auffällig ist zweifellos auch die Anwesenheit des polnischen Ministerpräsidenten Stecowski in Krakau, über dessen Tätigkeit während des Kongresses allerhand Vermutungen umfließen.

Nach alledem ist es fraglich, ob die in parlamentarischen Kreisen verbreitete Meinung richtig ist, daß die Polen nur den Kopf des Herrn v. Seidler fordern, jedem anderen Ministerpräsidenten aber das Budget bewilligen würden. Die Frage ist auch ziemlich mühsam, denn soviel man bisher sehen kann, wird das Experiment erst gar nicht versucht werden. Herr v. Seidler bleibt im Amt und regiert auf Grund des kaiserlichen Vertrauens weiter. Die Folge davon dürfte, wie oben erwähnt, darin bestehen, daß der Reichsrat nicht zusammentritt und daß Ende Juni ein Abschnitt ohne parlamentarisch bewilligtes Budget beginnt. Diesem geschlossenen Zustand, den sogenannten ex lex-Zustand, kennt man in Oesterreich aus früheren Zeiten recht gut. Solange während dieses Zustandes

163

1918

Op...

unt.